



H.V. 1286

-1-

Mounier's

Entwicklung der Ursachen

welche

Frankreich

gehindert haben

zur Freiheit zu gelangen.

Mit

Anmerkungen und Zusätzen

von

Friedrich Gentz.

²
~~Vier~~ Theile.

Erster Theil.

Berlin 1795.

bei Friedrich Vieweg dem altern.



Histor. Verein
für
Schwaben u.
Nenburg



Wenn man ein Gemälde der französischen Nation und ihrer politischen Verfassung im Anfange des Jahres 1789, und ein Gemälde eben dieser Nation und ihrer politischen Verhältnisse am Schlusse des Jahres 1794 gegen einander hält, so fühlt man sich geneigt, zwischen den beiden Situationen eine Kluft anzunehmen, über welche nur ein wundervoller (gleichsam mystischer) Sprung von einem Zustande zum andern führen konnte. Gleichwohl ist die Geschichte dieser Jahre, wie jede Reihe menschlicher Ereignisse ein

förmliches Continuum, und das, was heute mit der französischen Republik vorgeht, muß sich, so heterogen auch Ursach und Wirkung scheinen mögen, aus dem, was vor sechs Jahren in der französischen Monarchie geschah, ableiten lassen.

Diese Genealogie der Begebenheiten vom Anfange der Revolution bis auf das Ende des gegenwärtigen Krieges, oder irgend eine noch entferntere für Frankreich entscheidende Epoche fortzuführen, wird einst das schwere Geschäft eines Geschichtschreibers dieser merkwürdigen Periode seyn. Die, welche sich jetzt mit seinem größen Gegenstande beschäftigen, müssen ihm durch die Aufklärung einzelner Zeiträume, und durch eine richtige Entwicklung des Zusammenhanges zwischen

den näher an einander liegenden Punkten dieses verwickelten Ganzen vorarbeiten.

Um begreiflich zu machen, wie Frankreich aus einer an und für sich erträglichen, und durch die glänzendsten Ausichten in die Zukunft erheberten Lage — in die jetzige! — verfallen konnte, muß man damit anfangen zu erklären, wodurch es gehindert wurde, zur Freiheit, das heißt zu der besten Verfassung, deren dieses Reich fähig war, zu gelangen. Dies ist der Zweck des Werkes, welches ich hier dem deutschen Publikum übergebe.

Ich trage kein Bedenken, es das vorzüglichste von allen ohne Ausnahme zu nennen, die über den Ursprung der Revolution und die ersten Ursachen

ihres unglücklichen Ganges erschienen sind. Mounier war nicht allein Zeuge, und in jeder Rücksicht glaubwürdiger Zeuge, er war mit-handelnde Person bey den vorbereitenden Begebenheiten des Jahres 1788 und den großen Szenen des Jahres 1789. Mit einem ausgezeichneten Talent zum scharfen, oft lebhaften, aber immer nüchternen Raisonnement begabt, durch ein tiefes Studium der allgemeinen Principien, der alten französischen Verfassung und der Constitutionen fremder Staaten geleitet, und von reinem Eifer für die Glückseligkeit seines Vaterlandes beseelt, nahm er von dem Augenblick an, da die Hoffnung besserer Zeiten erwachte, bis auf den Augenblick, wo diese Hoffnung gänzlich zu Grunde ging, an allen Operationen, die eine

freie monarchische Verfassung in Frankreich begründen sollten, thätigen Antheil. Die Umstände, welche das Entstehen einer solchen Verfassung zu begünstigen schienen, und die welche es hinderten, machen also ein Stück seiner eignen Lebens-Geschichte aus.

Wenn ein Mann von dieser Art, der eine lehrreiche Erfahrung an bewährte Grundsätze knüpfte, dem es an keinem Erforderniß mangelte, um die Fehler seiner Zeitgenossen und Gefährten richtig zu beobachten, der edel und freimüthig genug dachte, um die seinigen mit einer seltnen Aufrichtigkeit einzugestehen, der, von allem Parteygeist entfernt, über das System, welches er in seiner praktischen Laufbahn verfolgte, mit so viel Unbefan-

genheit, als man von einem Sterblichen erwarten kan, redet — wenn ein solcher Mann Beiträge zur Geschichte seiner Zeit liefert, und Untersuchungen über die interessantesten Probleme, die in und aus dieser Geschichte hervorgingen, anstellt, wer würde ihn nicht mit Wohlgefallen, wer würde ihn nicht mit Vertrauen anhören?

Weil demokratische Lehren, demokratische Formen, und die Cabalen einer demokratischen Faktion, die nächsten Ursachen der unerhörten Begebenheiten der letzten Jahre gewesen sind, so haben die meisten von denen, welche den jetzigen Zustand verabscheuen, sich gewöhnt, sie als die erste und alleinige Quelle alles Bösen zu betrachten. Ehe es aber demokratische Ausschweifungen gab, muß-

te es Umstände geben, welche diese Ausschweifungen möglich machten: ehe die Herrschaft in die Hände des Pöbels gerathen, und nachher das Monopol einiger Volks-Tyrannen werden konnte, mußten die, welche diese Herrschaft vorher besaßen, mußten ihre Anhänger und Rathgeber sie durch außerordentliche Fehltritte verwirkt haben.

Man wundre sich daher nicht, wenn, besonders in den ersten Theilen der nachfolgenden Entwicklung von nichts als den falschen Mafsregeln des Hofes, den Fehlern der Minister, und den verderblichen Prätensionen der privilegierten Stände die Rede seyn wird. Das schreckliche Loos welches fast alle Individuen aus diesen Classen, die Schwachen wie die Bösen,

die Guten wie die Unredlichen getroffen hat, scheint freilich den Stachel des Vorwurfs gegen sie abstumpfen, und die richtende Nachwelt mit ihren so schwer gebüßten Verirrungen ausöhnen zu müssen. Nichts desto weniger sind sie die ersten Urheber der Revolution gewesen; so billig auch das Mitleid mit ihrem grausamen Schicksal, so gerecht auch der Haß gegen die Bösewichter, von welchen sie ins letzte Elend oder in ein schmähhliches Grab gestürzt wurden, seyn mag — man muß sich entschließen, tief in ihr tadelnswürdiges Verfahren einzudringen, um diese Revolution zu begreifen, und darzustellen.

Ich habe in den Anmerkungen und Zusätzen zu Mounier's Werken eines Theils alles das, was mir nicht allge-

mein bekannt schien, und woran sich zuweilen auch ein im Ganzen mit dem Gegenstande vertrauter Leser stößt, zu erklären gesucht, andern Theils diejenigen Punkte, worin ich nicht mit ihm übereinstimmen konnte, nebst den Gründen, welche mich zur Abweichung von seinem Urtheil bestimmten, angezeigt. Da es ferner zu den charakteristischen Vorzügen des Buchs gehört, daß es die vortreflichsten Veranlassungen giebt, über sehr viele Hauptlehren der Staatswissenschaft nachzudenken, so habe ich verschiedne dieser Veranlassungen dazu benutzt, den Leser, indem ich meine Ideen an die Ideen des Originals reihte, zur weitem Meditation über manche wichtige Materie einzuladen.

Ich bin anfänglich nicht ohne Besorgniß gewesen, daß man mir aus

der grossen Anhäufung der Noten und Zusätze, wodurch der Umfang des Werkes verdoppelt worden ist, einen Vorwurf machen würde: ich habe mich aber durch den Gedanken beruhiget, daß nur diejenigen, denen es um Gründlichkeit zu thun ist, Mounier's Schrift studiren werden, und daß der, welcher einmal diesen Entschluß gefasst hat, auch wohl noch dem Commentator hin und wieder ein günstiges Ohr leihen wird. Ich würde mich sehr glücklich schätzen, wenn diese Classe von Lesern das, was ich von dem meinigen hinzu gefügt habe, zuweilen nothwendig, und nie ganz überflüssig fände.

Da ein grosser Theil des Mounierschen Raisonnements sich auf die ältere französische Verfassung bezieht, so war es zuerst mein Vorsatz, in ei-

ner ausführlichen Einleitung alles was mir zur Aufklärung dieses Gegenstandes nöthig schien zusammenhängender und vollständiger, als es in einigen Noten geschehen konnte, abzuhandeln. Bey näherer Ueberlegung fand sich aber, daß dies ein zu weitläuftiges und zu dornichtes Feld war, um darauf Materialien zu einer bloßen Einleitung zu sammeln, und ich beschloß daher, die Resultate meiner hierüber angestellten Untersuchungen dereinst in einer besondern Geschichte der französischen Staatsverfassung von den ältesten Zeiten bis auf die Revolution von 1789, dem Publikum vorzulegen.

Den beiden hier gelieferten Theilen des gegenwärtigen Buches werden unverzüglich noch zwei Theile fol-

gen, welche mit der Eröffnung der Ständerversammlung anfangen und bis zur Vollendung der ersten Constitution im Jahr 1791 fortgehen. Mit einer vollständigen Analyse dieser Constitution, und (welches mir ein wesentliches Requisit zur vollkommenen Brauchbarkeit des Mounier'schen Werks zu seyn schien) mit einer raisonnirenden Uebersicht der brittischen soll das Ganze geschlossen werden.

Berlin den iten Oktober 1794.

Inhalt des ersten Theils.

Erstes Kapitel.

Welches sind die Kennzeichen der Freiheit? S. 15

Zweites Kapitel.

Waren die Franzosen unter ihrer alten Verfassung frei? 25

Drittes Kapitel.

Umstände, welche die Revolution beschleuniget haben. 59

Viertes Kapitel.

Von den Mitteln, deren sich das Ministerium bediente, um die Versammlung der Reichstände zu hindern, und von den Wirkungen dieser Mittel. 79

Fünftes Kapitel.

Vereinigung aller Classen von Bürgern in dem Wunsche, eine Revolution in der Regierungsform bewirkt zu sehen. 107

Sechstes Kapitel.

Folgen der allgemein-angenommenen neuen Grundsätze in Rücksicht auf die Verminderung der Königlichen Macht. 120

Siebentes Kapitel.

Einziges Mittel, um den Thron gegen diese Folgen zu sichern. 124

Achtes Kapitel.

Die Versammlung der Stände von 1789 sollte gemeinschaftlich mit dem Könige die Fundamentalgesetze oder die Constitution des Reichs bestimmen. S. 125

Neuntes Kapitel.

Ungewissheit über die Formen der Ständever-
sammlung. 132

Zehntes Kapitel.

Betrachtungen über den Ursprung des Adels in
Frankreich. 142

Elfte Kapitel.

Beweis, daß die Adelichen von Geburt nie ein
Corpus im Reiche ausgemacht haben. Was
unter dem Adelstande, dem geistlichen und
dem dritten Stande in den ehemaligen Ver-
sammlungen der Reichsstände zu verstehen
ist. 206

Zwölftes Kapitel.

Von den Privilegien des Adels vor der Revo-
lution. 243

Z u s ä t z e.

- I. Ueber den Unterschied zwischen bürgerli-
cher und politischer Freiheit. 263
- II. Ueber den allgemeinen Willen. 274
- III. Ueber Freiheit als ein Recht betrachtet. 286
- IV. Ueber den Anspruch der Parlamentar auf
ein Mandat der Reichsstände. 303
- V. Ueber die Streitigkeiten zwischen dem Mi-
nisterium und den Parlamentern in den
Jahren 1787 und 1788. 314
- VI. Ueber die Prärogativen des französischen
Adels in Bezug auf eine zweckmäßige Orga-
nisation der Staatsverfassung. 341

Einleitung.

Dieses Werk war seit geraumer Zeit angekündigt; ich habe es aber sehr langsam zu Stande gebracht, theils weil die Begebenheiten mich unaufhörlich davon abzogen, theils weil ich nicht ohne Mühe die schmerzhaften Empfindungen überwand, welche dies traurige Geschäft jeden Augenblick in mir weckte. Nachdem ich das Buch beendigt hatte, habe ich noch einige Monate Anstand genommen, es herauszugeben; ich sah nur allzudeutlich, daß ich in dieser raschen, und immer raschern Folge von Ungewittern nicht leicht den ruhigen Augenblick finden würde, dessen

ich bedurfte, um ihm Eingang zu verschaffen; daß man während einer Bewegung wie die jetzige wohl schwerlich die Geduld haben möchte, eine Schrift zu lesen, welche der Umfang ihres Gegenstandes oder meine Unfähigkeit mich kürzer zu fassen, so sehr ausgedehnt hatte; und daß die Sprache der Vernunft und der Gerechtigkeit für die Leidenschaftlichen in allen Parteyen, die bloß bey heftigen Declamationen aufmerksam seyn können, verloren geht.

Folgendes sind die Gründe, die mich bewogen, meine Arbeit dem Druck zu übergeben. Ich überzeugte mich, daß nichts als Unbekanntschaft mit den vornehmsten Ursachen unsers Unglücks, Männer die sonst Achtung verdienen, verleiten konnte, das System welches am meisten zu unserm Verderben beygetragen hat, zu unsrer Rettung vorzuschlagen; daß ich nicht umsonst geschrieben haben würde, wenn auch nur einige von denen, die auf unser künftiges Schicksal Ein-

fluß haben können, mich läsen; und daß meine Bemerkungen verschiedne heilsame Lehren, welche die Revolution den Fürsten so gut als den Völkern bereitet hat, vielleicht näher entwickeln möchten.

Ob ich gleich seit der Gefangennehmung des Königs *) von dem Hauptschauplatz der Revolution entfernt bin, so habe ich doch genung Beobachtungen anstellen können, um die Ursachen anzugeben, welche Frankreich hinderten, die Freiheit zu erlangen. Es sollte mir leid thun, wenn man diesen Theil meines Werkes jetzt für unnütz hielte: er ist bey weitem der wesentlichste: es wäre der höchste Gipfel des Unglücks, wenn man nicht einmal durch das Unglück weiser werden wollte. Mit den politischen Krankheiten geht es wie mit den physischen: wer sie heilen

A 2

*) Am 6ten October 1789.

will, muß vor allen Dingen ihre Quellen erforschen; sind diese gefunden, so erfolgt die Genesung sicher, sobald sie nur nicht unmöglich ist.

Ich mache mich nicht anheischig, alle Ursachen zu berühren: es giebt deren, welche das ausschließende Eigenthum der Geschichte sind: die zum Beispiel, die den Charakter der handelnden Personen betreffen. Ich will bloß die Klippen namhaft machen, an denen wir Schiffbruch gelitten haben, und mich bemühen, den Weg zu zeigen, der in den Hafen führt.

Man wird mich hoffentlich nicht beschuldigen, daß ich Meinungen, welche die Freunde der Ordnung unter einander entzweyen könnten, verbreite, da ich ihnen durchaus keine andre Alternative aufgestellt habe, als die: Frankreich in den Convulsionen der Anarchie untergehen zu sehen, oder sich um die Königliche Macht zu versammeln, und

alle eigenthümlichen Systeme diesem Hauptvorsatz unterzuordnen.

Ich weiß, daß man mir vorwirft: ich hätte durch meine politischen Meinungen zu Frankreichs Verderben beygetragen. Wenn eine Unternehmung unglücklich abläuft, sucht gemeinhin jeder, der daran Theil nahm, die Schuld der ersten Idee auf den andern zu werfen. Es ist eben so gewöhnlich, daß die, welche die meisten Vorwürfe verdienen, die strengsten Richter sind. So behauptet heut zu Tage eine große Anzahl derer, die sich zuerst gegen die Befehle des Königs auflehnten, die zuerst auf eine Veränderung in der französischen Regierungsform antrugen, daß sie nie eine Revolution verlangt hätten, daß sie nie Willens gewesen wären, das Königliche Ansehen zu schwächen; so wagen es nicht wenige, die durch Adressen und Bürger-Eide die neuen Einrichtungen genehmigt, die mit den Verteidigern der Volks-Souverainität Parthey gemacht hatten, jetzt, da sie diese Par-

tey verlassen haben, alle die, welche die Freiheit der Bürger mit der Macht des Throns vereinigen wollten, ungescheut zu verdammen.

Als die Umstände mich in die öffentlichen Angelegenheiten zogen, war die Revolution offenbar schon angegangen. Welches Ziel habe ich mir dabey vorgesteckt? Zu einer Zeit, wo die alte Verfassung von Grunde aus über den Haufen stürzte, und wo der Kampf der Parteyen, aus welchen sie zusammengesetzt war, ihren Ruin beschleunigte, strengte ich alle meine Kräfte an, um eine Revolution, die sich nicht mehr vermeiden liefs, zum Besten meines Vaterlandes zu lenken.

„Eine Monarchie,“ sagt Herr Burke in seinem letzten Werke *), „ist einer Reform

*) An appeal from the new Whigs to the old.

und eines Gleichgewichts der Macht vollkommen empfänglich, und sie wird, wenn beides zu Stande kömmt, die beste Regierungsform, die sich für ein großes Land denken läßt; sie ist nicht allein vereinbar mit der Freiheit, sondern unter jener Bedingung sogar eins der kräftigsten Mittel, den Genuß der Freiheit zu sichern.“ Von dieser Wahrheit überzeugt, hatte ich bey allen meinen Arbeiten, sowohl in den Provinzial-Versammlungen von Dauphiné, als in der National-Versammlung den einzigen und beständigen Zweck, eine eingeschränkte Monarchie, wo die Macht des Throns und die Rechte der Bürger einander wechselseitig unterstützen, zu befördern.

In Dauphiné hatte alles meine Hoffnungen begünstigt: aber ein dreymonatlicher Aufenthalt in Versailles war hinreichend, um dem angenehmsten aller Träume ein Ende zu machen. Sobald die National-Versammlung unter dem Joch des Pöbels das

Werkzeug einer gegen die Königliche Würde aufgebrachten Faktion geworden war, verkündigte ich den Abgrund von Unglück, welchen sie dem französischen Staat bereite- te: ich bot den Drohungen der Bösewichter, die sich zu ihren Trabanten anwerben ließen, Trotz. Ich kämpfte noch einige Monate aus allen meinen Kräften, mit einer kleinen Anzahl von Deputirten einen vergeblichen Kampf gegen die herrschende Partey; nach den Schandthaten vom 5ten und 6ten Oktober 1789 aber und der Einkerkierung des Königes in Paris, hielt ich es für Pflicht, mich von einer strafbaren Versammlung loszusagen, und nichts zu verabsäumen, was die Provinzen zu einem Widerstande bewegen konnte, in welchem ich einen Damm gegen das Verderben, die Herstellung des Throns, und die Rettung der Nationalfreiheit sah. Die Verläumdungen und die Cabalen der Faktionisten verfolgten mich nach Dauphiné, und vereitelten alle meine Bemühungen: nach einem Aufenthalt von acht Monaten

zwangen mich Feindseligkeiten, die meine Familie und meine Freunde unvermeidlichen Gefahren aussetzten, das Reich zu verlassen.

Man hat mir zur Last gelegt, daß nichts als der Verdrufs über die Geringschätzung meiner politischen Grundsätze mich zum Gegner der herrschenden Partey gemacht und meinen Abgang von der National-Versammlung veranlaßt hätte. Habe ich denn aber die Rechte des Monarchen nicht eher verteidigt, als bis meine Meinungen verworfen worden waren? Habe ich mich, wie so manche von meinen Landsleuten, nicht eher gegen die Faktionisten erklärt, als bis ich persönlich unter ihrer Tyrannei seufzte? Versicherte nicht Mirabeau auf der Rednerbühne, daß er mich vom Monat Juny 1789 an für einen übertriebnen Royalisten gehalten hätte? Man hatte Grundsätze verdammt, die ich für unbestreitbar hielt: wenn man mir aber andre Mittel gezeigt hätte, das Wohl der Nation zu bewirken, würde ich gesäumt

haben, sie aus allen Kräften zu unterstützen? Wenn ich über die Siege der Volksschmeichler eifersüchtig gewesen wäre, würde ich mich nicht bemüht haben, Theil daran zu nehmen? Der Weg zur Volksgunst stand mir ja so gut offen wie andern: ich habe mich mit Entsetzen davon abgewendet, sobald ich inne ward, daß ich ihn, ohne Frevel, nicht wandeln durfte. Weit entfernt, mich zu einer Gemeinschaft mit ihnen zu reitzen, hat der Triumph der Demagogen meinen Abscheu gegen sie vermehrt: ich habe ihre Freundschaft wie ihren Haß verachtet.

Die, welche dieses Werk mit Aufmerksamkeit lesen, werden sich vielleicht überzeugen, daß Frankreich in diesem Augenblick einen hohen Grad von Glückseligkeit genießen würde, wenn man die Prinzipien befolgt hätte, welche ich gemeinschaftlich mit Männern, die sich durch ihre Kenntnisse und durch ihre Tugenden gerechten Ruhm erwarben, verteidiget habe. Sie werden sich

aber auch überzeugen, daß jeder Bürger Frankreichs auf Nachsicht gegen vergangne Irrthümer Ansprüche machen kan, weil sich keiner rühmen darf, im ganzen Laufe der Revolution nie in Irrthümer verfallen zu seyn. Was mich betrifft, ich werde die meinigen freimüthig eingestehen.

Verschiedne von meinen Bemerkungen möchten wohl mit den Systemen, die von einer beträchtlichen Anzahl der Unterdrückten angenommen worden sind, nicht übereinstimmen. Ich erkläre hiemit, daß ich alles aufopfern würde, um den Beyfall derer zu erlangen, welche die Ungerechtigkeit der Tyrannen vertrieben hat, alles, — nur nicht Wahrheiten, die meinem Vaterlande, die ihnen selbst nützlich sind. Ich sehe voraus, daß Viele, welche die neue Verfassung hasen, dennoch meinen Eifer für die Königliche Macht eben so wenig billigen werden, als die Faktionisten mein Ringen nach der Freiheit billigten. Adelige werden mich

beschuldigen, daß ich ihre Rechte angriffe, Bürgerliche, daß ich sie dem Joch der Aristokratie überliefern wollte. — Wie könnte es im Grunde anders seyn? ich habe als Freund der Menschheit, ich habe als Staatsbürger geschrieben, und eben deshalb, so sehr es in meinen Kräften stand, jede Aeusserung, die sich nicht mit der parteylosesten Billigkeit vertrug, sorgfältig gemieden.

Ueber
die Ursachen,
welche Frankreich gehindert haben,
frei zu werden,
und
die Mittel,
welche ihm übrig sind, um zur Freiheit
zu gelangen.

Erstes Kapitel.

Welches sind die Kennzeichen der Freiheit?

Die Bürger eines Staates sind frei, wenn ihnen in ihren Handlungen und im Genuß ihres Vermögens und der Produkte ihrer Arbeit, nichts Zwang auflegen oder Schranken setzen kan, als ein vorher gegebenes, zum allgemeinen Besten abzweckendes, und nie in der Willkühr irgend eines Menschen, auch nicht des angesehensten und mächtigsten, gegründetes Gesetz.

Soll ein Volk der Freiheit theilhaftig seyn, so müssen die Gesetze, das heißt, die wesentlichsten Verrichtungen der souverainen Macht, bloß durch Maximen des allgemeinen Wohls, und durch keine Bewegungsgründe des Privat-Interesse bestimmt werden; sie müssen in keinem Fall rückwärts wirken, sich nicht auf vergangne Umstände, noch auf diese oder jene einzelne Person beziehen. Wie würde es mit der Sicherheit der Bürger stehen, wenn man dem, welcher keine Veranlassung hatte, sich für strafbar zu halten als er handelte, hinterher strafen, geschlossne Verträge für ungültig erklären, den öffentlichen Credit angreifen, das Gesetz zum Werkzeuge für die Cabalen, die Rachsucht oder die Begierden derer, welche an der Gesetzgebung Theil nehmen, oder den Gesetzgeber umringen, herabwürdigen könnte. Eben so würden die besten Gesetze unnütz seyn, wenn sie nicht den Armen wie den Reichen, den Schwächsten wie den Mächtigsten in ihren Schutz nähmen, und wenn die Staatsbeamten, denen die Verwaltung der Gerechtigkeit übertragen ist, nicht aufs strengste angehalten wären, bey ihren Aussprüchen die

Vorschriften dieser Gesetze zum Grunde zu legen.

Die Freiheit ist das erste der Güter; sie ist der vornehmste Endzweck aller Staats-Gesellschaften, der höchste, den man sich bey dem Entstehen einer bürgerlichen Verfassung vorsetzen konnte; denn nichts ist offener, als daß die Menschen sich nur darum unter Oberhäuptern vereinigten, damit sie Schutz zur Ausübung ihrer Rechte fänden.

Wenn einer Nation ihre Freiheit genommen, und eine willkührliche Gewalt ihr Gebieter wird, so versinkt alles in tiefe Muthlosigkeit. Ungewißheit über sein und der Seinigen Schicksal und die Furcht den Mächtigen zu misfallen, entnerven und verunedeln das Gemüth des Bürgers, zerstören alle Liebe zum Vaterlande, lassen den Höhern nichts als den Luxus, den Niedrigern nichts als den Aberglauben übrig: die Freiheit hingegen führt die Wohlfahrt eines Staats auf den höchsten Gipfel, befördert die Fortschritte der Wissenschaften und Künste, giebt den Charakteren Energie, den einzelnen Mitgliedern des Staats ein Interesse bey dem Ruhm und bey der Glückseligkeit der ganzen Ge-

sellschaft, und jedem Bürger den Muth, sich für das Beste seiner Mitbürger aufzuopfern.

Ohne das Gefühl der Sicherheit läßt sich keine Glückseligkeit denken. In einem freien Staat entsteht dieses Gefühl aus der Ueberzeugung, die der Geringste so gut als der Größte haben muß — daß man ihn nicht ungestraft beleidigen dürfe.

Sicherheit, Eigenthum, sagen die Engländer, wenn sie die bürgerliche oder individuelle Freiheit kenntlich machen wollen. Der Ausdruck ist äußerst passend: alle Vortheile, welche die Freiheit verschafft, sind in diesen beiden Worten eingeschlossen.

Es giebt eine andre Art von Freiheit, welche man die politische nennt *), und ohne welche die erstere nicht dauerhaft seyn kan. Montesquieu sagt, sie bestehe „in der Meinung, die man von seiner Sicherheit habe.“ Vielleicht wäre es besser, sie für den Inbegriff aller der Mittel zu erklären, durch welche die persönliche Freiheit gesichert und be-

*) S. den Zusatz Nro. I. am Schlusse dieses Bandes.

befestiget, und, so viel als es möglich ist, gegen die Irrthümer und Leidenschaften derer, die die höchste Gewalt im Staat ausüben, geschützt werden kan *).

Wenn die höchste Gewalt sich in den Händen eines einzigen Menschen, oder in den Händen einer einzigen Menschen-Association, wäre es auch die eines ganzen Volkes, befindet, und zwar ohne Einschränkung befindet, so kan es keine politische Freiheit geben, weil alsdann nichts vorhanden ist, was die Inhaber dieser höchsten Gewalt abhalten könnte, mit dem Schicksal der Bürger nach Willkühr zu verfahren, und der persönlichen Freiheit ein Ende zu machen **).

*) Durch das, was in dem Zusatz Nro. I entwickelt ist, hoffe ich dargethan zu haben, daß diese Definition nur auf die wohl organisirte politische Freiheit paßt. Freilich pflegt man, wenn von politischer Freiheit die Rede ist, fast immer nur diese zu meinen, so wie man sehr häufig unter Freiheit im Staat überhaupt (einem sehr vieldeutigen Begriff) nur die glücklichmachende Freiheit versteht. G.

**) S. den Zusatz. Nro. II.

I.

B

Montesquieu behauptet mit Recht, daß Demokratie und Aristokratie ihrer Natur nach nicht für freie Verfassungen gelten können, daß politische Freiheit nur in den gemäßigten Regierungsformen zu finden sey. Er fügt diese schöne Maxime hinzu: „Damit kein Mißbrauch der Macht möglich sey, muß die Verfassung dafür gesorgt haben, daß Macht durch Macht in Schranken gehalten werde.“

Die politische Freiheit kan mehrere Stufen haben, weil eine Regierung auf mehr als eine Art limitirt seyn kan; soll aber die bürgerliche Freiheit vollständig und gründlich gesichert werden, so muß die höchste Macht im Staate getheilt, das heißt, die Gesetze, welche sie ausgiebt, müssen durch einen Zusammenfluß mehrerer unabhängigen Stände oder Corporationen entstanden seyn; diese Stände oder Corporationen aber müssen eine solche innre Organisation haben, daß sie ohne ein ganz entgegen gesetztes Interesse, welches eine Veranlassung zu beständigen Unruhen geben würde, doch vermöge ihrer eigenthümlichen Lage nicht leicht in

den Fall kommen können, eine und dieselbe Leidenschaft zu fühlen, oder sich in irgend einem andern Punkt als dem allgemeinen Besten zu vereinigen; vor allen Dingen muß die Macht, Gesetze zu geben, mit der Macht, welche sie ausführt, nicht vermischt seyn; denn wäre die Anordnung und die Ausübung der Gesetze das Werk eines und desselben Willens, so könnte dieser Wille unter dem Namen der Gesetze ungestraft eigenmächtige Vorschriften und Launen regieren lassen, die Bürger für schuldig erklären, wo kein Verbot existirte, und ihnen kraft einer Vorschrift die ihnen nicht bekannt werden konnte, ihr Eigenthum nehmen: dagegen würde es ganz fruchtlos seyn, von einer despotischen Gewalt, welche mit den Gesetzen nach Belieben spielen kan, Achtung für die Gesetze zu fordern. Endlich muß das Richteramt von den Funktionen der gesetzgebenden sowohl als der ausübenden Macht getrennt, dennoch aber ihrer Aufsicht untergeben seyn.

Wenn die Fehlerhaftigkeit der Staatsverwaltung die persönliche Freiheit zerstört, oder die Ohnmacht des Staats nicht erlaubt, sie zu beschützen, so ist die politische Freiheit

nichts mehr als eine Schimäre, weil sie bloß dazu existiren soll, daß sie den Genuß der bürgerlichen Rechte sichre. Alsdann ist das, was man politische Freiheit nennt, nichts anders als der Kampf der entgegengesetzten Faktionen, welche, weit entfernt den Bürgern nützlich zu seyn, bloß um die Vortheile der Tyranney mit einander streiten. Daher hörte man oft in unglücklichen Ländern, welche von Gräueln aller Art heimgesucht waren, die herrschende Partey das Glück der Freiheit rühmen, indess bey weitem der größte Theil der Einwohner unter der entsetzlichsten Knechtschaft seufzte. Wahnsinnige Deklamatoren, die nicht der geringfügigsten Gefahr zu trotzen im Stande wären, citiren uns sogar diese traurigen Beispiele zur Aufmunterung, unterhalten uns mit Wohlgefallen von den Stürmen und Ungewittern der Freiheit, behaupten, daß sie nur mitten unter Unruhen und Anarchie gedeihen könne, und schildern die Süßigkeit des Friedens als das ausschließende Vorrecht der Sklaverey.

Die Freiheit, welche ich kenne, und welche ich begehre, ist nicht nur mit der öffentlichen Ruhe vereinbar, sondern bedarf

ihrer wesentlich; Ordnung ist eine ihrer festesten Stützen; und wenn sie sich gezwungen sieht, zu ihrer eignen Rettung einige Augenblicke darauf Verzicht zu thun, so begünstigt sie aus allen Kräften die Rückkehr derselben, weil sie ohne diese ihre eigne Wohlthätigkeit verliert.

Eine Nation kan in der uneingeschränktesten Monarchie bürgerliche Freiheit genießen. Wenn der Monarch aufgeklärt ist, so kan er einsehen, dafs sein eigner wohl-verstandner Vortheil ihn auffordert, Beschützer der Freiheit seiner Unterthanen zu seyn; er kan sich der willkührlichen Befehle enthalten, die wenigen Fälle ausgenommen, wo eine dringende Nothwendigkeit sie von ihm fordert; er kann Männer, die sich durch Kenntnisse und Tugenden auszeichnen, um seinen Thron versammeln, weise Verordnungen geben, auf Befolgung derselben mit Wachsamkeit halten, und allen Bürgern ohne Unterschied schnelle Gerechtigkeitspflege angedeihen lassen. Es ist wahr, ein weniger weiser oder weniger gerechter Monarch wird die bürgerliche Freiheit, die ein guter König in Ehren hielt, umstossen: nichts desto we-

niger müssen alle die, welche es mit dem Wohl des menschlichen Geschlechts redlich meinen, nie müde werden, es den Fürsten zu wiederholen, dafs es in ihrer Gewalt steht, ihren Staaten alle Vorthteile der bürgerlichen Freiheit zuzuwenden, und dafs, wenn sie nur nicht aufhören, diese Freiheit zu achten, ihre Unterthanen sich nimmer nach der politischen sehnen werden *).

Wenn die bürgerliche Freiheit zuweilen mit der uneingeschränkten Gewalt eines Ein-

*) Diese goldne Maxime sollte in unsern Tagen die erste seyn, die alle Fürsten lernten, und die letzte, der sie untreu würden. Für die zahlreichen Freunde der politischen Verwirrungen und Ungewitter, die jetzt allenthalben auf der Oberfläche von Europa zerstreut sind, giebt es, eben weil ihnen diese Maxime nicht unbekannt ist, kein köstlicheres Schauspiel, als das, wenn ein Fürst sich mächtige Eingriffe in die bürgerliche Freiheit erlaubt. Man sollte glauben, wenn nichts den Fürsten oder seinen Rathgeber, der dieser Maxime uneingedenk war, aus dem Schlummer seiner Verirrung und Vergessenheit reissen könnte, so müfste es doch der teuflische Hochgesang seyn, den die Raben der Verwüstung über seine Fehler anstimmen. G.

zigen bestehen kan, so ist es doch schlechterdings unmöglich, daß sie sich da erhalte, wo die höchste Gewalt vom Volk oder von einem ansehnlichen Theil desselben ausgeübt wird. Ein solcher Souverain ist schlechterdings unfähig, sich an irgend eine Vorschrift der Klugheit oder der Gerechtigkeit zu binden, die ein Monarch oft, durch seine Lage gezwungen, beobachten muß. Die Regierungsform also, welche von allen am wenigsten die Freiheit begünstigen würde, wäre eine reine Demokratie, das heißt, eine Verfassung, in welcher das Volk, und bestände es auch nur aus den Einwohnern der kleinsten Stadt von Europa, die höchste Gewalt uneingeschränkt besäße. Und doch — wie viele Menschen sehen in unsern Tagen die Freiheit nur in dem Grade für vollkommen an, in welchem sie die Macht der Volks-Masse zunehmen sehen! Sie wissen also noch nicht, daß alle unbegranzte und ungetheilte Gewalt Despotismus wird; daß der grofse Haufe der eigensinnigste, der grausamste aller Despoten ist; daß selbst in dem Fall, wenn die Beschlüsse einer solchen Regierung das Resultat der Stimmenmehrheit sind, alle die das

Stimmenrecht nicht erhalten oder die sich in der Minorität befinden, unter dem drückendsten Joche stehen; daß dieses Loos früher oder später jeden Einzelnen treffen kan, und daß folglich in einem Staat, wo das Volk die uneingeschränkte höchste Gewalt besäße, weder politische noch persönliche Freiheit anzutreffen seyn würde.

Zweytes Kapitel.

Waren die Franzosen unter ihrer alten Verfassung
frei?

Frankreich ist von der Natur in einem so hohen Grade begünstiget, daß es, ungeachtet der Fehler seiner ehemaligen Staatsverwaltung nur eines Friedens von einigen Jahren bedurfte, um mehrere von den Vorzügen zu genießen, welche die Glückseligkeit eines Staats ankündigen. Die strengsten Tadler der Regierung dieses Landes konnten nicht umhin, eine große Bevölkerung, einen blühenden Handel, einen Ueberfluß an Lebensmitteln, und eine öffentliche Ordnung, die mit der äußersten Wachsamkeit erhalten ward, darin zu erblicken und zu rühmen: betrachtete man aber die innere Administration mit geschärfter Aufmerksamkeit, so war es unmöglich die zahllosen Mißbräuche zu übersehen, welche der Wohlfahrt der Einwohner Hindernisse in den Weg legten. Es ist leicht, es ist natürlich, in dem Abgrunde von Elend,

in welchen man uns gestürzt hat, diese Mißbräuche zu vergessen. Ich muß sie indessen ins Gedächtniß zurückrufen: ich muß eine kurze Uebersicht der Lage Frankreichs vor der Revolution anstellen. Ich fühle, welche Behutsamkeit und Schonung bey dieser Uebersicht nöthig ist; ich werde auch nur das berühren, was der Zweck, den ich mir vorgesetzt habe, schlechterdings zu erfordern scheint.

Die französische Staatsverfassung wurde als eine uneingeschränkt-monarchische angesehen. Es war eine ziemlich allgemein angenommene Lehre, daß der König seine Krone Niemanden als Gott zu danken habe; und daß er die Quelle aller öffentlichen Macht sey: demohnerachtet entsprach die Wirklichkeit diesen Grundsätzen nicht ganz. Wenn er unbeschränkt über die Truppen gebot, wenn er nach Belieben mit den Staatseinkünften schaltete, wenn er sehr oft die, welche ihm den Gehorsam verweigerten, zu gehorchen zwang, so gab es doch auch viele Fälle, wo er einen unüberwindlichen Widerstand antraf; und es ist nicht zu läugnen, daß wenige Staaten schwerer zu regieren waren, wenige, um gut regiert zu werden, so

viel Talente, so viel Muth und so viel Klugheit verlangten, als Frankreich.

Wenig Monarchieen waren vermöge ihrer Organisation so dazu gemacht, politische Convulsionen zu erfahren, als diese. Wenn die drey letzten Regierungen, ehe die Revolution ausbrach, von grossen Ungewittern verschont blieben, so muß man es dem Genie des Cardinal Richelieu, den Kriegen Ludwig des XIV., den theologischen Streitigkeiten beimessen; und dennoch sah der aufmerksame Beobachter, der dem Laufe der Begebenheiten folgte, unter Ludwig dem XV den Sturm zusammen ziehen, dessen Ausbruch ein höchst ungerechtes Verhängniß Ludwig dem XVI. zgedacht hatte *).

*) Wenn man auch nicht über die Zeiten von Philipp August, eine wichtige Epoche in der Geschichte der königlichen Macht, hinausgehen will, so finden sich von diesem Könige an kaum zwey oder drey Regierungen in der französischen Geschichte, die nicht durch innre Unruhen bezeichnet wären. Unter Ludwig dem IX, die Rebellion, welche der Graf von Champagne dirigitte, die so weit ging, daß man einen Coucy zum Könige machen wollte: unter Philipp dem Kühnen die Kriege mit den

In den meisten Europäischen Staaten bekriegten die verschiednen Machthaber einander so lange, bis eine Partey gänzlich unter-

Grafen von Foix, Armagnac und Narbonne in Guienne und Languedoc; am Ende der Regierung Philipp des Schönen die Associationen der Provinzen gegen seine Bedrückungen; unter seinen Söhnen die Streitigkeiten wegen der Thronfolge; unter Philipp VI dem Stammvater des Hauses Valois die Fortsetzung dieser Streitigkeiten, und die Händel in Bretagne: beides veranlafste einen hundertjährigen Krieg mit England, der von mehr als einer Seite betrachtet, seinen letzten Grund in der damaligen Verfassung von Frankreich hatte; unter dem König Johann ward die Monarchie durch die Cabalen und Complotte des Königs Carl von Navarra, durch den unter dem Namen der Jacquerie bekannten Bauernaufstand, durch die Frevelthaten die Marcel und seine Anhänger in Paris während der Gefangenschaft des Monarchen ausübten, heimgesucht; die Regierung Carl des VI war nichts als eine lange Reihe von einheimischen Greuelthaten, ohne welche es den Engländern wohl nicht gelungen wäre, zwey Drittheile des Königreichs mit einem kleinen Heere zu erobern: Carl VII wurde gegen das Ende einer sorgenvollen Regierung durch die Empörung seines eignen Sohns und der Grofsen die ihm zugethan waren, beunruhiget; eben dieser Sohn, der furchtbare

lag, oder sie schlossen am Ende Theilungsverträge, so daß die Unterthanen nie zweifelhaft seyn können, wer das Recht hat ihnen

und gefürchtete Ludwig XI konnte dem bürgerlichen Kriege, der unter dem Namen des Krieges der allgemeinen Wohlfahrt geführt ward, nicht vorbeugen; nach seinem Tode mußte seine Tochter Anne von Beaujeu das Recht den jungen König Carl den VIII zu leiten gegen den Herzog von Orleans, und seine Anhänger in einer Schlacht erkämpfen; die beständigen auswärtigen Kriege, welche Ludwig XII und Franz I führten, und die persönliche Beliebtheit dieser Regenten machte auf einige Zeit Stillstand in innern Fehden, und die Großen waren nicht mehr mächtig genug, daß die isolirte Mißhandlung eines Connetable von Bourbon diesen Stillstand hätte unterbrechen sollen; unter Heinrich dem II ward der Grund zu den Blut- und Schrecken-Szenen gelegt, die während den Regierungen seiner drey Söhne Frankreich ohne Unterlaß besudelten. Jedermann weiß auf welchen Wegen Heinrich IV zum Throne wandern mußte; Richelieu's Administration war ein steter, bald offener bald geheimer Kampf mit den letzten Ueberresten der alten Macht der Großen, und dennoch erzeugte die Minderjährigkeit Ludwig des XIV eben so gut Unruhen (den Krieg der Fronde) als es die Minderjährigkeit Ludwig des XIII gethan hatte.

zu befehlen, und in welchen Fällen sie gehorchen müssen. In Frankreich sah man das sonderbare Schauspiel von zwey, wechselseitig siegenden und besiegten Mächten, die häufig Waffenstillstand machten, aber nie zu einem entscheidenden Vergleich kamen, und so lange ihre Kämpfe währten, Befehle, die einander aufhoben, ans Volk erliessen.

Diese beiden Mächte waren — der König und die Parlamenter. Es ist hier nicht der Ort, auseinander zu setzen, wie diese obern Gerichtshöfe dazu gekommen waren, sich die Vorrechte der Pairs und der hohen Kron-Beamten anzumafsen; was sie gethan hatten, um ihr eignes Ansehen zu gründen und die Macht des Throns, von dem

Wenn man zu diesen förmlichen Kriegen noch alle die unreifen und halbreifen Versuche, und die mannichfaltigen Unruhen und Gährungen fügt, welche der Zwiespalt zwischen der weltlichen und geistlichen Macht, die Widersetzlichkeit der Parlamenter, der Streit der Religionsparteyen unter einander, und endlich die ewigen und nie-rastenden Hof-Cabalen hervorbrachten, so wird man Mounier's Behauptung hinlänglich gegründet finden.

G.

sie errichtet und dem sie anfänglich eine Stütze gewesen waren, durch die Mittel, die er ihnen selbst in die Hände gab, zu entkräften; wie sie sich endlich unter dem Schutz einer Namens - Aehnlichkeit, die sie misbrauchten *), der Geschichte, die sie verfälschten, um Ansprüche darauf zu bauen, und eines sogenannten Mandats von den Reichständen, welches sie nie erhielten **), das Recht beigelegt hatten, die Verordnungen des Monarchen zurück zu halten, oder durch ihren Beitritt zu bestätigen.

Zum Glück waren diese Corpora in ihrer Politik nie kühn genug, um alle Vortheile zu erlangen, die sie aus ihrer Lage ziehen konnten: indessen besaßen sie doch soviel Geschicklichkeit, daß sie Zeiten und Umstände gut zu unterscheiden wußten. Sie verloren die Mittel zur Vergrößerung ihres Ein-

*) Nehmlich mit den alten Parlamentern, oder Versammlungen der Großen unter den beiden ersten Königsfamilien: diese hatten einen wahren, wenn gleich nur consultativen Antheil an der Gesetzgebung. G.

**) S. den Zusatz Nro. IV.

flusses nie aus dem Gesicht; ihre Grundsätze wechselten mit den Begebenheiten; sie hielten ein genaues Verzeichniß von allen für sie vortheilhaften Fällen in der Geschichte; was ihnen entgegen war, verwarfen sie als gesetzwidrig, und sogar die Widersprüche, in welche sie oft verfielen, wußten sie zu ihren Zwecken zu benutzen. So mächtig sie während der Minderjährigkeit Ludwig des XIII gewesen waren, so folgsam wurden sie unter Richelieu; in der Kindheit Ludwig des XIV suchten sie sich die Souverainität des Staats zuzueignen, und stellten Armeen gegen die Krone ins Feld: kaum hatte der junge König selbst das Heft ergriffen, so demüthigten sie sich vor ihm: nach seinem Tode stießen sie seinen letzten Willen um *), und

*) Ludwig XIV verordnete in seinem Testament, daß die Regentschaft während der Minderjährigkeit seines Nachfolgers durch ein Conseil, worinn er dem Herzog von Orleans die erste Stimme zugestand, verwaltet werden, und daß der Herzog von Maine, einer von seinen natürlichen Söhnen das Commando über den Theil der Armee, welchen man die Haustruppen nannte, führen sollte.

und unter seinem Nachfolger ließen sie keine Gelegenheit, ihre Vorrechte zu vergrößern, ungenutzt.

Der König war zwar, nach den Lehren der Parlamenter, der einzige Gesetzgeber, der uneingeschränkte Souverain, der keinen über sich und keinen neben sich hatte: nichts desto weniger wollten diese Gerichtshöfe durch eine handgreifliche Inconsequenz die Befugniss, Gesetze zu geben, mit ihm theilen, zwischen ihm und seinen Unterthanen Schiedsrichter seyn, und sich das Recht vorbehalten, das, was ihnen gefiel, als Gesetz anzuerkennen, und das was gegen ihre Meinungen oder gegen ihren Vortheil anstieß, zu verwerfen. Gewaltsame Eintragungen der Gesetze in ihre Protokolle, die unter militärischer Hülfe bewerkstelligt, und

Das Parlament versammelte sich den Tag nach seinem Tode, und setzte ohne alle Umstände fest, daß der Herzog von Orleans einziger Regent seyn, und der Herzog von Maine kein Commando über die Truppen haben sollte — Der letzte Wille Ludwig des XIII hatte ein ähnliches Schicksal gehabt. G.

von Drohungen aller Art, von Verweisung und Gefängnißstrafen begleitet wurden, thaten zuweilen ihre Wirkung und blieben öfters fruchtlos *). Der Monarch brachte hier ein Parlament zur Unterwürfigkeit, und dort capitulirte er mit einem andern. Die, welche

*) In jedem Falle aber dienten sie dazu den gänzlichen Mangel einer bestimmten Verfassung, und die Lächerlichkeit dessen, was man constitutionelle Formen nannte, recht einleuchtend zu machen. Denn der unaufgeklärteste Bürger, der diese gewaltsamen Protokollirungen, und dieses unanständige Spiel-Gefecht mit ansah, musste unvermeidlich auf folgendes Dilemma gerathen: Entweder der König hat das Recht, ohne die Parlamenter Gesetze zu machen, oder er hat es nicht. Hat er es, so ist nicht abzusehen, warum er sich ohne alle Noth in einen Krieg mit denen, für welche jedes seiner Worte ein Gebot sein muß, einläßt, und warum er durch das Erzwingen einer Beistimmung, die keinen Sinn hat, wenn sie nicht freiwillig ist, sein Recht offenbar verdächtig macht. Hat er es nicht, so ist alles, was er gegen die Parlamenter thut, umsonst. Denn, wenn ohne ihre Beistimmung nichts Gesetz sein soll, so kann das, was ein Regiment Soldaten in ihr Protokoll schreiben läßt, unmöglich Gesetz werden. G.

für des Königes Beamten galten, ließen in seinem Namen Verordnungen gegen seine eignen Befehle ergehen, bedrohten diejenigen, die diese Befehle ausführen wollten, mit dem Tode, ließen die militärischen Befehlshaber oder die Civil-Commissarien in Verhaft nehmen, schlossen die Richterstühle zu, zogen die unermessliche Schaar ihrer Subordinirten mit in ihre Widersetzlichkeit hinein, setzten sich der Erhebung neuer Abgaben entgegen *), und zwangen den König, schimpfliche Negotiationen einzugehen, oder öffentlich sein Ansehen aufs Spiel zu setzen.

C 2

*) Noch im Jahr 1789 wagten es verschiedene Parlamenter, nachdem Necker den Kornhandel im ganzen Reiche frei gegeben hatte, die Getreide-Ausfuhr in ihren Bezirken zu untersagen. Das Parlament von Rouen verbot einst das Schlachten aller Kälber, und die Regierung konnte keinen Fleischer dahin bringen, dem Verbot zuwider zu handeln. Das Pariser Parlament erließ eine Verordnung gegen das Einimpfen der Blattern, zu einer Zeit, wo der ganze Hof diese heilsame Erfindung begünstigte. G.

Es ist nie geläugnet worden, daß die Parlamenter wichtige Dienste geleistet, und daß sie bey verschiednen Gelegenheiten dem Despotismus zum allgemeinen Besten entgegen gewirkt haben: aber die nachtheiligen Folgen ihres großen Einflusses waren doch sehr bedeutend. Dieser Einfluß setzte Männer, die ihre Stellen nicht verlieren konnten, in den Stand, das Amt eines Richters, ein furchtbares Amt, wenn die, welche es bekleiden, mächtiger als die Gesetze sind, mit einer fast absoluten Unabhängigkeit und ohne daß sie jemals Rechenschaft ablegen durften, zu verwalten. Indem sie den Monarchen unaufhörlich von willkührlichen Befehlen abriethen, erlaubten sie sich selbst eine willkührliche Auslegung der Gesetze, fügten öffentliche oder geheime Einschränkungen zu den Edikten, gaben Verordnungen, ohne den Souverain darum zu fragen, und schufen sich in diesen Verordnungen Rechte, welche mit den Rechten der Krone und der Bürger stritten, und durch welche sie sich von der Befolgung der für die öffentliche Sicherheit schlechterdings wesentlichen Vorschriften zu befreien glaubten. Unumschränkte Richter in ihrer eignen

Sache, erklärten sie jeden für einen Verbrecher, der sich einfallen liefs, die Rechtmäßigkeit ihrer Prärogativen in Zweifel zu ziehen. Eine Macht, die ihnen nicht unterworfen war, duldeten sie höchstens, wenn sie nicht anders konnten, aber hüteten sich, sie anzuerkennen; sie machten sogar dem Staatsrath den Vorrang streitig, und beharrten auf Beschlüssen, die dieser förmlich verworfen hatte.

Die Monarchen hatten nie Macht, oder die Minister nie Geschicklichkeit genung gehabt, um ein höchstes Tribunal zu errichten, welches die Richter, wenn sie die Gesetze übertraten, persönlich zur Verantwortung gezogen, und wenn sie sich gegen den Gesetzgeber vergingen, mit einer gesetzlich vorgeschriebnen Strafe belegt hätte. Die Mitglieder der obern Gerichtshöfe genossen das Vorrecht, keinen andern Richter über sich zu erkennen, als ihr eignes Collegium: und der Hof konnte ihnen zu seiner eignen Verteidigung nichts entgegen setzen, als Geheime Verhafts-Befehle, wodurch sie verwiesen, oder zum Gefängniß verdammt wurden. Diese willkührlichen Befehle, deren Gerechtigkeit kein Schatten einer Formalität ver-

bürgte, die allen Bürgern ein gerechtes Schrecken einflößten und deren sich die Minister oft bedienten, um die rechtmäßigsten Klagen zu ersticken, hatte die Stimme der Nation schon längst gebrandmarkt. Die Parlamentsglieder, welche ein solcher Befehl traf, waren vollkommen versichert, daß der Hof zeitig genug zum Vergleich genöthiget werden, und daß ihre Befreiung der Preis desselben seyn würde, und trotzten daher einer Macht, die in ihrer Erbitterung so wenig furchtbar war. Bei vielen ging es schon so weit, daß sie aus den Verhaftsbefehlen eine Spekulation der Eitelkeit machten; so daß der Minister wider seinen Willen diejenigen, die er zu bestrafen gedachte, belohnen und ehren mußte*).

*) Es ist in der That eine Frage, ob die berüchtigten *lettres de cachet*, die bey den Beschwerden gegen die alte französische Regierung immer einen der ersten Plätze einnahmen, jemals ein gewöhnliches Werkzeug des Hofes geworden, wenigstens ob sie jemals in einem so ausschweifenden Grade vervielfältiget worden wären, wenn nicht die Ueberzeugung, daß bey den fast immer widerstrebenden Parlamentern gegen Individuen, welche der Hof für strafbar hielt, (zumal wenn sie

Der König hatte bey der Besetzung der Stellen in den Gerichtshöfen nur einen geringen Einfluss. Da diese Stellen käuflich waren, so musste man bey jeder Vacanz auf einen Käufer warten. Die Zustimmung der Parlamenter, welche ein nothwendiges Erfordernis war, hing von Nebenumständen und Verhältnissen, von dem Ansehen, in welchem die Familie, oder von dem, in welchem der Verkäufer eines Richteramts stand, ab, und wenn es dem Könige einfiel, ein Subjekt, welches einem Parlament nicht gefiel, zum Mitgliede desselben zu ernennen, so hatte er nie Macht genug um dieses Parlament zur Aufnahme eines solchen Mitgliedes, wie groß

in die zahlreiche Klasse der unter dem besondern Schutz der obern Gerichtshöfe stehenden gehörten) strafende Gerechtigkeit nur mit äusserster Mühe zu erhalten war, eines Theils, und andern Theils die Nothwendigkeit gegen die Parlamenter selbst noch eine letzte Zuflucht übrig zu behalten, die unmittelbaren Diener des Throns zu diesem traurigen Mittel geführt hätte. So musste selbst das, was man als die letzte Spur der Nationalfreiheit ansah, in einem schlecht-organisirten Staate, eine Veranlassung zur Tyranney werden. G.

auch dessen Verdienste seyn mochten, zu zwingen.

Mit zwey oder drei Ahnen und einigem Vermögen stand der Weg in die obern Gerichtshöfe offen. Kenntnisse und Rechtschaffenheit wurden, wenn sie nebenher zu haben waren, geschätzt, aber nie als nothwendige Bedingungen verlangt. Die Stellen in den niedrigern Gerichtshöfen, bey deren Besetzung die bürgerliche Freiheit so wesentlich interessiert ist, konnte man durch einen bloßen Kauf-Contrakt erhalten. Es war ein seltner Fall, daß Männer von hinlänglichen Kenntnissen, besonders aber von hinlänglicher Festigkeit, um alle Gesetze, ohne Unterschied der Person, in Ausübung zu bringen, dazu gelangten. Vom Könige hatten sie weder Lohn noch Strafe zu erwarten.

Für Beobachter, die nicht mit dem gewöhnlichen Leichtsinn unsrer Nation begabt waren, konnte nichts empörender seyn, als die unverschämte Gewissenlosigkeit, mit welcher man sich bey Ertheilung der akademischen Grade und der Richterämter über die weisesten Vorschriften der Edikte hinweg setzte. Es ist in der That zu verwundern, daß es

trotz der Fehlerhaftigkeit einer solchen Verfassung, zu allen Zeiten Männer von Aufklärung, Rechtschaffenheit, Muth, vom reinsten Eifer für das Wohl ihrer Mitbürger, Männer, die eine Zierde des Vaterlandes waren, unter unsern Richtern gegeben hat.

Die Mitglieder der höhern Tribunäle waren wenigstens vermöge ihres Reichthums und ihrer Erziehung über allen Verdacht von Geldgeitz hinweg, und, wo es auf Privatprozesse ankam, von allem Interesse, allen Leidenschaften und Vorurtheilen ihrer Zunft entfernt, so, daß man selten Ursach gehabt haben würde, sich über ihre Aussprüche zu beschweren, wenn sie, anstatt nach Maximen der Billigkeit zu richten, sich strenge an die Vorschriften der Gesetze gebunden hätten.

Die Ohnmacht der Regierung, die Unfähigkeit einiger Minister, die Herrscheucht anderer, verschafften den Parlamentern bey mehr als einer Gelegenheit den Vorthail, die Sache der Gerechtigkeit oder die Sache des Volks zu verteidigen; aber es verdient bemerkt zu werden, daß ihr Widerstand nur selten etwas fruchtete, wenn sie für das allgemeine Beste sprachen, und daß er unübersteiglich

war, so oft er ein heilsames Gesetz zum Gegenstande hatte; denn die Minister wendeten alle ihre Kräfte an, wenn ihnen daran lag, etwas Böses durchzusetzen, und gingen lässig zu Werke, wo es darauf ankam, das Gute zu befördern.

Hiezu kam, daß die Parlamenter, trotz der Verachtung, mit welcher die alten adelichen Familien den erhabnen Posten eines Richters durchgehends behandelten, dem Interesse dieser Familien und der privilegierten Stände überhaupt, seit zweyhundert Jahren unabänderlich getreu gewesen waren, und daß sie auf der andern Seite den Vortheil der gemeinen Bürger oft im Stich ließen, und sogar oft beeinträchtigten. Als Ludwig XVI unter Turgot's Ministerium die Kosten des Straßensbaus auf alle Stände vertheilen wollte, stellten die Parlamenter vor, daß der Umsturz des Staats auf dem Spiel stünde, und das Edikt blieb unausgeführt. Es ließen sich mehrere Beispiele dieser Art anführen: nichts desto weniger hatten die Parlamenter das ganze Publikum für sich, sobald sie von den Rechten des Bürgers sprachen. Die Minister bedienten sich des Königlichen Ansehens auf

eine so unkluge Art, daß man froh war, zu der einzigen, damals zu erhaltenden Schutzwehr zu flüchten, ohne nach der Unvollkommenheit derselben zu fragen. Und als Ludwig XVI die Parlamenter in der Gestalt, die sie vor den letzten Veränderungen gehabt hatten, wiederherstellte, handelte er im Einverständniß mit der Stimme der Nation *), welche ihre alten Richter wieder begehrte.

*) Die Freude des Volks bei der Herstellung der alten Parlamenter war unbeschreiblich groß. Die Rückkehr dieser Tribunäle war allenthalben ein vollständiger Triumph. Als der erste Präsident des Parlaments von Aix, Herr de la Tour, im Januar 1775 in dieser Stadt anlangte, ward plötzlich das Schauspielhaus leer, weil das ganze Auditorium hinauslief, ihn auf der Straße zu bewillkommen. Am Tage der Wiedereinsetzung konnte die Stadt die Menge der Fremden, die sich zu dieser Feyerlichkeit eingefunden hatten, kaum fassen. — Herr Le Berthon erster Präsident des Parlaments von Bourdeaux hielt nur mit Mühe das Volk zurück, seinen Wagen durch den für ihn und seine Collegen zubereiteten Triumphbogen zu ziehen. — In Metz ward auf einem öffentlichen Platze ein großer Altar errichtet, an welchem die Bildnisse Heinrich des IV und Ludwig des XVI mit der Unter-

Die Minister des Königes, gewöhnlich durch Hofcabalen erwählt, mit nichts als der Sorge, sich in ihren Stellen zu erhalten beschäftigt, und um die Macht des Throns wenig bekümmert, opferten stets die Zukunft auf, um diese oder jene augenblickliche Schwierigkeit zu heben. Anstatt die königliche Gewalt durch die Liebe der Unterthanen zu befestigen, brachten sie sie nur selten als Beschützerin, sehr oft als Feindin ins Spiel: wenn sie nur die Armee und ungeheure Ab-

schrift prangten: „Was ich wünschte, und nicht erreichen konnte, hat er gethan.“ Gleichwohl war diese Handlung einer der ersten Schritte, die der unglückliche Monarch (ohne es zu ahnden) zu seinem Verderben, und zum Umsturz des Staates that. Es ist nicht erlaubt, ihm ein Verbrechen aus dem zu machen, was Aufmerksamkeit auf die Wünsche seines Volks ihn ausführen hiefs: wenn es aber irgend ein Mittel gab, die Nation zu frieden zu stellen, ohne diesen Schritt zu thun, so gebot ihm die Klugheit, die alte Parlamentsverfassung, da sie nun einmal umgeworfen, und auf Ludwig den XV und den Kanzler Meaupo u jeder Pfeil des Nationalhasses abgeschossen war, ruhen zu lassen. G.

gaben zu ihrer Disposition hatten, so war ihnen alles andre gleichgültig.

Wollte einmal ein rechtschaffner Minister zum Wohl des Volks beitragen, mit wie vielen Gegnern hatte er zu kämpfen! Bei der geringsten Anstalt zur Abschaffung eines Hauptmißbrauchs ließen sich so zahlreiche Protestationen hören, fanden sich in der unübersehblichen Menge von Orts- und Personal-Privilegien so vielfältige Hindernisse, daß der Hof von dem Unternehmen abstecken mußte, und das Ministerium in Ungnade fiel. Man fand weniger Gefahr, und man entschloß sich eher die Schwierigkeiten zu überwinden, wenn neue Auflagen gemacht, oder wenn die Leidenenschaften angesehner Personen durch Straflosigkeit ihrer Vergehungen, durch Hemmung des Laufes der Gerechtigkeit, durch außerordentliche Commissionen, durch Verhaftsbefehle gegen die, an welchen sie sich zu rächen wünschten, begünstiget werden sollten.

Die Staatsschuld, die durch Verschwendung und durch verderbliche Kriege erzeugt worden war, vergrößerte sich von einem Tage zum andern. Die meisten Finanz-Minister hielten sich überzeugt, daß sie bloß dazu

berufen waren, neue Auflagen zu ersinnen, und vermehrten daher unablässig den Druck einer Finanz-Administration, die an Tiraney in keinem civilisirten Staate ihres Gleichen gehabt hat. Unersättliche Raubvögel umlagerten den Thron, bettelten um Geld, in-
dels schon alles unter dem Druck der Abgaben erlag, und bereicherten sich an dem Elende des Volks.

Um nicht die Besitzer einer grossen Menge unnützer Stellen entschädigen zu dürfen, um einige unbedeutende Einkünfte, die von gerichtlichen Instrumenten erhoben wurden, nicht fahren zu lassen, entschloß man sich nie, das Volk von einer unzählbaren Schaar Advokaten und Notarien zu befreien, worunter es hin und wieder sehr schätzbare Männer, aber auch desto mehr verächtliche gab, die Recht und Unrecht ohne Unterschied verteidigten, die Zwietracht unter den Bürgern geflissentlich nährten, und dem, der betrügen wollte, die Mittel dazu verkauften.

Von allen Seiten betrachtet war diese Verfassung für diejenigen, die ihr Reichthum oder ihr Amt, von welcher Abkunft sie auch seyn mochten, den Mächtigen näher brachte,

oder in den Stand setzte, Begünstigungen zu fordern, erträglich: aber die, welche von ihrer Arbeit lebten, welche keinen Credit, welche keine Beschützer hatten — wie oft wurden diese gekränkt, wie oft wurden sie unterdrückt! *) Wie viel Schwierigkeiten fanden sie allenthalben, wenn sie Hülfe gegen einen angesehenen Mann verlangten! sie ward sogar

*) Wer hat sich jemals der Ausführung jener abscheulichen Verordnungen widersetzt, die, ohne den Armen Hülfe oder Arbeit anzuweisen, das Betteln für ein Verbrechen erklärten, und die Freiheit einer unzähligen Menge Unglücklicher der Gnade und Ungnade eines Militärischen Richters oder zweyer Soldaten von der *Marechaussée* Preis gab, die für jeden Fang bezahlt wurden. Ohne zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Unterstützten und Verlassnen einen Unterschied zu machen, wurde jeder, der bettelte, in Gefängnisse, welche unter dem Nahmen der Bettler-Häuser (*depôts de mendicité*) bekannt waren, geworfen. Hier sperrte man Kinder ein, die man aus den Armen ihrer Mutter riß; Greise mußten hier, ohne daß man auf ihre Bitten hörte, ihre letzten Tage zubringen; und Dürftige liefs man in diesen schmähhlichen Wohnörtern mitten unter Wahnsinnigen und verworfnen Weibspersonen schmachten. M.

unmöglich, wenn sie einen Beleidiger aus dieser Klasse eines Verbrechens beschuldigten, das eine infamirende Strafe nach sich zog; Edelleute oder Bürgerliche, deren Familie einiges Gewicht hatte, konnten ziemlich sicher darauf rechnen, daß ihre Vergehungen ungestraft durchgingen: nichts aber kränkt den, welcher das geringste Gefühl für Gerechtigkeit hat, tiefer, als eine solche Straflosigkeit neben einer großen Strenge gegen Verbrecher, denen es an Schutz fehlte, zu sehen.

In allen den Theilen der Staatsverwaltung, welche unter dem Staatsrath standen, und den Intendanten anvertraut waren, entschied die Willkühr fast alles. Das Publikum beschwerte sich laut über ihre Parteylichkeit, und über die ungerechte Austheilung der Belohnungen und Ernunterungen, ob es gleich bey diesen Beschwerden verschiedne durch ihre Menschlichkeit ausgezeichnete Männer ehrenvoll ausnahm.

Es läßt sich nicht verhehlen, daß unsre Monarchen, nachdem sie den Bürgerstand vom Druck befreit hatten, um ihre Krone von der Abhängigkeit zu befreien, durch den Einfluß derer, welche sie zunächst umgaben, ver-

verleitet worden waren, sich mit den Vortheilen des Adels zu sehr und manchmal ausschliessend zu beschäftigen. Der Zugang zum Thron war denen, die zu dieser Classe nicht gehörten, äusserst erschwert. Seit dem Erlöschen der Lehnsvorfassung hatten den Geburtsadel nie und in keinem Lande so ausgezeichnete Vorzüge begleitet, als er seit funfzig Jahren in Frankreich verlieh; und gerade zu derselben Zeit, als wäre es um einen recht merkwürdigen Contrast zu bilden, wurde selbst die vernünftige Achtung, die man in allen Zeiten und Ländern gegen grosse Familien hegte, von unsern schönen Geistern aus allen Ständen, wie ein lächerliches Vorurtheil behandelt.

Die häufigen Veränderungen im Ministerium, die verderbliche Sucht aller Krieges-Minister, sich durch eine neue Organisation der Armees berühmt zu machen, die unaufhörliche Vervielfältigung militärischer Verordnungen, die oft durch Dunkelheit und Widersprüche entstellt wurden, die häufigen und vergeblichen Versuche, bey unsern Soldaten eine Disciplin und eine Strafmethode einzuführen, welche mit dem National-Charakter

und mit einem Vorurtheil, das Achtung verdiente, weil es sich auf Ehrgefühl gründete, unvereinbar waren *); der Mißbrauch, jungen Günstlingen mit Zurücksetzung alter und

*) Dies war die Strafe der Klingenhiebe (*coups de plat de sabre*) oder das sogenannte Fuchteln, welches der Graf von St. Germain, der im Jahr 1775 Kriegesminister wurde, zuerst in der französischen Armee einzuführen suchte. Die Soldaten geriethen in Verzweiflung über diese Neuerung. Verschiedne Unteroffiziere, welche commandirt wurden, die Strafe zu vollziehen, ließen sich lieber degradiren, ehe sie gehorchten. Ein Subaltern-Offizier, der einem Soldaten fünfundzwanzig Fuchtelhiebe geben mußte, hörte beym vier und zwanzigsten auf, und stieß sich selbst den Degen in den Leib. — Nach St. Germain's Tode fiel dies verhafste Reglement in Vergessenheit: seine beiden Nachfolger, der Prinz von Montbarry, und der Marschall von Segür ließen es ruhen: aber Brienne, der Bruder des Erzbischofes von Sens, der im Jahr 1787 Kriegesminister ward, brachte es von neuem in Gang: man verabscheute es immer in gleichem Grade. Eine Menge von Soldaten zogen den Tod einer Strafe vor, die sie als entehrend betrachteten: viele ermordeten sich, nachdem sie sie ausgestanden hatten, oder desertirten mit Lebensgefahr. — Gleichwohl wurde das unvernünftige Reglement, über welches nur Eine

verdienter Offiziere, Regimenten und Commando's zu geben: alle diese Ursachen hatten Muthlosigkeit in die Armee gebracht, die

D 2

Stimme in Frankreich zu seyn schien, erst am 14ten July 1789!! — aufgehoben.

Der Graf von St. Germain war ein Verehrer des Königes von Preussen, den er, in den Anwandlungen seines unmässigen Stolzes als den einzigen Richter auf Erden über seine militärischen Anordnungen erkannte. Der Hang, alles was er in der Preussischen Armee gesehen hatte, nachzuahmen, verleitete ihn wahrscheinlich, eine Art von Disciplin, welche dem Charakter seiner Nation widerstand, vorschreiben zu wollen. Auf gleiche Weise führte er die in der französischen Armee bis dahin unbekannte Strafe der Festungsarbeit ein. Nach seinem Plan sollten die grossen militärischen Uebungen und Manoeuvres, welche zur Bildung der Preussischen Truppen so viel beytragen, in allen Theilen von Frankreich angeordnet werden. Er hatte die Absicht, dem ganzen Militär andre Kleidung und andre Rüstung zu geben. Er trieb das Reformiren bis zur Abgeschmacktheit und seine Reglements häuften und kreuzten sich oft so sehr, dafs er sie selbst nicht behalten konnte. Man nannte ihn, mit einer bittern Anspielung auf den verhassten Grosskanzler, der unter Ludwig dem

Zuneigung der Soldaten zu ihren Anführern vermindert, und den Militär-Gesetzen alle Kraft geraubt.

Es ist möglich, daß diejenigen, die keine andre Sorge kannten, als jeden Tag neue Vergnügungen zu erfinden, und die daher von allem, was ihr Gemüth betrüben konnte, ihre Blicke abwendeten, es ist möglich, daß diese die Existenz der Mißbräuche, welche ich so eben beschrieben habe, in Zweifel ziehen; aber jeder, der ein öffentliches

XV die Parlamenter umgeschmolzen hatte, den Meaupou des Militärs. Er beging den unverzeihlichen Fehler, daß er die sogenannten Haustruppen unablässig reduzirte, und dadurch dem Soldaten eine ermunternde Aussicht zur Beförderung, dem Thron seinen Glanz und eine seiner Stützen raubte. Die Mousquetaires wurden gänzlich abgeschafft, die Garde du Corps und Gendarmes beträchtlich herabgesetzt: die Aufhebung der reitenden Grenadiere, eines kleinen Corps von 550 Mann, welches man immer als die Zierde der ganzen Armee angesehen hatte, erregte ein allgemeines Mißvergnügen.

St. Germain's Nachfolger hatten kein System und tappten im Finstern. Bald machten sie ohnmächtige Versuche, seine strengen Disciplinar

Amt bekleidet hat, und der Wahrheit treu seyn will, wird eingestehen, daß ich von der Uebertreibung weit entfernt blieb; und daß es noch andre Bedrückungen gab, deren ich gar nicht Erwähnung gethan habe. Wer im Lesen dieser Schrift fortfährt, wird mich nicht beschuldigen, daß ich den Haß, welcher der Anarchie gebührt, durch die Schilderung des vorigen Zustandes zu vermindern gesucht hätte.

Edikte aufrecht zu halten, bald fügten sie sich in die Umstände. Es schien recht darauf angelegt zu seyn, die Armee zu desorganisiren, und die Liebe zum Monarchen darin auszurotten. Als nun vollends der Marschall von Segür, der von 1781 bis 1787 Kriegesminister war, die ungerechte, unzeitige und thörigte Verordnung ergehen ließ „daß Niemand auch nur eine Unter-Lieutenants-Stelle mehr erhalten sollte, ohne seine Ahnenprobe abzulegen“ — was war natürlicher, als daß der mißvergnügte, hart behandelte, auf allen Seiten zurückgesetzte gemeine Soldat, mit der großen zurückgesetzten Classe der Nation, da diese Classe dem Hofe und den privilegierten Ständen den Krieg erklärte, gemeinschaftliche Sache machte?

G.

Diese Mißbräuche waren älter als die Regierung Ludwig des XVI. Eine Staatsschuld von fünf Milliarden war vorhanden, ehe er den Thron bestieg. Nie hatte auf diesem Thron ein Fürst von menschenfreundlichen Gesinnungen gesessen. Ein zärtlicher Ehemann und Vater, ein Feind des Prunks und der Verschwendung, ein König, der die Gesetze und das Wohl des Staats achtete, der sich beeiferte alles Gute zu thun, was seine Lage und seine Kräfte ihm erlaubten! Die Abschaffung der Frohndienste, die Aufhebung der Tortur, die Erleichterung des Schicksals so vieler Unglücklichen in Hospitälern und Gefängnissen; die angefangne Reform unsrer widersinnigen Criminal-Justitz; die Anordnung der Provinzial-Administrationen; die Ausrottung der Leibeigenschaft in seinen Domainen; die Wiedereinsetzung derer, welche die herrschende Religion nicht bekannten, in ihre bürgerliche Rechte; die Erhebung des Seewesens aus seinem gänzlichen Verfall; die Anlegung neuer Häfen; die Ausbreitung unsers Handels; die gemeinnützigsten öffentlichen Anstalten! wie viel Ansprüche auf die Dankbarkeit seines Volks! Die Krankheiten

des Staats hatten zu tief gewurzelt, als daß er allein im Stande gewesen wäre, sie zu heilen. Zu viel Leidenschaften, zu viel Cabalen umringten ihn, zu viel Hindernisse standen ihm im Wege, als daß er in der Wahl seiner Minister, oder in den Beschlüssen, zu welchen sie ihn veranlaßten, nie hätte betrogen werden sollen. Aber selbst, wenn er irrte, leitete ihn noch die Liebe zu seinen Unterthanen: und man mußte ihn überreden, daß er zu ihrem Glück beitrüge, wenn man ihn für Mafsregeln, die dem allgemeinen Besten entgegen waren, gewinnen wollte. Ja! es ist hohe Zeit, daß diesem redlichen Monarchen Gerechtigkeit wiederfahre! Es war sein Widerwille gegen die Mißbräuche, es war seine allzu nachgebende Gutmüthigkeit, was ihn vom Throne gestürzt hat. Es ist grausam, es ist schrecklich es sich sagen zu müssen, daß ein Fürst von weniger wohlwollenden Gesinnungen vielleicht Mittel gefunden hätte, seine Macht aufrecht zu erhalten.

Aus den Bemerkungen, die ich hier gemacht habe, geht deutlich hervor, daß in Frankreich vor der Revolution nichts auf eine

bestimmte Art festgesetzt war, weder die Rechte der Krone, noch die des Volks, noch die der Gerichtshöfe; daß die privilegierten Stände zu viel Einfluß in die Regierung hatten, daß die persönliche Freiheit oft willkührlichen Angriffen von Seiten der Mächtigen ausgesetzt war; daß es fast gar keine politische Freiheit gab; daß es der rechtmäßigen Gewalt des Königes, ohne welche das allgemeine Wohl nicht bestehen konnte, an einer festen Grundfläche fehlte; daß die Protestationen der Parlamenter, so nützlich sie auch in gewisser Rücksicht seyn mochten, durch die gefährlichen Maximen, welche sie enthielten, und durch den drohenden Ton, in dem sie oftmals geschrieben waren, die Unterthanen daran gewöhnten, alle Ehrfurcht vor dem Throne nach und nach zu verlieren, da sie ihn unaufhörlich als den Urheber ihrer Leiden dargestellt, und niemals einen dauerhaften Sieg erringen sahen.

Wenn man nun noch die Betrachtung hinzu fügt, daß seit einem halben Jahrhundert die ganze Aufmerksamkeit der Nation auf die Staatsverwaltung gerichtet war; daß die Fehler derselben, wenn gleich nicht größer

als man sie in verschiedenen andern Europäischen Staaten fand, lebhafter als irgendwo sonst gefühlt wurden, weil eine Menge von Schriften sie täglich ins hellste Licht stellten; daß das Volk eine Erleichterung seiner Lasten mit Sehnsucht wünschte; daß übertriebne Schilderungen ihm diese Lasten vollends unerträglich machten; daß Ideen von Freiheit, in dieses allgemeine Mißvergnügen geschleudert, sich mit reissender Macht verbreitet, daß sie durch die Gemeinschaft mit den Amerikanischen Insurgenten eine neue Kraft erhalten hatten: — so wird man sich überzeugen, daß alles zu grossen Veränderungen reif war, daß unverkennbare Vorboten eine nahe Revolution ankündigten.

Und welcher Zeitpunkt zu einer Revolution! Wo verwegne Schriftsteller sich auf den Trümmern der Sittlichkeit den Weg zu einem wohlfeilen Ruhme bahnten; indem sie ohne Scheu die ehrwürdigsten Grundsätze angriffen, alle moralische Triebfedern zerstörten, und alle Bande der bürgerlichen Ordnung zerrissen!

Welcher Zeitpunkt zu einer Revolution! wo der Durst nach Reichthum, die Wut der

Geldspekulationen, die Verderbnis eines empörenden Luxus sich aller Stände bemächtigt hatte; wo schlechte Sitten als eine Zierde angesehen wurden, wo Leute vom ersten Range es sich zur Ehre rechneten, den Titel eines Galgenschwengels *) zu führen, um den hohen Grad ihrer Lasterhaftigkeit zu bezeichnen; wo man in allen großen Städten eine unermessliche Volksmenge sah, welche eine fehlerhafte Administration ins tiefste Elend, in die niedrigsten Ausschweifungen, in jede Art von physischer und moralischer Abscheulichkeit gestürzt, und fast unter die Menschheit hatte herabsinken lassen.

*) *ronés.*

Drittes Kapitel.

Umstände, welche die Revolution beschleuniget
haben.

Die Einkünfte, welche durch drückende Abgaben aufgebracht wurden, reichten kaum zu den Bedürfnissen des Staats in Friedenszeiten und zur Bezahlung der Zinsen von der unter Ludwig des XVI Vorgängern entstandnen Schuld, als die Regierung den Entschluß faßte, die Insurrection der Amerikaner gegen Großbritannien zu begünstigen. Um die Kosten des Krieges bestreiten zu können, mußte man also zu neuen Abgaben, oder zu dem gefährlichen Hülfsmittel neuer Anleihen seine Zuflucht nehmen. Einigermassen konnte man sich durch Einziehung unnützer Aemter und durch Reformen in Ansehung des äußerlichen Aufwandes helfen. Man bediente sich wirklich dieses Mittels, vielleicht in geringerem Mafse als es heilsam gewesen wäre: aber keine Sparsamkeit hätte soviel eingebracht, als man gebrauchte. Die Auflagen so zu erhöhen,

dafs die Ausgaben dadurch gedeckt wurden, war ein höchst gefährliches, und gewifs ein fruchtloses Unternehmen; vernünftiger war es allerdings, den Krieg ganz zu unterlassen: da man ihn aber für unvermeidlich hielt, so blieb nichts übrig, als Anleihen, und sollten sie mit den höchsten Bedingungen verknüpft seyn. Man wies keinen besondern Fonds zur Bezahlung des Capitals an: man betrachtete die Kriegeskosten als eine auferordentliche und vorübergehende Ausgabe, und hoffte, dafs eine gute Administration sie nach und nach wieder aufbringen, und die Schuld tilgen würde. Herr Necker rechnete auf den glücklichen Erfolg einer strengen Oekonomie zu deren Einführung er alle Kräfte aufbot: im Jahre 1781 hatte er erklärt, dafs die Einnahme um zehn Millionen die Ausgaben überstiege: wollte man aber auch annehmen, dafs damals schon ein Deficit in der Einnahme Statt gefunden hätte, so konnte es doch unmöglich von Belang seyn, und zuverlässig würde das Zutrauen, welches dieser Minister einflöste, den Credit des Staats aufrecht erhalten, und ihm zur Wiederherstellung des zerrütteten Finanzsystems die erfor-

derliche Zeit gelassen haben. Wahrscheinlich hätte er seinen Zweck erreicht, wenn die Verwaltung in seinen Händen geblieben wäre. Von 1783 an befand sie sich in andern. Man machte neue Auflagen; sie waren nicht hinreichend um den Krieg fortzusetzen, und nachher die verfallnen Zahlungstermine einzuhalten. Die Nachfolger des Herrn Necker schritten zu abermaligen Anleihen, zu ungeheuren Anticipationen *), zu allen den Mitteln, welche das Uebel auf einige Augenblicke

*) Anticipationen waren Anweisungen auf die Staats-Einkünfte, die in einem bestimmten Termin zahlbar wurden. Man sah sie als ein Nebenmittel des öffentlichen Credits an; sie waren aber eine der gefährlichsten Finanz-Operationen, weil sie ganz im Dunkeln vorgenommen werden konnten, und keine andre Gränzen hatten, als die Klugheit und Discretion des Finanz-Ministers. Kam der Zahlungstermin, so half man sich durch neue Assignationen, und nachdem vollends die Disconto-Casse in die Gewohnheit gekommen war, dem Staate Gelder vorzuschieszen, stieg das Anticipiren bis zu einem sehr verderblichen Grade. In den letzten Jahren vor der Revolution belief sich die Summe der Anticipationen immer weit über hundert Millionen. G.

betäubten, um es bald darauf durchaus unheilbar zu machen.

Unterdessen errichtete man einen Tilgungsfonds; mehrere Edikte kündigten die nahe bevorstehende Erlöschung der Staatsschuld an! Nach den Summen zu urtheilen, die auf Gunstbezeugungen, auf neue Anlagen, auf Gegenstände der Pracht verwendet wurden, mußte der größte Ueberfluß in der Königlichen Schatzkammer herrschen. Hätte man sich schmeicheln können, der Armuth derselben ohne neue Auflagen abzuhelpen, so wäre es allerdings klug gewesen, die Wahrheit zu verbergen: hier aber war kein Grund vorhanden, der es rechtfertigen konnte, daß man im größten Mangel das Volk durch eine Verschwendung, die den Reichthum verrieth, zu betrügen suchte. Das Blendwerk konnte schlechterdings nicht von Dauer seyn: der Stoß mußte dadurch nur schrecklicher werden. Wenn man eine unglückliche Begebenheit anzukündigen hat, so muß man die Gemüther darauf vorbereiten, um der Verzweiflung vorzubeugen: wie durfte man sich einbilden, daß man plötzlich die allgemeine Sicherheit über den Haufen werfen könnte,

ohne die furchtbarste Gährung zu bewirken?

Die Regierung entwarf den Plan, Verzeihung für neue Auflagen in der Form und den Vortheilen ihrer Errichtung zu suchen. Um sich gegen den Widerstand der Gerichtshöfe zu waffnen, berief man eine Versammlung von Notabeln, die aus den Commandanten und Intendanten jeder Provinz, aus den ersten Präsidenten und General-Procuratoren der Parlamenter, aus den ersten Municipal-Beamten verschiedner Städte bestand. Diese Versammlung eröffnete ihre Sitzungen am 22ten Februar 1787.

Der Finanzminister enthüllte ein jährliches Deficit in der Staatseinnahme. Nach seiner Angabe hatte sich dies Deficit unter dem Abbé Terray auf vierzig, im Jahr 1783 auf achtzig Millionen belaufen. Da die Entdeckung dieses verderblichen Geheimnisses von so vielem Unglück begleitet gewesen ist, so möchte man fast bedauern, daß Herr von Calonne es nicht, gleich einigen seiner Vorgänger, in der Dunkelheit lassen konnte. Im Jahr 1626 unter dem Ministerium des Cardinal Richelieu hatte man auch die Nota-

beln versammelt *): man hatte ihnen sogar auch ein Deficit aufgedeckt: aber man hatte zugleich ausdrücklich erklärt, daß keine neue Abgaben gefordert werden, daß die Einlösung der Domainen, und die Einschränkung der Ausgaben den Finanzen aufhelfen sollten, und Ludwig XIII hatte sich sogar anheischig gemacht, die Auflagen zu vermindern.

Calonne setzte einen Theil seiner Hülfsmittel in die Abschaffung verschiedner Mißbräuche:

*) Der Unterschied war aber der, daß die Notabeln von 1783 bloß um der Finanzen willen berufen wurden, die Verschweigung des Defizit also, wenn sie auch möglich, doch durchaus zweckwidrig gewesen wäre. Ganz anders verhielt es sich mit den Notabeln von 1626. Diese unbedeutende Versammlung, die so viel als gar nichts wirkte, und die sich bloß damit beschäftigte, einige Verfügungen einer Regierung zu approbiren, die ihrer Approbation so wenig bedurfte, scheint die einzige Bestimmung gehabt zu haben, durch ein feyerliches Anerkennen des Bedürfnisses „mehrerer Ordnung im Reiche“ die Unternehmungen des Cardinals gegen die Protestanten, und die im folgenden Jahre angefangne Belagerung von Rochelle einigermaßen zu sanctioniren. G.

bräuche: unter diese zählte er mit Recht die Abgaben-Privilegien, und die Vorrechte, welche Personen oder Provinzen besaßen; er sprach von einer Reform dessen, was fehlerhaft in der Constitution war, von Simplifizierung der Administration, von besserer Verknüpfung aller Theile der politischen Maschine unter einander; er erklärte, daß die Absichten des Monarchen bis dahin, wegen der Schwierigkeit zwischen einer Menge von entgegengesetzten Gebräuchen, Ansprüchen, Privilegien und Privatgerechtsamen eine Vereinigung zu stiften, unausführbar gewesen wären; er machte auf die Verschiedenheit der Verfassungen in den verschiednen Provinzen des Reichs, auf die Mannichfaltigkeit heterogener Formen, und das Widersprechende in den Grundsätzen aufmerksam; er zeigte die Nothwendigkeit, Einheit in den Grundsätzen der Staatsverwaltung herrschen zu lassen; hierauf schlug er eine Territorial-Steuer, die von allen Gütern ohne Unterschied gegeben werden und an die Stelle der Vingtiemen treten sollte, eine Stempel-Auflage, die Abschaffung der Frohndienste beym Straßsenbau, die Aufhebung der innern Zölle, die Freiheit des Ge-

treidehandels, die Errichtung der Provinzial-Administrationen vor: er trug zugleich darauf an, den Adel und die Parlamenter von der Kopfsteuer zu befreien. Diese Personalabgabe war ursprünglich von allen Ständen, sogar von den Königlichen Prinzen entrichtet worden *). Hätte man den Adel davon ausgenommen, so wäre sie im höchsten Grade demüthigend gewesen, weil sie alsdann gleichsam wie ein Merkmal der Knechtschaft an jedem nicht-adelichen Bürger geklebt hätte. Es gereicht den Notabeln zur Ehre, daß sie diesen Antrag verwarfen. Zum Ersatz der

*) Sie ward im Jahr 1695, zwey Jahre vor dem Ryfswicker Frieden eingeführt. Man theilte zu diesem Ende die ganze Nation in 22 Classen, wovon die Prinzen die erste ausmachten. — In neuern Zeiten wurde diese Abgabe in Ansehung derer, welche die Taille entrichteten, nach Verhältniß der Taille erhoben, und hieß in diesem Falle *capitation taillable*. Wenn es daher weiter unten heißt „durch eine Erhöhung der „Taille und Kopfsteuer sey der Adel von den „Straßen-Bau-Kosten befreit geblieben“ — so muß man hier unter der Kopfsteuer, die auf die Taille gegründete verstehen. G.

Frohndienste ordnete man eine Erhöhung der Taille und der Kopfsteuer an: der Adel und die Geistlichkeit blieben also fortdauernd von dem Beytrage zu den Kosten des Straßensbaus befreit.

Diese Anordnungen und die Wahl der Personen, welche die Versammlung der Notabeln ausmachten, zeigten hinlänglich, wer diejenigen waren, deren Zuneigung man am eifrigsten suchen zu müssen glaubte, und von denen man den stärksten Widerstand gegen die Absichten des Königs vermuthete *).

Die Provinzial-Administrationen, welche Calonne vorschlug, waren ohne Vergleich besser organisirt, als die, mit welchen man ei-

E 2

*) Diese Bemerkung kan man bey nahe einer übertriebnen Strenge zeihen. Unter den 146 Personen, welche die Versammlung der Notabeln ausmachten, waren gewiß nicht viel unter 50 die man als Abgeordnete des Bürgerstandes ansehen konnte, wenn man zu den Maires von 23 Städten die Prevots der Kaufleute zu Paris und Lyon, den Prätor von Straßburg und den dritten der drey Deputirten rechnet, welchen jede mit Ständen versehne Provinz (*pays d'état*) zur Versammlung schickte.

nige Zeit vorher in zwey Provinzen den Versuch gemacht hatte: er setzte sie bloß aus Eigenthümern ohne allen Unterschied des Standes zusammen.

Die Notabeln beschwerten sich über diese Vermischung der Stände. Alle Sectionen kamen darin überein, daß der Vorsitz in den Provinzialversammlungen der Geistlichkeit und dem Adel von Rechtswegen zustände. Es war etwas Widersinniges, drey verschiedene Classen, nemlich: Geistliche, Adelige, und Bürgerliche anzunehmen, und gerade zweyen davon das Recht des Präsidirens einzuräumen, welches der Vernunft gemäß, entweder eine oder alle drey besitzen mußten. Der zweite Stand konnte nicht einen einzigen Grund ge-

Ueberdies befanden sich unter den Notabeln der höhern Stände Männer, die man nur nennen darf, um den Verdacht eines übertriebnen Aristokratismus oder einer übertriebnen Gefälligkeit gegen den Hof zu verscheuchen: z. B. die Erzbischöfe von Bourdeaux und von Aix; der Bischof von Langres; die Herzoge von Rochefoucauld und du Chatelet; der Marquis La Fayette, Beaumetz, Castilhon und verschiedne andre. G.

gen den ausschliessenden Vorsitz des ersten anführen, dessen sich der dritte nicht eben so gut gegen den zweiten hätte bedienen können. Nichts zeigt deutlicher, mit welcher Leichtigkeit sich Jedermann Grundsätze nach Wohlgefallen schaffen konnte, als die Behauptung der zweiten Section, „dafs man die Nation als aus zwey Classen zusammengesetzt ansehen könnte, nemlich dem Adel, welcher die Geistlichkeit in sich begriffe, und dem Volk.“ Zwey Sectionen verlangten, dafs der Adel und die Geistlichkeit den dritten Theil der Mitglieder, die andern verlangten, dafs sie die Hälfte derselben hergeben sollten: und die Nothwendigkeit dieser Einrichtung wollte man aus der alten Verfassung herleiten: als wenn, ehe noch Provinzialadministrationen existirten, schon die Nothwendigkeit die Aufsicht über das Steuerwesen und die öffentlichen Anstalten, nur Personen aus verschiednen Ständen anzuvertrauen existirt, als wenn der Monarch nicht das Recht gehabt hätte, Eigenthümer schlechthin, ohne weiter auf Rang zu sehen, zu den Geschäften, welche vorhin seine Intendanten allein verrichteten, zu berufen.

Indessen wurden die nähern Bestimmungen, welche die Notabeln verlangt hatten, unter dem Ministerium des Herrn von Brienne wirklich zugestanden, und die Hälfte der Stellen in den Provinzialversammlungen blieb den Geistlichen und den adelichen Gutsbesitzern vorbehalten.

Trotz aller schmeichelhaften Edikte, mit welchen man das Defizit umringt hatte, brachte doch die Bekanntmachung desselben gewaltige Bewegungen hervor. Dieser unerwartete Schlag verlieh allen Deklamationen gegen die Fehler der Regierung auf einmal einen Charakter der Rechtmäßigkeit. Man fragte, wie es möglich wäre, daß der Hof so lange von dem Defizit nichts gewußt, oder daß er, wenn er wirklich davon gewußt, nicht längst dahin getrachtet hätte, es durch Ordnung und Sparsamkeit zu heben, und die ohnehin gedrückte Nation nicht neuen Lasten zu unterwerfen. Nun sprach man in allen Theilen des Reichs von nichts als der Nothwendigkeit, dem verschwenderischen Verfahren mit den Schätzen des Staats Schranken zu setzen; man brachte das alte Prinzip, daß keine Auflagen ohne Zustimmung der Stände ausgeschrieben

werden könnten, ein Prinzip, welches so viele von unsern Königen anerkannt hatten *), wieder in Erinnerung; man beschuldigte die Parlamentarier, daß sie dies Prinzip geflissentlich

*) Es giebt jedoch nur einen sehr kurzen Zeitraum in der französischen Geschichte, während dessen dieses Prinzip ein anerkannter Grundsatz, und eine Constitutionsmäßige Lehre war.

Vor dem Jahre 1302 ist keine Spur einer Ständerversammlung zu finden. Unter Philipp V (dem Schönen) und seinen drey Söhnen wurden die Stände öfters versammelt: aber daß ohne sie keine Auflagen hätten angeordnet werden können, läßt sich auf keine Weise dathun. Von Stände-Versammlungen unter Philipp VI, dem ersten Könige aus dem Hause Valois, haben wir keine (wenigstens keine sichere) Nachrichten, desto mehrere aber von willkührlichen Auflagen, von Münzverfälschungen, von Erpressungen aller Art. Die Regierung seines Sohnes und Nachfolgers Johann war die einzige Periode, wo die Stände, die Gewalt, ihre Einwilligung zu den Taxen zu geben, besaßen oder wenigstens zu besitzen schienen. Im Jahre 1355 wurde in der Versammlung derselben zu Paris die berühmte Ordonanz gegeben, nach welcher die Stände aufser mehreren Vorrechten auch die Aufsicht über die Einziehung und Verwendung

in Vergessenheit gerathen lassen, daß sie die Funktionen der National - Versammlungen usurpirt, und die Rechte des Volks verrathen hätten

der Abgaben haben sollten. Im Jahre 1356 ward König Johann in der Schlacht bey Poitiers gefangen genommen, und nun brachen Unruhen in Paris und allen Provinzen aus, während welchen sich verschiedentlich Ständische Deputirte, besonders zu Paris, versammelten, die zwar die Grundsätze der Ordonanz von 1355 aufrecht zu halten und noch zu ihrem Vortheil zu verstärken suchten, die aber weder in Rücksicht auf ihre Form, noch auf ihr sonstiges Betragen als wahre Stellvertreter der Nation angesehen werden konnten: auch ward alles, was sie beschlossen, sobald es dem Dauphin gelungen war die Ruhe herzustellen, als nicht geschehen betrachtet.

Carl V, eben der König, dem die Stände zur Zeit der Gefangenschaft seines Vaters so harte Gesetze vorschrieben, berief sie nur ein einzigesmal während seiner Regierung, ob er gleich gegen das Ende derselben, geleitet und unterstützt von seinem Minister Johann de la Grange, Cardinal und Bischof von Amiens, härte Taxen auflegte, als die Nation je getragen hatte.

Unter Carl dem VI wurde die Widersetzlichkeit der Pariser gegen willkührlich geforderte

Das Parlament von Paris protokollirte die Edikte über die Provinzialversammlungen und über die Frohndienste: als man ihm aber die, durch welche die neue Stempeltaxe und

Abgaben schon als Hochverrath behandelt, und alle Einwohner der Hauptstadt wurden im Jahr 1483 weil sie die Erpressungen des Herzoges von Anjou nicht geduldig ertragen hatten, mit ungeheuren Geldbußen, mit Gefängnißstrafen, mit dem Tode heimgesucht — In dem langen Kriege mit den Engländern ging das geringe Ansehen, das die Stände sich vorher erworben hatten, vollends verloren: und Carl VII, der sie nur ein einziges mal zusammen kommen liefs, erklärte nicht lange nachher gegen einige Prinzen, die mit seinem ungehorsamen Sohne Partey machten „er habe das „volle Recht, Abgaben anzuordnen, und „brauche dazu gar nicht die drey Stände „zu versammeln: eine solche Versammlung sey durch die Kosten, die sie verursache, nur eine neue Last für das Volk“. — In Gemäfsheit dieser Grundsätze erhob er auch die Taille, die bis dahin nur eine temporelle Abgabe gewesen, aus eigener Willkühr zu einer immerwährenden.

Man kann also ohne alle Gefahr zu irren behaupten, daß von einem wirklich-vorhandnen und anerkannten Recht der Stände, ihre Stimme zur Im-

die Territorialsteuer angeordnet wurden, vorlegte, verlangte es, die Rechnungen, welche man den Notabeln mitgetheilt hatte, zu sehen und zu prüfen. Diese Forderung ward verweigert, und das Parlament nahm auf einmal eine andre Sprache an. Hingerissen durch die Stimme der Nation opferte es seine alten Ansprüche auf, trug Maximen vor, die seit Jahrhunderten vergessen waren, und erklärte, daß es nicht die Befugniss habe, Edikte dieser Art einzutragen, und daß das Recht, Steuern zu bewilligen, nur allein den Repräsentanten der Nation zustehe. Das Parlament drang auf die Zusammenberufung der

position der Taxen zu geben, nur binnen einem halben Jahrhundert (von 1302-1358) überhaupt die Rede gewesen, daß es aber gar nur während der sieben oder acht ersten Regierungsjahre des Königs Johann auf eine nicht zu bezweifelnde und durch gleichzeitige Dokumente bestätigte Art zur Ausübung gekommen ist.

Es wird sich unten Gelegenheit finden zu zeigen, wie wenig die Ständerversammlung, welche im Jahr 1483 unter Carl dem VIII berufen ward, eine Ausnahme von diesem historischen Satz zu heissen verdient. G.

Reichsstände. Dieser Schritt wurde allgemein als ein großmüthiger Entschluß zu Gunsten der Volksrechte betrachtet; alle Köpfe faßten den Feuerfunken. Das Parlament wurde mit Segenswünschen überhäuft, und die guten Bürger sahen in der Versammlung der Stände eine unversiegbare Quelle der Nationalwohlfahrt. Freilich war der Eifer für das allgemeine Beste nicht die einzige Empfindung, die unter diesen Umständen aufwachte und genährt ward. Es war natürlich, daß man große Veränderungen erwartete. Der Eigennutz brütete zahllose Projekte aus. Der Ehrgeiz, der in friedlichen Zeiten seinen Weg nur durch kleine Cabalen bezeichnen kan, der aber, sobald Unruhen ausbrechen, zu einer fürchterlichen Thätigkeit heran wächst, und mit kaltblütiger Ueberlegung die Vortheile jeder Frevelthat berechnet, nahm sich fest vor, jede Unordnung zu begünstigen, und von jeder Begebenheit Nutzen zu ziehen.

Um den Widerstand des Pariser Parlaments zu überwinden, hielt der Monarch eine Königliche Sitzung, und ließ die Edikte, gegen welche das Parlament protestirte, in seiner Gegenwart eintragen. Er hatte sich die-

ses Recht, als er die alten Parlamenter wieder herstellte, ausdrücklich vorbehalten: nichts desto weniger erklärte das Parlament die Eintragung für nichtig, und untersagte die Erhebung der neuen Abgaben. Der Staatsrath cassirte hinwiederum diese Beschlüsse, und das Parlament wurde nach Troyes verwiesen. Bald aber liefs sich das Ministerium in Unterhandlungen mit den Verwiesnen ein, und widerrief die Stempeltaxe und die Territorialsteuer. Das Parlament vergafs seine kürzlich erlassne Erklärung, verlängerte den bereits vorhandnen zweiten Vingtieme *), und bestätigte folglich eine neue Auflage.

Die Parlamenter der Provinzen hatten sich in den Streit gemischt; auch sie hatten

*) Der Vingtieme war eine (von allen Ständen ohne Unterschied erhobne) Abgabe des zwanzigsten Pfennigs d. h. fünf Prozent von allen Gattungen der Einkünfte ohne Ausnahme. Seit 1749 existirte diese Abgabe auch in Friedenszeiten. Im Jahr 1756 kam ein zweiter, und im Jahr 1760 ein dritter Vingtieme hinzu. Der letzte hörte 1763 wieder auf: durch Terray's Edikt von 1771 ward der erste Vingtieme auf unbestimmte Zeit, der zweite bis zum Jahre 1781 verlängert. Da in diesem Jahre

die Versammlung der Reichsstände verlangt, und, um das Parlament der Hauptstadt in der Entschlossenheit gegen die Projekte des Hofes noch zu übertreffen, sogar den zweiten Vingtieme verworfen; einige gingen so weit, daß sie sich gegen die Provinzialadministrationen erklärten, und sie auseinander zu gehen nöthigten, ob sie gleich vorher das Edikt, welches die Errichtung derselben anordnete, protokolliert hatten.

Das Verlangen nach der Versammlung der Stände setzte den Hof eben so sehr in Bestürzung, als es die Nation zu frohen Hoffnungen begeisterte. Wenn es unmöglich war, dem allgemeinen Wunsche hierin zu widerstehen, so wollte man wenigstens den Zeit-

aber der Amerikanische Krieg außerordentliche Ausgaben erforderte, so war selbst Necker nicht im Stande, diesen zweiten Vingtieme aufzuheben. Er dauerte also ohne weitere Prorogation fort, und man fand daher im Jahr 1787, da die neuen Auflagen nicht durchgehen sollten, nöthig, wenigstens diesen zweiten Vingtieme (der mit dem ersten zusammen eine Abgabe von 10 Prozent formirte) durch die Parlamenter aufs neue sanctioniren zu lassen. G.

punkt so viel es sich thun liefs, hinausrücken, und sich in eine Lage setzen, wo man ihrer Hülfe nicht bedurfte, um desto weniger von ihnen abhängig zu werden.

Am 19ten November begab sich der König in das Parlament von Paris, um daselbst eine neue Anleihe protokolliren zu lassen; bey dieser Gelegenheit kündigte der Siegelbewahrer an, dafs binnen fünf Jahren die Finanzen in Ordnung gebracht seyn würden, und dafs der König Willens wäre, alsdann die Reichsstände zusammen zu berufen, um der versammelten Nation alles, was er für ihre Wohlfahrt gethan hätte, bekannt zu machen. Auf diese Sitzung folgten verschiedene Verhaftnehmungen. Eine ähnliche Strenge ward gegen die Provinzialparlamentar ausgeübt, und hatte eben so schlechten Erfolg als in der Hauptstadt.

Die Königliche Macht ward von allen Seiten in die Enge getrieben. Der Augenblick war gekommen, wo sie bestimmte Schranken erhalten, oder in einen unbegrenzten Despotismus übergehen mußte. Die Minister entschlossen sich, alle Mittel zu versuchen, um jenes zu vermeiden, und dieses zu erreichen.

Viertes Kapitel.

Von

den Mitteln, deren sich das Ministerium bediente,
um die Versammlung der Reichsstände zu hindern,
und von den Wirkungen dieser Mittel.

Man fühlt sich versucht zu glauben, daß ein feindseliges Verhängniß zugleich die Menschen und die Umstände gerade so lenkte, wie sie am sichersten zu Frankreichs Ruin dienen konnten, daß zu diesem verderblichen Ziele die Tyranney einiger verblendeten Minister so gut als der patriotische Eifer derer, die sich ihnen widersetzten, die Güte des Königes so wie die Undankbarkeit des Volkes führen, und daß Laster und Tugend sich zu einem und demselben unglücklichen Werke vereinigen mußten.

Die Minister hätten ihr Projekt, dem Willen des Königes alles zu unterwerfen,

durchsetzen können, wenn sie geschickter gewesen wären. Sie wollten die Nation durch die Hoffnung einer bessern Justizverwaltung gewinnen, und doch vertrauten sie einer Menge von kleinen Gerichtshöfen, denen es sehr oft an aufgeklärten Richtern gemangelt haben würde, die letzte Instanz in Prozessen, deren Gegenstände das Vermögen des größten Theils der Bürger überstiegen, an *); sie überliessen diesen Gerichtshöfen, die in Civilsachen nur, wenn das Streitige nicht über 20,000 Livres ging, definitiv erkennen durften, Personen aus dem Bürgerstande zum Tode

*) Um diese Stelle zu verstehen, und den Zusammenhang in diesem ganzen Kapitel zu übersehen, muß man durchaus die Geschichte der Streitigkeiten zwischen dem Ministerium und den Parlamenten in den Jahren 1787 und 1788, und des neuen Systems, welches der Principal - Minister von Brienne und der Siegelbewahrer Lamoignon einführen wollten, vor Augen haben. Dies zu erleichtern, sind in dem Zusatz Nro. V die Hauptmomente dieser Geschichte zusammengestellt: hoffentlich wird mit Hülfe des dort erzählten, alles in diesem Kapitel deutlich seyn. G.

Tode zu verdammen, und behielten den Parlamentern das Recht, die Verbrechen der Privilegirten zu richten, vor; das Leben eines gemeinen Mannes war also weniger werth, als eine etwas beträchtliche Summe Geldes. Sie wollten den Parlamentern allen Einfluß auf die Gesetzgebung und Staatsverwaltung nehmen, und entzogen ihnen doch den größten Theil ihrer Gerichtsbarkeit; sie schränkten sie in der Ausübung der richterlichen Funktionen ein, in eben dem Augenblick, wo sie ihnen keine andre Beschäftigung übrig lassen wollten, als Prozesse zu schlichten.

Das Uebermaß der Unklugheit aber war die Errichtung eines neuen Tribunals, welches die Minister den souverainen Rath (*cour plénière*) nannten, und welches die Gesetze und Abgaben eintragen, und über die Vergehungen der obern Gerichtshöfe erkennen sollte. — Man wollte dies Tribunal, aus den Prinzen, den Pairs, den Mitgliedern des obersten Senats (*grand'chambre*), des Pariser Parlaments, verschiedenen hohen Kronbeamten, einigen Bischöfen, einigen Generalen, Staatsräthen, Supplikenmeistern, (*maîtres des requêtes*) und einem Mitglied eines

jeden Parlaments zusammensetzen *). Die Stellen sollten allemal Lebenslang bekleidet werden.

Es war unmöglich, eine Verfassung zu ersinnen, die gefährlicher für den Monarchen, und verderblicher für die Unterthanen gewesen wäre: denn wer von den Mitgliedern eines solchen Tribunals hatte denn ein Interesse die Rechte des Volks zu verfechten? Die Remonstrationen der Parlamenter stimmten freylich nicht immer mit dem wahren Vortheile der Bürger überein: sie thaten es indessen

*) Folgendes ist die genaue Liste der Mitglieder dieses in der Geburt erstickten Tribunals: die sämtlichen Prinzen und Pairs, die hohen Kronbeamten, zwey Erzbischöfe, zwey Bischöfe, zwey Marschälle, zwey Gouverneurs und zwey General-Lieutenants von Provinzen, zwey Ritter des heiligen Geistes, vier andre angesehne Personen aus dem Reiche (vielleicht Repräsentanten des bey diesem Tribunal ganz vergessnen Bürgerstandes?) sechs Staatsräthe, vier Supplikenmeister, ein Präsident oder Rath eines jeden Provinzial-Parlaments, das ganze Personal des obersten Senats des Pariser Parlaments, zwey Mitglieder der Rechen-Kammer, und zwey Mitglieder des Ober-Steuer-Gerichts.

doch zuweilen: und auf jeden Fall mußte ein Collegium, das sich in einer großen Entfernung vom Hofe befand, besser für die Rechte einer Provinz kämpfen, als ein einzelnes Mitglied desselben, welches allenthalben von Werkzeugen der Verführung umringt war, und so wenig Aussichten hatte, der Gerechtigkeit und Wahrheit Dienste leisten zu können.

Verschiedne Provinzen hatten Privilegien, deren Genuß ihnen durch die Urkunden ihrer Vereinigung mit der Krone gesichert war. Diese Privilegien waren schätzbar, ob sie gleich nur schwache Schranken gegen die Macht des Despotismus abgaben, ob sie gleich oft für den Bezirk selbst, der sie besaß, unbrauchbar, und immer für den Staat nachtheilig waren. Sie machten eine geringe Schutzwehr aus: aber es war die einzige. Durch den souverainen Rath, dessen Protokoll alle Theile des Reichs binden sollte, wurde sie zertrümmert.

Wenn wachsame und gewandte Minister den souverainen Rath nach ihrem Willen hätten leiten können, so würde dieses Tribunal sich noch viel öfter der ganzen Gewalt des

Staats bemächtigt haben. Nur, wenn eine Versammlung von Volks-Repräsentanten demselben das Gegenwicht gehalten hätte, wäre es zur Aufrechthaltung der Rechte des Throns geschickt gewesen: aber ohne allen Nebenbuhler hätte es seine eigne Macht ohne Scheu vermehren können. Die Mitglieder eines solchen Tribunals, die keiner Verantwortung und keiner Gefahr ihre Stellen zu verlieren ausgesetzt waren, würden noch mit viel größrer Dreistigkeit, und unter einem viel bessern Vorwande als die Parlamenter, das freie Protokolliren der Gesetze verlangt haben. Da sie überdies auch die Abgaben - Edikte protokolliren sollten, so konnten sie Gefälligkeiten in diesem Punkt für andre Gefälligkeiten verkaufen, und durch ihre Weigerungen Gesetze vorschreiben.

Die militärischen Zurüstungen und die Gewaltthätigkeiten, bey der ersten Ankündigung dieser Neuerungen, die am 8ten May 1788 im ganzen Reiche geschah, die Verletzung aller gewöhnlichen Formen, alles trug dazu bey, die Gemüther des Volkes aufzubringen. Unterrichtete Leute ließen freilich das sogenannte Recht der Parlamenter, die

gesetzgebende Macht mit dem Könige zu theilen, nicht gelten: aber man konnte ihnen wenigstens nicht abstreiten, daß sie Jahrhunderte lang, vermöge eines alten und heilsamen Gebrauchs, die Verordnungen der Monarchen ehe sie in ihrem Bezirk zur Ausführung kamen geprüft, und über die Mängel derselben Remonstrationen gethan hatten. Nichts empörte so sehr, als das tyrannische Verfahren der Minister, die um ihre Projekte gegen allen Widerstand zu sichern, die Thüren der obern Gerichtshöfe mit Soldaten besetzen, und die Verwaltung der Justiz in höchster Instanz allenthalben im Reiche aufhören ließen.

Der Adel, der am leichtesten gemeinschaftliche Beschlüsse fassen konnte, gab das Signal zur Widersetzlichkeit. In Dauphiné, in Bretagne, in Bearn vereinigte er sich zuerst mit den Parlamentern, und verlangte die Wiederrufung der Edikte, welche am 8ten May mit militärischer Gewalt protokolliert worden waren. Die Municipalitäten und Corporationen der vornehmsten Städte, und die meisten Justiz-Personen traten den Protestationen der obern Gerichtshöfe bey.

Wie sollte sich denn auch unter diesen Umständen ein redlicher und aufgeklärter Bürger betragen? Sollte er auf die Versammlung der Reichsstände Verzicht thun, die, welche diese Versammlung gefordert hatten, im Stiche lassen, und sich in ein Joch schmiegen, das nun härter wurde, als es jemals gewesen war? Nein! Keiner, dem das öffentliche Wohl am Herzen lag, konnte ungewiss seyn, welche Partey er zu ergreifen hatte. Es war einleuchtend, daß man, um die Ständerversammlung zu erlangen, damit anfangen mußte, die Wiederherstellung der Tribunäle, welche darauf provoziert hatten, zu begehren.

Umsonst ließen die Minister Truppen marschiren und Bürger in Verhaft nehmen: man gehorchte ihnen nirgends. Sie konnten es nicht hindern, daß der Adel in mehreren Provinzen sich trotz der Verbote des Königes versammelte: sie konnten es nicht hindern, daß die Bürger von Grenoble unter dem Namen der drey Stände am 14ten Juny zusammen kamen, um die Bedingungen der Vereinigung ihrer Provinz mit dem Reiche geltend zu machen, und auf eine all-

gemeine Versammlung der Provinz anzutragen.

Noch immer denke ich mit der lebhaftesten Rührung an jene Versammlung zu Visille im Monat July 1788, an jene Vereinigung aller guten Bürger von Dauphiné, die mit unerschütterlichem Muthe einer weissen Freiheit entgegen gingen, ohne Waffen, ohne Gewaltthätigkeit, bloß durch einen leidenden Widerstand wirkten, nur von der Nothwendigkeit, Ordnung und Frieden zu erhalten, zum Volke sprachen, und sich gefasst hielten, selbst Opfer zu werden, nicht andre zum Opfer zu machen. Damals hatte sich in meiner Provinz nur eine kleine Anzahl von Ehr-süchtigen unter die Fahne des Patriotismus begeben: die meisten kämpften für die Minister, drohten mit der Rache derselben, verkauften ihnen ihre Verräthereyen, und ihre Lügen. Sie waren mit Schande bedeckt, und jetzt! — — — — Doch wir wollen die Ordnung der Begebenheiten nicht stören.

Selbst die Geistlichkeit erklärte sich gegen die Entwürfe des Ministeriums, zeigte die Nachtheile derselben, trug nützliche Wahr-

heiten vor, und verlangte eine schleunige Berufung der Reichsstände *).

Das unglückliche Schicksal, welches Ludwig den XVI und seinen Staat verfolgte, schien seine beyden vornehmsten Minister ausdrücklich zur Zerstörung seiner Macht ausgesucht zu haben. Welche gefährliche Beispiele gaben diese unklugen Minister! Wie

*) Sie schickte sogar, im Monat Juny eine Deputation nach Versailles, welche der Erzbischof von Narbonne anführte. Der Schluß der Rede, die er an den König hielt, ist so merkwürdig, daß er hier einen Platz verdient: „Nehmen Sie, Sire, „aus unserm Munde den unsterblichen Dank hin, „der Ihnen gebührt, weil sie uns unsre alten Versammlungen versprochen haben. Ordnung und „Frieden kan ohne diese Wohlthat nicht hergestellt „werden; je schleuniger sie gewährt wird, desto „nützlicher wird sie seyn; je eher Ew. Majestät „sich den Titel eines Freundes der Menschheit, eines Wohlthäters der jetzigen und künftigen Generationen erwerben werden, desto eher werden sie „die unbegranzte Ergebung Ihres Volks erfahren. „Das Uebel ist groß: aber das Heilmittel ist größer; denn Ew. Majestät Ruhm ist nicht, König „von Frankreich sondern König der Franzosen zu seyn: und die Herzen Ihrer Unterthanen sind ihre herrlichsten Domainen.“ G.

sehr würdigten sie den Thron herab, indem sie ihn in die Nothwendigkeit setzten, sich vor Bürgern, die man gezwungen hatte, ungehorsam zu seyn, mit Schande zurück zu ziehen, und dadurch das Betragen dieser Bürger zu einer Aufmunterung für alle Rebellen zu machen! Sie schickten sogar Emissarien in die Provinzen, um das Volk gegen den Adel aufzuwiegeln, dem sie die Absicht, seine alten Abgaben-Prärogativen verteidigen zu wollen, zur Last legten. Von diesem Augenblick an sah man Offiziere, die sich förmlich weigerten, die Befehle ihrer Vorgesetzten zu vollziehen, andre, welche ihren Abschied nahmen, viele, welche die Soldaten aufforderten, den Absichten der Minister nicht dienstbar zu seyn, und die Empörung zu begünstigen, anstatt sie zu bekämpfen. Von diesem Augenblick an hatte der Hof Mühe, Generale zu finden, die sich entschlossen, die Truppen welche dem Willen des Monarchen Eingang verschaffen sollten, zu commandiren. Selbst die, welche dergleichen Aufträge angenommen hatten, ließen sich in Unterhandlungen mit den Mißvergnügten ein, und gaben zu, daß sie ungestraft Beschlüsse gegen die neuen

Verordnungen fassen konnten. Man sah Bürger mit Soldaten in Verbindung treten, den Patriotismus und den Widerstand derselben rühmen. Allerdings waren diese Bürger bey den Umständen, unter welchen sie sich befanden, nicht strafbar: hatten aber ihre Handlungen deshalb weniger traurige Folgen für die öffentliche Ordnung, für die militärische Disciplin, für das Interesse des Königes? Endlich zeigten sich unbedachtsame Menschen, die das Recht zu haben glaubten, den Pöbel in Bewegung zu setzen. Am 7ten Juny war zu Grenoble das Beil über dem Haupte des Commandanten der Provinz aufgehoben gewesen *). Verschiedne Parlamenter waren durch Aufrührer in ihre Funktionen wieder eingesetzt worden. Die Commandanten hatten, von Wütenden umringt, Befehle schreiben, die Mitglieder der Tribunale diesen Befehlen gehorchen müssen. Auf diese Weise lehrte man die Hefen des Volks in den Städten, was die Gewalt einer entzügelten Menge vermag.

*) Ehe nemlich die guten Bürger, die dergleichen Unordnungen verabscheuten, ihre Versammlungen formirt hatten. M.

Der König ward zuletzt gezwungen, Edikte, die mit so vielem Aufsehen bekannt gemacht worden waren, nachdem er zur Aufrechthaltung derselben seine ganze Macht aufgebieten hatte, zurück zu nehmen. Er mußte sich also entschließen, die Reichsstände zu berufen, und ihnen das ausschließende Recht der Bewilligung neuer Auflagen zuzugestehen. Es gab nur ein einziges Mittel, diesem Schritte auszuweichen. Der König konnte seine und seiner Vorgänger Verbindlichkeiten gegen die Gläubiger des Staats übertreten: die vorhergehenden Regierungen hatten mehrere Beispiele eines solchen Verfahrens gegeben: er aber war von dem Gefühl der Rechtsschaffenheit und der Ehre viel zu tief durchdrungen, um diese Beispiele nachzuahmen. Ein schändlicher Bankerutt hätte zu traurige Folgen gehabt. Seine Achtung für öffentliche Treu und Glauben hiefs ihn allen Gefahren, die mit der furchtbaren Dazwischenkunft der Reichsstände verknüpft waren, unerschrocken entgegen gehen.

Am 5ten July ordnete ein Beschlufs des Königlichen Conseils Nachforschungen in allen Archiven über die Formen der ältern

Ständerversammlungen an *). Am 6ten Aug. verkündigte ein andrer Beschluss die Zusam-

*) Eben dieses Arrêt vom 5ten July 1788 forderte auch alle Bürger auf, diese Materie zum Gegenstande ihrer Untersuchungen zu machen, und die Resultate dem Publikum vorzulegen. Ich finde in vielen Schriften über die Revolution den auffallenden Anachronismus daß Necker als der Urheber dieser Aufforderung angegeben wird, da doch das Lob oder der Tadel darüber keinem andern als dem Erzbischofe von Sens gebührt, der erst am 25ten August vom Ministerium abging.

Es bedarf keiner Erwähnung, welchen mächtigen Einfluß auf die Nation, und auf die nachmaligen Begebenheiten diese wichtige Verordnung gehabt hat. Merkwürdig ist es indessen, wie die Erfahrung das, was Calonne, ein persönlicher Feind des Ministers, aber ein einsichtsvoller und scharfsinniger Richter, sobald ihn kein Interesse treibt die Wahrheit zu verschweigen oder zu entstellen, im Anfange des Jahrs 1789, drey Monate vor dem Ausbruch der Revolution darüber sagte, bestätigt hat: „Diese bis hieher beispiellose Einladung gab einer unzählbaren Menge von Schriftstellern und Schmierern aller Art, die sich auf einmal zur Belehrung der Nation berufen glaubten, die Feder in die Hand. — — Man fing damit an, in den Denkmälern unsrer Geschichte, aus denen man schöpfen kan, was man will,

menberufung der Reichsstände auf den Monat May 1789, und verschob bis dahin die

„zu wählen: von da ging man zu der Autorität
„verschiedner antimonarchischen Schriftsteller über:
„als beides nicht mehr Stoffgenug liefern wollte,
„wendete man sich zu den Principien des natürlichen Rechts. Dadurch daß man den Ursprung
„der bürgerlichen Gesellschaft erforschte,
„glaubte man die Ideen festzustellen, die man sich
„in diesem Augenblick von der französischen
„Monarchie zu machen hat.

„Auf diese Weise haben in dem kurzen Zeitraum von vier oder fünf Monaten die Meinungen in Frankreich einen wahrhaft unglaublichen
„Fortschritt gemacht, einen Fortschritt, den die
„fremden Nationen nicht begreifen können. Die
„zahllosen Schriften, welche das Publikum überschwemmten, haben sich gleichsam durch ihre
„wechselseitige Reibung entzündet; mehrere derselben waren unstreitig die Produkte eines warmen
„Eifers für das öffentliche Wohl, da aber die wegensten bey dem großen Haufen immer die
„beliebtesten sind, so ist Kühnheit durch Kühnheit
„gewachsen; geduldet wo nicht gar ermuntert,
„durch die deren Pflicht es war, ihr entgegen zu
„wirken, hat sie endlich alle Schranken überschritten: sie ist auf einen solchen Grad gestiegen und
„hat eine solche Revolution in den Gemüthern hervorgebracht, daß das, was man vor zwey Jahren,

Errichtung des souverainen Rathes. Gleich darauf wurden die Minister verabschiedet. Ihr unsinniges Unternehmen fiel mit ihnen. Herr Necker erhielt wieder die Direction der Finanzen. Die alten Tribunäle wurden wieder hergestellt. Es ward festgesetzt, daß die Sentenzen, welche die neuen ausgesprochen hatten, in Kraft bleiben, und daß gegen die, welche die Ausführung der Edikte begünstiget hatten, keine Prozeduren Statt finden sollten.

Das Parlament von Paris und verschiedene andre gaben das Signal zum Mißbrauch

„als eine grobe Ausschweifung oder als eine politische Lästung betrachtete, jetzt nicht mehr stark genug ist, um ein Pamphlet zum Range derer, welche man mit Interesse liest, zu erheben. — — —

„Freilich weiß man im Grunde nicht, wohin man will, und was man verlangt. Man ist zu wenig unterrichtet, um einen gründlichen Plan zu entwerfen: die Gefahr ist darum aber nicht geringer. Blinde Prätensionen, die keine feste Verfassung herbey führen können, sind deshalb nicht weniger furchtbar. Man wird keine Constitution zu Stande bringen, man wird aber die Fundamente aller Constitution wankend machen. Man wird sich ent-

des Sieges. In dem Augenblick, wo die Königliche Macht den wahren Prinzipien huldigte, mußte alles zur Ehrfurcht und zum Gehorsam zurückkehren. Weil uns diese Macht einmal unentbehrlich war, so forderte das allgemeine Beste, daß der Sieg, den man durch die Umstände gezwungen über sie erkämpft hatte, vor den Augen einer zu leichtsinnig triumphirenden Menge, soviel als möglich verborgen gehalten wurde.

Die wenigen Bedingungen, welche der Monarch bey der Wiederherstellung der Par-

„zweyen, man wird sich erhitzen; die Menge wird
 „den Sieg über die Vernunft davon tragen; man
 „wird auf einem Boden voll verborgner Vulkane,
 „ohne Wegweiser umher tappern, und den Staat
 „in fürchterliche Abgründe stürzen. Der Mangel
 „eines Plans ist daher kein Grund, sich sicher zu
 „glauben. Eine Revolution, die ihren Ur-
 „sprung in verworrenen Vorstellungen
 „hat, deren Entwicklung Niemand abse-
 „hen kan, wird gewiß eine fürchterli-
 „che Revolution. Dies Sire, ist unsre Lage,
 „dies sind die Folgen der Verordnung vom 5ten
 „July.“

*Lettre adressée au Roi par Mr. de Calonne le 9
 Fevrier 1789. p. 11 sq. G.*

lamenten machte, waren offenbar gerecht und heilsam. Die Minister hatten strafbar gehandelt: aber es gab kein Gesetz, nach welchem man sie verurtheilen konnte, kein Gesetz, welches ihnen Schranken vorschrieb. Ebenso verstattete die öffentliche Ordnung und die Würde des Thrones nicht, Sentenzen letzter Instanz, die von einem durch ein Königliches Edikt bestellten Richter abgefaßt waren, reformiren zu lassen. Nichts desto weniger protestirten die meisten Parlamenter gegen den Ausdruck Wiederherstellung, dessen man sich in dem Edikt, wodurch sie in ihre vorigen Funktionen eingesetzt wurden, bedient hatte; sie behaupteten, der König habe in keinem Falle, auch selbst nicht zum Besten des Volkes, das Recht, in ihrer Jurisdiction Veränderungen vorzunehmen. Sie verlangten, daß alle Sentenzen ihnen zur Revision vorgelegt würden. Das Pariser Parlament fing eine Prozedur gegen die verabschiedeten Minister an; ein Befehl des Staatsraths mußte sie dagegen in Sicherheit setzen.

Sobald der Monarch einmal zwischen dem Bankerutt und der Ständeverammlung gewählt hatte, durfte er sein Versprechen nicht mehr

mehr zurücknehmen. Von dem Augenblick an, wo unter dem Ministerium des Herrn von Brienne die Berufung der Reichsstände auf den 1ten May 1789 angesetzt war, konnte Niemand auf Erden sie mehr rückgängig machen: die Parlamentarier durften, ohne gegen die Nation verantwortlich zu werden, nichts mehr eintragen, was den entferntesten Bezug auf Abgaben hatte. Es ist zu verwundern, daß demohnerachtet Herr Necker in seiner Rede bey der Eröffnung des Reichstages behaupten konnte, es sey nicht durchaus nothwendig gewesen, die Stände zu versammeln. Er gab zwar verschiedne einfache Mittel an, um das Defizit zu decken: aber einige von diesen Mitteln, so wie die Erneuerung der Contrakte mit den Generalpächtern und den Pächtern der Posteinkünfte konnten erst nach etlichen Jahren Statt finden *), andre waren nicht mehr in der

*) Die General-Pacht (*ferme générale*) hatte nach den letztern von Necker vorgenommenen Veränderungen, dreyerley Arten von Einkünften zum Gegenstande: den ausschließenden Verkauf des Salzes, welcher die Erhebung der Salzsteuer (ga-

I.

G



Gewalt des Monarchen, und setzten eine Protokollirung voraus, welche die Parlamenter verweigert haben würden. Zu dieser Classe gehörten, die Aufhebung der Abonnements für die Tranksteuer *); eine Ab-

belle) in sich schloß. 2, den ausschliessenden Verkauf des Tabaks; 3, die Erhebung aller Zölle (*traites, douanes*). Die Generalpacht brachte jährlich 266 Millionen Livres ein. Sie wurde alle sechs Jahre erneuert, und die letzte Erneuerung war vom Jahre 1786: die Pacht hatte also noch bis zum Jahr 1792 zu laufen.

Die Post-Revenüen in Frankreich waren bis zum Jahr 1778 verpachtet gewesen. Auf Necker's Vorschlag wurden sie vom Anfange dieses Jahrs unter Administration gesetzt: dies wahrte bis zum Jahr 1786, wo sie Calonne abermals für die Summe von 10,600,000 Livres und zwar auf sechs Jahr verpachtete: diese Pacht ging also gleich der Generalpacht erst im Jahre 1792 zu Ende. G.

*) Obgleich das Wort *Aides* in einer frühern Periode eine ausgebreitete Bedeutung hatte, und ungefähr so viel als Consumptions-Steuer ausdrückte, so kann man es doch, da es in neuern Zeiten nichts anders als die Abgabe vom Wein, Cyder, Bier und andern Getränken bezeichnete, ganz füglich durch Tranksteuer übersetzen. Die Methode des Loskaufens oder Abonnirens der



gabe von fremden Kattunen, und die Abschaffung verschiedner Privilegien. Noch andre Mittel erforderten einen öffentlichen Credit und ein allgemeines Vertrauen, wie sie sich nur durch die Ständerversammlung bewirken ließen. Man schlug zum Beispiel vor, sich gewisser Einkünfte der Geistlichkeit zu bemächtigen, und dagegen die Schulden derselben zu übernehmen, die Renten der Städte und Hospitäler einzuziehen, und ihnen dafür eine bestimmte jährliche Summe auszusahlen *). Alle übrige Hülfquellen hätten nicht sieben oder acht Millionen eingebracht. Ueber-

G 2

Auflagen (eine der nachtheiligsten in der Finanz-Administration) hatte auch bey dieser Steuer Eingang gefunden. G

*) Die besondern Abgaben, welche in den französischen Städten, vermöge alter Vergünstigungen, von den eingehenden Waaren erhoben wurden, hießen im ehemaligen Finanzsystem *Octrois*. Die Summe derselben belief sich im ganzen Reiche jährlich auf 27 Millionen; davon wurden aber nur ungefähr 2,200,000 Livres für Rechnung des Königes, und das übrige entweder für die öffentlichen Cassen der Städte selbst, oder für gewisse Hospitäler, denen sie beigelegt waren, eingenommen. Dieser

dies hätten verschiedene Auflagen, die nur für eine bestimmte Zeit angeordnet waren, erneuert werden müssen *). Herr Necker hatte, als er ins Ministerium zurück kam, nicht mehr als 500,000 Livres im Königlichen Schatz gefunden: nur mit der äußersten Mühe und mit Hülfe seines persönlichen Credits, konnte er den dringendsten Bedürfnissen bis zur Versammlung der Stände Genüge leisten. Selbst am Tage der Eröffnung derselben erklärte er, daß eine Anleihe von acht hundert Millionen für das laufende Jahr nöthig seyn würde.

Umsonst hätte also der König die Pensionen abgeschafft, davon ein großer Theil als eine geheiligte Schuld anzusehen war: umsonst hätte er die Zahlung der Tantiemen aufgehoben, wodurch ein gleich großer Ausfall im Ertrage der Abgaben entstanden wäre: man konnte es sich nicht mehr verschweigen. Die letztere Antheil sollte nach Necker's Plan eingezo- gen, und dafür den Städten und Hospitälern ein Fixum ausgesetzt werden. G.

*) z. B. der zweite Vingtieme. S. oben S. 76. G.

gen, daß die Ständerversammlung unvermeidlich war. Allerdings möchte es dem Interesse des Königes angemessen gewesen seyn, am Tage ihrer Eröffnung das Gegentheil glaublich zu machen: man hätte aber die Unmöglichkeit, es dahin zu bringen, einsehen, und keinen andern Bewegungsgrund als die Achtung des Monarchen für eine einmal übernommene Verbindlichkeit anführen sollen. Es wäre ungerecht, irgend einem Minister den Vorwurf zu machen, daß er, nachdem Herr von Brienne verabschiedet war, nicht alles was in seinen Kräften stand, gethan habe, um den Reichsständen auszuweichen: man konnte ihnen nicht mehr entgehen. Ich habe nicht die Absicht, durch diese Behauptung irgend Jemanden seinen Ruhm streitig zu machen: ich glaube weit eher denen, welche im Jahr 1788 die Ministerstellen bekleideten, einen Trostgrund darzureichen. Die Ständerversammlung hat so schreckliche Folgen gehabt, daß man, so vernünftige Ursachen es auch damals gab, sie zu wünschen, eine große Quelle des Grams verstopft, wenn man sich sagen kan: ohne mich würde sie nicht minder zu Stande gekommen seyn.

Fünftes Kapitel.

Vereinigung aller Classen von Bürgern in dem Wunsche eine Revolution in der Regierungsform bewirkt zu sehen.

Man stößt heut zu Tage sehr häufig auf Leute, die bey der Vergleichung des ehemaligen Zustandes mit dem jetzigen, die Mißbräuche, über welche sie sich sonst beklagten, vergessen, diejenigen, welche eine Revolution in der Regierungsform verlangt haben, verfluchen, und nicht eingestehen wollen, daß sie zu einer gewissen Zeit selbst diese Revolution beehrten.

Ich verstehe unter Revolution jede Veränderung in den wesentlichen Formen einer Staatsverfassung, jede Veränderung in der Austheilung und Ausübung der höchsten Macht im Staat.

Die Geistlichkeit, die Parlamentarier, der Adel, das Volk, alles verlangte die Ständeverammlung. Der Monarch gab diesem gemeinschaftlichen Verlangen nach: alle ohne

Ausnahme räumten die Maxime ein, daß nur die Stände das Recht hätten, Abgaben zu bewilligen. Dieses allein war schon eine Revolution von großer Wichtigkeit.

Es hat seine Richtigkeit, daß die Maxime an und für sich nicht neu war. So lange die alte Lehnverfassung dauerte, waren unsre Könige, die in der Regel nichts als die Einkünfte von ihren Domainen genossen, wenn sie ein für die ganze Conföderation interessantes Unternehmen ausführen wollten, oder wenn ihre gewöhnlichen Quellen nicht ausreichten, genöthiget, ihre Vasallen und ihre Städte um Zuschüsse zu bitten: die Vasallen thaten ein Gleiches in Ansehung ihrer Unter-Vasallen. Die Knechte waren die einzigen, denen man Taxen nach Wohlgefallen auflegen konnte. So lange als das Lehnssystem die Königliche Macht in engen Schranken hielt, so lange als man um Kriege zu führen nur diejenigen aufbieten durfte, die vermöge ihrer Lehnspflicht verbunden waren, Kriegesdienste zu thun, hatten die Könige von Frankreich nicht nöthig, sich oft an die Stände zu wenden, um Subsidien zu erhal-

ten: aber, als auf einer Seite ihre Macht, auf der andern ihre Ausgaben gewachsen, und fortdauernde Abgaben nothwendig geworden waren, thaten sie alles was sie konnten, um ohne Zuziehung der Nationalversammlungen Steuern zu erheben; sie fürchteten nichts mehr, als von diesen Versammlungen durchaus abhängig zu werden, und vielfache Beispiele rechtfertigten diese Furcht.

Die Versammlung der Stände, welche unter der Minderjährigkeit Carl des VIII im Jahr 1483 gehalten wurde, weckte die alte Lehre wieder auf, verringerte die Abgaben, bewilligte dem Könige nur ein jährliches Einkommen, setzte dieses auf die Summe die Carl VII gezogen hatte, herab, und gab es auf keine längre Zeit als zwey Jahre *) Sie erklärten, daß künftig ohne ihre Zuzie-

*) Die Veranlassung zu dieser Versammlung war der Streit, der sich nach Ludwig des XI Tode, über die Regentschaft erhob. Anne, die einundzwanzigjährige Schwester des dreyzehnjährigen Carl des VIII, und ihr Gemahl Peter von Beaujeu aus dem Hause Bourbon wurden von dem sterbenden Könige angewiesen, die Oberaufsicht über den jungen König zu führen. Ludwig Her-

hung keine Abgaben angeordnet werden sollten: nichts desto weniger that Karl VIII, als er die Regierung selbst in die Hände bekam, was sein Vater und Großvater gethan hatten,

zog von Orleans (nachmals Ludwig XII) behauptete, daß dieses Vorrecht ihm, als ersten Prinzen vom Geblüt gebühre. Er provocirte auf die Stände, die deshalb zu Tours im Januar 1483 zusammen kamen. Nach vielen Cabalen und langem Hin- und Herschwanken entschieden sie, unter der Larve, für keine Partey zu entscheiden, für die Prinzessin Anne. Der Herzog von Orleans suchte seinen Zweck durch einen bürgerlichen Krieg zu erreichen.

Als die Reihe an die Finanzen kam, wagte diese Versammlung, was seit dem Jahr 1356 freilich keine gewagt hatte, und auch nach ihr keine wieder wagte. Sie verlangte, der König sollte sich gleich seinem Großvater Carl VII jährlich mit 1,200,000 Livr. behelfen, anstatt daß Ludwig XI 4,600,000 Livr. an Tailen und andern Abgaben gezogen hatte. Sie verlangte es, und was merkwürdiger ist, sie wußte es — wohlverstanden: für den Augenblick — durchzusetzen. Sie bewilligte 300,000 Livr. ein für allemal, und dann 1,200,000 Livr. jährlich auf zwey Jahr, und nicht weiter. Nach Ablauf der zwey Jahre sollten die Stände wieder zusammen berufen werden:

— er nahm so viel, als ihn gut dünkte. Seit seiner Zeit sind neue Auflagen in grosser Menge durch blofse Königliche Verordnungen entstanden, wobey man nur die Vorsicht beob-

Was that denn nun die Versammlung um sich zu versichern, dafs dieser letzte Punkt, ohne welchen alles andre Kinderspiel blieb, in Erfüllung gehen würde? — Nichts, durchaus nichts! Sie ging auseinander, und ihrer ward nicht mehr gedacht. Anne von Beaujeu regierte einige Jahre lang unumschränkt. Karl VIII eröffnete einen abentheuerlichen Krieg in Italien, eroberte das Königreich Neapel, verlor es wieder, borgte ungeheure Summen, schrieb Abgaben nach Belieben aus, und — bekümmerte sich um die Stände nicht. Ludwig XII und Franz I, setzten Europa in Bewegung führten ihre Armeen, über die Alpen, über die Pyrenäen, veräußerten und verpfandeten ganze Provinzen, und — bekümmerten sich um die Stände nicht. Erst unter Franz II fiel man auf den Gedanken sie zu be-
rufen.

Was beweiset also jene isolirte Versammlung zu Tours im J. 1483, welche Mounier mit den besten französischen Publizisten für die wichtigste von allen hält? Nichts als was uns die Geschichte ohnehin gesagt hat, dafs die Stände das Recht, ihre Einwilligung zu den Abgabe-Gesetzen zu geben behaupteten,

achtete, den Adel mehr oder weniger zu schonen, und von der Geistlichkeit nichts als besondere Contributionen, unter dem Namen der freiwilligen Geschenke, zu fordern.

nicht aber, daß sie es besaßen. Diese Versammlung ging, durch den Muth und die Thätigkeit einiger einsichtsvollen Individuen (so wie Johann Masselin, Official von Rouen) aufgemuntert, vielleicht etwas weiter als die meisten ihrer Vorgänger und Nachfolger. Wenn man aber einmal das Ziel nicht erreichen kan, wenn man nicht die geringsten Anstalten machen will, es zu erreichen, was liegt daran, ob man gar nicht auslief, oder ob man zwey oder drey unnütze Schritte that? —

Comines, der von der Versammlung zu Tours bloß im Vorbeygehen redet, (ein Umstand der schon nicht wenig auffallend ist) bedient sich ihrer als eines Arguments gegen diejenigen, welche Ständeversammlungen für gefährlich erklärten, und den König zu überreden suchten, Auflagen ohne alle Zuziehung derselben zu machen. Was hat denn nun, fragt er diese schlechten Rathgeber, die Versammlung von 1483 gegen des Königs Autorität gethan? „*Ala dite assemblée des Estats furent faites aucunes requêtes et remontrances, en grande humilité, pour le bien du royaume, remettant toujours au bon plaisir du Roi et de son Conseil: Lui octroyerent tout ce qu'on vouloit leur demander —*“

Es hat zwar noch vier Ständeversammlungen nach der von 1483 gegeben *): sie haben aber, ungeachtet die Minister es öfters begehrten, keine Auflagen bewilliget. Wenn

„et supplièrent, qu'au bout de deux ans ils fussent rassemblés; et que si le Roi n'avoit pas assez d'argent, qu'ils lui en bailleroient à son plaisir etc. etc.“

Memoires de Comines. L. V. c. 18. — Bedarf es noch mehr, um die Idee, daß die Stände in der Versammlung von 1483 etwas großes und fruchtbares gethan hätten, gänzlich zu entfernen? G.

*) Eigentlich noch fünf: 1, zu Tours im Jahre 1506 unter Ludwig XII, lediglich zur Entscheidung der Frage, ob es dem Könige frei stand, seine Tochter Claude, und mit ihr das Herzogthum Bretagne, beide dem Prinzen Carl von Oesterreich (nachmals Carl V) versprochen, zum Vortheil des französischen Thronerben zurückzunehmen 2, zu Orleans im Jahr 1560 unter Carl IX und Chatarine von Medicis, wo die Deputirten zur Bewilligung der Abgaben von ihren Committenten nicht berechtigt zu seyn vorgaben, und durch die abgeschmackteste aller Inconsequenzen geschehen ließen, daß im folgenden Jahr drey- und dreyßig Personen, aus jedem Gouvernement eine, so viel als die Regierung nur immer wollte, bewilligten. 3, zu Blois im Jahr 1576, und 4, eben daselbst im Jahr 1588, beide unter Hein-

sie in ihren Klage-Protokollen *) den König baten, in Zukunft keine neue Taxen, ohne Zustimmung der Stände auszuschreiben, so unterwarfen sie sich zum voraus allem, was er beschliessen wollte: nie erklärten sie

rich III, mitten in den Flammen der schrecklichsten Religions- und Bürgerkriege: auch brachten diese Versammlungen nichts als Religions-Edikte hervor. Endlich 5, zu Paris im Jahr 1614 während der Minorität Ludwig des XIII; sie war in so hohem Grade unnütz und lächerlich, daß man sich nicht wundern darf, wenn in 150 Jahren keine große Sehnsucht nach Versammlungen dieser Art erwachte.

Vielleicht wollte Mounier die erste von diesen fünf Versammlungen, da sie einem einzelnen abgesonderten Gegenstande gewidmet war, nicht für eine wirkliche Ständerversammlung gelten lassen. Der berühmte Kanzler L'Hopital scheint dieser Meinung gewesen zu seyn. In der Rede, die er im Jahr 1550 an die Stände zu Orleans hielt, sagte er, „seit Carl dem VIII habe man eine Versammlung dieser Art nicht gesehen.“ G.

*) *Doleances*. Diese abzufassen und vorzulegen war das einzige Geschäft derer, welche Unwissenheit oder vorsätzliche Entstellung der Geschichte oft als Gesetzgeber, oder doch als Theilhaber an der Gesetzgebung darstellten. G.

die, welche bereits im Gange waren, oder die, welche er in der Folge nach eigener Willkühr einführen würde, für ungültig. Ihre Beschwerden über den starken Anwachs der Auflagen, ihre Bitten um Verminderung derselben, ließen nicht vermuthen, daß die Repräsentanten des Volks die Disposition darüber hatten. Man sage immerhin, daß sie ihnen von Rechtswegen zustand: genung, sie hatten sie nicht in der That: und das, was in der That existirte, muß man vor Augen haben, wenn man über die Wichtigkeit und die Folgen einer Veränderung urtheilen will.

In einem Reiche also, wo seit drey Jahrhunderten der Monarch nach seiner eignen Ueberzeugung von den Bedürfnissen des Staats, die Abgaben erheben liefs, verlangen, daß ohne Einwilligung der Reichsstände keine Abgaben mehr erhoben werden sollen, hiefs eine Revolution in der Regierungsart begehen und für nothwendig erklären. Indem man einen alten Gebrauch wieder hervor- sucht, wird die Verfassung eben so gut abgeändert, als indem man einen neuen einführt. Wenn es erlaubt seyn sollte, alles was zu irgend einer vergangnen Zeit Gesetz

war, herzustellen, und doch zu behaupten, daß die nehmliche Staatsverfassung beybehalten sey, so hätten wir freilich unter einer großen Anzahl von sehr verschiednen Formen die Wahl. Wir könnten gewählte Könige, Versammlungen auf dem Märzfelde, die Zustimmung eines jeden freien Mannes zu den neuen Gesetzen, sie mochten auf allgemeinen Reichs- oder auf Städte-Tagen vorgetragen werden, wir könnten die Souverainität der Lehnsbesitzer in ihrem Gebiet, die Leibeigenschaft, die Constitutionen einiger Städte, die durch Freybriefe beynahe so selbstständig geworden waren, als die deutschen Reichsstädte, wir könnten die Befugniß jedes Vasallen und jeder privilegirten Stadt, Krieg zu erklären, und so viele andre längst abgeschaffte Verfassungen wieder einführen.

Die Revolution, welche das Recht, Abgaben zu bewilligen, den Reichsständen ausschließend zuwenden sollte, war um so beträchtlicher, als ihre jetzige Wirkung in keinen Vergleich mit der kam, die sie in frühern Zeiten, wo nur außerordentliche Umstände die Berufung der Stände nöthig ge-

macht haben würden, gehabt hätte. Da in unsern Tagen die Domainen des Königes nicht so viel einbrachten, daß die Ausgaben einer Woche dadurch gedeckt werden konnten *), da sich die Regierung nur durch ungeheure Auflagen erhalten konnte, so war es nicht möglich, diese von der Einwilligung der Stände abhängig zu machen, ohne eine öftere Zusammenrufung derselben zu veranlassen, und ohne ihnen ein Ansehen beyzulegen,

*) Trotz aller Gesetze und Verordnungen über die Unveräußerlichkeit der Domainen war es doch wirklich durch Verkauf, Verpfändung, Verschenkung, Belehnungen, Apanirungen, und Veräußerungen aller Art dahin gekommen, daß zu der Zeit, da Necker seinen *Comptendu* herausgab, die Einkünfte aus den eigentlichen Domainen nicht mehr als 1,500,000 Livres, mithin kaum die Ausgabe Eines Tages betrugen: rechnete man die Forst-Einkünfte, die auf 6,600,000 Livr. geschätzt wurden, dazu, so kamen ungefähr, wie Mounier sagt, die Ausgaben Einer Woche heraus.

Man nannte zuweilen mit einem sehr uneigentlichen Ausdruck gewisse Einkünfte, die der König vermöge uralter Rechte (z. B. Confiscations- anheim

legen, welches sie bisher nicht besessen hatten.

Dies aber war noch nicht der einzige Gesichtspunkt, aus welchem man einstimmig eine Revolution wünschte: auch darüber, daß die Stände einen Antheil an der Gesetzgebung überhaupt haben sollten, kamen fast alle Bewohner Frankreichs überein. Als die Parlamenter zuerst eine Ständerversammlung verlangten, redeten sie noch bloß von Auflagen: das Parlament

heim fallender Erbschafts-Rechte u. a. m.), Domainen, oder Domainal-Einkünfte. Späterhin wurden auch alle Abgaben bey dem Kauf und Verkauf der Grundstücke (unter dem allgemeinen Nahmen *droits de contrôle*, oder Stempel-Abgaben bekannt) zuletzt sogar die Abgabe von Spielkarten, und andern gestempelten Sachen Domainen-Einkünfte genannt. Daher hieß auch diejenige Administration, welcher die Erhebung aller Einkünfte, zugleich aber die Berechnung der eigentlichen Domainen- und der Forst-Revenüen anvertraut war, die Domainen-Administration: und diese lieferte jährlich ein reines Quantum von 38 Millionen in den Königlichen Schatz, eine Summe, welche die eigentlichen Domainen-Revenüen bey weitem überstieg. G.

von Paris hatte sich in seinen ersten Vorstellungen sogar das freie Prüfen und Protokolliren der Gesetze ausdrücklich vorbehalten, und bloß auf die Abgaben-Edikte Verzicht gethan: im weitem Fortgange ihres Kampfes mit dem Hofe aber änderten sie ihre Sprache: sie gingen in ihren Deduktionen bis auf das achte Jahrhundert zurück, stützten sich auf einen Ausdruck in einer Verordnung Karls des Kahlen *) und erklärten, daß kein Gesetz ohne Beistimmung der Repräsentanten des Volks gemacht werden müßte. Eben diesen Grundsatz stellte der größte Theil der Mandate, welche die Deputirten erhielten, auf: er wurde sogar in Schriften, die unter des Königs Autorität oder unter seiner Genehmigung erschienen, angekündigt.

Auf ein solches Recht Ansprüche zu machen, war keiner einzigen von allen den Versammlungen der Geistlichkeit, des Adels und der Gemeinen, die seit dem dreizehnten

*) *Lex consensu populi fit, et constitutione Regis. Capitulare an. 864. art. 8.* Den eigentlichen Sinn und die Beweiskraft dieser Stelle zu untersuchen ist hier der Ort nicht. G.

Jahrhundert unter dem Namen der Reichsstände gehalten worden waren, auch nur eingefallen. Hin und wieder hatten sie wohl zu Zeiten, wo man ihrer ganz besonders bedurfte, von Faktionisten geleitet und unterstützt, die Noth, in welcher sich die Regierung befand, gemißbraucht und harte Bedingungen vorgeschrieben, aber diese Bedingungen schrieben sie nie als Theilhaber an der gesetzgebenden Macht vor; sie glaubten sich bloß, weil sie dem Könige Subsidien bewilliget hatten, und also Dankbarkeit erwarteten, dazu berechtigt *). Wären die Monarchen oft genöthigt gewesen, bey den Ständen Hülfe zu suchen, so hätten diese freilich mit der Zeit eine große Macht er-

H 2

*) Die Worte, welche der Siegelbewahrer Lamoignon bey der Königlichen Sitzung im Parlament zu Paris, am 10ten November 1787 aussprach „Die gesetzgebende Macht befindet sich unumschränkt und ungetheilt in der Person des Königes“ mochten einer Nation, in deren Begriffen damals schon eine große Revolution vorging, empörend seyn; sie waren aber nichts desto weniger rein-gesetzmäßige, constitutionelle, bis dahin allgemein-anerkannte Lehre in Frankreich. G.

langen können: sie befanden sich aber nicht oft in einer so dringenden Verlegenheit, daß sie die Prärogativen der Krone gegen freiwillige Geldbeiträge hätten hingeben müssen, und vielleicht erlaubte die allgemeine Stimmung der Nation, wenn auch ein solcher Fall eintrat, den Ständen nicht, alle Vortheile, die sie aus ihrer Lage ziehen konnten, zu ergreifen. Sie hatten zuweilen durch ihre Vorstellungen zur Abstellung eines Mißbrauchs, oder zur Einführung eines Gesetzes beigetragen. Sie hatten sich für befugt gehalten, in Streitigkeiten über die Regentschaft, wohl gar über die Thronfolge ihre Stimme zu erheben: in Ansehung aller andern Gegenstände aber, die Abgaben allein ausgenommen, hatten sie sich nie eingebildet, etwas bestimmen zu dürfen, was der Monarch ihnen nicht ausdrücklich übertragen hatte: nie waren Verordnungen in ihrem Namen bekannt gemacht worden. Die letztern Ständeversammlungen zu Orleans, Blois und Paris hatten den König als souverainen Gesetzgeber anerkannt, und ihn für berechtigt erklärt, die Gegenstellungen der Parlamenter gelten zu lassen, oder auf seinem Willen zu beharren.

Ferner wollten alle Franzosen, damit die Vortheile, die man sich von den Reichsständen versprach, nicht wieder verloren gingen, daß sie in der Folge zu bestimmten Zeiten versammelt würden. Diese bestimmte Wiederkehr hatte der König versprochen. Die Reichsstände wurden also ein constituirender Theil der Staatsverfassung. Ihr Zusammenkommen hätte nun nicht mehr von dem Willen des Königes abgehangen. Sie hätten bestimmte Rechte, und einen anhaltenden Einfluß gehabt. Ich behaupte, daß die Ständeversammlungen niemals ein Bestandtheil der französischen Staatsverfassung gewesen sind, da man Jahrhunderte vergehen ließ, ohne sie zu berufen *). Ich spreche hier nicht von den Versammlungen, die unter den Königen aus dem Merovingischen und Carolingischen Hause gehalten wurden, oder

*) In der langen und Thatenvollen Regierung Franz des I wurden die Reichsstände gar nicht, eben so wenig unter Heinrich II, Heinrich IV, Ludwig XIV und Ludwig XV versammelt; und welche Begebenheiten trugen sich in diesen Perioden zu! Sie waren also in keiner Rücksicht ein Bestandtheil der Staatsverfassung. G.

von denen, die man Parlamenter genannt hat: sie waren auf eine ganz andre Art organisirt: andre Rechte und andre Maximen waren damals im Gange.

Endlich verlangte man die Verantwortlichkeit der Minister: sie existirte bis dahin nicht. Hatten gleich die Reichsstände zuweilen gegen den König Klage über seine Räthe geführt, so war es ihnen doch nie eingekommen, daß seine Räthe ohne seine Erlaubniß zur Verantwortung gezogen, und dafür, daß sie seine Befehle vollstreckt hatten, gestraft werden konnten, wenn diese Befehle den Gesetzen zuwider liefen. Die Tribunale hatten ungetreuen Ministern ihr Urtheil gesprochen: aber es waren solche, die zu ihrer Rechtfertigung keine besondere Vollmacht aufweisen konnten, und die der Monarch selbst dem Laufe der Gerechtigkeit übergab. Ungeachtet das Parlament von Paris die Befugniss Staatsbeamten anzuklagen und über die in der Verwaltung ihres Amts begangne Vergehungen, die übrigens durch kein Gesetz definirt waren, zu erkennen, bey mehreren Gelegenheiten an sich zu ziehen suchte, so hatte man doch nie zugegeben, daß die-

ses Tribunal eine Oberaufsicht über die Administration erhielt, die nothwendig einen ansehnlichen Theil der höchsten Macht im Staat in seine Hände liefern mußte.

Diese vier Hauptpunkte also: das ausschließende Recht der versammelten Reichstände, Abgaben zu bewilligen; die Nothwendigkeit ihrer Zustimmung zu jeder allgemeinen Verordnung, welche die Kraft eines Gesetzes haben sollte; ihre Zusammenkunft in bestimmten Epochen; endlich ihre Befugniß, die Minister zur Verantwortung zu ziehen — diese vier Hauptpunkte bezeichneten eine vollständige Revolution in der französischen Regierungsform. Der Siegelbewahrer Barentin war in der Rede, die er bey der Eröffnung der Ständerversammlung hielt, so sehr von der Wirklichkeit einer solchen Revolution überzeugt, daß er vorschlug, dem Könige den Titel eines Stifters der Nationalfreiheit beyzulegen; und um nur dem Mißbrauch einer unumschränkten Gewalt ein Ziel gesetzt zu sehen, wünschte ganz Frankreich, freilich ohne sich in eine genaue Berechnung der möglichen und wahrscheinlichen Folgen einzulassen, einmüthig diese Revolution.

Sechstes Kapitel.

Folgen der allgemein-angenommenen neuen Grundsätze in Rücksicht auf die Verminderung der Königlichen Macht.

Es ist nicht schwer, aus dem, was bisher bemerkt worden, die Wirkungen, welche die vier allgemein-angenommenen neuen Grundsätze in Rücksicht auf die Macht der Krone haben mußten, abzunehmen.

In dem gegenwärtigen Zustande von Europa müssen Reichsstände, die sich zu bestimmten Zeiten versammeln, die Antheil an der Gesetzgebung haben, denen das Recht, Abgaben zu bewilligen, ausschliessend zusteht, die die Minister zur Rechenschaft ziehen, verdammen oder verdammen lassen dürfen, so viel Mittel besitzen, sich aller Zweige der öffentlichen Gewalt zu bemächtigen, dafs es, sobald dergleichen Stände vorhanden sind, keine gröfsre Schwierigkeit giebt als die, das Königliche Ansehen vor einer gänzlichen Vernichtung zu sichern.

Wenn man auch, nach dem Vorschlage, den einige gethan hatten, die Reichsstände nur bey der Einführung wichtiger Gesetze hätte zuziehen, und dem Könige die provisorischen und die gewöhnlichen Polizeygesetze allein überlassen wollen, so waren die Gefahren für den Thron dennoch nicht gehoben. Die Bestimmung der Gränzen zwischen diesen verschiedenen Arten der Gesetze, wäre eine Quelle beständiger Streitigkeiten gewesen: und überdies blieb, sobald die Stände über die Abgaben disponiren konnten, mithin die erste Springfeder der Staatsverwaltung in Händen hatten, die Besorgniß, daß sie sich ihrer Macht bedienen würden, um alle Schranken zu durchbrechen, immer dieselbe.

Man überlege nur, wie leicht es diesen Ständen werden mußte, wenn sie die Absicht hatten, die Macht des Monarchen zu usurpiren: jeden Tag konnten sie ihn dahin bringen, sich zu neuen Aufopferungen zu entschließen; die Minister, die sich ihrem Unwillen nicht aussetzen durften, konnten sie bey jeder Gelegenheit zum Zittern bringen.

Sobald in einer Monarchie das lebhafteste Gefühl der Mißbräuche zur Annahme der vier Prinzipien, die so eben entwickelt worden sind, geführt hat, so ist zur Beschränkung der Königlichen Gewalt schlechterdings alles geschehen, was vernünftiger Weise geschehen kan *); ich sage noch mehr: wenn man einer periodisch wiederkehrenden Versammlung von Volksrepräsentanten auch nur

*) Der Antheil der Ständeversammlung an der Gesetzgebung sichert die Existenz einer von der ausübenden Macht abgesonderten gesetzgebenden; die bestimmte Wiederkehr sichert die Unabhängigkeit dieser gesetzgebenden Macht; das ausschließende Recht Abgaben zu bewilligen sichert ihr Ansehen im Staat; endlich, die Befugniß, die Diener der ausübenden Macht zur Verantwortung zu ziehen, sichert ihren Einfluß auf die ausübende Macht, und verhindert die letzten absolut-unabhängig zu werden. — Es ist ganz unmöglich ein mehreres für die gesetzgebende Macht im Staat zu thun, ohne die ausübende gänzlich zu vernichten, oder zu bewirken, daß sie von der gesetzgebenden verschlungen werde, und mit ihr zusammenfalle: dies zu vermeiden, war aber in dem Falle, den wir hier annehmen, der einzige denkbare Zweck.

das ausschliessende Recht, die Abgaben auf eine bestimmte Zeit zu bewilligen übertragen hat, so ist es nicht mehr die politische Freiheit, sondern die Macht des Thrones, die sich in Gefahr befindet, und diese vor der gänzlichen Vernichtung zu beschützen, müssen sofort alle gute Bürger eifrig bemüht seyn.

Daher kam es, daß von dem Augenblick an, wo jene vier Hauptpunkte von der Nation einstimmig verlangt und vom Könige zugestanden waren, jeder wahrhaft aufgeklärte und zugleich wahrhaft redliche Mann ein Royalist im guten Sinne dieses Worts werden mußte, und daß man ohne alle Scheu behaupten kan, was man *a priori* und *a posteriori* zu beweisen im Stande ist, daß der, welcher sich bey der Erreichung dieser vier Hauptpunkte nicht begnügen, oder eine solche Organisation der ausübenden Macht als das Gleichgewicht durchaus erforderte, hindern wollte, ohne alle Ausnahme entweder von Unredlichkeit oder von grober Unwissenheit, oder von blinder Schwärmerey geleitet wurde. G.

Siebentes Kapitel.

**Einziges Mittel, um den Thron gegen diese Folgen
zu sichern.**

Wenn einmal Reichsstände eine so furchtbare Gewalt in Händen haben, so giebt es nur ein einziges Mittel, den Thron sicher zu stellen: sie müssen nemlich so organisirt seyn, daß ihre Form selbst dem Monarchen unablässig einen gewissen Grad von Einfluß auf ihre Beschlüsse verschafft, und daß ein Theil ihrer Mitglieder bey der Aufrechthaltung der Prärogativen des Monarchen interessirt sey, damit sie nicht Ursach haben, Feinde seiner rechtmäßigen Macht zu werden, und damit sie den Mißbrauch seines Ansehens hindern können, ohne sich dieses Ansehens selbst bemächtigen, oder es zerstören zu wollen. Dieser Einfluß, sage ich, ist das einzige Mittel, um die Krone zu beschützen. Daraus soll

nicht folgen, daß andre Sicherheitsmafsregeln
überflüssig seyn würden: nur soviel ist ge-
wifs, wenn jene nicht angenommen wird,
bleibt alles was man sonst zu diesem Zwecke
thun kan, schlechterdings fruchtlos.

Achtes Kapitel.

Die Versammlung der Stände von 1789 sollte gemeinschaftlich mit dem Könige die Fundamentalgesetze oder die Constitution des Reichs bestimmen.

Noch nie hatte eine Versammlung der Reichsstände über so große Angelegenheiten zu entscheiden. Die Nothwendigkeit, den Unordnungen in der Finanzverwaltung ein Ende zu machen, war zwar die erste Ursach ihrer Berufung, aber nicht das einzige Ziel ihrer Arbeiten: sie sollten nach den Absichten ihrer Committenten, und nach dem Willen des Monarchen gemeinschaftlich mit ihm die vier neuen Grundflächen, welche man der Nationalfreiheit zugedacht hatte, befestigen. Es kam darauf an, die Form der künftigen Versammlungen zu bestimmen, die Mittel, durch welche ihre regelmässige Wiederkehr gesichert wurde, zu wählen; eine sehr genaue Gränzlinie zwischen der Macht des Monarchen und

den Rechten der Stände zu ziehen; die Eigenschaften, die ein Gesetz constituirten, die Fälle, wo die Minister straffällig wurden, und die Art und Weise, wie sie angeklagt und gerichtet werden sollten, mit größter Präcision festzusetzen.

Eine solche Absonderung der Rechte, eine solche Vertheilung der öffentlichen Gewalt war in Frankreich ganz unbekannt; und eben in dieser Rücksicht hatten mehrere Personen, deren Aufrichtigkeit sich nicht bezweifeln liefs, behauptet, dafs es uns an einer festen Constitution mangelte. Sie gaben zu, dafs verschiedene Fundamentalmaximen bey uns herrschten, dafs die Königliche Autorität den Reichsständen, die ihr ihre Existenz verdankten, nicht untergeordnet seyn, und dafs die freie Beystimmung des Monarchen allein die Beschlüsse der Ständerversammlung zu Gesetzen erheben konnte; aber die Unsicherheit der Gränzen der Königlichen Macht, und der gänzliche Mangel bestimmter Regeln, um die Rechte des Fürsten, des Volks und selbst der Tribunale zu beurtheilen, das war es, was sie bewog, in Frankreich keine Constitution anzuerkennen.

Ich gehörte selbst zu denen, die dieser Meinung waren; und ich wiederhole deshalb hier, daß ich unter Constitution den Inbegriff derjenigen Grundgesetze verstehe, welche die verschiednen Zweige der öffentlichen Macht von einander absondern, und aller Verwirrung, allem Kampf zwischen ihnen vorbeugen.

Unglücklicher Weise suchten Faktionisten dieses System zu übertreiben, oder sie mißbrauchten vielmehr geflissentlich die Unbestimmtheit der Ausdrücke, um sie für ihre Absichten zu benutzen. Sie gingen so unredlich zu Werke, daß sie Frankreich als ein Land, worin gar keine Verfassung, gar keine rechtmäßige Regierung existirte, als ein Land von Wilden bevölkert, die zusammenkamen, sich Anführer zu wählen und Gesetze zu machen, darstellten.

Man möchte sich freilich bittere Vorwürfe machen, daß man Ausdrücke gebraucht hat, deren sich Bösewichter bedienen konnten, um die unwissende Menge zu verführen: indessen war es seit so langer Zeit gesagt worden, daß Frankreich keine feste Constitution hatte! und erforderte nicht die Klugheit,

heit, lieber den wahren Sinn dieser Behauptung auseinander zu setzen, als sie gänzlich zu verwerfen? Wie läßt es sich überhaupt vermeiden, daß Faktionisten einen Mißbrauch von Worten machen? Dies war von jeher eine ihrer mächtigsten Waffen: und so weit reicht keine Voraussehungsgabe, daß sie uns Ausdrücke erfinden lehrte, deren sie sich schlechterdings nicht zu irgend einem verderblichen Zweck bedienen könnten.

Die, welche behaupteten, Frankreich hätte eine zur Bestimmung und Vertheilung der Macht, und zur Sicherstellung der Nationalfreiheit hinreichende Constitution, beriefen sich auf die lange Dauer dieser Monarchie, ohne auf die Revolutionen, die sich in ihrer Regierungsform und in ihren Gebräuchen zugetragen hatten, Rücksicht zu nehmen. Sie sahen nicht ein, daß ein Land lange Zeit ohne eine feste Constitution regiert werden kan, wenn es unter einem Monarchen steht, in dessen Händen sich eine überwiegende Gewalt befindet, daß aber, sobald man an der höchsten Macht mehrere Theil nehmen lassen will, zur Vermeidung der schrecklichsten Zwistigkeiten ihre Rechte aufgeklärt, und ihre

Schranken aufs genaueste bezeichnet werden müssen. Endlich führten sie, um zu beweisen, daß wir eine Constitution hatten, die, welche zu Carl des Großen Zeiten im Gange gewesen, das heißt die, welche damals in ganz Europa eingeführt war, an. Der Punkt, auf welchen sie uns zurück bringen wollten, war etwas entfernt, und die Schwierigkeit nicht kleiner, wenn sie die Regierungsform Carl des Großen, die sie wahrscheinlich nicht mit vieler Mühe geprüft hatten, wieder aufrichten wollten.

Die Deputirten des Adels sprachen in den Beschlüssen, welche sie gleich Anfangs als sie noch abgesondert deliberirten, bekannt machten, öfters von der Wiederherstellung der Constitution: sie gestanden folglich zu, daß die Constitution, von der sie redeten, damals nicht existirte. Da also ein Theil eine alte Constitution wieder aufgestellt, der andre eine neue eingeführt wissen wollte, so waren sie sammt und sonders über den Punkt einig, daß es ihnen an einer Constitution mangelte, und daß die Ständeversammlung ihnen eine verschaffen sollte.

Wie man aber auch über diesen Artikel denken mochte, es blieb immer gleich wahr, daß die Reichsstände von 1789 zu den alten Fundamentalgesetzen in Ansehung der Thronfolge nothwendig neue Fundamentalgesetze fügen mußten, um die Wiederkehr und die Funktionen der künftigen Ständeversammlungen zu bestimmen, sie von der Willkühr des Monarchen unabhängig zu machen, und hinwiederum das Ansehen des Throns gegen ihre Angriffe zu sichern.

Neuntes Kapitel.

Ungewissheit über die Formen der Ständever- sammlung.

Das wesentlichste Stück in einem Plan zur Staatsverfassung für Frankreich war eine gute Organisation der Ständeverammlung. Dies war aber zugleich der schwerste Punkt. Eine Menge von Hindernissen widersetzte sich einer solchen Organisation. Die Streitigkeiten, die über diesen Gegenstand zwischen den verschiedenen Classen von Bürgern entstanden, sind als eine Hauptursach des Unglücks, das uns betroffen hat, anzusehen.

Ohne vielleicht die Form der Ständeverammlung von 1614 von allen ihren fehlerhaften Seiten betrachtet zu haben, hatte sich das Königliche Conseil doch völlig überzeugt, daß diese Form für unser Zeitalter und für unsre Lage nicht brauchbar war: man glaubte aber, das Ansehen des Monarchen würde zu schwach seyn, um Hauptveränderungen

durchzusetzen, wenn man nicht zuvor in der Stimme der Nation eine Stütze suchte. Unter dem Ministerium des Herrn von Brienne waren durch einen Beschluß des Staatsraths vom 5ten July 1788 Nachforschungen in allen Archiven verordnet, und Societäten sowohl als Privatleute aufgefordert worden, sich mit dieser Materie zu beschäftigen, und ihre Gedanken darüber bekannt zu machen. Im Monat Oktober desselben Jahrs wurden die Notabeln, die man im vorhergehenden Jahre berufen hatte, wieder versammelt. Man zog sie über verschiedne hieher einschlagende Fragen zu Rathe: sie konnten höchstens die Wünsche der obern Classen angeben.

Das Ministerium, welches auf diese Weise die Nation an seinen Zweifeln und seiner Ungewißheit Theil nehmen liefs, weckte immer mehr und mehr die allgemeine Aufmerksamkeit und brachte alle Gemüther in Bewegung. Die Parlamenter verlangten die Formen von 1614 *), der Adel ahmte diesem Beispiel in

*) Es waren grade die schlechtsten, die man wählen konnte. Man hätte die Ständerversammlung von 1614 die fruchtloseste, lächerlichste und verächtlich-

mehrern Provinzen nach, und erklärte die Reichsstände für nichtig, wenn sie anders

ste von allen, zur Ehre der Nation in gänzliche Vergessenheit versenken sollen.

Die Reichsstände wurden damals, als Bedingung eines Vertrages, den die Königin-Mutter Marie von Medicis mit dem Prinzen von Condé zu St. Menchould schloß, berufen. Sie sollten sich zu Sens versammeln: ehe es so weit kam, erreichte Ludwig XIII seine Titular-Majorennität (von 13 Jahren) und man verlegte sie nach Paris.

Die drey Stände waren von Anfang bis zu Ende getrennt, und schritten von Feindseligkeiten zu Feindseligkeiten, von Injurien zu Injurien. Man weiß kaum, welchen Zug man zuerst ergreifen soll, um ein flüchtiges Gemälde dieser unanständigen Szenen zu entwerfen. Savaron General-Lieutenant der Amtmannschaft von Clermont und Deputirter des dritten Standes, hatte in einer Anrede an den König in einem etwas dreisten Tone über die großen Pensionen, die dem Adel zuflossen, gesprochen: der Adel sah dies als eine Krieges-Erklärung an: er behandelte den dritten Stand mit aller möglichen Härte: die Geistlichkeit wollte den Ausbruch eines großen Streits verhindern: der Cardinal du Peron tröstete die Deputirten des dritten Standes, indem er ihnen sagte: „das, was den Stand den sie repräsentirten beleidigte, träfe sie selbst nicht! es sey bekannt, „dals viele unter ihnen von Adel wären, oder ehren-

organisirt werden sollten. Bey weitem der größte Theil der Notabeln bekannte sich zu

„volle Aemter bekleideten, und dafs sie sich durch
„den Entschluß Repräsentanten der untern Classen
„zu werden, freiwillig herabgesetzt hätten“ Er arbeitete eine Versöhnungsrede aus, welche der Civil-Lieutenant von Paris (eine ansehnliche Justizperson) im Nahmen des dritten Standes in der Versammlung des Adels ablas. Unglücklicher Weise nahm sich der Redner die Freiheit, in einem Zusatz von eigener Erfindung zu äußern: „Frankreich sey die
„allgemeine Mutter der drey Stände: der Bürger-
„stand sey freylich als der jüngste von den drey Brüdern anzusehen: aber es gäbe Beispiele, dafs
„Familien, welche die ältern Söhne zu
„Grunde gerichtet hätten, durch die
„jüngern wieder emporgehoben worden
„wären“ Das Haus schien den Stachel in diesen Worten nicht zu fühlen, und beruhigte sich. Einer der Boten des Friedens, der Erzbischof von Aix machte die Anwesenden aufmerksam auf die Anzüglichkeiten in des Civil-Lieutenants Rede. Sogleich nahm Baufremont Baron von Senescey, der Präsident der Versammlung des Adels, das Wort, und wunderte sich über die Frechheit des dritten Standes, der es wagen durfte, sich für einen jüngern Bruder des Adels auszugeben. „Was hülfen alle Dienste“ sagte er, „die unser Stand geleistet hat; wenn er so herabgewürdigt wäre, dafs er

eben derselben Lehre. Die Freunde dieser Formen versicherten, daß es keine andre gä-

„mit dem Pöbel in der engsten Verbindung, die
„unter Menschen Statt finden kan, gesetzt werden
„dürfte? — Sollte man es glauben, daß eine Abbit-
te des dritten Standes diesen entehrenden Auftritten
ein Ende machte?

Eine Vereinigung zu reellen und wohlthätigen Zwecken läßt sich nicht denken, wo solche Gesinnungen herrschen. Jeder Stand führte seine besondern Klagen, that seine besondern Vorschläge, trieb besondre Unterhandlungen am Hofe. Es war ein durchaus abgeschmacktes Gaukelspiel.

Die ärgerlichste Szene ging von der Deputation der Geistlichkeit aus. Als der dritte Stand ein förmliches Gesetz verlangte, wodurch erklärt werden sollte, „daß keine geistliche Macht das Recht
„habe, Fürsten tödten zu lassen, Könige abzusetzen,
„und die Unterthanen vom Gehorsam zu entbinden“, so entblödete sich die Geistlichkeit nicht, gegen den Vorschlag feyerlich zu protestiren, und, was erstaunlicher ist, der Adel trat dieser unerhörten Protestation bey. Der Cardinal du Perron der größte Eiferer seiner Zeit hielt Reden über Reden, um das Recht der Kirche zu verteidigen. Es erhob sich ein wütender Streit zwischen den Ständen. Das Parlament von Paris, obgleich nicht befugt in Angelegenheiten zu sprechen, welche vor einer Nationalversammlung schwebten,

be, die rechtmässig und constitutionell wären, und stritten dem Könige das Recht ab, Ver-

glaubte der gesunden Vernunft, und der Würde des Throns Genugthuung verschaffen zu müssen; es that einen Ausspruch, wodurch die Zweifel die man über die unbeschränkte Souverainität des französischen Throns aufgeworfen hatte, für strafbar erklärt, und die von der Geistlichkeit behaupteten Maximen verdammt wurden. Paris jauchzte diesem Ausspruch Beifall zu. Die beiden ersten Stände brachen in ein heftiges Geschrey aus. Sie drangen in den König, daß er das Parlament für seine Verwegenheit züchtigen sollte. Der Cardinal du Perron drohte mit Excommunicationen. Der Hof — es kostet Mühe daran zu glauben — der Hof neigte sich auf die Seite der höhern Stände, auf die Seite derer, die es wagten zu behaupten, daß die Grundsätze, welche Heinrich III und Heinrich IV gemordet hatten, aufrecht erhalten werden müßten! Der König befahl dem dritten Stande, sich mit dieser Sache nicht weiter zu beschäftigen. Der Drucker des Parlaments-Spruches wurde ins Gefängniß gesetzt. „Es gab größres Elend,“ sagt Volt aire, indem er von dieser Begebenheit spricht „aber es gab nie größre Schmach in Frankreich.“

Die Ständeversammlung war so wenig geachtet, daß man während ihrer Sitzungen neue Auflagen erhob! — Es existirte nicht ein Schatten

änderungen darin vorzunehmen: nichts desto weniger verlangten die meisten weislich solche

von Freiheit der Rede. Ein gewisser La Barillere las ein Projekt zur Verbesserung des Seewesens ab, und bediente sich darinn des Ausdrucks: „Franz I hätte, anstatt vor Paris ein Modell seines Kerkers errichten zu lassen, lieber Schiffe bauen sollen.“ Sogleich gerieth alles in Bewegung; der kühne Redner wurde in Verhaft genommen, der Justiz überliefert, und entging nur mit Mühe einer harten Strafe.

Nachdem die Stände ihre erbärmliche Existenz sechs Monate lang fortgeschleppt hatten, kündigte ihnen der Grofskanzler an, dafs ihrer Bitten und Vorschläge zu viel wären, um noch ehe sie auseinander gingen, darauf zu antworten. Er versprach ihnen unterdessen, dafs die Käuflichkeit der Aemter abgeschafft, die Pensionen vermindert, und über die Herabsetzung der Abgaben Untersuchungen angestellt werden sollten. Keines von diesen Punkten wurde weiter gedacht, kein einziger Antrag der Stände kam zur Erfüllung: sie gingen auseinander, ohne Frankreich auch nur um Einen Mißbrauch ärmer, auch nur um Eine Last leichter gemacht zu haben.

Und dies war die Versammlung, die den Reichsständen im Jahr 1789 zum Modell dienen sollte! G.

Veränderungen, die ihnen selbst zuträglich seyn konnten.

Die entgegen gesetzte Partey sprach für ihr System mit eben dem übertriebnen Eifer, mit welchem die Parlamenter und der größte Theil des Adels sich der Formen von 1614 annahmen. Weil eine gewisse Gährung schon in allen Köpfen herrschte, so mischte sich Jedermann mit Begierde in diesen Streit. Auf allen Seiten überschritt man die Schranken; und weil die eine Partey den Nutzen des Adels unmäfsig erhob, bemühte sich die andre mit der äußersten Uebertreibung von seiner Schädlichkeit zu sprechen. So entstand aus verschiednen vereint wirkenden Ursachen eine höchst verderbliche Spaltung zwischen dem Adel und den übrigen Bürgern.

Schon begann der Fanatismus der Gleichheit und der Hang zur Zügellosigkeit, welche ehrsüchtige Ränkemacher als Gehülfen bey der Ausführung ihrer verborgenen Plane benutzten, die ausschweifendsten Maximen zu verbreiten. Der Adel wurde ohne Unterschied und ohne Rücksicht auf die Uneigennützigkeit und den Patriotismus so vieler einzelnen Mitglieder dieses Standes durch giftige Bro-

schüren dem Hasse des großen Haufens Preis gegeben. Diese Broschüren thaten zwar die schleunige Wirkung nicht, die ihre Urheber hoffen und wünschen mochten: sie lieferten aber brennbaren Stoff für die nahe bevorstehende Feuersbrunst.

Und welches waren denn eigentlich die Formen von 1614, worüber sich vor der Versammlung der Reichsstände so viele Streitigkeiten erhoben? Die Bürger waren in Absicht der Wahl ihrer Repräsentanten in den meisten Provinzen in drey verschiedene Classen getheilt. Jede Classe ernannte ihre eigne Deputirten. In einigen Provinzen wählten besondere Provinzialstände diese Deputirten, und unter diesen Provinzialständen waren wieder einige, bey welchen die drey Classen vereinigt, andre bey welchen sie getrennt operirten. Endlich gab es Provinzen, wo die Repräsentanten in allgemeinen Versammlungen der drey Stände gewählt wurden. Das wesentlichste aber war, daß auf den letzten Reichstagen zu Blois und Paris (1614) die drey Stände durchgehends abgesondert in drey verschiedenen Häusern deliberirten. Die Anzahl der Deputirten war nicht be-

stimmt: sie war auch von gar keiner Bedeutung *).

Wir müssen nun vor allen Dingen untersuchen, was eigentlich die drey Stände bey den ehemaligen Reichsversammlungen waren, und was man im Anfange der Revolution unter diesem Ausdruck verstand.

*) Sie wechselte daher bey jeder Versammlung der Stände, ohne daß sich der geringste Grund der Variationen angeben liefs. Im Jahr 1356 war die Anzahl der Deputirten der bloßen *Langue d'Oyl* (das heist, der nördlichen Hälfte des Reiches) die der Dauphin Carl zu Paris versammelte, 800; davon machten die Deputirten des dritten Standes allein die Hälfte aus. Die Versammlung zu *Tours* im Jahr 1484 (S. oben S. 164) bestand dagegen im Ganzen nur aus 300, die Versammlung zu *Blois* (im Jahr 1588) aus ungefähr 500 Personen. Bey der letzten Ständerversammlung zu Paris im Jahr 1614 fanden sich 454 Deputirte ein, worunter die Geistlichkeit 140, der Adel 132, der dritte Stand 192 hatte. G.

Zehntes Kapitel.

Betrachtungen über den Ursprung des Adels in Frankreich.

Ich hatte schon in einem andern Werke *) einige Bemerkungen über den Ursprung des französischen Adels niedergeschrieben; sie waren aber unzureichend, und ich werde mich bemühen, in diesem Kapitel eine genauere und umständlichere Entwicklung dieser Materie zu liefern.

Das Wort *nobilis* (adelich) heisst eigentlich so viel als kenntlich, ausgezeichnet. Das, wodurch man den Adel der Geburt und die damit verknüpften Vortheile erwirbt, ist nach den Zeiten, den Gebräuchen und den Meinungen sehr verschieden. Grofse

*) *Nouvelles Observations sur les Etats-Generaux de France, par M. Mounier Secretaire des Etats de la Province de Dauphiné. 1789. 284 S. 8.*

Tugenden, groſſe Talente, ſchöne Handlungen haben zu allen Zeiten die Nachkommen derer, welche dadurch berühmt geworden ſind, empor gehoben. Dieſer Uſprung des Familienadels iſt in allen Ländern der Welt zu finden; er war aber freilich weder der einzige, noch der gewöhnlichſte: auch Reichthum und Macht verleihen allenthalben ein daurendes Anſehen, und die Familien, welche ſie lange beſaſſen, werden bloß deshalb zu den adelichen oder ausgezeichneten gerechnet.

Bey den Römern waren die Patrizier, ſo lange ſie allein die Würden der Republik inne hatten, die einzigen Adelichen, und Livius bedient ſich öfters des Wortes *nobilitas*, um dieſe Claſſe zu bezeichnen: aber dieſer Schriftſteller bemerkt auch, daß von der Zeit an, wo die Plebejer zu den erſten Staatsämtern gelassen wurden, der Adel nicht mehr das ausschließende Eigenthum der Patriziſchen Familien war. Der Glanz, welchen ſie durch Verwaltung wichtiger Aemter, oder durch Triumphe, die ihnen eben ſo oft als den Patriziern zuſielen, erworben hatten, mußte ſich ſchlechterdings über ihre Kinder verbrei-

ten *). Wie wäre es möglich gewesen, daß man die Nachkommen eines Marcius Rutilus, eines Popilius Lenas, eines Publicius Philo, der Decier, der Volumnier, der Marceller, nicht unter die Anzahl der Adelichen, oder der durch ihre Geburt ausgezeichneten gesetzt hätte? Bald gab man den Namen der Adelichen allen denen, deren Vorfahren eins der obern Staatsämter bekleidet, und die eben deshalb durch langen Gebrauch das ausschließende Recht erhalten hatten, die Bildnisse dieser Vorfahren an dem

Ein-

*) Die Volks-Tribunen sagten auch in den Reden, durch welche sie den Plebejern das Consulat zuwenden wollten, ganz förmlich: „*Ex illa die in plebem ventura omnia quibus patricii excellant, imperium atque honorem, gloriam belli, genus, Nobilitatem, magna ipsis fruenda, maiora liberis relinquenda*: von diesem Tage an würden die Plebejer alles, das geniefsen, was jetzt die Patrizier auszeichnete, Gewalt und Würde im Staat, Kriegeruhm, Familien-Rechte, Adel, alles was man durch grofse Stellen für sich selbst erwerben, alles was man auf seine Nachkommenschaft fortpflanzen kan.

Liv. l. VI. c. 37. M.

gange ihrer Häuser aufzustellen, und bey Begräbnissen umher tragen zu lassen.

Auf diese Weise blieb zwar der Name eines Patriziers noch immer ein Ehrentitel, es gab aber auch Adelige, welche Plebejer waren: und diejenigen, welche zuerst die grossen Aemter in ihre Familien brachten, wie Cato der Censor, Marius, Cicero u. a. wurden Neu-Adelige, *homines novi* genannt.

Von der Zeit an, da plebejische Familien den Geburtsadel erwerben, die hohen Staatsämter bekleiden, und eine Stelle im Senat einnehmen konnten, ohne unter die Patrizier aufgenommen zu seyn, war der Adel kein besondrer Stand mehr in der römischen Republik. Adelig zu seyn erleichterte freilich noch immer den Weg zu Ehrenstellen und zu öffentlichem Ansehen: aber es konnte keine gesetzliche Prærogative, keine ausschliessende Befugniss verleihen.

Eben so verhielt es sich unter den Kaisern. Der Adel gab ein gewisses Gewicht in der öffentlichen Meinung, aber kein reelles Vorrecht. Wie konnte man grosse Vorzüge des Adels bey einer Verfassung erwarten,

welche so oft Leute aus dem allerniedrigsten Stande, so oft gemeine Soldaten zur höchsten Macht im Staate führte! Es ist wahr, die Titel vermehrten sich im vierten und fünften Jahrhundert ins Unendliche: sie klebten aber an den Aemtern, nicht an der Geburt. Die drey Grade der Ehre, *illustres*, *spectabiles*, *clarissimi*, waren mit den bürgerlichen und militärischen Würden, die sogar den Freigelassenen manchmal zu Theil wurden, verknüpft. Es gab nirgends eine bestimmte Regel, nach welcher man den Geburtsadel hätte unterscheiden können. Es scheint, daß man im Allgemeinen die Familien, welche Generale, Präsidenten oder Gouverneurs der Provinzen, Senatoren oder andre angesehene Staatsbeamten hervorgebracht hatten, als adeliche betrachtete.

Es war nicht überflüssig, von den Gebräuchen der Römer in Ansehung dieses Punkts zu sprechen, weil wir von ihnen die Worte *nobilis* und *nobilitas* erhalten, und weil die Franken, so wie die andern barbarischen Nationen, sehr viele Stücke ihrer Verfassung angenommen haben.

Tacitus lehrt uns, daß die Deutschen ihre Könige nach der Geburt, ihre Generale nach der persönlichen Tapferkeit wählten. Man sieht in der That, daß die Barbaren, selbst noch nach ihrem Einfall in Gallien ihre Könige in einer einzigen Familie wählten: diese Königliche Familie aber ausgenommen, hatten alle Personen von ausgezeichneter Geburt, gleich den Adlichen zu Rom kein ausschließendes Recht, sondern nur ein Mittel mehr als die andern, zu öffentlichem Ansehen zu gelangen *).

K 2

*) Verschiedne Schriftsteller suchen den Beweis der Existenz eines besondern adelichen Standes in folgender Stelle des Tacitus: „*De minoribus rebus principes consultant, de majoribus omnes, ita tamen ut ea quoque, quorum penes plebem arbitrium est, apud principes pertractentur.*“ „Ueber geringere Gegenstände rathschlagen bloß die Vornehmen, über wichtige, die ganze Gemeinde, doch so, daß auch das, worüber die Gesamtheit entscheidet (zuvor) bey den Großen verhandelt wird“. Tacitus versteht aber hier unter den Vornehmen, die Anführer, die Fürsten, die hohen Staatsdiener. Man sieht es deutlich, indem er gleich darauf sagt. „*Eliguntur in iisdem conciliis et prin-*

Als die Franken und andre barbarische Nationen Gallien eroberten, richteten sich die Rechte der Personen und Stände nicht nach den Gebräuchen der alten Landeseinwohner, so wie Julius Cäsar sie geschildert hat, sondern nach den Römischen Gesetzen. Die Gallier waren sämmtlich Römische Bürger;

„*cipes, qui jura per pagos vicosque reddunt*: In eben
„diesen Versammlungen werden die Vornehmen
„gewählt, welche in den Gauen und in den Städ-
„ten Recht sprechen.“ Der Adel verschaffte nach dem
Tacitus bloß einen etwas größern Einfluß in den
Versammlungen. „*Mox rex, vel principes, prout*
„*aetas, prout nobilitas, prout decus bellorum, prout*
„*facundia est, audiuntur*: Zuerst führt der König
„oder die Vornehmsten, je nachdem ihr Alter,
„ihr Adel, ihr Kriegesruhm, ihre Beredsamkeit
„sie erhob, das Wort“ (Der Adel wäre also nach
dieser Stelle nur einer von den Vorzügen gewe-
sen, welche Ansehen in den Volksversammlungen
verschafften. G.) „Ein ausgezeichnete Adel oder
„großes Verdienst der Väter konnten sogar die
„jüngsten Leute zum Range der Günstlinge des
„Fürsten führen. Alsdann werden sie den Stärkern,
„den Längstgeprüften beygesellt. *Insignis nobilitas*
„*aut magna patrum merita, principes dignationem adoles-*
„*centulis adsignant. Caeteris robustioribus ac jampridem*
„*probatiss aggregantur*“. M.

seit der Regierung des Kaisers Vespasian fand zwischen ihnen und den Einwohnern von Rom in Rücksicht auf Gesetze, Lebensart und Sprache kein Unterschied Statt.

Das System des Grafen Boulainvilliers findet noch manchen Anhänger, obgleich keinen eigentlichen Vertheidiger: die, welche es annehmen, geben sich viele Mühe, es als unbestreitbar darzustellen, und wollen dadurch der Verlegenheit entgehen, es mit Beweisen zu unterstützen *). In Schriften

*) Die Hauptsätze dieses Systems sind folgende: Die Franken waren ursprünglich alle frey und gleich: Clovis war nichts als der General einer freyen Armee, die ihn gewählt hatte, um unter seiner Anführung Gallien zu erobern.

Nach der Eroberung von Gallien, machten die Franken allein den Adel d. i. den Herrenstand aus. Salisch hieß Adeltich. Die Gallier waren sammt und sonders Untertanen.

Die Vorzüge der Franken nach der Eroberung bestanden hauptsächlich in folgenden vier Punkten: 1. Befreiung von allen Staatslasten, die Kriegesdienste ausgenommen. 2. Gleiche Theilung der Güter, also: wie ehemals der (beweglichen) Beute, so jetzt des Landes und der Menschen. 3. Sitz und Stimme in der National-Versammlung

gegen die Revolution hat man sogar die Unverschämtheit gehabt, den Ursprung unsers jetzigen Adels aus der Eroberung von Gallien abzuleiten, und die seit undenklicher Zeit adelichen Familien von den barbarischen Eroberern des Landes abstammen zu lassen. Wenn diese Meinung sogar einigen Grund hätte, wäre es doch immer klüger, sie zu verschweigen. Es ist wahrlich nicht das Mittel, den Adel zu einer Zeit, wo so zahlreiche Feinde gegen ihn verschworen sind, beliebt zu machen, daß man ihn als die Folge einer

und das Vorrecht, nur von seines Gleichen gerichtet zu werden. 4. Recht der Selbstverteidigung bey jedem Angriff.

Die Gallier hingegen, musten gemeine Dienste leisten, Abgaben zahlen, standen unter der Jurisdiction der Franken, hatten keinen Antheil an der Nationalversammlung, durften (wie Sklaven) nicht bewaffnet seyn. u. s. f.

Die mit Glück gekrönten Versuche, welche die Nachfolger des Hugo Capet von Ludwig VI an machten, um das Lehnssystem zu untergraben, und ihre Souverainität zu gründen, hauptsächlich, die Creirung städtischer Prärogativen, die Einschränkung der Privat-Jurisdiktionen, die Aufhebung des Selbstverteidigungs- (oder adelichen Faust-) Rechts,

Eroberung, und die Nachkommenschaft der Sieger von der Nachkommenschaft der Besiegten beständig getrennt darstellt, oder dafs man, wie Boulainvilliers, geradezu sagt, er sey durch Gewalt hervorgebracht worden. Wenn man gleich, um Ruhe und Ordnung in der menschlichen Gesellschaft zu erhalten, nothwendig den Satz, dafs langer Besitz einen rechtmäßigen Titel ausmacht, gelten lassen mufs, so kan man doch nicht läugnen, dafs Eroberung das verhafsteste von allen Erwerbsmitteln ist, und dafs die Ideen von Gewalt

endlich gar die Zuziehung des dritten Standes zu den Nationalversammlungen (alle diese für die Nation so wichtigen, so heilsamen Schritte) waren Usurpationen der Könige, die dadurch die Grofsen, d. h. die Nachkommen derer, welche das Land mit Clovis erobert hatten, um ihre rechtmäßige Gewalt brachten, und die alte Verfassung despotisch über den Haufen warfen.

Dies System (aufgestellt in der *Histoire de l'ancien gouvernement de la France*. 3. Vol. 1727) ist von mehreren Seiten ganz unhaltbar, von mehreren empörend. Nichts desto weniger ist die Ansicht der ältern Geschichte, zu welcher es führt, für den unparteyischen Forscher wichtig, und einer sorgfältigen Prüfung werth. G.

und Unterdrückung, welche sie unaufhörlich weckt, in den Gemüthern der Unterjochten sehr leicht den Wunsch, sich ähnlicher Mittel zu bedienen, erzeugt.

Gebietet aber die Klugheit, dieses System, selbst wenn es wahr wäre, ins Dunkel zu stellen, so muß sie noch viel mächtiger gebieten, es gänzlich zu verlassen, da die Unrichtigkeit desselben bis zur Evidenz dargethan ist.

Wenn die Eroberung von Gallien der Ursprung des französischen Adels gewesen seyn sollte, so müßte man voraussetzen können, daß die Franken die Eingebornen in der größten Abhängigkeit und Erniedrigung erhalten, und daß sie alle öffentliche Aemter, vorzüglich aber die, welche ihrer Natur nach Glanz über die Familie des Besitzers verbreiten, ausschließend an sich gezogen hätten. Man führt, um diese Hypothese zu beweisen, den Unterschied der Geldbußen an, die für ein Verbrechen gegen einen Franken, und für ein Verbrechen gegen einen Römer entrichtet werden mußten. In der Regel bezahlte man mehr, wenn man einen Franken, als wenn man einen gemeinen römischen

Bürger ermordet hatte. Dies scheint auf den ersten Anblick zu beweisen, daß die Römer weniger geachtet waren, als die Franken: das Gesetz konnte aber auch bloß die Absicht haben, den Barbaren unter den ungleich zahlreichen Römern Sicherheit zu verschaffen. Was diese Erklärung verstärkt, und zugleich alle Argumente, die man aus der Verschiedenheit der Geldbußen ziehen dürfte, vernichtet, ist der Umstand, daß die stärkste von allen auf den Mord eines mit gewisser Würde bekleideten Römers, eines solchen, der einen Tischgenossen des Königes abgeben konnte, gesetzt war; und überdies scheint es hinlänglich erwiesen zu seyn, daß es einem Römer frey stand, sich in dieser Rücksicht einem Franken gleich zu setzen, weil er sich nur entschließen durfte, unter dem Salischen Gesetz zu leben *).

*) Dieser Absatz erfordert eine nähere Erläuterung und Prüfung. Mounier will beweisen, daß die Fränkischen Gesetze durch die Bestimmung der Geldbußen keinen für die Eingebornen demüthigenden Unterschied einzuführen beabsichtigt hatten. Dazu sollen folgende drey Argumente dienen.

Doch, wozu Vermuthungen, wenn die Thatsachen unläugbar sind. Man hat den

1. Die Ursach, weshalb für den Mord eines Franken eine höhere Geld - Buße als für den Mord eines Galliers bezahlt wurde, war vielleicht keine andre, als die, daß der erste eines größern gesetzlichen Schutzes bedurfte, als der andre. — Diese Vermuthung hat wenig Grund. Eine stets bewaffnete Horde, die eine durch Luxus und Künste verzärtelte Nation mit der größten Leichtigkeit unterjochte, sucht ihren Schutz nicht in der armseligen Erhöhung einer gesetzlichen Geldbuße. Noch schwächer würde dieses Argument erscheinen, wenn das System des Abbé dü Bos dem M. in andern wichtigen Punkten beypflichtet, seine Richtigkeit hätte, daß die Franken sich vermöge eines freundschaftlichen Abkommens in Gallien niedergelassen hätten.

2. Die stärkste von allen Geldbußen, wurde für den Mord eines solchen Galliers entrichtet, der Tischgenosse des Königs seyn konnte. — Die Unrichtigkeit dieses Satzes hat schon Montesquieu (*S. Esprit des Loix* L. XXXIII. c. 22) gerügt, da er das Dübosfche System kritisirte. Es ist beinahe zu verwundern, daß M. ihn von neuem als ein Argument aufstellen konnte.

Die stärkste Geldbuße, welche die Salischen Gesetze ankündigen, war nicht auf den Mord ei-

Abbé Dübos der Uebertreibung beschuldigen, aber man hat seine Argumente nicht

nes vornehmen Galliers, sondern auf den Mord eines vornehmen Franken gesetzt. „*Si quis Romanum hominem convivam Regis occiderit sol: 300*“ „*culpabilis judicetur*“ ist die Stelle, welche Mounier's Behauptung zum Grunde liegt, und sie setzt allerdings die Strafe für den Mord eines vornehmen Galliers (Tischgenossen des Königs) auf 100 sol. höher als die Strafe für den Mord eines gewöhnlichen Franken, den man mit 200 Schillingen abbüßen konnte. Aber ein andrer Artikel des nemlichen Gesetzes (*Lex sal. Tit. 44 §. 4*) sagt: „*Si quis eum occiderit qui in Truſte dominica est, sol: 600 culp. jud.*“ Dies war ein Franke: denn *is qui in Truſte est*, der auch *Antruſtio* hieß, ist kein andrer, als der welcher etwas später *Fidelis*, *Leude*, und endlich *vasallus* genannt wurde, ein durch einen besondern Eid, und durch besondere Benefizien mit dem Könige näher verbundner Franke. *S. Du Cange Glossarium in voc. Truſtis.* — Hiedurch fällt dies ganze Argument über den Haufen.

3. Die Gallier konnten sich den Franken gleichsetzen, weil es nur von ihnen abhing, unter dem Salischen Gesetz zu leben. — M. sagt, dieser Satz scheine hinlänglich erwiesen. Vermuthlich trägt dieser Schein. Die ganze Sache beruht auf einer Stelle des Sali-

vernichten können †). Es ist weniger leicht, diese Argumente zu widerlegen, als neue

schen Gesetzes, von welcher es zwey Lesarten giebt. Die eine heist: „*Si quis ingenuus Francum aut hominem barbarum occiderit, qui lege Salica vivit etc.*“ Die andre: „*Si quis ingenuus Francum aut barbarum, aut hominem occiderit qui lege Salica vivit etc.*“ — Beyde Lesarten haben gleiche Autorität für sich. Gilt die erste, so ist nicht der entfernteste Grund an Gallier zu denken, die unter dem Salischen Gesetze lebten: gilt die andre, so ist eine Möglichkeit zu einer solchen Erklärung vorhanden: aber wer wollte mit Mably (*Observations sur l'histoire de France Remarques du L. I. c. 2.*) behaupten, daß in diesem Falle unter *homo, qui lege Sal. vivit*, schlechterdings nur ein Gallier zu verstehen sey, da der Sinn der Stelle sehr gut folgender seyn kan: „Wer einen Franken, „oder andern Nicht-Römer, oder überhaupt einen „Menschen, der unter dem Salischen Gesetz lebt, „ermordet u. s. f.“

Wenn es nun einem Satz, der eine zweifelhafte Autorität für sich hat, noch obendrein ganz an innrer Glaubwürdigkeit fehlt, was soll uns bewegen, ihn anzunehmen? Ich mache folgendes Dilemma: Entweder die Gesetze der Franken hatten einen für die Gallier drückenden und demüthigenden Unterschied zwischen Siegern und Besiegten eingeführt, oder sie hatten keinen solchen

hinzuzufügen. Folgende scheinen mir bis zur Evidenz eindringend:

Unterschied eingeführt. War das erste der Fall, so wurde ja die ganze gesetzliche Disposition zu nichts, wenn jeder Gallier nur sagen durfte, „er wolle unter dem Salischen Gesetz leben.“ War das andre (wie Mounier mit Dübos annimmt) so läßt sich nie absehen, was die Erlaubniß, sich unter das Salische Gesetz zu begeben, einem Gallier helfen konnte.

Das unläugbare Faktum also: daß die Fränkischen Gesetze zwischen Siegern und Besiegten, besonders da wo es auf Geldbußen ankam, Unterschiede machten, ist durch die drey Argumente, welche wir hier zergliedert haben, nicht weggedemonstrirt. Zum Glück aber leidet Mounier's Absicht wenig darunter. Denn 1, ist nichts natürlicher als daß solche Unterschiede bey zwey Nationen wie die, welche sich hier vereinigten, waren, gar bald verwischt werden mußten; und so lehrt es auch die Geschichte 2, folgt aus jenen Gesetzen, wenn sie auch immer in Kraft geblieben wären, noch lange nicht das Boulainvillers'sche System über das Personen-Recht im alten Frankreich. Vielmehr wird dasselbe durch die Bestimmung der Geldbußen in den Salischen Artikeln förmlich widerlegt. Ein Gallier der Tischgenosse des Königes werden konnte, und dessen Kopf 100 Schilling höher taxirt ward, als der

Die Burgunder und Wisigoten bemächtigten sich nicht anders als mit Bewilligung

Kopf eines Franken, mußte doch wohl unter die *Proceres* (es sey nun Amts- oder Geburts-Adel was diesen Charakter verlieh) gehören! Bald werden sich, wenn von der Geistlichkeit die Rede seyn wird, noch ganz andre Prärogativen der Eingebornen und Ueberwundnen zeigen. G.

†) Das System, welches der Abbé Dübos in seiner *Histoire critique de la Monarchie Francoise* aufgeführt hat, ist in seinen Grundzügen folgendes:

„Clovis war kein Eroberer, sondern ein durch die Stimme des gesammten Gallischen Volks zur Regierung des Landes berufener Fürst, der an die Stelle und in alle Verhältnisse der ohnmächtigen römischen Kaiser trat, und zuletzt sogar durch Traktaten mit diesen Kaisern in seiner neuen Herrschaft befestiget wurde.

Seine Regierung war nicht allein im höchsten Verstande des Wortes rechtmässig, sie war auch so billig und so milde, und die Verfassung, welche er und seine Nachfolger einführten, war für die alten Landes-Einwohner so vortheilhaft, daß bey ihrer Entstehung von Gewalt gar nicht die Rede seyn kan. — Die Gallier behielten alles was sie hatten: es ward ihnen nicht das geringste von ihren Grundstücken und andern Besitzungen genommen; es wurden ihnen keine neue

der Kaiser eines Theils von Gallien. Sie theilten sich mit den Römern in die Länd-

Abgaben aufgelegt: sie behielten ihre Gesetze und Gebräuche, ihre Städtischen Privilegien, ihre Milizen, ihre Waffen, ihre Obrigkeiten. Sie hatten an allen militärischen Ehrenstellen, nach wie vor, Antheil. Der Unterschied der Stände, welcher zur Römer-Zeit unter den Galliern geherrscht hatte, blieb unverändert; daß Franken, als solche, vor Eingebornen Vorzüge gehabt hätten, läßt sich bei dem Verhältniß, worin beide Nationen standen, durchaus nicht erwarten.“

Ein großer Theil dieses Systems ist offenbar schimärisch: und alle Gelehrsamkeit seines Erfinders, war nicht hinreichend, die auffallenden Blößen die es darbietet, zu decken. Montesquieu, der ihn im Ganzen mit übertriebener Härte behandelt, bemerkt sehr richtig „daß Düb os weniger „die Erforschung der Wahrheit, als die Widerlegung des Grafen Boulainvillers vor Augen „hatte.“

Wenn Mounier die Argumente des Abbé Düb os unwiderleglich nennt, so redet er bloß von denen, die sich auf die Gleichheit unter den Franken und Römern (d. i. Galliern) beziehen. Mounier bedurfte zu seinem Zweck nur folgender beider Sätze. 1, die Ungleichheit zwischen beiden Nationen war nicht so groß als Boulainvillers und seine Anhänger sie schildern, (sie war

reyen: sie behandelten diese schlechterdings als ihres Gleichen, und ihre Könige bekannten sich sogar zu einer gewissen Abhängigkeit gegen das römische Reich *).

In

nicht einmal so groß, als sie nach den Salischen Gesetzen hatte seyn sollen;) 2, diese Ungleichheit war nicht von der Art, daß sich daraus auf einen den Eroberern und ihren Nachkommen allein eignen Erbadel schließen liefse. — Diese beiden Sätze sind durch das Dübosche System zu einem hohen Grade von Gewissheit gebracht, und diese sollen durch die im Text folgenden Bemerkungen nach M's. Absicht noch mehr bestätigt werden.

G.

*) In den Gesetzen des Gundebald heißt es ausdrücklich, daß Burgunder und Römer auf gleichen Fuß behandelt werden sollen. M. — Dies Argument ist übrigens nicht unüberwindlich. Aus dem, was die Burgunder thaten, ist zuweilen, aber nicht durchgängig ein Schluß auf das, was die Franken thaten, zu machen. Es giebt sogar Gründe zu vermuthen, daß die Franken überhaupt für vornehmer gehalten wurden als die Burgunder. In den Gesetzen der Ripuarier (eines fränkischen Stammes, der mit Römern vermischt zwischen dem Nieder-Rhein und der Nieder-Maas wohnte) war die Geldbusse für den Mord eines freyen

In den Provinzen, welche die Franken einnahmen, löschte das Ansehen der Kaiser von selbst aus. Die Bewohner derselben unterwarfen sich, von Abgaben niedergedrückt, durch die Ungerechtigkeit und Unersättlichkeit der römischen Staatsbeamten empört, ohne alle Mühe der Herrschaft der Barbaren.

Die Franken hatten dem Kaiser seit langer Zeit Truppen geliefert. Krieger, selbst Könige aus dieser Nation waren unter dem Gratian, Valentinian und Theodosius zu den ersten Würden des römischen Reiches gelangt. Selbst zu der Zeit, da sie die Ohnmacht des römischen Staats benutzten, hegten sie noch für denselben ein Gefühl von Ehrfurcht, welches ihnen das Andenken an seine ehemalige Gröfse einflöfste. Sie hatten sich schon in (einem Stück von) Gallien niedergelassen, als sie, unzufrieden

freyen Ripuariers und eines Franken dieselbe, nemlich 200 Schilling, für den Mord eines Burgunders nur 160, für den eines Römers (*advocatus Romani*) gar nur 100 Schilling. S. hierüber auch *Dubos Histoire critique etc*, L. II. c. 11, et L. VI. c. 6. G.

L

L

mit ihrem Könige Childerich, ihm die Herrschaft nahmen, und sie einem römischen Feldherrn, dem Grafen Egidius anvertrauten. Ihre Macht war schon gänzlich befestiget, als ihr König Clovis den Titel und die Ehrenzeichen eines römischen Patriziers mit sichtbarer Freude empfing.

Es ist bekannt, welchen Einfluß die Bischöfe im Rath unsrer ersten Könige hatten, und in welcher Verehrung sie bey einem vom Eifer für eine neue Religion ganz durchdrungenen Volke standen. Die Prälaten erhielten den ersten Rang in allen Versammlungen *). Jedermann weiß, daß sie sämt-

*) Dies Argument ist das stärkste von allen, womit sich die Idee, daß die Franken die alten Landesbewohner gänzlich unterdrückt und erniedriget hätten, bekämpfen läßt. Ist es denkbar, daß die Eroberer eine Nation verachten, herabsetzen, beschimpfen und zum Elend oder gar zur Sklaverey verdammen konnten, aus welcher allein oder doch fast allein diejenigen hervorgingen, welche eine unumschränkte Gewalt über die Gemüther ausübten, den größten Einfluß in alle öffentliche Angelegenheiten hatten, und den ersten Stand im Staate ausmachten?

lich Römer waren. Es war der Geistlichkeit sogar befohlen, sich nach den römischen Gesetzen zu achten.

L 2

Kein historisches Faktum kan unumstößlicher bewiesen seyn, als die Präeminenz der Bischöfe in den ältesten Zeiten der französischen Monarchie. Verschiedne neuern Schriftsteller, besonders solche, die der Meinung von einer absoluten Unterjochung der Gallier anhängen, haben den Pipin zum ersten Urheber der Gröfse und des Ansehens der Geistlichkeit in Frankreich machen wollen. Dieser Irrthum läfst sich aber durch vielfältige Gründe zerstören.

Das Salische Gesetz, welches auf den Mord eines freien Franken 200 und auf den Mord eines Antrustio (S. oben S. 155) einer der vornehmsten Personen die es nach der Königlichen Familie geben konnte, 600 Schilling setzte, fordert 500 Schilling für den Mord eines Presbyters, und 900 Schilling für den Mord eines Bischofes. Ein untrügliches Zeichen der grossen Superiorität des letztern! Ganz das nehmliche Verhältniß war in den Gesetzen der Ripuarier angenommen. Und alle diese Gesetze, waren einige hundert Jahre älter als Pipin.

Allenthalben, wo von Versammlungen der Grofsen die Rede ist, stehen die Geistlichen oben an. *Rex cum principibus, id est, Episcopis, duci-*

Die Franken hatten nicht allein die Religion, sondern auch die Sprache der Römer, und viele ihrer Aemter angenommen. Nach dem Beispiele der Römer hatten sie Herzoge

bus et comitibus; mediantibus sacerdotibus atque proceribus; convocatis episcopis et majoribus; — so heisst es in den Urkunden der ältesten Merovingischen Könige. Sie waren die Schiedsrichter in allen wichtigen Streitigkeiten, sie nahmen (vermöge einer Constitution von Chlotar I) in des Königs Abwesenheit die Appellationen an; sie halfen sogar über Feldherrn und militärische Vergehungen das Urtheil sprechen; Chilperich I, der 200 Jahr vor Pipin regierte, pflegte mehr als einmal zu klagen: „Alle seine Reichthümer wären in die Kirchen gewandert: es herrschte eigentlich Niemand mehr in Gallien als die Bischöfe, das Königliche Ansehen befände sich in ihren Händen.“ *Ajebat enim plerumque: ecce pauper remansit Fiscus noster: Ecce divitiae nostrae ad Ecclesias sunt translatae. Nulli penitus nisi soli Episcopi regnant. Periit honos noster et translatus est ad Episcopos.* Gregor. Turon: Lib. VI c. 46.

Ich sagte vorhin, diese im Staat so mächtigen Personen stammten fast allein von der überwundenen Nation ab. Mounier sagt schlechthin: sie waren sämmtlich Gallier. Es gab aber, und zwar sicher schon in der Mitte des 6ten Jahrhunderts, vielleicht gar noch früher, Bischöfe von

und Grafen. Nur einer von den tiefsten Charakterzügen barbarischer Nation, die Liebe zu den Waffen ging in der Veränderung ihrer Lage nicht verloren. Die Franken konnten sich nicht entschließen, die Civilämter von den militärischen, gleichwie die römischen Kaiser es gethan hatten, zu trennen; die Vereinigung beider Arten von Macht in den nehmlichen Personen aber mußte nothwendig die Anarchie erzeugen, die Unwissenheit allgemein machen, und in allen Ländern, welche die barbarischen Nationen erobert hatten, Schritt für Schritt die Lehnsvorfassung herbeyführen.

Man weiß nicht, den wievielten Theil des Landeigenthums die Franken den alten Eigenthümern abnahmen. Es ist von einer Theilung keine Spur übrig: aber so viel ist

Fränkischer Abkunft, obgleich bis auf das 8te Jahrhundert bey weitem der grösste Theil der hohen Geistlichkeit, immer aus Galliern oder Römern bestand. Dubos selbst, der übrigens das große Ansehen der Bischöfe von Gallischem Herkommen nachdrücklich behauptet, weil sein System dabey sehr interessirt ist, räumt diesen Umstand ein, S. *Histoire critique de la Mon. Franc.* L. VI. c. 5. G.

entschieden, daß die Eroberer nicht alle Ländereyen an sich rissen. Die alten Gesetze sprechen öfters von Römern, die Grundeigenthümer waren *).

*) *Si Romanus homo possessor, id est qui res in pago ubi commanet proprias possidet, occisus fuerit. etc. Leg. Sal. Tit. 43.* — Die Eroberer konnten sich auch nicht aller Ländereyen bemächtigen, sie mochten Lust dazu haben oder nicht. Wie wollte denn ein kleiner Haufen von Barbaren, die noch kurz vorher nomadisch gelebt, und nichts als Heerden besessen hatten, sich plötzlich in die herrlichen Auen des weiten fruchtbaren Galliens theilen, und Ackerbau treiben, von dem sie wenig oder nichts verstanden. Sie mußten den Eingebornen ihre Grundstücke lassen, wenn sie nicht alle zusammen erhungern wollten. — Ganz eine andre Frage aber ist es, ob nicht die Idee von einer Super-Proprietät und von einem Ober- und Unter-Besitzrecht, eine Hauptquelle der Lehnsvorfassung, ob nicht das Jagdrecht, die Befugniß eines vornehmern Nomaden die Grundstücke eines vor seinen Waffen zitternden Ackersbauers zu verwüsten, ob nicht allerley drückende Hütungsrechte, und Grundsteuern, kurz ein großer Theil der Verhältnisse zwischen Grundherrschaften und Unterthanen von der Eroberung abzuleiten sind. G.

Man konnte von Fränkischer Abkunft, und doch von niedriger Geburt seyn. Man konnte von den Römern abstammen, und doch berühmte Ahnherrn haben. Es zeigt sich im Gregorius von Tours, daß die Römer und Gallier mehr als hundert Jahre nach der Errichtung der Fränkischen Monarchie, noch diejenigen von ihrer Nation unterschieden, die aus einer vornehmen Familie stammten *).

Die Franken waren so wenig geneigt, die alten Einwohner zu unterdrücken, daß sie sogar, um allen freien Bürgern eine Unabhängigkeit, die sich mit der öffentlichen Ordnung keinesweges vertrug, zu gewähren, einem jeden Einzelnen erlaubten, nach seinen eignen Nationalgesetzen zu leben. Es

*) Gregorius Turon. *de vitis patrum* c. q. sagt die beiden Söhne des Eutherius (eines Galliers) waren zwar nicht von vornehmer, aber doch von freyer Geburt; „*erant quidem non nobilitate sublimes, ingenui tamen.*“ Er nennt verschiedne Bischöfe, die aus Senator-Familien waren, *de senatoribus* oder *de genere senatorio*. Der Verfasser von Gregors Leben sagt von ihm, seine Eltern wären *natalibus illustres* gewesen. M.

wurde den Herzogen und Grafen ausdrücklich aufgegeben, Franken, Burgunder, Römer, alle bey ihren besondern Gesetzen zu schützen.

Die Fränkischen Könige nahmen frühzeitig Römer in ihre Armeen auf. Römische Truppen, die in den Sold des Clovis getreten waren, behielten ihre Gesetze, ihre Sitten, den Namen ihrer Legion und ihre Disciplin bey. Gregor von Tours redet öfters von Truppen, die diese oder jene Provinz lieferte. Noch mehr: ohne die überwundne Nation zu demüthigen, hätten die Könige die wichtigsten Aemter den Franken ausschliessend anvertrauen können, aber auch in diesem Punkt war die Gleichheit zwischen den alten und neuen Einwohnern so groß, daß Römer oder Gallier zu den ersten Würden im Staat gelangten, mithin an der bürgerlichen und militärischen Landesregierung Antheil hatten.

Wäre es auch wirklich gegründet, daß es Vortheile verschaffte, ein Franke von Geburt zu seyn, so bleibt es doch nicht weniger gewiß, daß großes Ansehen nicht den Barbaren ausschliessend gehörte; da hohe Aem-

ter am häufigsten der Grund zur Auszeichnung der Familien sind, so hatten die Römischen Familien so gute Hoffnung ausgezeichnet zu werden als die Fränkischen. Es mußte doch unstreitig ehrenvoller seyn, einen Römer, der Herzog, Graf, oder Major Domus gewesen war, als einen gemeinen Soldaten von Fränkischem, Burgundischen oder Wisigothischen Stamm unter seine Vorfahren zu zählen.

Es kömmt hier nicht darauf an, ob die Römer unter der elenden Regierung, welche die Franken eingeführt hatten, manche Bedrückung und manche Gewaltthätigkeit erleiden mußten. Die alten Municipalitäten, die Curien oder Stadtsenate verloren sich freilich bald in der allgemeinen Anarchie: aber die Barbaren litten unter diesen Unordnungen so gut als die Römer: und es währte nicht lange, so war aller Unterschied zwischen Siegern und Besiegten gänzlich verschwunden *).

*) Allenthalben, wo die Eroberer die Ueberwundnen nicht zur Sklaverey verdammen, wie die Spartaner in Ansehung der Iloten thaten, vermischen sich die Nachkommen beyder bald so, daß sie nicht mehr zu unterscheiden sind. England

Es ist also vollkommen erwiesen, daß der Einfall der Franken in Gallien weder die alten Landesbewohner (durchaus) herabge-

welches verschiednemal erobert worden ist, und alle Monarchien, welche die Nordischen Völker stifteten, bestätigen diese Bemerkung. M. — Genau läßt sich der Zeitpunkt, wo der Unterschied zwischen Franken und Galliern aufhörte nicht angeben: auch geschah es sicher nicht in allen Theilen des Reiches zugleich. Unter Carl dem Großen, 300 Jahre nach der Errichtung der fränkischen Monarchie, konnte man noch immer an langen Haaren und langem Bart den ächten Franken, an der Toga und an den großen Beinkleidern (*braccis*) den Römer oder Gallier erkennen. Es ist eine merkwürdige Anekdote, die zugleich beweiset, wie viel der Nationalstolz noch damals auf eine gewisse Abkunft hielt, daß Karl der Große, als er eine Menge Franken in Gallischer Tracht sah, mit Unwillen ausrief; „Seht da, die freyen Franken, welche die Kleidung derer, die von ihnen überwunden sind, nachahmen! Ein böses Omen! (*En liberos francos, qui eorum [quos] vicere vestimenta inauspicato usurpant,*)“ und daß er darauf den Franken diese verhasste Tracht untersagte. (*Aventin. Annal. Bojorum. L. IV.*)

Gegen das Ende des Carolingischen Regentenstammes vermischten sich die Sprachen, die Gesetze, die Gebräuche immer mehr und mehr. Die Lehnver-

würdiget, noch einen ausschließenden Adel zu Gunsten der neuen Ankömmlinge hervorgebracht hat.

Das Salische Gesetz oder das Gesetz der Franken enthält kein einziges Wort, welches auf einen Adel der Geburt deutete *); es un-

fassung kehrte sich an keine National-Unterschiede: die Alleinherrschaft der Könige, die sich auf den Trümmern dieser Verfassung erhob, noch weniger. Merkwürdig ist es indessen, daß Otto von Freysingen, ein Schriftsteller des zwölften Jahrhunderts, der in Frankreich starb, noch von vornehmen Franken (*nobilissimis Francorum*) spricht, die sich des Salischen Gesetzes bedienten. G.

*) Dies ist allerdings um so mehr auffallend, da in den Gesetzen anderer Völkerschaften von deutschem Ursprung die Distinctionen zwischen Adelichen und Nicht-Adelichen sehr kenntlich sind. In den Gesetzen der Frisen sind auf den Todtschlag eines Adelichen 80, auf den Todtschlag eines Freyen 54, auf den eines Leibeigenen 27 Schilling gesetzt. „*Si nobilis nobilem occiderit, octoginta solidis componat. Si nobilis ingenuum occiderit, quinquaginta quatuor solidos et unum denarium solvat. Si nobilis litum occiderit, viginti septem solidis, uno denario minus componat Domino suo, et propinquis occisi solidis novem.*“ *Lex Frision. Tit. I De homicidiis.* G.

terscheidet bloß Freie, Freigelassene und Sklaven. In allen Urkunden der Könige aus dem Merovingischen und Carolingischen Geschlecht wird freilich von Großen, von Getreuen, von Edeln geredet; aber diese Titel gingen auf die Herzoge, auf die Grafen, auf die Bischöfe, auf die hohen Kronbeamten *).

Eine Menge von Denkmälern beweisen, daß die Antrustionen freie Männer waren, die sich dem Könige durch einen besondern Eid empfahlen, und die Leuden solche, die er mit einem Benefiz oder mit einem Amte beehrte, so daß man weder Antrustio noch Leude durch die Geburt wurde.

Man hatte in den ersten Zeiten unsrer Monarchie sogar Begriffe über den Geburtsadel, welche die strengste Vernunft rechtfertigen würde. Der Adel war ein Vorzug, auf welchen man bey Besetzung der Stellen Rücksicht nahm: aber Verdienst konnte den Bürger aus dem allerniedrigsten Stande zu den

*) *Ideo nobiles nostri de episcopali ordine et de aliis ordinibus interierunt, Capitul. Carol. Calv. tit. 8. c. 31.*

höchsten Würden erheben. Die Beispiele hiervon waren nicht sehr selten, und es mußte für den, der sich aus der Dunkelheit emporschwang, nicht schmerzhaft seyn, an seinen Ursprung zurück zu denken, weil der Dichter Fortunatus, Bischof von Poitiers, um Condo, den der König Theodebert zu einem seiner Hof-Beamten erhoben hatte, zu rühmen, gerade seine niedrige Abkunft zum Gegenstande nimmt *).

Nichts desto weniger ist so oft behauptet worden, daß selbst unter den Königen aus den beyden ersten Häusern alle Personen von ausgezeichneter Abkunft einen besondern Stand ausmachten. Man kan dieser Behauptung nicht anders ein Ansehen von Wahrscheinlichkeit geben, als wenn man den Ge-

**) Mens generosa tibi precioso lumine fulget,*

Quae meritis propriis amplificavit avos.

Floret posteritas per quam sua crescit origo

Et facit antiquos surgere laude patres.

Nam si praefertur generis qui servat honorem,

Quanta magis laus est nobilitare genus.

In einer Elegie an einen Grafen Gallatorius sagt der nehmliche Dichter

A domino erigitur parvus et altus homo. M.

burtsadel mit den Staatsämtern und mit den Benefizien verwechselt, die der Monarch nach Belieben austheilte, und die er bis auf die Regierung Karls des Kahlen auch nach Belieben wieder wegnehmen konnte *). Es läßt sich aber nicht absehen, mit welchem

*) Mably kommt darin mit Mounier überein, daß er nicht eher einen wahren Erbadel in Frankreich anerkennen will, als bis die Staatsämter oder die Benefizien erblich wurden. Da Mably aber der Meinung war, daß die ältern Benefizien der Merovingischen Könige (welche er von den eigentlichen mit Kriegesdienst bestimmt verbundenen Lehnen, deren erster Ursprung wahrscheinlich unter Carl Martell zu suchen ist, sorgfältig unterscheidet) schon durch den Traktat von Andely zwischen den Königen Gontran und Childebert II (a. 587) oder wenigstens doch durch die Ordonanz von Paris unter Clotar II (a. 615) erblich geworden sind, so mußte er auch annehmen, wie er es denn wirklich annahm, daß es schon unter den ersten Carolingischen Königen förmlichen Erbadel gab. Mounier, der sich auf die Erblichkeit der ältern Beneficien (der freilich nur schwach zu erweisen ist) nicht einzulassen scheint, statuirt nur Erbadel von Karl dem Kahlen an, unter welchem die eigentlichen Lehne erblich zu werden anfangen. Darin geht

Rechte das, was die Herzoge und Grafen von der Erblichkeit der Lehne anging, auf Geburtsadeliche gezogen werden kan. Wenn jene gleich vermöge ihrer Aemter den ersten Rang genossen, und auf ihre Nachkommen einen Glanz werfen mußten, so konnte sie doch der König nach Wohlgefallen aus allen Classen wählen, und sie standen, nach den Gesetzen in keinem nähern Verhältniß mit den vornehmen Familien, als mit den gemeinsten Bürgern *).

er indessen wahrscheinlich zu weit, daß er die Aemter und Benefizien bis auf Karl dem Kahlen für amovibel hält, da es doch ziemlich ausgemacht ist, daß sie seit Chlotar II, sey es nun vermöge ausdrücklicher Verträge und Verordnungen, (wie die vorhin angeführten) sey es bloß vermöge eines anhaltenden Gebrauchs, durchgängig auf Lebenslang besessen worden sind. G.

*) Um zu beweisen, daß unter den Königen aus dem zweiten Hause die adelichen Familien eine abgesonderte Classe ausmachten, beruft man sich auf den berühmten Brief des Hincmar (Erzbischofs von Rheims) *de ordine palatii*, und glaubt in seinen Bemerkungen über die Reichstage unter Karl dem Großen die drey Stände, Geistlichkeit, Adel, und Bürgerstand zu entdecken.

Obgleich unter den Enkeln des Clovis Leudastes, nachdem er vorher Sklave gewesen war, Graf von Tours wurde, ob es gleich

Hincmar sagt, Karl habe „die sämtlichen „Großen (*majores*) sowohl Geistliche als „Weltliche“ zusammengerufen und zwar „die „Vornehmern (*seniores*) um Rath zu pflegen, „die weniger Vornehmen (*minores*) um der „Berathschlagung beizuwohnen, zuweilen um „selbst Theil daran zu nehmen, wenn gleich nicht „durch ihre Macht, doch durch ihren Verstand „und ihren Beyfall“

Wer waren denn nun diese *majores* anders als solche, die Macht in Händen hatten, wie die Bischöfe, die Aebte, die Herzoge, die Grafen, die *Missi dominici*, die Benefiziarier. Hincmar erklärt uns selbst, wer die *seniores* unter ihnen waren, nemlich (vom geistlichen Stande) Bischöfe, Aebte, und andre geehrte (*honorificentiores*) Geistliche dieser Art, und — (von weltlichen) Grafen und andre von diesem Range (*comites, vel hujusmodi principes*). Die *minores* waren also die andern Staatsbeamten von geringerm Grade. (Und gesetzt, diese *minores* hätten nicht bloß aus Staatsbeamten, sondern auch auch ämterlosen Angesehenen bestanden, so war doch ihr Antheil an den Reichstagsgeschäften auf jeden Fall, wie man

gleich verschiedene ähnliche Beispiele in der Geschichte giebt, so blieb doch im Ganzen der Sklavenstand nicht allein verachtet, sondern auch in der Meinung der Menschen eine

man auch die dunkle und streitige Stelle des Hincmar erklären mag, so gering, daß man weder zu einem besondern von den Staatsbeamten getrennten Adelsstande, noch auch nur zu einem Erbadel, noch endlich überhaupt zu einem Adel seine Zuflucht nehmen darf, um zu begreifen, wie und warum sie auf dem Reichstage erschienen. G.)

Hincmar sagt hierauf, daß die *Seniores* sich von dem großen Haufen der Geringern trennten, um ihre Berathschlagungen anzustellen. (Die *Seniores*, so wie sie vorhin erklärt worden, waren also die eigentlich thätigen Mitglieder der Versammlung) Was ist denn nun für eine Verbindung zwischen dem Grafen oder den andern vom Könige ernannten Beamten, und einem Corpus adelicher Familien? — Um hierüber nicht noch weitläufiger zu werden, bemerke ich bloß, daß man sich von dem Einflusse des Volks bey der Gesetzgebung zu den Zeiten Karls des Großen nicht sowohl wenn man die allgemeinen Reichstage betrachtet, als wenn man die Beschaffenheit der besondern Gerichtstage, welche die Grafen oder *Missi dominici* in den Provinzen hielten, untersucht, eine richtige Vorstellung verschaffen kan. M.

Art von Brandmal für den Freigelassenen und sogar für seine Kinder, so lange bis mehrere Generationen von Freien den Schandfleck, den die Gesetze nicht anerkannten, der aber allenthalben existirt hat, wo es Sklaverey gab, verwischt hatten. Es ist also gar nicht zu verwundern, daß der Biograph Ludwig des Frommen in einer Apostrophe an Hebon, Bischof von Rheims, der durch Ludwigs Güte aus der Sklaverey zu einer hohen Würde gehoben, einer der gefährlichsten Feinde seines Wohlthäters geworden war, ausruft: „Er schenkte dir die Freiheit, wenn gleich nicht den Adel, welches nach der Freylassung nicht möglich war“ *).

*) *Fecit te liberum non nobilem quod impossibile est post libertatem. Theogan. de gestis Ludovici Pii* — Diese Stelle hat diejenigen, welche das hohe Alter des französischen Adels bezweifelten, sehr oft in Verlegenheit gesetzt. Der Abbé Dübos suchte sich, als er sie erklären sollte, auf eine lächerliche Art aus dem Handel zu ziehen: er meinte, man hätte die Freigebornen aus Höflichkeit Adelige genannt. Mably verzweifelte lieber gleich, und gestand, wie er es nach seiner Theorie ohnehin thun mußte (S. oben S. 174 Note) daß es unter

Die Einwohner von Gallien hatten, ehe die barbarischen Völker in ihr Land kamen, eine Menge Sklaven zur Bewirthschaftung ihrer Ländereyen. Die innerlichen Kriege, welche unter den Königen aus den beiden ersten Häusern so häufig waren, mußten die Anzahl der Sklaven ansehnlich vermehren, weil alle Kriegesgefangne zur Knechtschaft verdammt wurden. Der Krieg war aber nicht die einzige Gefahr, welche die Freiheit des Bürgers bedrohte: die, welche die Einkünfte des Königes, oder die Einkünfte der Staatsbeamten und Benefiziarier verwalteten, bemühten sich der Freien immer weniger zu machen, um desto mehr Abgaben von Personen und Gütern zu erhalten. Die Franken

M 2

Ludwig dem Frommen schon adeliche Familien gegeben hätte. Aber wozu alle Aengstlichkeit? Dafs es ausgezeichnete, hervorragende Individuen und Familien, dafs es *nobiles* seit den ältesten Zeiten der Monarchie gab, wer wollte das läugnen? Hieraus folgt noch nicht einmal, dafs Erbadel, viel weniger, dafs ein adelicher Stand existirte.

G. 1029

waren in diesem Punkt eben so übel daran, als die Römer *).

Nachdem die Herzoge, die Grafen, und die andern öffentlichen Beamten, durch Mißbrauch der übertriebenen Macht, die ihnen anvertraut war, und des Einflusses auf die große Anzahl derer, welche ein besondrer Eid an sie band, eine vollkommne Unabhängigkeit in der Ausübung ihrer Funktionen erlangt, und die mit denselben verknüpften Ländereyen in ihr Eigenthum verwandelt hatten; nachdem die Inhaber Königlicher Benefizien uneingeschränkte Besitzer derselben, nachdem endlich die Lehne erblich geworden waren, bildete sich eine Menge kleiner Staaten, deren Häupter oder Herren den König nur als den ersten unter ihres Gleichen be-

*) Gregor von Tours sagt ausdrücklich (L. VII c. 35) daß zu Chilperichs Zeiten, viele Franken, die vorher frei gewesen waren, dem Tribut unterworfen wurden. „*Multos de Francis, qui tempore Childeberti regis ingenui fuerunt, publico tributo subegit*“ M. Daß aber bey den Franken Freiheit und Abgaben widersprechende Begriffe waren, hat Montesquieu vortrefflich gezeigt. S. *Esprit des Loix* L. XXX. c. 10-13. G.

trachteten, und ihm keine Verbindlichkeiten schuldig zu seyn glaubten, wenn sie ihm nicht als Vasallen verpflichtet waren; man unterschied nicht mehr Römer von Galliern; seit einigen Jahrhunderten hatte eine sonderbare Vermischung römischer und barbarischer Sitten allen Bewohnern des Reichs einen gemeinschaftlichen Charakter gegeben.

Diese große Anzahl von Herrschaften und kleinen Souverainitäten, vervielfältigte abermals die Kriege, mithin auch die Sklaven in allen Theilen des Reichs. Das Schicksal der Waffen mußte nothwendig manche, die vorher reich und angesehen waren, in Elend und Knechtschaft stürzen, und andre die bis dahin in der Dunkelheit gelebt hatten, zu Ehren bringen. Die Furcht und der Aberglaube machten viele zu freiwilligen Sklaven, die sich einen mächtigen Herrn wählten, oder einer Kirche zum Eigenthum übergaben. Fast ein Jeder der Grundstücke besaß, bemühte sich, mit einem Herrn in Verbindung zu treten, ihm Kriegesdienste anzugeloben, und zu erklären, daß er sein Eigenthum als Lehn von diesem Herrn habe, um Ansprüche auf den Schutz desselben zu gewinnen.

Die Vorurtheile gegen alle friedliche Beschäftigungen des Ackermanns, welche eine Nation von wilden Kriegern aus Germanien mitgebracht hatte, wuchsen mächtig unter dieser allgemeinen Verwirrung.

Es gab, wie bey den Römern, mehrere Stufen zwischen der vollständigen Knechtschaft und der Freiheit. Wenn Sklaven freigelassen wurden, gab man ihnen nicht immer die Freiheit im ganzen Umfange. Man machte aus denen, welche sich dem Ackerbau widmeten und deren Güter oder Personen zu besondern Leistungen verbunden waren, eine eigne Classe, die man mit verächtlichen Namen belegte *).

*) Man nannte sie *vilains* (*villani*, von dem Wort *villa* Landgut) *roturiers* (*ruptuarii*, welche die Erde pflügen) Bauern, Leibeigene, Unterthänige. Diese Nahmen bezeichneten sowohl den eigentlichen Knecht (*homme de poëte*) als den Ackersmann, der von seinen Grundstücken besondere Prästationen (Dienste oder Abgaben) schuldig war, und zwischen sich und seinem Herrn keinen andern Richter als Gott hatte. (Dennoch war zwischen einem *villanus* etc. und einem eigentlichen *servus* ein ganz bestimmter

Den Vorthail, zu der ersten Classe zu gehören, der von der Macht immer unzertrennlich seyn mußte, genossen eben deshalb die Besitzer der größern Lehne (Kronvasallen), die über den Untervasallen oder dienenden Lehnsmännern standen. Auch ihre Kinder genossen diesen Vorthail: aber die Familien der größern Lehnsbesitzer waren nicht die einzigen, die für adelich galten. Als Knechtschaft und Unterthänigkeit allgemeiner wurden, fing man an ein ausgezeichneten Mann zu heißen, wenn man keines von beiden erfahren hatte. Man nannte Besitzungen, die mit gemeinen Diensten oder Abgaben behaftet waren, gemeine Besit-

Unterschied. S. *Du Cange Glossar: med. et inf. Lat. in voc. villanus*).

Uebrigens wäre es ein Irrthum zu glauben, daß die Prästationen der Unterthanen sämmtlich ihren Ursprung in der Gewaltthätigkeit der Herren oder auch nur in den Bedingungen der Freilassung gehabt hätten; viele sind erst in den letzten Jahrhunderten, für baares Geld erkaufte, oder durch Verwandlung gewöhnlicher Renten in Grund-Abgaben, so gesetzwidrig auch eine solche Verwandlung war, entstanden; viele sind gegen Cessionen von Grundstücken stipulirt worden. M.

zungen (*tenures roturieres*), und solche, die nichts leisten durften als Kriegesdienste, adeliche (*tenures nobles*). Auf diese Weise wurden nicht nur die Abkömmlinge ehemals berühmter Familien, welche dem Ruin, worin der Krieg so manche vergrub, entgangen waren, sondern auch alle, welche ihre Personen und ihre Güter vollkommen frei erhalten hatten, als adelich angesehen.

Schon zu den Zeiten Karl des Kahlen war mit der Idee der Freiheit eine Idee von Auszeichnung oder Adel verbunden. In einer Freilassungsurkunde für einen gewissen Leukhardus erklärt dieser Kaiser, daß er so frey seyn sollte, als wenn er aus einer adelichen Familie stammte *).

Es ist bekannt, daß Personen, die von Freien abstammten, Freigeborne hießen. Dies Wort wurde seit dem neunten Jahrhundert öfters als gleichbedeutend mit Adelich gebraucht **). Auch das Wort *Gentil-homme*

*) *Omnibus modis liber velut nobili prosapia genitus esset. Bugnon in notis ad Formul. Marculf. L. I. form. 22.*

**) *Ne eorum ingenuitas aut nobilitas vilescat. Charta Carlomanni 881. S. Du Cange in voc. in-*

oder *gentilis* fing an, einen freien Ursprung zu bezeichnen *).

Der angesehenste Kriegesdienst bey den kriegerischen Nationen des Mittelalters war der Dienst der Reuterey, weil er mehr Ausgaben erforderte als der Fußdienst. Die freien

genuus. Bloß frei, *liber* zu seyn, war ein zweideutiger Titel: denn auch die Freigelassenen, die oft noch großen Lasten unterworfen blieben, hießen *Liberi*: es scheint sogar, daß der Name dieser Menschen-Classe eigenthümlich ward. Nur der Freigeborne hieß *ingenuus*: und wenn er es aus einer von Alters her freien Familie war, *nobilis*. S. *Du Cange in voc. Liberi*. G.

**.) Der wahre Ursprung des Worts *Gentilhomme* ist das *Gentilis* der Römer: man nannte die, welche aus Einem Geschlecht stammten, *gentilis*. Die Sklaven hatten (im Sinn des Gesetzes) kein Geschlecht, weil die Kinder allemal dem Herrn der Mutter gehörten: daher war *gentilis* bey den Römern dem *servo* und *liberto* entgegen gesetzt. M. — Dies war auch im Mittelalter oft noch der Fall. *Du Cange* führt in *voc. gentilis* unter andern folgende Stelle aus einem alten Reimer (*Galterus Metensis Mappa Mundi*) an:

Gentil et vilain tout y porte

Mult se puet bien plaindre du mains

Qui chi est Rois et là vilains,

Franzosen kämpften am liebsten zu Pferde. Sie bequemen sich sogar zu keiner andern Art zu fechten mehr, sobald man die Sklaven und die Freigelassnen mit in den Krieg ziehen, und zu Fusse streiten liefs. Aus dem freien Streiter ward also ein Ritter: und bald ward aus der Ritterschaft eine persönliche Würde, zu welcher man nur nach einer Probezeit, nachdem man als Waffenträger (*écuyer d'honneur*) gedient hatte, gelangen konnte.

Die Adelichen oder Edelleute mußten dadurch, daß sie als Waffenträger, Pagen, Ritter, dienten, nothwendig in allen Lehnen Begünstigungen und Privilegien erhalten. Um diese Vortheile zu sichern, und sich von den Sklaven und ihrer Nachkommenschaft kenntlicher abzusondern, hielten sie für nöthig, ihrem Namen einen Titel, der den Adel ausdrückte, beyzufügen.

Man muß also den Adel, der älter als die Periode des Lehnssystems war, von dem, welcher sich nachher einfand, unterscheiden. Der erste verschaffte keinen gesetzlichen Vorzug; er war bloß ein Gegenstand der öffentlichen Meinung; der Adeliche führte nicht

einmal einen Titel, wenn nicht etwa ein Amt oder eine reelle Würde ihn dazu berechtigte. Dieser Adel war nichts als der Glanz, den hohe Stellen oder merkwürdige Handlungen über eine Familie verbreiteten. Der spätere war zwar auch das Attribut vieler ausgezeichneten Familien, setzte aber nicht nothwendig die Auszeichnung voraus. Oft zeigte er nichts als den langen Besitz eines Lehns, oder die Freiheit des Herkommens an.

Mit der letztern vermengte sich der Begriff vom Adel zuletzt so sehr, daß die Worte Edelmann (*noble homme*, *gentil-homme*) und Freier (*franc homme*) eine und dieselbe Bedeutung annahmen.

Ganze Städte erhielten, wenn sie nie das Joch der Sklaverey getragen hatten, Privilegien und alle ihre Einwohner wurden adelich. Aus einer Urkunde Ludwig des VII vom Jahr 1145 sieht man, daß die sämtlichen Bürger der Stadt Bourges den Titel Baronen *) führten.

*) *Quod si infra urbem aliquid forifecernit, pro laude Baronum ipsius civitatis emendabunt. Ordonnances du Louvre. Tom. I* — In England war es

Im Jahr 1371 wollte der Polizeymeister zu Paris von einigen Einwohnern dieser Stadt das Lehngeld erheben *). Die Pariser

eben so. Die Bürger von London hießen von Alters her Baronen. „*Londinum destinati convocarunt totius civitatis cives, quos Barones vocant. Math. Paris ad an 1258.*“ Eine gleiche Ehre genossen die Städte York, Chester, Warwick u. s. w. S. *Spelman Glossar. in voc. Baro.* G.

*) Es kommen zwar im zwölften Kapitel über das Lehngeld verschiedene erläuternde Bemerkungen vor: es wird aber nicht überflüssig seyn, diesen Gegenstand hier, wo dessen zum erstenmale Erwähnung geschieht, soviel als möglich aufzuklären.

Lehngeld *Droit de Franc-Fief* war eine Abgabe, welche alle nicht-adeliche Besitzer adelicher Güter (Lehne) an den König bezahlen musten. Diese Abgabe war sehr alten Ursprunges: die älteste darüber existirende Verordnung ist von Philipp III aus dem Jahre 1275: es wird aber in einer nachfolgenden (von Carl IV. 1336) auf eine noch frühere unter Ludwig des IX. Regierung Bezug genommen.

Es ist ein merkwürdiger, und dem System, welches Mounier hier aufstellt, besonders günstiger Umstand, daß die erste bekannte Verordnung über diese Abgabe (vom Jahr 1275) nicht schlechthin jeden Roturier dem *Franc-Fief* unterwirft. Da-

stellten dem Könige Carl V vor, daß sie zu allen Zeiten, ohne dieserhalb beunruhiget zu werden, Lehen besessen, zu allen Zeiten nach

mals scheint man durchaus keine andre Absicht gehabt zu haben, als eine eigenmächtige Deteriorirung der Lehne (*abrégement des fiefs*) von Seiten der Vasallen zu hindern, oder wenn sie bereits geschehen war, für den Lehnsherrn unschädlich zu machen. Daher galt es als allgemeiner Grundsatz, daß ein Sklave, den ein Vasall ohne des Lehnsherrn Genehmigung frei gelassen hatte, sofort der Sklave dieses Lehnsherrn ward: und nach eben dieser Theorie fiel ein Lehn, welches der unmittelbare Besitzer ohne Consens, durch Verzichtleistung auf die Kriegesdienste verschlechtert, oder verkürzt hatte, an den Lehnsherrn, wenn dieser aber die Verkürzung zugab, an seinen obern Lehnsherrn, und so durch alle Gradationen der Feudal-Leiter, zuletzt an den obersten Lehnsherrn zurück. Da nun in den Zeiten der Kreuzzüge der König schon für das Oberhaupt des ganzen Feudalbundes, für den *Souverain κατ' ἐξοχήν* galt, und in eben diesen Zeiten die Methode, Lehnsgüter an Nicht-Adeliche mit Freisprechung derselben von allen Kriegesdiensten zu veräußern, überhand genommen hatte, so war nach den Maximen des Lehnrechts nichts natürlicher, als daß der König alle auf diese Weise veräußerte Lehne entweder einziehen, oder da-

Umständen und Vermögen goldne Zügel und andre Zierrathen, die zum Ritterstande

für von den Acquirenten Entschädigung fordern mußte. Dies ist der wahre Ursprung des Lehngeldes (*Droit de Franc-Fief*), welches anfänglich bloß von solchen Nicht-Adelichen, die Lehngüter ohne Uebernehmung der darauf haftenden Kriegsdienste erkaufte hatten, gefordert ward. Daher sagt die Urkunde Philipp des III. (vom Jahr 1275) ausdrücklich: „*Quant aux personnes non nobles, qui ont acquis des fiefs, s'ils les possèdent à la charge de rendre les services qui en sont dus, nous ordonnons, de ne pas les inquiéter, mais de les en laisser jouir paisiblement. — — — Si (au contraire) les personnes non nobles possèdent avec abrégement des services, et qu'il paroisse que la condition du fief soit détériorée, ils seront contraints de mettre ces acquisitions hors de leurs mains, ou de nous payer la valeur des fruits de deux années etc.* — Aus dieser Verordnung gehen zwei Punkte aufs allerdeutlichste hervor: 1, daß nur diejenigen Nicht-Adelichen welche Lehne mit Verkürzung der Feudaldienste besaßen, das Lehngeld zu entrichten hatten. 2, daß Nicht-Adeliche ein Lehn mit allen dazu gehörigen Diensten und Prärogativen, und ohne alle Abgaben besitzen konnten.

Freilich änderte sich dieses bald nachher, und ohne daß sich der Grund der Veränderung bestimmt

gehörten, gebraucht, auch des Rechts die Ritterschaft zu erlangen gleich

angeben liesse. In einer Verordnung Philipp des V vom Jahre 1320 ist schon der Unterschied zwischen verkürzten und unverkürzten Lehnen kein Grund der Befreiung von dem *Franc. Fief.* mehr. „*A l'égard des personnes non nobles qui ont acquis des fiefs ou des arriere fiefs sans notre consentement — — elles nous paieront trois années de fruits, si elles possèdent ces fiefs à la charge d'en rendre tous les services, et si elles les tiennent avec abrégement ou avec affranchissement des services elles nous paieront la valeur de quatre années de fruits.*“ Von dieser Zeit an also wurde das Lehngeld eine an jedem nicht-adelichen Besitzer eines Lehns haftende Abgabe.

Diese Abgabe wurde bis auf die Regierung Franz des I nur von Zeit zu Zeit so wie die Bedürfnisse des Königlichen Schatzes es nöthig machten, eingefordert. Von Franz I an erhob man sie regelmäßig, und zwar so, daß für zwanzig Jahren Genuß die Einkünfte von Einem Jahre bezahlt werden mußten, welches also im Durchschnitt fünf Prozent von den Einkünften der dem Lehngelde unterworfenen Güter betrug. Dennoch brachte sie in der letzten Zeit nicht mehr als eine Million L. jährlich ein. Die Anzahl derer welche adeliche Güter besaßen, ohne adelich zu seyn, war also sehr geringe. G.

den Adelichen von Geburt, genossen hätten. Der König überzeugte sich von der Wahrheit und Gerechtigkeit ihrer Vorstellungen, und befahl dem Polizeymeister, von dem Ansinnen abzustehen. Die Bürger von Paris, die alle Rechte des Adels hatten, und Ritter werden konnten, waren also befugt, sich Edelleute zu nennen.

Paris war nicht die einzige Stadt, deren Einwohner ein solches Privilegium genossen. LaRoque führt Rouen, Troyes, Rheims, Poitiers, La Rochelle in gleicher Rücksicht an; es ließen sich noch viele andre hinzufügen. Nach eben diesem Schriftsteller räumte Heinrich III den Einwohnern aller freien Städte das Recht, sich als adelich anzusehen, ein.

Als die Städtischen Gerechtsame und Privilegien allgemein zu werden anfangen, hegten diejenigen unter den nicht-adelichen Einwohnern der Städte, welche sich Reichthümer erworben hatten, natürlicher Weise den Wunsch den Titel eines Edelmanns zu führen, weil er ehrenvoll war, und Vorzüge gewährte. Es war eben so natürlich, daß die, welche zu großen Aemtern gelangten, durch

durch alle Mittel die ihnen öffentliche Achtung verschaffen konnten, ausgezeichnet wurden. Unsre Könige hatten von jeher, selbst in den Perioden, wo ihre Macht am eingeschränktesten war, das Recht, den niedrigsten ihrer Unterthanen zu den ersten Würden zu erheben. Es ist also gar nicht zu verwundern, daß sie Adels - Briefe ertheilten. Die ältesten, welche uns bekannt sind, kommen von Philipp (III) dem Kühnen her *) aber schon vorher erwarb man den

*) Unter Philipp von Valois wurden sie häufiger; der Preis um welchen man damals den Adel kaufte war 30, 50, 80 goldne Thaler: zuweilen wurde er auch umsonst (*sans finance*) ertheilt.

In spätern Zeiten ging der Handel mit den Adels - Diplomen so weit, daß sich schwer begreifen läßt, wie nicht die Würde des Standes gänzlich unterlag. Heinrich III erhob in zwey Jahren tausend Personen in den Adel. Ludwig XIV creirte bey seiner Thronbesteigung zwey Adelige in jeder Generalität, 1645 bloß in der Normandie 50; im Jahr 1660 abermals 2 in jeder Generalität; im Jahr 1696, fünfhundert im Reich, zu zwey Tausend Thaler das Diplom (eine Ressource von Einer Million!) im Jahr 1702 wieder zweyhundert

Adel durch die Waffen, und durch den Besitz der Lehne; man adelte seine Kinder indem man eine adeliche Frau (*gentil femme*) heyra-
thete; die Adelsbriefe bestätigten blofs, wenn sie nach Verdienst gegeben wurden, eine Auszeichnung der Familie, die auch ohne dieses öffentliche Zeugniß Statt gefunden hätte.

Die Verteidiger der Königlichen Prärogativen behaupteten, daß der Monarch allein

und im Jahr 1711 hundert — Fast unter jeder Regierung mußte man den Kaufadel bey Strafe des Verlustes erneuern! Selbst Heinrich IV bediente sich dieses niedrigen Kunstgriffs. Im Jahr 1598 hob er allen erkauften Adel auf, im Jahr 1606 stellte er ihn wieder her; Ludwig XIV vernichtete noch kurz vor seinem Tode viele von seinen eignen Adelsbriefen — Unter Heinrich III zwang man sogar Leute, Adelsdiplome zu kaufen: ein reicher Ochsenhändler in der Normandie Richard Graindorge mußte wider seinen Willen den Adel annehmen, und dafür dreißig tausend Thaler bezahlen. Dieser Mißbrauch war nicht allein einer der gehäßigsten und anstößigsten, sondern auch einer von denen, die in ihren zahlreichen Folgen den Umsturz des Staats am mächtigsten beförderten.

G.

das Recht hatte, durch Diplome zu adeln, und einen Nichtadelichen zum Ritter zu machen; (denn ein Adelicher von Geburt konnte von einem andern Ritter dazu gemacht werden,) aber auch viele Herren konnten den Adel ertheilen, und in ihrem Gebiet so viel Ritter creiren, als ihnen gut dünkte. *) Selbst die Gouverneurs der Provinzen und ihre Lieutenants verliehen Adelsdiplome.

Da man lange Zeit, um für adelich gehalten zu werden, nur eines freien Ursprunges bedurft hatte, und da ganze Städte der Vorzüge des Adels genossen, so war es unvermeidlich, dafs man alle, welche ein ehrenvolles Gewerbe trieben, an diesen Vorzügen Theil nehmen liefs. Das öffentliche Anse-

N 2

*) La Roque (*Traité de la noblesse cap. 22*) führt Urkunden von Philipp dem Schönen aus dem Jahr 1298 an, in welchen der in der Seneschaussée von Carcassonne und in Provence übliche Gebrauch, vermöge dessen die Bürger von Edelleuten, Baronen und Bischöfen geadelt werden konnten, anerkannt wird — Man sehe auch die *Memoires sur la chevalerie de Sainte-Palaye*. M.

hen richtet sich allemal nach den Vorurtheilen der Zeit. Man gestattete bald den Adlichen bürgerliche Besitzungen an sich zu bringen, man sah aber den Adel für unvereinbar mit gewissen Beschäftigungen an, und ersann eine Theorie der Adelsverwirkung (*dero-geance*) Indessen war diese Theorie in vielen Provinzen lange unbekannt; in andern wurden die Adels-Privilegien durch Betreibung des Handels und der mechanischen Künste nur suspendirt und nicht verwirkt, wie es in Bretagne beständig der Fall gewesen ist. Die Könige konnten von der Adelsverwirkung befreien, sogar derselben durch Patente vorbeugen.

Diejenigen, welche von ihren Einkünften lebten, oder welche nicht nöthig hatten, sich des Unterhalts halber, auf Ackerbau, Handel oder Künste zu legen, galten für solche, die adelich lebten. Zwischen adelich leben, und adelich seyn war ein geringer Unterschied.

Man lebte besonders adelich, wenn man sich den Waffen widmete. Bis zum siebzehnten Jahrhundert war es allen Gensd'armes, allen Offizieren der Garden erlaubt, sich zum Adel zu rechnen. Heinrich IV

untersagte es denen, deren Großväter und Väter die Waffen nicht geführt hatten *).

So wie die Wissenschaften Fortschritte machten, theilten sie die Achtung, die bis dahin der Militärstand ausschliessend genossen hatte. Franz I erhob Rechtslehrer und andre Gelehrte in den Ritterstand. Er gab der Universität zu Toulouse die Erlaubniß, Doktoren zu Rittern zu machen. Es finden sich Ritter dieser Art (*chevaliers-ès-loix*) schon

*) Der Präsident Henault bemerkt hiebey, daß vor der Verordnung von 1600, Jeder, der Kriegesdienste that, wenn er auch nicht von adelicher Geburt war, und sonst kein andres Amt bekleidete, als ein Edelmann angesehen ward; daß man sich also damals von selbst adelte, und weder eines Königlichen Diploms noch eines Amtes bedurfte, um den Adel zu erhalten.

Während der Unruhen unter den Regierungen Carl des VI und VII ward das Waffen-Handwerk ein so allgemeiner Beruf, daß die Anzahl der Edelleute außerordentlich zunahm. Sainte-Palaye führt bey dieser Gelegenheit Verse aus dem alten Dichter Nicolaus des Champs an, worin es heist:

„*Mais chacun veut écuyer devenir*

„*A peine est-il aujourd'hui nul ouvrier.* M.

im dreyzehnten Jahrhundert: Sainte-Palaye bemerkt, daß sie den Rang über die andern Ritter hatten *).

Laroque sagt, auf vielen französischen Universitäten hätten ehemals die Professoren nach zwanzigjähriger Dienstführung den Gra-

*) Wenn man seine Blicke auf die merkwürdige Verfassung der Ritterschaft im mittlern Zeitalter richtet, so fühlt man sich versucht, dem Adel eine ganz andre politische Existenz, als ihm nach Mounier's Bemerkungen einzuräumen ist, beizulegen, und ihn für den alleinigen Depositär aller öffentlichen Macht, für das Fundament, worauf selbst die Gewalt des Throns ruhte, anzusehen. — Außerdem was im Text über die Ritterwürde gesagt worden, kan noch folgende Reflexion dazu dienen, den Irrthum in dieser Vorstellungsart völlig aufzudecken:

Die Ritterschaft war eine conventionelle Auszeichnung, und keine Staats-Würde, ein durch Gebräuche, nicht durch Gesetze gebildeter und geleiteter Stand. Kein wesentliches Stück der politischen Verfassung, kein Theil des Lehnssystems oder der Gerichts-Ordnung wurde durch die Grundsätze dieses abentheuerlichen Ordens, der in seinem größten Glanze immer nur eine freie Brüderschaft blieb, bestimmt, oder war auch nur unzertrennlich daran geknüpft. Die Privilegien, die

fentitel erhalten. In Dauphiné pflanzten bis zum sechzehnten Jahrhundert die Doktoren des Rechts und der Arzneygelahrtheit den Adel auf ihre Kinder fort. Sie selbst, so wie die Doktoren in Lyon, im Forez, in Beaujolois, hatten noch im Augenblick der

dieser Orden verlieh, beschränkten sich einzig und allein — auf die Turniere.

Sainte-Palaye einer der letzten Lobredner der Ritterschaft, und der gründlichste und gelehrteste aller Schriftsteller über diesen Gegenstand drückt sich über das Verhältniß dieser Würde zu den wahren Staatsämtern freilich sehr im Sinne derer aus, welche in einem Ritter eine *personam publicam* zu sehen glaubten. Er sagt (in den *Memoires sur l'ancienne chevalerie*. Tom. I. c. 4) „Man mag unsre Geschichtschreiber mit noch so großer Aufmerksamkeit lesen, man begreift dennoch schwer, wie die verschiedenen Befehlshaber unter einander haben einig werden können, und wie es denen, die ihnen gehorchten, möglich war, als Unterthan, als Lehnmann und als Ritter alle die Dienste zu leisten, zu welchen sich eine und dieselbe Person verpflichtet fand“. — Da aber in dem ganzen Werke des Hrn. v. Sainte-Palaye so wenig als in den Noten und Zusätzen seines gelehrten Verdeutschers (des Herrn Prof. Klüber) das geringste zu finden ist, woraus man mit Sicher-

Revolution die Rechte des Adels, und die Königlichen Richter führten den Adelstitel fast in allen Theilen des Reichs.

Die, welche sich im Besitz des Adels befanden, versuchten bey verschiedenen Gelegenheiten ein ausschliessendes Recht auf die Lehne zu erhalten; sie brachten es blofs dahin, zu hindern, daß den Nicht-Adelichen der Ankauf der Lehne, nicht aber, daß ihnen die Erbfolge darin untersagt wurde; auch dieser Sieg war nur von kürzer Dauer: bald erhielt Jeder, der ein Lehn bezahlen konnte, die Erlaubniß, es zu kaufen. Bis zur Verordnung von Blois vom Jahr 1579

heit auf ein gesetzliches oder politisches Gewicht der Ritterschaft schliessen könnte, und da man ziemlich dreist annehmen kan, daß das was hier nicht anzutreffen ist, wohl nirgends anzutreffen seyn möchte, so folgt hieraus eben, daß eine solche Collision, als St. P. sich in obiger Stelle dachte, in so fern sie der Ritterstand erzeugt haben soll, gewiß nie vorhanden gewesen ist, und daß man allenthalben, wo von öffentlicher Macht, gesetzlicher Autorität, und reellem Einfluß im Staat geredet wird, die ritterlichen Verhältnisse mit gutem Fug und Recht gänzlich übergehen darf. G.

theilte der Besitz adelicher Lehne noch den Adel mit *).

Die Könige bedienten sich des Adels als eines Hülfsmittels Geld zu erlangen. Seit Carl IX wurden Adelsdiplome in großer Anzahl verkauft; Ludwig XIV und Ludwig XV verknüpften den Adel mit Aemtern, die zum Theil von geringer Bedeutung waren.

*) Durch die Verordnung von Blois wurde festgesetzt, daß sogar der Besitz eines Marquisats oder einer Grafschaft den *Rôtureur* nicht adeln sollte. Diese Verordnung verstopfte die eine Hauptquelle des Gewohnheits-Adels; das Edikt Heinrich des IV vom Jahr 1600, wovon vorhin die Rede war, die andre. Seit dieser Zeit gab es nur dreierley Mittel, den Adel zu erlangen: durch Geburt, durch Adels-Briefe, durch ein adelndes Amt. Ludwig XV stellte die Möglichkeit auf dem Wege der Militärdienste den Adel zu erwerben, durch ein berühmtes Edikt von 1750 wieder her, in welchem unter verschiedenen Bedingungen bürgerliche Militär-Personen nach einer gewissen Reihe von Dienst-Jahren für adelich erklärt wurden. Dies Edikt verlor seine Anwendbarkeit, als die Verordnung vom 22ten May 1781 (S. oben S. 53 Note) die Bürgerlichen auf immer von den Offizierstellen ausschloß. G.

Viele Fremde, die sich in Frankreich niederliessen, behielten den Adelstitel, dessen sie sich in ihrem Vaterlande bedient hatten, bey. Sie konnten es von Rechtswegen nur mit förmlicher Genehmigung des Königes thun. Wie war ein Fremder befugt, ein Vorrecht, welches er von seinem Souverain erhalten hatte, ohne Zustimmung der französischen Regierung auf französischem Boden geltend zu machen? Alles beweiset, dafs es in Frankreich nie ganz feste Regeln in Ansehung des Adels gab, und vorzüglich, dafs sie nie gehörig befolgt wurden. Die Bedürfnisse des Staats, die Launen der Minister, die Geschicklichkeit der Genealogisten waren der Mafsstab der gröfsern oder geringern Leichtigkeit, zum Adel zu gelangen.

Als die Könige von Frankreich Auflagen ohne die Einwilligung der Volksrepräsentanten machen wollten, hielten sie es für nöthig, die Adelichen davon auszunehmen, theils weil diese ihnen Kriegesdienste leisten mußten, theils, und hauptsächlich aber, weil sie diejenigen zu schonen wünschten, deren Widerstand am furchtbarsten war. Um also die Anzahl der Eximirten zu verringern, durfte

der Hof keinen unbefugten Adelichen aufkommen lassen: hiedurch entstanden in den beiden letzten Jahrhunderten häufige Verordnungen, um keinen andern neuen Adel, als den, welchen der König verlieh, und den, welcher an gewissen Aemtern hing, zu gestatten, um den Adel der Doktoren und der privilegirten Städte abzuschaffen, und um Untersuchungen gegen falsche Adeliche anzuordnen. Anstatt die Fälle, in welchen Edelleute ohne öffentliche Aemter ihren Adel verwirken sollten, der Meinung des Publikums zu überlassen, bestätigte man verschiedene verderbliche Vorurtheile über diesen Punkt, welche nützliche Beschäftigungen herabwürdigten. Man degradirte den Edelmann, der Landwirth, Kaufmann oder Künstler wurde, und erhielt ihm sein Privilegium, wenn er lieber Schauspieler, oder Trabant eines Finanzpächters seyn wollte.

So zahlreich man also auch den französischen Adel in Rücksicht auf die Privilegien, die er beym Ausbruch der Revolution genoß, finden mochte, so war er es doch wirklich weit weniger als in den vergangnen Jahrhunderten.

In England giebt es auſſer den Herzogen, Marquis, Grafen, Vicomten und Baronen, die zuſammen die Pairschaft ausmachen, noch verſchiedne andre Ehren- und Adels-Titel. Die Würde eines Baronets, welche auf die ältſten Söhne forterbt, und die eines Ritters (*knight*) kan nur der König verleihen. Den Titel Esquire giebt zuweilen der König durch ein Patent, und alſdann geht er auf die ältſten Söhne weiter. Er kömmt aber auch den ältſten Söhnen der Ritter, den jüngern der Pairs, den Oberſten, den Friedensrichtern, den Advokaten, den Aerzten, ohne weitere Anfrage zu. Den Titel eines Gentleman endlich ſind alle, die Offizierſtellen in der Armee bekleiden, alle die ein Gewerbe treiben, welches eine liberale Erziehung vorausſetzt, alle, welche ſich in einem gewiſſen Wohlſtande befinden, und von ihren Einkünften leben, zu führen berechtigt. Die Qualität eines Edelmanns iſt alſo in England jetzt ungefähr das, was ſie in Frankreich im ſechzehnten Jahrhundert war, und was ſie daſelbſt noch ſeyn würde, wenn nicht die Privilegien, die unglücklicher Weiſe damit verknüpft worden waren, die Regie-

rung bewogen hätten, den natürlichen Lauf dieser Prærogative *) zu unterbrechen.

*) Vermöge dessen sie sich immer weiter ausgebreitet haben, und immer unschädlicher geworden seyn würde. Sobald aber der Adel in einem Lande, als solcher (denn von dem Adel, in so fern er einen Theil der Regierung ausmacht, wie die Pairschaft in England, ist hier nicht die Rede) reelle Privilegien hat, stößt man unfehlbar auf eine Klippe, man mag ihn vermehren, oder vermindern wollen. Im ersten Fall werden die Privilegien für die übrigen Bürger desto lästiger, im andern desto gehässiger. G.

Eilftes Kapitel.

Beweis, daß die Adelichen von Geburt nie ein Corpus im Reiche ausgemacht haben. Was unter dem Adelstande, dem geistlichen und dem dritten Stande in den ehemaligen Versammlungen der Reichsstände zu verstehen ist. *)

Das Lehnsystem hat bey seiner Entstehung und Ausbreitung fast in allen Europäischen

*) Um dieses, das vorhergehende, und das nachfolgende Kapitel völlig zu erläutern, den eigentlichen Zweck und die Resultate derselben zu beleuchten, und ein Urtheil über das Ganze zu fällen, habe ich in dem Zusatz Nro. VI. einige Betrachtungen über den französischen Adel angestellt, die hoffentlich keinem aufmerksamen Leser überflüssig scheinen werden. Ich halte es zwar am besten, diesen Zusatz nach dem folgenden Abschnitte zu lesen: ich beziehe mich aber hier darauf, damit man, wenn sich im Laufe der Untersuchung ein Anstoß oder eine Dunkelheit finden sollte, die Auflösung in jener Abhandlung, die hauptsächlich in dieser Absicht ausgearbeitet ist, erwarten könne.

G.

Staaten denselben Gang genommen: desto mehr Verschiedenheiten aber bemerkt man in der Dauer, in den Schicksalen und in dem Einfluß desselben auf Gesetze und Gebräuche der verschiednen Nationen. In einigen Ländern hat der Titel eines Edelmanns das ausschliessende Recht, freie Güter zu besitzen, oder gar einen Antheil an der Landesregierung verschafft: in andern sind die damit verknüpften Vorthelle noch geringer, als sie in Frankreich waren: wir haben es hier nur mit dem französischen Adel zu thun.

Ich behaupte demnach, daß in Frankreich der Familien- oder Geburtsadel nie einen besondern Stand ausgemacht hat. Einen Stand ausmachen, heißt nach meiner Meinung befugt seyn, sich gesetzmäßig zu versammeln, um gemeinschaftliche Rechte auszuüben.

Die vorhergehenden Bemerkungen über die verschiednen Arten des Adels, und die alten und neuen Adelserhebungen sind schon allein hinreichend, um zu beweisen, daß man durch die Erwerbung des Adels nicht in eine mit politischen Funktionen bekleidete Corporation trat.

Nichts desto weniger ist nicht allein als Grundsatz aufgestellt worden, daß alle Adelige und Geadelte Mitglieder einer und derselben Corporation wären, sondern Justiz-Personen haben sogar vorgegeben, alle, welche den adelichen Titel führen, wären unter einander gleich. Dieses System haben die Fakta zu allen Zeiten widerlegt. Die Herzoge, die Grafen, die Marquis, die Baronen, welche der König creirte, waren immer von höherm Range als die gewöhnlichen Edelleute *). Eine vornehme Geburt allein vermochte

*) Nichts beweiset dies so deutlich, als der Umstand, daß in den meisten Versammlungen der Reichsstände der höchste Adel, bestehend aus den Prinzen von Geblüt, den Pairs, den Herzogen, u. s. f. sich wohl hütete, mit den Adels-Deputirten zusammen zu treten, vielmehr auf abgesonderten Plätzen neben dem Könige, oder vor dem Könige saß. Der Präsident Henault macht folgende Anmerkung über die Versammlung der Stände zu Tours unter Ludwig XII im Jahr 1506: „Die Ordnung der Plätze, die auf diesem Reichstage beobachtet wurde, ist merkwürdig; der König hatte zu seiner Rechten den Cardinal von Amboise, den Cardinal von Narbonne, den Kanzler, „und

mochte nie einen gesetzlichen Rang zu verleihen. Selbst im dreizehnten Jahrhundert hätte sich ein Ritter aus der untersten Classe über den Erben der ersten Familie gesetzt, wenn dieser noch nicht zur Ritterschaft gelangt war. Hauptsächlich aber wurde der Rang unter den Adelichen durch die Beschaffenheit ihrer Lehne bestimmt, und richtete sich danach, ob diese untergeordnet oder herrschend, näher oder entfernter in Ansehung der Lehensverbindung mit der Krone waren. Endlich hat selbst die öffentliche Meinung Classen im Adel angenommen: sie hat zu

„und verschiedne andre Prälaten: zur Linken den „Herzog von Valois, die Prinzen vom Geblüt, und „Herren und Baronen, den ersten Parlaments- „Präsidenten, und verschiedne Räthe. Diese „Versammlung war es, von welcher die „Stände des Reichs ihre Audienz erhielten!! Hieraus scheint hervorzugehen, daß die „Personen, welche den König begleiteten von den „Ständischen Deputirten unterschieden waren“ — In dieser alten Distinktion, wovon im Englischen Parlament nie eine Spur zu finden ist, lag eine von den Ursachen der absoluten Nichtigkeit und Fruchtlosigkeit aller Ständeversammlungen in Frankreich. G.

allen Zeiten Familien, welche groſſe Männer hervorgebracht oder die ersten bürgerlichen und militärischen Aemter besessen hatten, von solchen, die nichts als gewöhnliche Schlöſſerbewohner, oder Waffenbrüder aufweisen konnten, oder die für Geld, es sey nun durch Diplome, es sey durch käufliche Stellen geadelt worden waren, unterschieden.

Wie konnten zu einer Zeit, wo man alle, die sich den Waffen widmeten, für adelich achtete, wo die Doktoren, wo die Universitäts-Professoren, wo ganze Städte an den Privilegien des Adels Theil hatten, die Edelleute eine politische Corporation ausmachen? Wie konnte man, wenn eine solche Corporation existirte, unter den vier letzten Königen den Adel, den man einmal verkauft hatte, wieder zurücknehmen, oder ihn zum zweitemmale bezahlen lassen?

Gleichwohl gab es in den Versammlungen der Reichsstände einen Adelichen Stand, und man kan, wenn man die alte Verfassung der Reichsstände aus dem Gesicht verliert, und sich durch ein zweideutiges Wort blenden läſt, leicht in den Irrthum verfallen, daſs Jeder, der den Titel eines

Adelichen führte, auch Mitglied des Adeli-
chen Standes war; untersucht man aber die
Sache näher, so überzeugt man sich bald,
dafs der Adelige Stand in den Stän-
deversammlungen nicht eine Reprä-
sentation des Geburtsadels, sondern
lediglich der Lehensbesitzer war.

Wenn zu der Zeit, da die Städtische
Verfassung noch nicht existirte, der König
seinen Verordnungen im Gebiet seiner Baro-
nen Eingang verschaffen, wenn er mit ihnen
ein kriegerisches Unternehmen verabreden,
oder in ihren Bezirken Abgaben erheben
wollte, so versammelte er sie nebst seinen
geistlichen Vasallen *). Nur sie hatte er nö-

O 2

*) In den Urkunden die über diese Versamm-
lungen, (welche einige Jahrhunderte lang ausschlies-
send den Nahmen der Parla m e n t e r führten) aus-
gefertigt wurden, findet man gemeinhin die Nah-
men der gegenwärtig gewesnen Vasallen. So fängt
eine alte Verordnung von Ludwig VIII (aus
dem Jahre 1223) mit den Worten an: „Ludwig
„u. s. f. Zu wissen sey hiemit, dafs wir mit Wil-
„len und Zustimmung der Erzbischöfe, Bischöfe,
„Grafen, Baronen, und Ritter des Königreichs eine

thig zu berufen, weil ihre Zustimmung allein nützlich oder nothwendig war. Nachdem die Macht der Krone das Ansehen der Vasallen herabgesetzt, und die Entstehung der Städtischen Privilegien begünstigt hatte, mußte man auch die Einwilligung der Städte erlangen, um Auflagen anzuordnen *).

„Verordnung über die Juden gemacht haben, welche zu beobachten diejenigen geschworen, deren Namen hier folgen: der Bischof von Chalons, der Graf von Perche u. s. f. — Es liegt ganz im Geiste der damaligen Verfassung, daß die, welche einem solchen Beschlusse nicht beigetreten waren, ihn auch in ihrem Gebiet nicht ausführen ließen.
G.

*) Es war nicht sowohl Billigkeit und Großmuth, als Nothwendigkeit, was die Könige bewog die Deputirten der Städte zu berufen. Sobald einmal die Gerechtigkeit und der Vortheil des Monarchen die Entstehung Städtischer Gerechtsame die hier für Geld erkaufte, dort mit den Waffen in der Hand erzwungen wurden, begünstiget hatte, war es nicht mehr möglich Hülfgelder (*aides*) von ihnen zu fordern, ohne sie zu Rathe zu ziehen. Die Herren konnten nun nicht mehr für sie versprechen, weil sie nicht mehr auf ihren Gehorsam rechnen durften. M.

In den ältern Parlamentern oder gesetzgebenden Versammlungen, die der König berief, war der Adelstand bloß aus den unmittelbaren Vasallen der Krone zusammengesetzt, und noch lange Zeit erschienen die Lehnsbesitzer, welche den Ständeversammlungen beiwohnten, ohne Aufforderung und ohne Wahl. Die Vasallen, welche sich nicht selbst einfinden wollten, sendeten ihre Prokuratoren; wenn sie gegenwärtig waren, so standen sie für ihr eignes, und für ihrer Unterthanen Interesse. Man berief außer ihnen nur die Deputirten solcher Städte, welche von der souverainen Gewalt ihrer Herren frei geworden waren *). Es verhielt sich

*) Voltaire macht über die Erzählung des Nicolaus Gilles (eines Geschichtschreibers aus dem 15ten Jahrhundert) nach welchem König Ludwig IX schon im Jahr 1241 Städtische Deputirte zu einem Parlament berufen haben soll, folgende richtige Bemerkung: „Diese Deputirte konnten nicht aus Städten seyn, die den hohen Baronen gehörten. Solche Städte bestanden bloß aus Sklaven oder aus neuerlich Freygelassenen der Herren, und hätten es wohl nicht wagen dürfen mit eben diesen Herren gemeinschaftlich zu votiren. Wenn

gerade, wie in unsern Zeiten mit dem deutschen Reichstage.

Nachdem die Einziehung aller großen Lehen den größten Theil der kleinern in unmittelbare Kron-Lehen verwandelt hatte; ward es unmöglich, alle Vasallen in eine einzige Versammlung zu berufen. Es entstand

„Ludwig IX für gut fand, Deputirte aus den „Städten zu berufen, so waren es sicher die Deputirten von Paris, und andern Städten die ihm gehörten.“ *Histoire du Parlement de Paris.* c. 2.

Etwas wahres liegt in der Erzählung des Nicolaus Gilles gewiss. Es ist unmöglich, daß die Geschichtschreiber ein absolutes Stillschweigen über die Sensation beobachten konnten, welche die erste Zuziehung des dritten Standes zum Reichstage unter Philipp dem Schönen (im Jahr 1301) nothwendig hätte hervorbringen müssen, wenn vorher nie etwas ähnliches gesehen worden wäre. Die Geringfügigkeit der Rolle, welche der dritte Stand auf den Reichstagen spielte, reicht nicht hin, dies Stillschweigen zu erklären. Vermuthlich berief man seit Ludwig des IX Zeiten nur hin und wieder einige Deputirten der vorzüglichsten und unter Philipp dem Schönen zuerst regelmässig die Deputirten aus dem größten Theil der Immediat-Städte. G.

also der Gebrauch, sie nebst den Abgesandten der Städte in den Ober-Amtmannschaften zusammenkommen, und Deputirte, welche sie in der Reichs-Stände-Versammlung repräsentiren sollten, wählen zu lassen.

Der Adelstand auf den Reichstagen war folglich bis zu dem im Jahre 1789 nie etwas anders als die Deputirten der Lehnbesitzer. Der klare Beweis davon findet sich in den alten Einladungsurkunden, durch welche den Amtmännern befohlen wurde, die Mitglieder des Adelstandes in dem Hauptsitz (*manoir*) ihrer Lehne zu versammeln.

Die besondere Einladung eines jeden Lehnbesitzers weist deutlich auf eine mit Grund und Boden verknüpfte Befugniss oder Verbindlichkeit hin. Wir ersehen aus den alten Formalitäten der Zusammenberufungen, daß die Lehnbesitzer, welche nicht vor dem Amtmann, wenigstens durch einen bevollmächtigten Procurator erschienen, mit Arrestschlag auf ihre Güter dazu gezwungen wurden.

Will man etwa, wie die zweite Section der Notabeln von 1788, behaupten, daß die

unbelehnten Edelleute darum nicht besonders citirt wurden, weil ihr Aufenthalt nicht bekannt war? Das Recht Deputirte zu ernennen, kam entweder dem Lehnbesitz oder der Geburt zu: im ersten Fall konnten die Adlichen, die keine Lehngüter besaßen, nicht berufen werden; im andern mußte man gar keine Rücksicht auf die Lehne nehmen, und einen allgemeinen Aufruf an den Adel ergehen lassen, der Belehnte und Unbelehnte anging. Eben daher, daß Jeder Lehnbesitzer eine besondre Einladung erhielt, wird es einleuchtend, daß er um des Lehns willen berufen wurde.

Die Notabeln vom Jahr 1788 haben anerkannt, daß die Besitzer der Lehne allein in den Versammlungen der Amtmannschaften durch Prokuratoren erscheinen durften: sie mußten also ein persönliches Recht haben, diese Versammlungen zu besuchen. Dies Recht mußte ein Annexum ihrer Besitzungen seyn, weil es sonst allen Edelleuten gemein gewesen wäre. Nun ist es aber durch die Mandate, die im Jahr 1651 wegen einer Ständerversammlung, die nachher nicht

zur Wirklichkeit kam *), an die Gouverneurs und Amtmänner ergingen, erwiesen, daß alle, welche das Recht hatten, bey der Versammlung des Adels in einem Distrikt zu erscheinen, ihre Mandatarien schicken konnten; mithin mußte diese Versammlung nur aus Lehnbesitzern bestehen.

Auf diese Weise ist die Meinung, daß Lehnbesitzer und unbelehnte Edelleute nur mit verschiednen Formalitäten berufen worden wären, vernichtet: die Einladungsschreiben würden der letztern erwähnt haben, wenn sie die Befugniß besessen hätten, zu wählen

*) Im Jahr 1651 mitten unter den Verwirrungen, Cabalen und Possenspielen des abgeschmackten Krieges der Fronde, der die Minorennität Ludwig XIV beunruhigte, entwarf der Hof, der gegen das Parlament nicht Mienen genug anlegen konnte, ein flüchtiges Projekt, die Reichsstände zu berufen; und die Convocatorien wurden wirklich ausgefertigt. Die Art, wie der Cardinal von Retz über das Projekt spricht, zeigt die Nichtigkeit desselben, und die eigentliche Denkungsart des Hofes: „Man machte mir damals Vorwürfe,“ sagt er, „daß ich mir so wenig Mühe gegeben hätte, „die Ständerversammlung zu befördern. Man bildete „sich ein, sie würden die Wohlfahrt des Staats

und gewählt zu werden. Man würde ihnen erlaubt haben, Mandatarien aus ihrer Mitte zu ernennen, an welche die Citationen ergangen wären, oder man würde eine allgemeine Aufforderung an sie erlassen haben.

Wenn man die Protokolle der Notabeln von 1788 liest, so sieht man, daß sie hinreichende Dokumente vor Augen hatten, um sich zu überzeugen, daß die Lehnbesitzer allein den Stand ausmachten, welchen man in den Ständeversammlungen den Adel nannte. Die dritte Section dieser Notabeln erklärte daher, als sie den Vorschlag that, allen Ade-

„wiederherstellen, ich war anderer Meinung. Ich
„wusste, daß der Hof sie bloß vorgeschlagen hatte,
„um das Parlament, welches sie immer fürchtet,
„in Furcht zu setzen. Der Prinz von Condé
„hatte mir, ehe er ins Gefängniß kam, zwanzig-
„mal gesagt: weder ein König noch Prinzen
„von Geblüt müßten dergleichen Ver-
„sammlungen dulden. Ich kannte die Schwä-
„che des Herzoges von Orleans, der nicht im
„Stande war eine Maschine von solchem Umfange
„zu regieren. Dies waren die Gründe, weshalb
„ich mich nicht auf die Sache einlassen wollte.
„Ich glaube noch heute, daß ich Recht hatte.“ *Me-
moires du Cardinal de Retz. L. III. ad an 1651.*

lichen oder Geadelten den Zutritt zu den Wahlversammlungen zu gestatten, mit allem Recht, daß dies als eine Abweichung von den ältern Gebräuchen anzusehen wäre.

Es ist bekannt, daß verschiedene Provinzen seit ihrer Einziehung zur Krone Stände behalten hatten, die in Ansehung ihrer die nemlichen Funktionen ausübten, zu welchen die Reichsstände in Ansehung Frankreichs bestimmt waren, und die sogar mehr Privilegien genossen, als man den letztern zugestand *). In allen diesen Provinzen,

*) Frankreich war in dieser Rücksicht in Ständische Provinzen (*pays d'état*) und Elections-Provinzen (*pays d'élections*) getheilt. Ständische Provinzen waren solche, in welchen die Stände das Recht hatten, die Repartition der Abgaben nach den obwaltenden Local-Vorschriften zu bestimmen, und die Aufsicht über die Erhebung derselben zu führen. Die Constitution dieser Provinzen gab die erste Idee zu den Provinzial-Administrationen, welche Necker im ganzen Reiche einführen wollte, und in zwey Provinzen (Ober-Guienne, und Berry) wirklich eingeführt hatte.

Elections-Provinzen hingegen waren die, in welchen Königliche Tribunäle, die den Namen *Elec-*

Bretagne allein ausgenommen, machten die Besitzer der Lehne den Adelstand unter den Provinzialständen aus. Alle Würden, welche den Vorrang gaben, alle ständischen Aemter, hingen mit Grundstücken zusammen, es mochte nun von weltlichen oder von geistlichen Herren die Rede seyn. Es läßt sich nicht daran zweifeln, wenn man die Organisation der alten Stände von Provence, Dauphiné, Artois, Languedoc, Bourgogne u. s. f. untersucht.

tions führten, das ganze Abgaben-Geschäft dirigirten. In ältern Zeiten war dies die Funktion gewisser Offizianten gewesen, die weil sie bald von den Provinzen, bald von den Reichsständen gewählt wurden, *élus* hießen. Sobald aber Carl VII die Taille immerwährend gemacht hatte, verwandelte er diese *élus* in Königliche Beamten, die indessen ihren bisherigen Namen beibehielten, obgleich von einer Wahl gar nicht mehr die Rede war. In den letzten Jahren formirten sie 181 Elections-Collegia im Reich, die unter die Elections Provinzen vertheilt waren. Von den Verordnungen und von den Aussprüchen dieser Tribunäle ging die Appellation an die (mit den Parlamentern verknüpften) Ober-Steuer-Gerichte (*cours des aides*.)

Nur in Bretagne fanden sich alle Edelleute in der Ständerversammlung ein, ohne Deputirte schicken zu dürfen. Das Recht, ein Mitglied des Adels in dieser Versammlung zu seyn, hatte also hier aufgehört mit dem Lehnbesitz zusammen zu hängen, und war auf die Geburt übergegangen. Man kennt die Epoche dieser Veränderung: sie trug sich

Die Ständischen Provinzen waren folgende: Artois, Bourgogne, Bretagne, Bearn, Languedoc, Provence, Foix, ein Theil von Flandern (der nicht an der See liegende welcher *Flandre wallone* hiefs) und die Distrikte von Bigorre, Labour, Soules, Marsan, Neboussan in Gascogne. — Alle andre Provinzen und Distrikte waren *pays d'elections*.

Ehemals gehörte auch Dauphiné unter die Ständischen Provinzen. Durch ein Edikt vom Jahr 1628 (ein Beweis, wie wenig die Prärogativen der Provinzialstände unüberwindlich waren!) wurde sie in eine Elections-Provinz verwandelt. Im folgenden Jahre hatte Languedoc, zur Strafe seiner Widersetzlichkeit gegen Richelieu, ein gleiches Schicksal: doch ward das Edikt dieserhalb zwey Jahre nachher aufgehoben, und Languedoc wieder für eine ständische Provinz erklärt. G.

im sechzehnten Jahrhundert zu. Bretagne war eine Ausnahme von der allgemeinen Observanz, und eine für die Einwohner dieser Provinz sehr verderbliche Ausnahme. Um jener allgemeinen Observanz nachzukommen, hatte man in die im Jahr 1787 projektirten Provinzialadministrationen eine gewisse Anzahl von Lehnsherren unter dem Titel des Adelstandes aufgenommen.

Nicht genug, dafs die Adelskammer auf den Reichstagen nicht alle Edelleute repräsentirte; es war auch nicht einmal nöthig, von adelicher Geburt zu seyn, um Zutritt zu dieser Kammer zu haben; denn es ist aufser allem Zweifel, dafs bis zum Jahre 1579 Jeder, der ein Lehn gekauft hatte, an allen Prärogativen, zu welchen der Lehnbesitz berechtigte, Antheil nahm. Ob aber seit dem Edikt von Blois *), welches den Lehen ihre adelnde Kraft nahm, ein Bürgerlicher, der eine Herrschaft erkaufte, Wähler oder wahlfähig für den Adelstand war, diese wichtige Frage ist nie untersucht worden. Hätten die Reichstände von 1588 oder von 1614 diese Frage

*) S. oben S. 200.

aufgeworfen, so glaube ich wohl, daß die geringe Anzahl der nicht-adelichen Lehnbesitzer das allgemeine Vorurtheil der Edelleute gegen sich gehabt haben würde; sie würde aber die Gerechtigkeit und die alten Gebräuche für sich gehabt haben; die Gerechtigkeit, weil man ohne ungerecht zu seyn, den Theil der öffentlichen Macht, der einmal mit jedem Lehn verknüpft war, nicht dem bürgerlichen Besitzer nehmen, und bloß dem Adelichen lassen konnte; die alten Gebräuche, weil die Lehnbesitzer beständig zu dem Hauptsitz ihrer Lehne gerufen worden waren, ohne daß man sie jemals um ihren Stammbaum gefragt hatte *).

Es ist wahr, daß in Languedoc nur den Baronen, die eine gewisse Anzahl von Ahnen hatten, die Ausübung der Rechte einer Baronie verstattet wurde; diese Einschränkung war aber von keinem alten Ursprung; es war eine neue Bedingung, welche die Baronen ausgesonnen hatten, um ihrem Stande ein

*) In verschiedenen Provinzialständen gab der Ankauf eines Lehns, selbst in diesem Jahrhundert einem Bürgerlichen einen Sitz unter dem Adel. M.

gröſſres Ansehen beyzulegen, und welche nicht hindern konnte, daß die Privilegien der Baronen dem Grund und Boden derselben eigenthümlich blieben.

Der Kanzler L'Hopital sagte in seiner Rede an die Stände von Orleans, daß der Adel die Gerichtsbarkeit über die Unterthanen des Königs, Gewalt über ihr Leben und ihre Güter habe. Bey der Versammlung von 1588 sagte der Siegelbewahrer Montholon dem Adel: „Eure erste Pflicht ist, daß Ihr Euren Unterthanen ein Beispiel der Frömmigkeit, der Güte und der Gerechtigkeit gebet.“ Er fügte hinzu: „die Macht, die Ihr über Eure Unterthanen habt, ist Euch vom Könige verliehen.“ Diese beiden Minister redeten also zu den Mitgliedern des Adels wie zu Lehnbesitzern; und es ist hiebey zu bemerken, daß die Edelleute, welche im Bezirk einer Herrschaft wohnten, nach den Prinzipien der Lehnverfassung eben so gut Unterthanen des Lehnsherrn als die Nicht-Adelichen, wenn gleich begünstigtere Unterthanen waren. Sie standen unter seiner Gerichtsbarkeit. Erst im sechzehnten Jahrhundert

dert wurden sie, so wie der grösste Theil der Staatsbeamten, weil man auch dadurch das Ansehen des Monarchen vermehren wollte, von der Jurisdiction des Lehnsherrn frei erklärt; doch ging das Edikt, welches ihnen diesen Vorzug bewilligte, nicht einmal allenthalben im Reich in Erfüllung; in verschiedenen Provinzen blieben die Adelichen unter der herrschaftlichen Gerichtsbarkeit *).

Ich habe behaupten gehört, dafs darum, weil die Besitzer der Lehne ehemals als Adelige oder Geadelte angesehen wurden, alle Edelleute die Prärogativen der Lehne als ihr Geburtsrecht fordern konnten: da aber Niemand von dem Recht, ein Lehn zu besitzen, ausgeschlossen war, so stand es bey jeder Classe, die nehmliche Forderung zu machen. Gesetzt übrigens auch, was jedoch der Geschichte ganz entgegen ist, die Lehne wären den Edelleuten ausschliessend eigen gewesen, mit welchem Rechte konnte man die Lehns-Prärogativen denen, welche keine Lehne besaßen, mittheilen? Diese Prärogativen waren ein Theil der öffentlichen Macht, welche

*) z. B. in Dauphiné.

die Lehnsherren Kraft ihrer Grundstücke besaßen, und welche nie von den Grundstücken getrennt gewesen ist. Eben so gut hätten die Edelleute verlangen können, die Vorrechte der französischen Generale zu genießen, weil die Stelle eines Generals adelte, oder an den Gütern des Maltheser-Ordens Theil zu nehmen, weil man eine Ahnenprobe ablegen mußte, um in diesen Orden aufgenommen zu werden.

Hiezu kommt nun noch, daß seit der Ständeversammlung von 1614 allen Adelichen, sie mochten Lehen besitzen oder nicht, untersagt war, sich anders als in den Provinzialständen, wo es dergleichen gab, zu versammeln. Die Regierung bemühte sich ausdrücklich, eine Vereinigung, die allein auf einen adelichen Stand hätte schließen lassen, zu verhindern.

Einige Bemerkungen über den dritten Stand werden das, was bisher über den Umfang und die Bestandtheile des adelichen gesagt worden ist, bestätigen.

Der dritte Stand auf dem Reichstage war die Repräsentation der ganzen Masse des Volks oder der sogenannten Gemeinen.

Als die Städte, Flecken und Dörfer Corporationen unter dem Nahmen der Gemeinen oder Gemeinheiten zu bilden anfangen, waren alle Einwohner, die geistlichen und weltlichen Herren (Lehnsbesitzer) allein ausgenommen, in diesen Corporationen begriffen. Ein Edelmann, der sich auf dem Gebiet einer Commüne, wo er kein Lehn besaß, niederließ, wurde Mitglied derselben, und mußte sich den Municipalgesetzen unterwerfen; er nahm an den Gemeingütern, und an den Privilegien der Einwohner Theil. Es ist bekannt, daß viele von diesen Commünen Jahrhunderte lang die Befugniß hatten, sich unter dem Schutz des Königes beynahe wie freie Republiken regieren zu lassen, daß ihnen Jurisdiction und das Recht, ihre Freiheiten mit den Waffen zu verteidigen zustand *). Die Stadt Perigeux hatte sich

P 2

*) In einer Urkunde, welche Philipp August der Stadt Roye in Piccardie verlieh, heißt es sogar „daß, wenn irgend ein Fremder der Commüne einen Schaden zufügte, und sich weigerte ihn zu ersetzen, der Maire befugt seyn sollte, sich an der Spitze der Bürger in die Wohnung des Schul-

sogar die Landespolizey in ihrem Bezirk von Philipp August zum Lehn geben lassen. Wenn ein Adelicher, der nicht Herr des Gebietes war, nicht ein Mitglied der Corporation an dem Orte seines Aufenthalts gewesen wäre, so hätte er kein angenehmes Loos gehabt: er hätte ein Unterthan der andern Bürger seyn müssen.

Die Adelichen machten so ganz einen Theil der Commünen aus, daß die Municipalbeamten der Städte durchgehends als ihre Repräsentanten angesehen wurden. Die Verordnungen, welche ihnen in verschiedenen Städten ein Vorzugsrecht auf die Mairen- oder Schöppen-Stellen und in andern eine gewisse

digen zu begeben, und solche zu zerstören; wäre es aber ein fester Ort, so wollte der König ihnen dabey hülfreiche Hand leisten.“ — Daß sie im zwölften Jahrhundert schon Jurisdiction besaßen, zeigt sich unter andern aus einer Stelle des Beaumanoir, der um diese Zeit die Gesetze und Gebräuche von Beauvaisis aufzeichnete: „Jeder der zu einer Commüne gehört, welche mit Jurisdiction versehen ist, muß sich vor denen stellen, welche in der Stadt dazu gesetzt sind, Recht zu sprechen.“ G.

Anzahl von Beysitzer-Posten sicherten, waren von sehr neuem Ursprunge. Auch konnten sie von diesem Vorzuge da wo er ihnen verliehen worden, nur allein unter der Bedingung Gebrauch machen, daß sie Mitglieder der Commüne oder Bürger der Stadt waren.

Mancher wird sich nicht wenig wundern, daß ich von Edelleuten spreche, die Bürger einer Stadt genannt werden konnten, weil man sich in Frankreich daran gewöhnt hat, das Wort Bürger als einen Gegensatz von Adulich zu betrachten, so wie man öfters das Wort Volk im Gegensatz von den höhern Classen des Volks gebraucht. Es gab aber wirklich Bürger die Edelleute, sogar als Bürger die Handwerker waren; es gab sogar im zwölften Jahrhundert Bürger, die sich in der Sklaverey oder Leibeigenschaft des Herrn der Stadt oder der Burg befanden *).

*) Nur scheint es, daß man hier die Perioden von einander absondern muß, und daß es nicht zu einer und derselben Zeit adeliche Bürger, und bürgerliche Leibeigne gab.

Dafs die Edelleute Bürger der Stadt waren, in welcher sie wohnten, läfst sich gar

Alle Geschichtsforscher kommen darin überein, dafs es keine ältern Gemeinheits - Urkunden oder Dokumente einer Municipal-Verfassung giebt, als die aus der Regierungszeit Ludwig des VI der 1108 den Thron bestieg. Wenn dieser König (eigentlich sein Minister, der Abt Suger) nicht der Erfinder der Commüne-Privilegien war, wenn er, wie einige behauptet haben, das Modell davon schon hin und wieder in den Gebieten der grossen Vasallen fand, so läfst sich wenigstens nicht beweisen, dafs es vor ihm dergleichen Privilegien gab; noch viel weniger aber zeigt sich die geringste Spur, dafs vorhergehende Monarchen dergleichen bewilliget hatten.

Da die Errichtung der städtischen Commünen einer der mächtigsten Schritte zur Entkräftung der Grossen, zur Zerstörung des Lehnssystems und zur Concentrirung aller öffentlichen Gewalt in den Händen des Monarchen war, so konnte es wohl nicht fehlen, dafs eine Neuerung wie diese, die überdies dem Fiscus eine Revenüe eröffnete, bald allgemeinen Eingang beym Throne fand. Ludwig VII, der unmittelbare Nachfolger Ludwig des VI, theilte sehr viele Freybriefe dieser Art aus, und unter den 97 Urkunden, welche Dü Cange citirt, rühren allein 27 von Philipp August dem Sohne Ludwig des VII her.

nicht bezweifeln: ich kan einen sehr sprechenden Beweis davon anführen. Die Bürger

Die Großen ließen sich durch augenblickliche Vortheile verleiten, an einer Maschine, die zu ihrem Untergang emporstieg, mit eigner Hand zu arbeiten. Auch sie gaben einer großen Anzahl von Städten Freybriefe und Privilegien, um Geld, einen Gegenstand der täglich brauchbarer und täglich wünschenswürdiger wurde, zu erlangen.

Anfänglich blieb, wie es in der Natur der Sache gegründet war, eine jede neue Commüne, dem, welchen sie vorher als ihren Herrn respektirt, und nun als ihren Patron anzusehen hatte, zur Treue und zur Folgeleistung, oder wenn es das Freiheits-Patent so stipulirte, zu besondern Abgaben, Diensten, und Prästationen verpflichtet. Alles dies gebührte dem Könige, wo der König, und dem Baron (Herzoge, Grafen u. s. f.) wo der Baron Verleiher und Aussteller des Privilegiums gewesen war.

In weniger als einem Jahrhundert aber trug sich in dem Verhältniß der Commünen zur öffentlichen Macht eine wesentliche Veränderung zu. Die Monarchen legten sich ein Recht der unmittelbaren Oberherrschaft nicht allein über die von ihnen, sondern auch über die von ihren Vasallen errichteten Commünen bey, und Ludwig VIII, dem sein Vater Philipp August den Weg gebahnt hatte, erklärte ganz förmlich „dass alle Städte, welche das Recht der Commünen hätten, ihm ge-

vieler Städte waren von den Diensten, welche das Lehnsaufgebot (Heerbann) forderte, in

hörten.“ Diese neue Lehre war den Städten zu vortheilhaft, als daß man sie nicht mit Freuden ergriffen hätte: viele entzogen sich durch List, viele mit offner Gewalt der Verbindung mit ihren ehemaligen Herren: und bald erhob sich auf den Trümmern der von allen Seiten zusammen stürzenden Lehnsvorfassung, eine neue Ordnung der Dinge, in welcher die Unabhängigkeit der Städte, ihr Wohlstand, ihr Ansehen, ihre politische Wichtigkeit, und ihr Einfluß auf das Ganze, von Jahrhundert zu Jahrhundert entschiedner und größer wurden.

Es giebt also drey Haupt-Perioden in der Geschichte der französischen Städte:

1. Von den ältesten Zeiten der fränkischen Herrschaft bis auf Ludwig VI. (1108) — Ob die Franken, wie Dübos behauptet, mehrern gallischen Städten ihre alte römische Vorfassung mit allen Gerechtsamen und Prarogativen ließen, ist noch zweifelhaft: gewiß ist aber, daß unter den ersten Capetingern von diesen Vorzügen gar keine, oder doch nur äußerst geringe Spuren existirten. Dies war die Zeit der völligen Sklaverey, und der völligen Nichtigkeit der Städte. Doch dämmerte schon in dieser Periode das Morgenlicht besserer Tage. Ehe noch an Commünen-Privilegien zu denken war, gab es Freilassungs-Diplome für

Ansehung der Lehne, die sie in irgend einem Theile des Königreichs besitzen mochten,

ganze Gemeinen, sogar für Dorf-Gemeinen. Es sind deren von dem Jahr 974, vom Jahr 1025 u. s. f. vorhanden.

2. Von Ludwig VI bis auf Ludwig VIII (1108 bis 1223) In dieser Periode entstanden nach und nach die städtischen Privilegien und Verfassungen: anfangs zu nicht geringem Schrecken der geistlichen und weltlichen Herren, die sie, wie Abt Guibert, der um diese Zeit schrieb, „scheussliche Gesellschaften, in welchen „sich Knechte wider Recht und Billigkeit der „Pflicht gegen ihre rechtmässige Herrscher entziehen“ titulirten. S. *Du Cange Glossar. in voc. Communia.*

3. Von Ludwig dem VIII bis auf die neuern Zeiten. — Die Commünen treten in das Verhältniß unmittelbarer Abhängigkeit vom Könige und erwerben alle die allgemeinen und besondern Vorrechte, vermöge deren sie der wichtigste Bestandtheil des Staats werden, und zuletzt (weil man thörigt genug war, sie nicht nach ihrer wahren Wichtigkeit zu behandeln) alles, was Herr geheißen hatte, zu Boden schlagen.

Nach diesen Bemerkungen würde ich das, was Mounier über die verschiednen Classen von Bürgern der Städte sagt, folgendergestalt näher bestimmen.

freigesprochen. Verschiedne Verordnungen Heinrich des III aus den Jahren 1547, 1551 und 1553 bestätigten diese Privilegien, setzten aber zugleich fest, daß Edelleute, an dieser Exemption der privilegierten Städte nur dann, und unter keinem andern Vorwand, als wenn sie in denselben ihren gewöhnlichen Aufenthalt hätten, Theil nehmen soll-

In der ersten Periode gab es nicht nur Bürger, besser: Städter, die Sklaven waren, sondern es gab fast keine andre als Sklaven: freigelassene waren Ausnahmen.

In der zweyten Periode, wo die eigentlichen Stadtbürger erst entstanden, fand man in vielen Städten noch durchgängige Sklaverey, und vielleicht selbst in manchen Commünen noch Leibeigene des Schutzherrn. In dieser Periode war an adeliche Bürger gewiß noch nicht zu denken.

In der dritten Periode mußte die Sklaverey in den Städten ein Ende nehmen. Wo man keinen andern Herrn mehr erkannte, als den König, da duldete man keine Leibeigenschaft. Nur in Städten die es so weit gebracht hatten, konnten sich adeliche Bürger erheben: diese haben also mit Leibeigenen wahrscheinlich nie in denselben Mauern gewohnt. G.

ten. Laroque *) nennt viele vornehme Edelleute, die den Titel der Bürger dieser oder jener Stadt annahmen.

Die Errichtung der Commünen hatte in den Städten ihren Anfang genommen: daher ist bey allen Versammlungen der Reichs- oder der Provinzial-Stände im vierzehnten und funfzehnten Jahrhundert nur von Prälaten, Baronen und angesehenen Städten (*bonnes villes*) das heisst, solchen, welche Corporationsprivilegien erhalten hatten, die Rede. Nachdem auch in den Dörfern Commünen entstanden waren, nahmen diese an

*) Ein Schriftsteller des vorigen Jahrhunderts, in seinem *Traité de la noblesse*. — Es gab sogar Prinzen die sich dieses Titels nicht schämten. Eine alte Chronick von Flandern citirt einen König von Navarra, der Bürger von Amiens war.

Dass Adelige, die in Städten wohnten, als wirkliche Mitglieder der Commüne angesehen wurden, ist so wahr, dass die Edelleute in Carcassonne (einer Stadt in Unter-Languedoc) es lange Zeit für ein besondres Privilegium hielten, zu den Ausgaben der Commüne nicht beitragen zu dürfen.

der Repräsentation des dritten Standes Theil *).

Im Jahr 1614 zweifelte man in Paris nicht daran, daß alle Bürger zur Commüne gehörten: denn adeliche und nicht-adeliche Bürger wurden zur Wahl der Städtischen Deputirten vor den Stadtmagistrat gerufen.

Selbst in unsern Tagen galten in allen Versammlungen, wo man die alten Formen beobachtete, und den Unterschied der Stände aufrecht hielt, die Magistratspersonen, von welcher Geburt, von welcher Würde sie auch seyn mochten, für Mitglieder des dritten Standes. In Languedoc wohnten viele Adeliche, die Städtische Aemter bekleideten, den Versammlungen der Provinzialstände als Mitglieder des dritten Standes bey.

*) Die Ständeverammlung zu Tours (1483) ist die erste, bey welcher von Deputirten des platten Landes geredet wird. Bis dahin waren bloß Deputirte aus den mit Mauern umgebenen Städten erschienen, und auch bey weitem nicht aus allen. Unter Philipp dem Schönen, dem ersten Könige welcher die drey Stände berief, sendeten (im Jahr 1314) nur 43 Städte Deputirten zur Reichsversammlung: unter Ludwig XI war diese Anzahl bis auf 65 gestiegen. G.

Da der dritte Stand aus den Commünen zusammengesetzt war, diese aber alle Bewohner ihres Gebiets, die Geistlichkeit und die Lehnsherren allein ausgenommen, unter ihre Mitglieder rechneten, so ist es klar, daß die Edelleute, welche keine Lehen besaßen, zum dritten Stande gehörten: und dies war in der That ein Vorthail für sie, weil ihnen, wenn sie Deputirte bey dem Reichstage werden, oder auch nur ihre Stimme zur Wahl geben wollten, nichts anders übrig blieb, als in ihrem Wohnort, vermöge ihres Bürgerrechts bey den Wahlversammlungen zu erscheinen.

In diesem und dem vorigen Jahrhundert sah man die Justizbedienungen als ein ausschließendes Eigenthum des dritten Standes an, entweder, weil ehemals die Besitzer der Lehen nur selten in den Tribunälen erschienen, oder weil das Amt eines Richters mit dem Lehndienst unvereinbar war. Nichts desto weniger hat es in den höhern Gerichtshöfen zu allen Zeiten viele Adelige von Geburt gegeben, und in verschiednen Provinzen haben die Mitglieder der Tribunäle, die nicht von Adel waren, nie aufge-

hört, den Adelstitel anzunehmen, und auf ihre Nachkommen fortzupflanzen *). Dies beweiset aufs neue, daß man adelich seyn, und doch zum dritten Stande gerechnet werden konnte.

*) Der Parlaments-Adel hat abwechselnde Schicksale in Frankreich gehabt. Als man zuerst (von den Zeiten Ludwig des IX an) Mitglieder die nicht von Adel waren, in das Parlament zog, weil die Lehnsherren von der verbesserten Justiz nichts verstanden, und (zu ihrem größten Schaden) nichts zu lernen Lust hatten, scheint man nicht der Meinung gewesen zu seyn, daß dergleichen Stellen an und für sich adelten, indem man mehreren dieser gelehrten Mitglieder Adels-Diplome, oder die Würde eines Ritters im Gesetz, *chevalier-es-loix* ertheilte. Im sechzehnten Jahrhundert war es allgemein angenommen, daß die Aemter der Parlamentsglieder (die damals dem Herrenstande ganz entzogen waren) ihre Inhaber adelten; und dieser Adel wurde unter Ludwig XIII durch verschiedene Edikte bestätigt. Ludwig XIV hob ihn durch ein Edikt von 1669 auf, stellte ihn aber im Jahr 1690 dergestalt wieder her, daß die zwanzigjährige Verwaltung eines Parlaments-Amtes zum Genuß und zur Vererbung des Adels auf die Kinder berechtigen sollte. Bei dieser Verfassung blieb es auch bis zur Revolution. G.

Die Militär-Funktionen wurden als der besondere Beruf des zweiten Standes, das heißt des Adels oder der Lehnbesitzer angesehen, weil die Mitglieder dieses Standes dem Könige die durch die Observanz, oder durch die Lehindokumente bestimmte Anzahl von bewaffneten Männern stellen mußten, weil sie lange Zeit genöthigt waren, sich zu Rittern aufnehmen zu lassen, um ihre Lehen zu verdienen, und weil sie, wenn das allgemeine Aufgebot erging, nach dem Werth ihrer Besitzungen mehr oder weniger Reuter unterhalten mußten. Die Lehnbesitzer machten also die Hauptstärke der Armeen aus, und da die Waffenmänner, die sich in ihrem Gefolge befanden, von Adel waren oder durch ihr Gewerbe geadelt wurden, so hatte bis zum siebzehnten Jahrhundert zwischen bloßen Edelleuten und Lehnbesitzern die nähere Verbindung Statt, daß sie eine und dieselbe Laufbahn betraten und gemeinschaftlich in den Krieg zogen.

Anstatt daß man von jeher die Versammlung des dritten Standes, als die allgemeine Repräsentation der französischen Bürger und die Geschäftsträgerin aller Familien hätte ansehen

sollen, schlich sich die verderbliche Meinung ein, daß die Edelleute sämmtlich zum zweiten Stande gehörten, wenn sie gleich bei der Wahl der Deputirten aus dem Lehnsstande nichts zu thun hatten, und daß zum dritten Stande nur diejenigen gehörten, welche nicht das Recht hatten, einen Adelstitel auf ihre Kinder zu vererben. Wahrscheinlich war folgendes die Quelle dieses Irrthums.

Die meisten Lehnbesitzer waren von adelicher Geburt, und hingen mit allen adelichen Familien zusammen. Sie sorgten also für die Vorthelle dieser Familien. Sie bemühten sich, die Prärogativen, deren die Edelleute genossen, zu vermehren oder doch zu erhalten: sie dienten ihren Kindern, ihren Brüdern, ihren Freunden, indem sie dies thaten. Die Edelleute, welche den Lehns Herrenstand in ihr Interesse gezogen hatten, verbanden sich aufs engste mit diesem Stande. Der Unterschied zwischen adelichen und nicht-adelichen Bürgern wurde so vollständig, als wenn sie in zwey ganz von einander verschiednen Versammlungen repräsentirt worden wären. Der dritte Stand wurde auf den Reichstagen von dem zweiten mit aller der

Ver-

Verachtung behandelt, die man sich ehemals gegen Handwerker und Bauern erlaubte; und der Edelmann von Geburt oder Geadelte, der Deputirter einer Commüne wurde, und auf diese Weise den einzigen Posten, der ihm in der Ständerversammlung zu Theil werden konnte, bekleidete, wählte, einen Theil seiner Würde dabey aufzuopfern.

In der Versammlung von 1614 waren diese adelichen Deputirten der Commünen in beträchtlicher Anzahl; bey den Streitigkeiten, die sich zwischen dem zweiten und dritten Stande erhoben, versicherten sie, daß sie sich bloß in den letztern geworfen hätten, um ihm beyzustehen. Ein Redner der Geistlichkeit sagte ihnen, um sie zu trösten, daß sie sich durch den Posten, den sie übernommen, freiwillig erniedriget hätten *).

Ich bin weit entfernt zu behaupten, daß die abgesonderte Repräsentation einer überaus großen Menge von Lehnbesitzern nicht den größten Theil der übeln Folgen gehabt hätte, die eine abgesonderte Repräsentation der sämtlichen Edelleute gehabt haben wür-

*) S. oben S. 135 Note.

de; ich habe bloß beweisen wollen, daß der bloße Geburtsadel nie das Recht verliehen hat, sich geradezu bey den Wahlversammlungen des Adel - Standes einzufinden, oder an der Ernennung seiner Deputirten zu der Versammlung der Reichsstände Theil zu nehmen; daß dieses Recht vielmehr mit dem Besitz der Lehen verknüpft gewesen ist, deren Erwerbung allen Bürgern gestattet wurde.

Was den geistlichen Stand betrifft, so ward dieser auf dem Reichstage durch Deputirte repräsentirt, welche die Inhaber geistlicher Benefizien, das heißt diejenigen, die einen Theil des Eigenthums der Kirche in Händen hatten, wählten. Ein sichrer Beweis, daß nur diese berufen wurden, ist der Umstand, daß man sie nach ihren Benefizien aufrief. Die zweite Section der Notabeln hat zwar ein Beispiel eines Mandats angeführt, welches von der Geistlichkeit des Landes Gex einst einem Mönch verliehen war: aber von der Qualität eines Deputirten gilt kein Schluss auf die Qualität der Personen, die unmittelbar und vermöge eingeführter Rechte zu den Wahlversammlungen gerufen wurden.

Zwölftes Kapitel.

Von

den Privilegien des Adels vor der Revolution.

Es soll hier nicht von den erblichen Rechten der Prinzen vom Königlichen Geblüt und der Pairs von Frankreich, sondern von den Privilegien, welche der Geburtsadel den gewöhnlichen Edelleuten verschaffte, die Rede seyn.

Wir haben gesehen, daß die Edelleute, unter welchen man bis zum siebzehnten Jahrhundert alle, die Vermögen genung besaßen, um sich dem Kriegesdienst zu widmen, rechnete, den beträchtlichsten Theil der Armeen ausmachten. Der Präsident des Adels auf dem Reichstage von 1614 erklärte, daß die Geistlichkeit, die Justitz, die Kaufleute, die Handwerker und die Ackersleute von dem Schwerdte des Adels geschützt würden, daß der dritte

Stand dem Adel die Süfsigkeiten des Friedens zu danken hätte. Dies Verhältnifs änderte sich sehr, sobald grofse stehende Armeen errichtet wurden. Von dieser Zeit an waren die mühsamen und schlecht belohnten Funktionen eines gemeinen Soldaten nicht mehr Beschäftigung für einen Edelmann. Von dieser Zeit an bekleidete der Adel nur noch die Offizierstellen, um die man sich als um eine Gunst bewarb, deren Annahme also kein Verdienst seyn konnte, und demohnerachtet wollte dieser Stand immer noch ausschliessend für den militärischen gehalten werden, und wiederholte veraltete Ausdrücke, die auf unsre gegenwärtige Verfassung nicht den geringsten Bezug mehr hatten.

Die Edelleute hatten alle Ursach, auf einen Vorzug bey der Besetzung der Offizierstellen Rechnung zu machen: aber sie genossen in dieser Rücksicht (bis zum Jahr 1781) keines ausschliessenden Privilegiums. Plebejer hatten unter Ludwig XIV und Ludwig XV vielen Ruhm im Felde erworben. Der letzte dieser Könige hatte gewissen militärischen Graden, wenn sie die Folgen einer gewissen Anzahl von Dienstjahren waren,

den Adel bewilliget *). Er wufste also, daß ein Theil der Offiziere nicht aus Adelichen bestand.

Die Verbindlichkeit, im Heerbann Dienste zu leisten, war gewifs keine Auszeichnung für die adelichen Lehnbesitzer, weil die nicht-adelichen eben so gut aufgebotten wurden, und die Dienste in Person leisten konnten. Wenn die Adelichen nicht im Stande waren zu erscheinen, zwang man sie nicht, sich durch Edelleute, sondern blofs durch dienstfähige und mit gehöriger Rüstung versehne Personen vertreten zu lassen. In den Jahren 1635, 1672, und 1692 berief man sogar zum Heerbann alle, welche sich den Waffen gewidmet hatten und adelich lebten, wenn sie auch kein Lehn, sondern nur sonst Vermögen besaßen, es mochte nun in gemeinen Gütern, oder in fixirten Renten bestehen.

*) Durch das Edikt von 1750, welches der Krieges-Minister d'Argenson zu seinem nicht geringen Ruhme ausgewirkt hatte. S. oben S. 201 Note. G.

Will man es etwa unter die Privilegien des Adels rechnen, daß er Lehen an sich bringen konnte, ohne die Abgabe, welche den Namen des Lehngeldes (*Franc - Fief*) führte, entrichten zu dürfen? Man darf nur den Ursprung dieser Abgabe kennen *) um sich zu überzeugen, daß sie mit Recht von keinem Stande gefordert werden konnte. Zu den Zeiten der Kreuzzüge hatten viele Lehnbesitzer ihre Lehen an Kaufleute und andre Personen, die durch ihr Gewerbe oder ihre Erziehung zum Kriegesdienst unfähig geworden waren, verkauft. Diese neuen Besitzer erfüllten also nicht die Obliegenheiten eines Vasallen, und verursachten dem Lehns-Oberherrn einen Nachtheil, den man Verkürzung des Lehns nannte. Zur Entschädigung dafür oder zur Befreiung des Lehns von den Diensten entrichteten sie eine Abgabe. **) Der König verlangte, als oberster Lehnsherr

*) Es ist darüber bereits oben S. 188 Note, Auskunft gegeben. G.

**) Eine solche Abgabe mußten lange Zeit auch die Demoisellen bezahlen, die ein Lehen inne hatten, und sich nicht verheyrathen wollten. M.

diese Entschädigung von allen, welche Lehen erworben hatten, und die damit verknüpften Verbindlichkeiten nicht erfüllen wollten. Philipp III befahl im Jahr 1275 die Einziehung des Lehngeldes von jedem, der den Kriegesdienst nicht leistete. Da man in der Folge alle, welche die Waffen zu ihrem Beruf machten, als adelich ansah, so hielt man es für billig von jedem Lehnsbesitzer der nicht als adelich betrachtet ward, die Entschädigung so lange zu fordern, bis er durch Waffenproben oder durch einen langen Besitz der Lehen geadelt war. Dadurch, daß man diese Abgabe entrichtete, war man vom Aufgebot (Heerbann) frei, und die Stände von 1483 beklagten sich daher, daß man Leute aus dem gemeinen Stande, welche Entschädigung für ihre Lehen bezahlten, zum Heerbann aufgefordert hatte. Diesem Mißbrauch wurde abgeholfen: aber das Lehngeld artete bald in ein ganz gemeines fiskalisches Hülfsmittel aus. Man belegte damit alle Lehnbesitzer, die keinen adelichen Titel führten, ohne zu untersuchen, ob sie Willens oder nicht Willens waren, Kriegesdienste zu thun. Sie wurden nichts desto weniger zum Heer-

bann aufgerufen. Die Lehngeldabgabe wurde endlich durchaus ungerecht, weil es keine Verkürzung der Lehen mehr gab, und weil ein adelicher Lehnbesitzer gerade soviel Dienste leistete als ein nicht-adelicher.

Die Edelleute waren vom militärischen Zwangdienst (*tirage de la milice*) frei: verschiedene Städte und alle Justitzbedienten befanden sich in demselben Fall. Diese Methode, Soldaten zu erhalten, war erst seit hundert Jahren gebräuchlich. Man sah sie allgemein als drückend an. Jedermann wünschte, daß sie abgeschafft oder verbessert werden möchte, und die Regierung hatte längst Hoffnung dazu gemacht.

Es gab verschiedene Orden, die man nicht erhalten konnte, ohne eine gewisse Anzahl von Ahnen nachzuweisen: die Monarchen aber, welche die Statuten derselben angeordnet hatten, mußten auch das Recht haben, sie abzuändern: es stand ihnen frei zu erklären, daß sie sich des schönsten Attributs ihrer Macht, der Befugniss, das Verdienst zu erheben, bedienen wollten, und daß es keine Art der Auszeichnung geben sollte, die sie nicht dadurch, daß sie sie zur Belohnung

großer Thaten gebrauchten, noch ehrenvoller zu machen gedächten *).

*) Als der Marschall Fabert das blaue Band welches ihm Ludwig XIV anbot, mit der Aeußerung „er wolle kein Betrüger werden, und falsche Vorstellungen über seine Abkunft unterhalten“ — ablehnte, wie konnte der König, der dieses edelmüthige Betragen bewunderte, und der sonst so eifersüchtig auf seine Allmacht war, bei einer solchen Gelegenheit die erste seiner Prärogativen aufgeben, und dem Marschall antworten: „er würde ihm mit Freuden die Ahnenprobe erlassen, wenn er es thun dürfte, ohne das Fundament seiner Orden über den Haufen zu werfen?“ M.

Meines Erachtens spricht diese Anekdote eher gegen, als für das, was M. hier beweisen will. Wenn ein unumschränkter Monarch, in Ansehung eines höchst verdienstvollen Mannes, in einem Fall wo er selbst das Betragen dieses Mannes im höchsten Grade bewundert, es nicht wagt, von einem gewissen Gebrauch eine Ausnahme zu machen, darf man alsdann nicht annehmen, daß dieser Gebrauch die Eigenschaften, das Ansehen, und die Kraft eines förmlichen, gesetzlichen Privilegiums erworben hatte? Wodurch unterscheidet sich ein Vorurtheil, dem ein souverainer König nicht entgegen handeln darf, von einem Gesetz?

G.

Das ausschliessende Recht der Adelichen, in gewissen Stiftungen aufgenommen zu werden, rührte von dem Willen des Stifters, und von keinem allgemeinen Gesetz her.

Sie hatten das Recht, bewaffnet zu gehen: aber dieses Recht beruhte auf Polizeygesetzen, die häufig abgeändert wurden. Ehimals nahmen alle Bürger an diesem Rechte Theil. Aus Bewegungsgründen der öffentlichen Sicherheit hatte man es auf die, welche von adelicher Geburt, oder im Besitz gewisser Aemter waren, eingeschränkt. Nie wurden die Verordnungen über diesen Gegenstand nach der Strenge ausgeübt, und es ist unläugbar, daß es bey den Monarchen stand, die Befugniss auf mehrere Bürger auszudehnen. Mit der Jagd verhält es sich eben so. Die Edikte, welche davon handeln, widersprechen einander häufig. Verordnungen Carl des V gestanden das Jagdrecht verschiednen Städten oder Dörfern zu. Carl VI verlieh es den Bürgern, die von ihren Einkünften lebten. Uebrigens war das Jagdrecht weit mehr mit den Lehen als mit dem Stande verknüpft.

Von allen bürgerlichen Aemtern kenne ich keins, wozu der Adel unentbehrlich ge-

wesen wäre. Allerdings bekleideten Edelleute gewöhnlich die wichtigsten dieser Aemter: aber dies geschah, weil es den Königen beliebt hatte, sie dazu zu ernennen, nicht vermöge eines ausschließenden Rechts. Leute von der niedrigsten Geburt gelangten zuweilen zum Ministerium, zu den Intendanturen, zu den vornehmsten Parlamentsstellen, kurz zu allen Posten, die Rang und Ansehen verliehen.

In einigen Provinzen hatten sich die Adlichen den Gerichtsbarkeiten der Grundherren entzogen, in andern waren sie ihnen unterworfen geblieben. Wo dieses Privilegium eingeführt war, galt es nur so lange, als der Eximirte eine und dieselbe Jurisdiction beibehalten konnte. In Criminalprozessen konnten die Edelleute, wenn sie sich bey dem Ausspruch des Untergerichts nicht beruhigen wollten, die Vereinigung zweyer Kammern des Parlaments zur Abfassung der Definitivsentenz verlangen: aber diese Ehre oder dieser Vortheil, den ihnen eine Königliche Verordnung gesichert hatte, stand auch den Mitgliedern der Tribunäle zu, und konnte übrigens bey einer veränderten Einrichtung der Criminaljustitz aufgehoben werden.

Die Adelichen und Geadelten waren von der Abgabe, die unter dem Namen der Taille bekannt ist, frei: jedoch waren sie es eigentlich nur im größten Theile des Reichs: denn in verschiednen Provinzen haftete diese Exemption auf Grundstücken, welche Bürger aus allen Ständen besitzen konnten *). Sie waren überdies fast durchgehends von den

*) Es gab nemlich eine Real-Taille, und eine Personal-Taille. Die erste wurde von jedem für nicht-adelich geachteten Grundstück, es mochte sich übrigens in den Händen eines Edelmanns oder eines Roturier befinden, entrichtet, und war daher eine bloße Grundsteuer; die letztere richtete sich nach dem Stande der Personen, und diese mußte jeder Nicht-adeliche, von Grundstücken, von Renten, von Pachtungen, von allem und jedem einträglichen Gewerbe entrichten; sie war also zugleich Grund-Vermögens- und Industrie-Steuer.

Die Real-Taille wurde nur in den vier Generalitäten von Grenoble, Montauban, Auch und Paris erhoben. Die Personal-Taille hatte aber hier neben der Real-Taille Statt: wenn man von dem Ertrage der letztern den Theil, welchen die nicht-adelichen Besitzer der steuerbaren Güter entrichteten, abzieht, so bleibt der Antheil des Adels an der Taille übrig; es ist einleuchtend, daß die-

Beyträgen zu den Wege-Baukosten dispensirt. Indessen hatte der bloße Willen des Königs zu einer Zeit, wo die Abgaben nur durch die Zustimmung der Reichsstände rechtmäßig wurden, die Taille zu einer immerwährenden Auflage gemacht: da die Befugniß, Abgaben durch ihre Repräsentanten zu bewilligen, der Nation wieder zuerkannt war, so konnte die Taille abgeschafft, und durch eine

ser Antheil, der schon in Rücksicht auf jene vier Generalitäten nicht groß seyn konnte, im Vergleich mit den sechs und zwanzig andern, worin nichts als Personal-Taille existirte, sehr geringe seyn mußte, und daß folglich der Adel zu den 91 Millionen, welche die Taille in den letzten Jahren betrug, nur ein sehr geringes Sümmechen lieferte.

Die Taille und die Gabelle oder Salzsteuer waren die beiden verhaßtesten Abgaben in Frankreich; diese wegen des ungerechten und abgeschmackten Unterschiedes der zwischen den Provinzen obwaltete, und den fürchterlichen Contrebande-Gesetzen die er erzeugt hatte; jene wegen des demüthigenden Unterschiedes zwischen den Contribuenten, und einer gewissen Idee, von Knechtschaft, die sich (aus den Zeiten wo Adel und Freiheit gleichbedeutende Worte waren, herstammend) niemals von der Taille trennen lassen wollte. G.

Abgabe auf alle Güter ohne Unterschied ersetzt werden.

Die Immunitäten des Adels in Ansehung der Auflagen hatten ehemals einen sehr gültigen Vorwand, den auch die Lehnbesitzer auf vielen Reichsversammlungen geltend zu machen wußten. Die Inhaber der Lehngüter trugen den größten Theil der Kriegeslast: die Edelleute hatten das Waffenhandwerk zu ihrem Beruf gemacht. Carl IX äußerte in einer seiner Verordnungen, daß sie die Ausgaben, die der Kriegesdienst verursachte, aus eignen Mitteln tragen müßten, und der Kanzler Birague sagte der Ständeverammlung von 1576, daß man die Vortheile, deren der Adel genösse, sehr billig finden würde, wenn man sie mit seinen Lasten vergliche. Seit zweyhundert Jahren gab es keine solche Ursache zur Abgabefreiheit mehr. Es war durchaus nicht anzunehmen, daß forthin irgend ein Stand sich gutwillig einer Abgabe unterwerfen würde, die nicht in dem einzig-gerechten Verhältniß, in dem Verhältniß des Werths der Güter erhoben ward. Der größte Theil der Geistlichkeit und des Adels hatte vor der Zusammenkunft der Reichsstände im

Jahr 1789 diese Wahrheit gefühlt und gebilliget. Wiederholte Erklärungen hatten die Verzichtleistung auf alle Abgaben-Privilegien angekündigt. Die Deputirten des Adels waren bevollmächtigt, diese Verzichtleistung feyerlich zu bestätigen. Es wäre Undankbarkeit, diese großmüthigen Entschlüsse nicht in Erinnerung zu bringen: denn Großmuth bleibt es immer, und zwar eine Großmuth, deren nicht alle Menschen fähig sind, der Gerechtigkeit entgegen zu gehen, und das, was man ihr schuldig, mit Aufopferung des eignen Interesse schuldig ist, ungezwungen anzuerkennen.

Man würde sich einen sehr falschen Begriff von den Begünstigungen machen, welche dem französischen Adel in der Periode vor der Revolution zu Statten kamen, wenn man sie nach dem, was bis hieher von seinen Privilegien gesagt worden ist, abmessen wollte.

Nachdem die Baronen und Ritter aufgehört hatten, sich in dem Gerichtshofe des Königes einzufinden, waren Geistliche und Gelehrte, die größtentheils aus geringen Familien abstammten, die einzigen Richter in

denselben; und als es nicht mehr erlaubt war, einen adelichen Titel zu führen, ohne den Adel durch Geburt oder durch ausdrückliche Vergünstigung des Monarchen erhalten zu haben, befand sich die Justitzverwaltung hauptsächlich in den Händen der Unadelichen. Der adelich-gebornen Richter mußte eine geringe Anzahl seyn, weil auf dem Reichstage von 1614 die Deputirten des Adels verlangten, daß man den dritten Theil der Aemter in den hohen Tribunälen den Edelleuten zusichern sollte. Sie beschuldigten sogar einige dieser Tribunäle, daß sie die Edelleute zurückwiesen, wenn sie sich meldeten. Ludwig XIV verlieh den Parlamentsgliedern, die zwanzig Jahre gedient hatten, den Adel, ein Beweis, daß viele davon ihn vorher nicht befassen.

Die Richterstellen waren nicht die einzigen, von welchen man die Edelleute nach ihrer Versicherung entfernt hatte. Bey der Versammlung der Notabeln im Jahr 1626 beklagten sie sich, „daß der Ehrgeiz einiger „aus dem Adel im vorigen Jahrhundert die „Könige vermocht hätte, ihr Ansehen durch die „Erhebung des dritten Standes und die Ent- „ziehung der Staatsämter, die sie vielleicht „gemiß-

„gemisbraucht hätten, herabzusetzen; daß sie
„seit dieser Zeit von der Verwaltung der Ju-
„stiz, den Finanzen und dem Conseil aus-
„geschlossen wären.“ Sie verlangten, daß
einer gewissen Anzahl von Edelleuten der
Eintritt in die Parlamenter, und der dritte
Theil der Stellen im Conseil verwilliget wer-
den möchte.

Da sich aber unter Ludwig XIV und
Ludwig XV die Mittel zum Adel zu gelan-
gen vervielfältiget hatten, und alte und neue
Adeliche die Beschäftigungen, welche man
als erniedrigend für den Adel ansah, vermei-
den wollten, so umlagerten sie die Regierung
mit unaufhörlichen Gesuchen um alle Arten
von Stellen. Seit funfzig Jahren, also
gerade in der Zeit, wo die öffentliche Mei-
nung sich den ausschließenden Forderungen
des Adels am lautsten widersetzte, fing die
Regierung an zu glauben, daß alle Aemter
von einiger Wichtigkeit dem Adel allein über-
tragen werden müßten; und einige Jahre vor
der Revolution sah man eine Militärverord-
nung erscheinen, nach welcher man vier ade-
liche Generationen vor sich haben mußte,
um eine Unter-Lieutenants-Stelle zu erhal-

ten. Verschiedne Parlamenter faßten einen ähnlichen Beschlufs in Ansehung der Aufnahme ihrer Mitglieder. Man vertraute die Wage der Gerechtigkeit jungen Leuten, die wenig von der Rechtsgelahrtheit wußten, die noch vor Kurzem unter den Königlichen Truppen gedient hatten, wenn sie nur die Ahnenprobe, die der eitle Stolz des Tribunals verlangte, ablegen konnten; und weil die, welche dieser Probe fähig waren, sich nicht immer in gehöriger Anzahl meldeten, so gab man sich Mühe, die Plebejer, welche statt ihrer aufgenommen wurden, für Adelige auszugeben.

Ich hatte also Recht, zu behaupten, daß in dem letzten Zeitraum vor der Revolution der Geburtsadel mehr Vortheile als sonst jemals verlieh. Doch glaube man nicht, daß diese Vortheile sich mit einer gewissen Gleichförmigkeit über alle Edelleute verbreiteten. Es hatte zuweilen das Ansehen, als ob das Verdienst, selbst wenn es sich in dieser Classe befand, von aller Hoffnung belohnt zu werden, ausgeschlossen seyn sollte. Die ersten Stellen in der Armee blieben den Familien, die den Hof besuchten, oder daselbst eifrige

Fürsprecher finden konnten, vorbehalten, und die meisten Edelleute, verdammt, ihr Leben in den untern Militärgraden zuzubringen, zogen keinen Vorthail aus den Verordnungen, welche die übrigen Bürger ausschlossen. Sie waren sogar noch mehr als die letztern dabey interessirt, die Hindernisse, welche sich der Beförderung des Verdienstvollen entgegenstellten, vernichtet zu sehen, weil ihre Geburt ihnen die ersten Schritte in der Laufbahn erleichterte.

Der Adelsgeist, das heißt, die Neigung zu Distinctionen wurde nun eine epidemische Wuth. Sobald ein Unadelicher Vermögen erworben hatte, oder durch Beharrlichkeit und Cabalen zu einem ehrenvollen Amte gelangt war, legte er seinen Familien-Namen ab, kaufte oder usurpirte Titel, und schonte keine Mühe, um die Niedrigkeit seines Ursprunges zu verstecken. Die Sucht, auf diesem Wege zu glänzen, war zu einem so lächerlich-ausschweifenden Grade gestiegen, daß die meisten Edelleute oder Geadelten, selbst solche, die gar keine liegende Gründe besaßen, sich den Titel eines Grafen, eines Marquis, eines Barons, eines Ritters, ohne Erlaubniß des

Königes beilegten; und die Minister verkann-
ten oder vernachlässigten das Interesse des
Monarchen so sehr, daß sie es ruhig mit
ansahen, wie Unterthanen sich mit Ehrenti-
teln, die nur er bewilligen, und deren Aus-
theilung seinen Einfluß erhöhen konnte, nach
eigner Willkühr ausschmückten.

Z u s ä t z e.

I.

Ueber den Unterschied zwischen bürgerlicher und
politischer Freiheit.

Wenn bürgerliche Freiheit und politische Freiheit von einander unterschieden seyn sollen, so muß man sie folgendergestalt definiren: Bürgerliche Freiheit ist der Zustand, worin der Staatsbürger nur dem Gesetz, und zwar einem auf Gerechtigkeit (allgemeine Gleichheit) gegründeten Gesetze gehorcht. Politische Freiheit ist der Zustand, worin jeder Staatsbürger keinem andern Gesetz gehorcht, als dem, zu welchem er unmittelbar oder durch irgend eine Art von Vollmacht seine Zustimmung gegeben hat.

Politische Freiheit und bürgerliche verhalten sich, sobald man sie in dieser Bedeutung nimmt, gegen einander wie Mittel und Zweck. Bürgerliche Freiheit ist

der höchste und letzte Zweck aller Staatsgesellschaft. Politische Freiheit ist Eins der Mittel zur Erreichung dieses Zwecks, und sie ist es noch überdies nur bedingter Weise.

Die Bedingung, unter welcher politische Freiheit mit bürgerlicher Freiheit zusammenstimmt, läßt sich in den so eben von beiden gegebenen Definitionen auffinden. Die beiden Merkmale der bürgerlichen Freiheit sind, daß der Bürger keiner andern Vorschrift als dem Gesetz, und daß er keinem andern Gesetz, als einem gerechten gehorche. Wenn also das Gesetz, welchem der Bürger selbst beygestimmt hat, das einzige, welchem er gehorcht, und zugleich ein gerechtes Gesetz ist, dann, aber auch nur dann ist die politische Freiheit im Einverständniß mit der bürgerlichen.

Politische Freiheit kan ohne bürgerliche existiren. Wenn jedes Mitglied einer Nation seinen Repräsentanten wählt, und alle Gesetze der Nation von der Versammlung ihrer Repräsentanten herrühren, so giebt sie sich selbst Gesetze, und ist im politischen Sinne unwidersprechlich frei. Wenn aber diese freigewählte Versammlung ungerechte Gesetze

giebt, oder wenn sie es gar dahin bringt, noch eine andre Macht als die Macht der Gesetze an sich zu reißen, so sucht man bürgerliche Freiheit unter ihrem Schatten vergebens.

Ob politische Freiheit zur bürgerlichen führen soll oder nicht, hängt fast allein von den Organen ab, welche die politisch-freie Nation wählt, um ihren gesetzgebenden Willen auszudrücken, und nach demselben regiert zu werden. Sind diese Organe so beschaffen, daß sie nichts anders als gerechte (nach allgemein-geltenden Maximen entworfne) Gesetze aussprechen, und wenn sie handeln, nie anders als nach diesen Gesetzen verfahren können, so ist die politisch-freie Nation auch bürgerlich frei. Im Gegentheil nicht.

Wo politische Freiheit das Mittel zur bürgerlichen ist, da ist sie auch das sicherste aller Mittel zu diesem Zweck, und also ein großes Gut. Bürgerliche Freiheit kan ohne alle politische existiren; aber die Sicherheit, daß bürgerliche Freiheit daurend seyn werde, diese Sicherheit kan nur zweckmäfsig-organisirte politische Freiheit verleihen.

Eine Nation, die sich Weisheit und Geschicklichkeit genung zutraut, um die politi-

sche Freiheit zweckmäfsig zu organisiren, (ein Geschäft, das nicht unter die leichtesten gehört) hat Recht, wenn sie sich nach politischer Freiheit sehnt: der Wunsch, einen Antheil an der Gesetzgebung zu haben, ist an und für sich ein erlaubter, wenn gleich oft ein vermefsner Wunsch: und bürgerliche Freiheit auf einen festen Grund stellen wollen, ist ein preiswürdiges Unternehmen. Eine Nation aber, die in dem Wahne steht, durch blofse politische Freiheit sey alles gethan, und die bürgerliche (der höchste Zweck der Gesellschaft) ergebe sich aus jener von selbst, geht ihrem Unglück entgegen: und ihre Verblendung wird noch verderblicher, wenn sie gar, um nach politischer Freiheit zu haschen, eine alte (nicht-politisch-freie) Verfassung opfert, worin sie bürgerliche Freiheit, wenigstens einen ansehnlichen Grad derselben besafs.

Der, welcher kein andres Gesetz kennt, als die Laune eines Gebieters, oder der, welcher neben dem Gesetz auch noch der Willkühr eines Herrn gehorcht, ist im politischen Sinne ein Sklave dieses Herrn. Der, welcher blofs Gesetzen, aber ungerechten, drückenden Gesetzen gehorcht, ist ein Sklave

dieser Gesetze. Der, welcher gerechten Gesetzen und nur diesen Gesetzen gehorcht, ist ein freier Unterthan. Wenn er mit diesem Vorzuge noch die Sicherheit verbindet, daß er denselben vermöge der Organisation des Staats, in welchem er lebt, immer besitzen wird, so genießt er den höchsten Grad der Freiheit, der in der bürgerlichen Gesellschaft denkbar ist.

Allenthalben, wo politische Freiheit nicht zur bürgerlichen führt, artet sie bald in einen leeren Namen aus; und hat selbst, so lange sie dauert, keinen Werth. Sie (ein relatives Gut) ist nur kostbar, wenn sie einem absoluten Gut, der bürgerlichen Freiheit dient: an und für sich ist sie nichts, oder weniger als nichts. In einer Volksversammlung, welche Gesetze giebt, mitzusprechen, oder einen, der Gesetzgeber seyn soll, selbst zu wählen, kan an und für sich nur eine kindische Eitelkeit beglücken: wem hieran genügen kan, verdient es kaum, wahrhaft frei zu seyn. Aber — kein andres Joch zu tragen als das Joch eines gerechten, eines für alle gleichen Gesetzes (von wannen es auch kommen möge) das darf der höchste Wunsch eines ver-

nünftigen Mannes seyn; das ist das Recht des civilisirten Menschen.

Politische Freiheit und bürgerliche Freiheit haben ihre Grade. Es ist eine interessante, wenn gleich nur eine müssige Frage, was das höchste in beiden sey.

Der höchste Grad von politischer Freiheit müßte da Statt finden, wo die Gesetze in der Versammlung einer ganzen Nation gegeben würden, und jedes Mitglied der Nation ohne Ausnahme eine Stimme dabey hätte. Eine solche Verfassung könnte nur ein ganz kleiner Staat haben. Sie hat wahrscheinlich noch nie in ihrer ganzen Reinigkeit existirt, und, was das merkwürdigste ist, sie würde die bürgerliche Freiheit eher in Gefahr bringen als sicher stellen.

Der höchste Grad von bürgerlicher Freiheit wäre da zu finden, wo nie eine andre Macht, als die des Gesetzes gälte, und wo das Gesetz nie eine andre Sprache als die Sprache der Gerechtigkeit führte. Man darf diese Bedingungen nur aussprechen, um die Unmöglichkeit der Sache darzustellen.

Die bisher aufgestellte Rangordnung unter den Begriffen von bürgerlicher und poli-

tischer Freiheit ist ein wesentliches Prolegomenon für jeden, der über politische Gegenstände philosophiren will. Jetzt, wo Millionen Menschen nach Freiheit schreyen, sollte doch Jedermann sich Rechenschaft darüber geben können, welche Freiheit er eigentlich begehre.

Geht man aber in der Analyse dieser Begriffe weiter, so zeigt sich der Unterschied zwischen bürgerlicher und politischer Freiheit bald noch in einem andern Lichte.

Es giebt im Grunde nur eine einzige politische Freiheit: und das ist die, welche wir bisher (mit Mounier und andern Staatsgelehrten) die bürgerliche genannt haben. Wer nur gerechten Gesetzen gehorcht, ist schon so frei, daß er nicht mehr freier werden kan. Woher diese Freiheit oder diese gerechten Gesetze stammen, und was ihre Dauer verbürgt, sind Nebenumstände, die in den reinen Begriff der Staatsfreiheit nicht gehören. Die höchste bürgerliche Freiheit wird freilich unter einer (politisch-) freien Verfassung dauerhafter, unter einer (politisch-) nicht freien vergänglicher seyn: aber sie ist an jene nicht nothwendig geknüpft, mit dieser nicht

unvereinbar. Man kan also von allem, was Verfassung heisst, abstrahiren, und doch den Begriff der Freiheit im Staat in seiner höchsten Reinigkeit behalten.

Dagegen ist es ganz uneigentlich gesprochen, wenn man den mittelbaren oder unmittelbaren Antheil des einzelnen Bürgers an der Gesetzgebung, wie es oft geschieht, und bisher auch hier geschehen ist, Freiheit nennt; er gehört in eine ganz andre Kategorie, und verdient eher Macht zu heissen. Freiheit ist in jeder Rücksicht ein negativer Begriff: in dem Begriff eines Rechts Gesetze zu machen liegt kein negatives Merkmal.

Es giebt keine bürgerliche Freiheit im Staat, wenn nicht alle Mitglieder desselben ohne Ausnahme sie geniessen. Das gerechte Gesetz kennt keine Unterschiede, und wo bürgerliche Freiheit wohnt, ist nichts über dem Gesetz. Das Amt die Gesetze zu machen hingegen haben vom Anbeginn der Geschichte bis auf das Jahr 1792 noch nirgends alle Mitglieder eines Staats, weder mittelbar noch unmittelbar besessen; und vor den Pariser Demagogen ist es keinem Menschen eingefallen, darin eine Ungerechtigkeit zu finden.

Ob das Gesetz von drey Personen oder von tausenden gemacht sey, ob ich geradezu oder durch Stellvertreter, förmlich oder stillschweigend, meine Zustimmung dazu gegeben habe, alles das ist gleichviel, wenn es nur gerecht, souverain und allmächtig ist. Wer einem gerechten Gesetz gehorcht, gehorcht immer nur sich selbst. — Wie kan man aber, wenn man mit Präzision reden will, das, was sich ohne alle Ungerechtigkeit auf mehr oder weniger Bürger ausdehnen, einem einzigen oder einer Gesellschaft übertragen, selbst verwalten oder durch Repräsentanten ausüben läßt — Freiheit nennen?

Strenge gesprochen giebt es also nur eine einzige Art von politischer Freiheit: die andre, die diesen Namen zu führen pflegt, ist nichts als eine gewisse Form der bürgerlichen Gesellschaft, die unter gewissen Bedingungen sehr wohlthätig für die Freiheit wird. Weil man Freiheit und diese Form oft bey einander fand, nannte man diese Form selbst Freiheit.

Jetzt läßt sich begreifen, wie wir oben sagen durften, eine Freiheit sey das Mittel, und eine andre der Zweck, eine Freiheit diene der

ändern. Ohne die eben gegebne Erklärung hätten Ausdrücke dieser Art keinen rechten Sinn. Montesquieu sagt: „Die politische Freiheit (im Gegensatz der bürgerlichen) sey die Meinung, die man von seiner eignen Sicherheit hat.“ Wäre die politische Freiheit in eben dem Sinne des Wortes Freiheit, als die bürgerliche es ist, so würde diese Definition unverständlich oder im höchsten Grade willkührlich seyn: sie ist keins von beiden, wenn man sich, ohne an einem vieldeutigen Worte zu kleben, unter den Gegenständen, die es bezeichnet, nur immer so viel und nicht mehr denkt, als sie wirklich sind.

So nöthig diese Erklärung auch seyn mag, so war es doch bey derselben nicht die Absicht, den Ausdruck, politische Freiheit in dem Sinne, in welchem ihn die meisten politischen Schriftsteller nehmen, zu verdrängen. Wenn man sich einmal allgemein darüber verständiget hat, was ein solcher Ausdruck bezeichnen soll, so kan er auch bey einem gewissen Grade von Zweydeutigkeit beybehalten werden: nur muß man ihn dann mit verdoppelter Aufmerksamkeit beleuchten,

leuchten, sobald er sich zeigt, damit er nicht eine Quelle der gefährlichsten Mißbräuche werde. Die Demagogen unsrer Tage haben es die Menschheit schwer genug empfinden lassen, daß man nicht besser für die Reinigung und Befestigung der politischen Grundbegriffe gesorgt hatte. Unter dem unbestimmten Titel der Freiheit suchten sie eine unbeschränkte politische Freiheit einzuführen, indem sie dem geringsten Bettler einen eingebildeten Antheil an der Gesetzgebung zusprachen. Nachdem sie dies gethan hatten, rissen sie (im Namen einer souverainen und alles-regierenden Nation) alle bürgerliche Freiheit mit der Wurzel aus. Dieser verrätherische Handel hat Frankreich in eben dem Augenblick, da es die höchste Unabhängigkeit errungen zu haben wähnte, in die tiefste und verächtlichste Sklaverey gestürzt.

II.

Ueber den Allgemeinen Willen.

Wenn man sich die Gerechtigkeit und die Weisheit in Einem Wesen personifizirt, und dieses Wesen als Gesetzgeber denkt, so müßten alle Völker der Erde seinen Gesetzen huldigen. Eine Gesellschaft, in der eine solche Gottheit aufträte, hätte nichts weiter zu thun, als anzubeten und zu gehorchen.

Es war dieses Ideal, was einige Philosophen den allgemeinen Willen nannten. Sie meinten, das Resultat des Wollens einer großen Gesellschaft, nach Abzug alles dessen, was Privatabsichten, Privatneigungen und Privatleidenschaften hinein bringen, würde durchaus gerecht, und weise und sittlich-gut seyn. Es war ein Irrthum: aber ein Irrthum der sich auf eine große und tiefe Wahrheit gründete.

Wenn es möglich wäre, jeden menschlichen Willen von allen Schlakken der sinnlichen Lust und Unlust (so wie den Verstand, der ihn leitet, von allen Blendwerken des sinnlichen Urtheils) zu befreien, so würde allenthalben das Wahre, Rechte und Gute in seiner größten Lauterkeit übrig bleiben. Nennt man nun das, worin unter dieser Voraussetzung alle zusammentreffen würden, den allgemeinen Willen, so hat Rousseau Recht, wenn er den allgemeinen Willen, so wie die Physiokraten, wenn sie ihre alles regierende Vernunft (eine andre Formel für denselben Begriff) untrüglich nannten.

Der allgemeine Wille muß als oberste leitende Idee den Vorsitz bey jeder guten Gesetzgebung auf Erden führen. Ein Gesetz, das vor seinem Richterstuhl verworfen wird, ist nicht werth, eine Vorschrift für vernünftige, zur Freiheit berufne Wesen zu seyn, und wenn es auch ein Halbgott gegeben, und das ganze Menschengeschlecht sanctionirt hätte.

Bis so weit ist alles in Ordnung. Die Schwierigkeiten treten nur dann ein, wenn die Frage entsteht: Wie gelangt man dazu, diesen allgemeinen Willen zu vernehmen?

Es wäre ein grober Irrthum, wenn man sich einbilden wollte, man dürfte, wo tausend über einen Gegenstand berathschlagen, das, was sechs oder sieben hundert gegen vier oder drey hundert darüber denken, geradezu niedersetzen, um den allgemeinen Willen vor sich zu haben. Es giebt kaum eine Narrheit, und kaum ein Bubenstück unter der Sonne, das nicht hin und wieder eine Stimmenmehrheit gut geheissen hätte. Gleichwohl haben sich demokratische Schriftsteller nicht entblödet, diesen allgemeinen Willen, der nichts anders ist, als die Tyranney von dreyen gegen zwey, für den Gesetzgeber aller Staaten zu erklären.

Rousseau's Idee war unendlich feiner und scharfsinniger. Er wollte aus allen Meinungen einer deliberirenden und votirenden Nation das, worüber alle übereinstimmen, von dem, was jedem seine Privatsituation eingab, sondern, und das reine Residuum war sein allgemeiner Wille.

Diese Methode ist unausführbar. Eine ganze Nation, wenn sie auch in einer einzigen kleinen Stadt eingeschlossen wäre, deliberiren zu lassen, um den allgemeinen Wil-

len zu erforschen, ist ein Problem, das ganz andre Schwierigkeiten hat, als man bey einem ersten, flüchtigen Anblick denken sollte. Ein bloßes Stimmengeben durch Ja und Nein ist keine Deliberation, wie sie hier verlangt wird. Das Resultat eines solchen Stimmengebens hängt von der Art und Weise ab, wie der, welcher die Deliberation leitet, seine Anträge faßt. Eine wirkliche Deliberation, wo Jeder seine Meinung sagt, wird das, was hier der allgemeine Wille heißt, nie rein liefern, man wird ihn daraus construiren müssen. Der aber, der diesem Geschäft gewachsen seyn will, muß das Ideal, was erst gesucht werden soll, schon im Kopf und Herzen tragen.

Gesetzt aber, diese Methode sey ausführbar, so ist sie doch nicht untrüglich. Es liegt durchaus kein Widerspruch darin, daß eine Versammlung von Tausenden in einen und denselben verderblichen Irrthum zusammenstimme, durchaus kein Widerspruch, daß eine Versammlung von Tausenden eine empörende Ungerechtigkeit beschliesse. Wo ist alsdann der allgemeine Wille?

Gesetzt endlich, die Methode wäre brauchbar, so würde sie doch nie die ausschliessend-brauchbare seyn. Man weiß entweder gar nicht, was man mit dem allgemeinen Willen meint, und verfällt in den Irrthum derer, die ihn für das Geschrey der Menge halten, oder man muß eingestehen, daß, wenn unter tausend Deliberirenden — Einer nach der Gerechtigkeit und alle übrigen nach Leidenschaften und Grillen votirten, jener den allgemeinen Willen aussprach, und diese nicht werth waren, Gesetzgeber zu seyn. Das Resultat wäre also völlig das nehmliche gewesen, wenn die 999 Blinde den einzigen Sehenden um seinen Rath gefragt, oder sich seinem Ausspruch ohne Weitläufigkeit unterworfen hätten.

Die Anzahl derer, welche ein Gesetz beschließen, trägt nicht das geringste zur Gerechtigkeit oder Güte desselben bey. Es entscheidet nichts für die Gerechtigkeit oder Güte eines Gesetzes, ob der, welcher demselben gehorchen soll, es selbst gemacht hat, oder nicht. Wenn er ungerecht und unweise ist, so wird er sein eigener Tyrann werden, indem er sein eigener Gesetzgeber zu seyn glaubte:

er wird das Gebäude seiner Sklaverey, er wird den Kerker, der ihn verschlingen soll, mit eignen Händen erbauen, anstatt, daß er vielleicht den Gipfel der Freiheit erklimm, wenn er seinen Willen der Gesetzgebung eines gerechtern und weisern Willens unterordnete.

Aus der (größern oder geringern) Unzuverlässigkeit aller Organe des allgemeinen Willens ergiebt sich einer der vornehmsten Gründe für eine in unsern Tagen sehr oft gemißbrauchte, aber auch sehr oft zur Ungebühr angefochtne Maxime, nemlich „daß „man in der Staatswissenschaft mit Theorien nicht ausreiche, sondern seine Zuflucht „zur Erfahrung nehmen müsse.“ Es läßt sich von der absoluten Alleinherrschaft durch alle Schattirungen der gemischten Staatsconstitutionen hindurch bis zur absoluten Demokratie keine Form der Gesetzgebung denken, von der man (*a priori*) mit völliger Gewissheit sagen könne, sie werde die Herrschaft des allgemeinen Willens, d. h. der Gerechtigkeit und Weisheit realisiren. Der wesentlichste Theil der Ueberzeugung von der Güte einer politischen Verfassung muß also auf Beobachtungen über ihre Tauglich-

keit zum höchsten Zweck der Gesellschaft gegründet werden.

Aus der Vereinigung dieser Beobachtungen (der kostbarsten Ausbeute des Studiums der Geschichte) mit den Prinzipien der reinen Staatswissenschaft, haben sich einige politische Normalsätze ergeben, die man als einen wahren Compafs auf dem stürmischen Element ansehen kan, durch welches Jeder, der berufen ward, an einer Staatsverfassung zu arbeiten, seinen mühseligen Weg nehmen muß: ein Compafs, den er keinen Augenblick vernachlässigen darf, ohne an dem drohenden Felsen einer furchtbaren Alleinherrschaft zu scheitern oder in dem gränzenlosen Ozean einer tobenden Demokratie unterzugehen.

Einer der wichtigsten von diesen Normalsätzen ist der, welchen Mounier hier von neuem eingeschärft hat. „Die Befugniss, im Namen des allgemeinen Willens zu sprechen, muß niemals einer einzigen Person oder einem einzigen Corpus überlassen werden.“ Die Erfahrung hat gelehrt, daß durch das Kunststück der Theilung der gesetzgebenden Macht, einer der größten Fort-

schritte, die man (in Rücksicht auf die Form) jemals im Wege der Erforschung des allgemeinen Willens machte, bewirkt worden ist *).

Rousseau behauptete, die einfachen Formen wären die besten, schon darum, weil

*) Die bürgerliche Freiheit, die aufs allerwesentlichste dabey interessirt ist, daß der allgemeine Wille immer in seiner größten Reinigkeit vernommen werde, und der also schon von dieser Seite der obige Normalsatz höchst wichtig seyn muß, gewinnt durch denselben noch von einer andern Seite nicht wenig. Denn gesetzt, ein Individuum, oder eine einzelne Congregation (als ein Individuum *in sensu morali* betrachtet) wären so gerecht und so weise, daß ihre gesetzgebende Aussprüche beständig mit dem allgemeinen Willen übereinstimmten, so könnte die bürgerliche Freiheit doch immer nicht hinlänglich gedeckt seyn. Denn sie fordert nicht allein, daß der Bürger gerechten Gesetzen, sondern auch, daß er nur diesen Gesetzen gehorche. Wenn es also in einem Staate auch nichts als gerechte Gesetze gäbe, so bliebe demohnachtet die Gefahr, daß neben diesen Gesetzen eine andre, vielleicht aus dem Schoofse des Gesetzgebers entspringende Macht auftreten, und ihren Privatwillen mit Gesetzeskraft aufdringen könnte. Auch dieser Gefahr soll die Theilung der öffentlichen Gewalt ein Ende machen.

sie einfach sind. Er verachtete alle künstliche Staatsverfassungen. Er verwarf das Repräsentationsystem gänzlich. Die Bürger seiner Republik sollten unaufhörlich auf den großen Plätzen seyn, alles selbst beschließen, die Gesetze in Person genehmigen. Es war ein Delirium von politischer Freiheit. Auch hatte dieser Exceß das Schicksal aller andern. Er mußte mit einer Hand niederreißen, was er mit der andern baute. Da er sein Ideal nur in solchen Staaten realisirt fand, wo bürgerliche Knechtschaft gebräuchlich war, so fühlte er sich versucht, bürgerliche Knechtschaft zurück zu wünschen: der menschenfreundliche Rousseau konnte der Lobredner einer Regierungsform werden, worin 400,000 Menschen Sklaven waren, damit 20,000 sich selbst Gesetze machen konnten!

Wenn es mißlich und schwer ist, den allgemeinen Willen durch Staatsformen hervorzubringen, so ist es desto leichter, ihn zu erkennen, wo er sich einmal geäußert hat. Wo Gerechtigkeit und Weisheit der Charakter eines Gesetzes ist, da redet der allgemeine Wille, wie auch das Organ beschaffen gewesen sey. Ein gerechtes und wei-

ses Gesetz konnte nie von einer größern Autorität hergekommen seyn, als von der es wirklich stammt.

Die französischen Politiker haben unter andern bisher unerhörten Behauptungen der Welt auch die aufgetischt, „dafs es durchaus nichts rechtmäßiges geben könne, als was beym Volk seinen Ursprung genommen habe, und dafs die gerechtesten und weisesten Gesetze aufhören, gerecht und weise zu seyn, sobald man entdeckt, dafs ein sogenannter Tyrann der Erfinder derselben war.“ Wenn wirklich diejenige Form eines Staats, welche die Vortrefflichkeit und die Alleinherrschaft der Gesetze (die beiden Fundamente der bürgerlichen Freiheit) auf immer vollkommen sicherte, (der Stein der Weisen in der Politik) gefunden wäre, so verdiente eine solche Behauptung dennoch Thorheit genannt zu werden. Man müfste diese Form in ihren Bruchstücken, in ihren kleinsten Partikeln ehren: allenthalben, wo man einen Theil des grofsen Zwecks auch ohne diese Form erreicht sähe, müfste man den Tadel ruhen lassen. Wenn man aber von dieser Form noch so weit entfernt ist, dafs man

sogar das Bedürfnis, sie zu suchen, nicht mehr fühlt, ist es nicht Wahnsinn, das Gute, was in einer andern ans Licht kömmt, zu verdammen?

Eben diese Schriftsteller bemühen sich, ihre Zeitgenossen zu überreden, daß das Unrecht, welches eine Nation sich selbst zufügt, kein wahres Unrecht, die Uebel welche sie sich selbst bereitet, keine wahren Uebel wären. Man sollte kaum glauben, daß eine solche Behauptung den geringsten Eingang finden könnte, da sie sich an das Gefühl wendet, welches gemeinhin weit unbestechlicher als das Urtheil ist. Nichts desto weniger hat sie unglaublichen Eingang gefunden, und es fehlt auch dem Beobachter des menschlichen Herzens nicht am Schlüssel zu dieser Erscheinung. Ehe in Frankreich die Periode der allgemeinen Betäubung und des allregierenden Schreckens eintrat, war die Eitelkeit der wahre Souverain des Landes. Kein Elend ist so groß, daß die Eitelkeit es nicht unter gewissen Bedingungen, und um diesen oder jenen Preis wünschenswertig machen sollte. Die meisten Menschen, die von Freiheit sprechen, sehnen sich nicht nach

Freiheit, sondern nach Macht; sie wollen nicht dem allgemeinen Willen gehorchen, sondern ihren eignen Willen zum allgemeinen machen. Sie lassen sich unterdrücken, wenn ihnen nur das köstliche Vergnügen zu Theil wird, wieder unterdrücken zu können. Sie lassen sich sechs Tage der Woche die härteste Sklaverey gefallen, wenn sie nur am siebenten herrschen, oder sich einbilden können, daß sie herrschen.

III.

Ueber Freiheit als ein Recht betrachtet.

Es ist nicht leicht möglich, über den Unterschied zwischen bürgerlicher und politischer Freiheit nachzudenken, ohne auf die Frage zu gerathen: In welcher Bedeutung des Wortes Freiheit ein Recht genannt werden kan?

Im außergesellschaftlichen Zustande hat der Mensch die Befugniss, alle seine Handlungen nach Willkühr zu bestimmen. In der Gesellschaft begiebt er sich dieser Befugniss, in so fern der allgemeine Zweck der Mitglieder der Gesellschaft es fordert. Er thut es aber nie ohne folgende beide Reservationen: 1) daß er in allen den Punkten, worin ihn der allgemeine Wille (das Gesetz) nicht beschränkt, so frei bleibe, als zuvor. 2) daß selbst das

Gesetz ihn nie ohne Noth *), und immer nur nach allgemein geltenden Maximen beschränke. Ohne diese beide Reservationen würde niemals ein Mensch freiwillig in eine bürgerliche Verbindung treten können: denn hätte das, was er bey dieser Gelegenheit aufopfern muß, nicht irgendwo bestimmte Grenzen, so könnte er leicht in den Fall kommen, alles aufopfern zu müssen: Niemand

*) Es giebt zwei grofse Steine des Anstosses, die sich schlechterdings von keiner bürgerlichen Verfassung trennen lassen. 1, In einer jeden muß man einem oder mehreren Menschen die Bestimmung dessen, was jedesmal Noth ist, überlassen; und diese Befugnifs kan, wie man es auch anfangen möge, gemifsbraucht werden. 2, In einer jeden muß man denen, welche die Gesetze ausführen sollen, Macht in die Hände geben; und es ist nie zu verhindern, ja es muß in gewissen Fällen sogar gut geheissen werden, daß sie mit dieser Macht über das Gesetz hinaus gehen. — Je weiser die bürgerliche Verfassung organisirt ist, desto weniger wird der einzelne Bürger unter diesen beiden Inconvenienzen leiden. Da sie aber im günstigsten Fall nicht ganz gehoben werden können, so kan man es als ein sichres Faktum annehmen, daß der Mensch, indem er sich in eine bürgerliche Verbindung be-

aber geht freiwillig einen Vertrag ein, wobey er Gefahr läuft alles zu verlieren.

Bürgerliche Freiheit also, d. i. die Uneingeschränktheit des Bürgers in Ansehung aller Handlungen und Unterlassungen, worin ihn gerechte Gesetze nicht beschränken, ist das Recht eines Jeden der im Staate lebt: und allenthalben, wo ungerechte Gesetze, oder gar

giebt, immer noch etwas mehr aufs Spiel setzt, als zur Erreichung des Zwecks der Verbindung schlechterdings erforderlich ist.

Da sich aber dieses etwas mehr nie (so wenig als die Friction beym Maschinenbau) in Rechnung bringen, und darüber kein andres allgemeines Princip, als: Je weniger desto besser, aufstellen läßt, so ist jedes Individuum befugt, davon nur als von einem nothwendigen Uebel Notiz zu nehmen, übrigens aber, seinen wohlgegründeten Reservationen nichts zu vergeben, und immer zu unterscheiden, was er als unerlässliche Bedingung einer bürgerlichen Gesellschaft überhaupt zu tragen hat, und was er erdulden muß, weil diese Gesellschaft aus Menschen, (nicht aus rein-moralischen Wesen) besteht. Die reine Staatswissenschaft bekümmert sich nur um das erstere: die praktische aber kan ohne ein tiefes Studium des letztern nicht gedeihen.

gar gesetzlose Willkühr herrschen, findet ein Zustand der Unterdrückung Statt.

Wenn man unter Politischer Freiheit den Antheil eines jeden Bürgers an der Gesetzgebung des Staates, worin er lebt, versteht, so kan man nicht unbedingt behaupten, daß Politische Freiheit ein Recht des Bürgers sey. Denn wir haben oben gesehen, daß es Fälle giebt, wo die politische Freiheit die bürgerliche tödtet. Nun ist aber bürgerliche Freiheit das unstreitige Recht eines jeden Staatsbürgers. Unbedingte und unbestimmte Politische Freiheit verlangen, heist also, etwas begehren, das unter gewissen Umständen das Recht der Bürger beeinträchtigen kan. Wenn daher auch ein einzelnes Mitglied oder mehrere Mitglieder des Staats thörigt genug wären, ihre eigne bürgerliche Freiheit, oder ihre Ansprüche und Hoffnungen auf den Genuß derselben in die Schanze zu schlagen, um nur der politischen Freiheit theilhaftig zu werden, so können sie doch nie befugt seyn, alle ihre Mitbürger in diesen gefährlichen Handel zu ziehen. Hieraus folgt, daß politische Freiheit, wenn sie nicht näher als in der obigen Definition

bestimmt wird, nicht unter die Rechte des Bürgers gehören kan.

Sobald man aber unter politischer Freiheit die wohl-organisirte, oder mit andern Worten, die Verfassung, durch welche die bürgerliche Freiheit möglichst gesichert wird, versteht, so muß die Frage: ob sie zu den Rechten des Bürgers gehört, bejaht werden. Wer ein Recht auf den Zweck hat, muß ein Recht auf alle diejenigen Mittel haben, ohne die der Zweck nie vollständig erreicht werden kan. Wenn also bürgerliche Freiheit das Recht jedes Bürgers ist, so muß es auch diejenige politische Freiheit, d. i. diejenige Organisation des Staats seyn, welche das Unterpfand der bürgerlichen Freiheit ausmacht.

In wie fern aber ist der Bürger befugt, sein Recht auf Freiheit geltend zu machen? In wie fern ist er befugt, sich aus einem Zustand, worin bürgerliche Freiheit gar nicht oder doch nur sehr unvollkommen existirt, oder aus einem Zustande, in welchem zwar ein beträchtlicher Grad von bürgerlicher Freiheit, aber gar keine politische, mithin wenig Sicherheit für die bürgerliche zu finden ist, in einen bessern Zustand zu versetzen?

Wenn es eine Verfassung geben könnte, in welcher die höchste oder absolute bürgerliche Freiheit durch die Organisation der öffentlichen Macht vollkommen und auf immer gesichert, und wenn es zugleich möglich wäre, dieses Maximums von Freiheit im Staat durch den bloßen Entschluß, es zu ergreifen, theilhaftig zu werden: so gäbe es für jeden, der sich in dieser allervollkommensten Verfassung noch nicht befände — ein Recht der Insurrection. Denn es giebt unstreitig eine Pflicht, jene Verfassung, welche mit dem höchsten sittlichen Zweck des Menschen so nahe zusammenhängt, zu wollen: wäre nun wollen und vollbringen Eins, so gäbe es eine Pflicht, sie zu realisiren: wer aber die Pflicht hat, muß auch das Recht haben, ohne welches die Pflicht nicht erfüllt werden kan *).

T 2

*) Man muß in den größten Verirrungen der Menschen immer nach irgend einer mißverstandenen Wahrheit suchen, zumal wenn andre Thatfachen uns belehren, daß es den Irrenden nicht an Verstand und nicht an Redlichkeit fehlte, Es war sicherlich die hier berührte Idee, vom Enthusias-

Beide Voraussetzungen aber sind falsch. Weil Menschen und menschliche Kräfte den Stoff aller politischen Verfassungen, wie auch die Form beschaffen seyn mag, abgeben, so bleibt ein Zustand, worin das Maximum von Staatsfreiheit zu finden wäre, ewig ein Ideal: und weil es ganz unmöglich ist, durch einen Sprung von einer schlechten Verfassung unmittelbar zu einer guten, oder gar zur bestmöglichen überzugehen, so kan es keine Pflicht geben, die diesen Uebergang geböte, weil keine Pflicht das Unmögliche gebietet. Es zwingt uns also hier nichts, ein Recht der Insurrection anzunehmen.

Wenn es aber nicht erlaubt seyn soll, den unlängbaren Anspruch auf bürgerliche Freiheit und eine sie beschützende Verfassung durch Insurrection geltend zu machen, welche andre Mittel können den Unterdrückten zum Genuß dieses Rechts verhelfen?

mus über die engen Schranken, innerhalb deren sie Wahrheit bleibt, hinausgeführt, was La Fayette und einige der bessern Revolutionisten auf die ausschweifende Maxime: „dafs die Insurrection die heiligste aller Pflichten sey“ leitete.

Es ist ein ewiges Grundgesetz der menschlichen Natur, daß sie in jeder Rücksicht nur stufenweise zur Vollkommenheit gelangt. In keinem menschlichen Verhältniß giebt es Ausnahmen von diesem Gesetz. Es wäre thöricht, sie im größten, schwierigsten und verwickeltsten aller seiner Verhältnisse zu erwarten.

Es ist ein andres Grundgesetz, welches der Menschheit ihre Schranken anweist: das höchste, das vollkommenste findet sich immer nur in der Idee, und nie in der Wirklichkeit. Es wäre demnach Vermessenheit, eine Staatsverfassung, die alle Bedingungen der Vortrefflichkeit in sich vereinigte, selbst unter den günstigsten Umständen für erreichbar zu halten *).

*) Das Verkennen oder Vergessen dieser beiden Grundgesetze hat manchen enthusiastischen Beförderer oder Bewunderer der französischen Revolution erzeugt. Einige bildeten sich ein, eine Nation dürfe nur wollen, und sogleich müsse eine schlechte Verfassung bis auf die letzte Spur ausgetilgt seyn, und eine gute an ihrer Stelle stehen. Andre wädhnten, das ungeheure Wirken von 25 Millionen Menschen werde mächtig genug seyn, alles was bis-

Das Recht, eine gute Staatsverfassung zu verlangen, kan eben so wenig als die Pflicht danach zu streben, auf eine andre, als die den Gesetzen der menschlichen Natur angemessene Art ausgeübt werden. Da es in den Fortschritten des Menschen weder Sprünge, noch die Hoffnung ein Höchstes zu erreichen giebt, so läßt sich auch die Vervollkommnung der Staatsformen nur nach und nach bewirken *).

Zu dieser allmählichen Verbesserung beyzutragen hat nun jeder Bürger das allervollkommenste Recht und die heiligste Pflicht. Er hat das allervollkommenste Recht, wenn

her auf Erden errungen ward, zu überflügeln, und das Ideal eines Staats zu realisiren. Brennende Schwärmer verbanden gar diese beide Irrthümer, und meinten, aus dem Schlamme von Paris sollte auf ihren Wink plötzlich das höchste politische Gut aufsteigen.

*) Es wäre zu weitläufig hier zu zeigen, wie sich jene beide Grundgesetze auch in der politischen Laufbahn der Völker bestätigen. Wer nur einigermaßen die Erfordernisse zu einer guten Staatsverfassung kennt, wird sich ohnehin die Gründe, weshalb sie auf eine schlechte durchaus nicht unmittelbar folgen kan, zu entwickeln wissen.

er in seinem Vaterlande keine bürgerliche Freiheit findet, nach Erlangung, wenn er sie in geringem Grade findet, nach Erhöhung, wenn sie zwar existirt aber durch nichts gesichert ist, nach Sicherstellung, und wenn sie zwar eine Schutzwehr, aber nur eine schwache Schutzwehr hat, nach Befestigung derselben auf jedem rechtmässigen Wege, das ist, auf jedem, der ihn nicht zur Verletzung irgend einer andern Pflicht führt, zu trachten: und wer ihn auf einem solchen Wege zurückhalten will, unterdrückt ihn.

Nur auf diese und auf keine andre Weise ist es möglich, einen anscheinenden Widerspruch in der Theorie der bürgerlichen Pflichten zu heben. Es giebt eine Pflicht, der Verfassung und den Gesetzen des Staates, in welchem wir leben, zu gehorchen. Es giebt eine Pflicht, diese Verfassung und diese Gesetze, so viel in unsern Kräften steht, vollkommner zu machen.

Die, welche sich an die erste dieser Pflichten allein halten, und die andre gänzlich verwerfen, sehen sich genöthiget, zu behaupten, daß die Gebrechen der Staaten verewiget werden müssen, daß Ungerechtigkeit und Ty-

rannei nur durch Ungerechtigkeit und Tyrannei vertrieben werden können, und daß es Frevel wäre, die Verwandlung eines ungerechten und drückenden Regierungssystems in ein gerechtes und wohlthätiges zu wünschen.

Die, welche bloß die Pflicht, nach guten Staatsverfassungen zu streben anerkennen, und die Pflicht gegen eine vorhandne schlechte gänzlich abläugnen wollen, müssen beweisen, daß der Staat, in welchem wir erzogen sind, dessen Gesetze wir tausendfältig, wenigstens stillschweigend, anerkannt, und dessen Wohlthaten (an denen es doch auch der schlechtorganisirte nicht ganz fehlen läßt) wir genossen haben, nichts von uns zu fordern berechtigt sey, vorzüglich aber, daß Verträge willkührlich gebrochen werden können. Sie vermögen nicht es zu beweisen *).

*) Der Verfasser der bekannten Beyträge zur Berichtigung der Urtheile über die französische Revolution hat es noch neuerlich ohne Erfolg versucht. Es ist ein Glück, daß seine — recht eigentlich heillosen — Sophistereyen nicht einmal einer kunstmäßigen Widerlegung bedürfen, weil sie schon den gemeinen Verstand und den superficiellen Leser empören müssen.

Beide Pflichten sind da, und beiden kann in bester Harmonie Genüge geleistet werden. Die Pflicht gegen die vorhandne Verfassung ist älter und früher im Range. Sie muß zuerst erfüllt werden. Jeder Verbesserer, der mit dem Umsturz seiner Verfassung beginnt, geht pflichtwidrig zu Werke, und arbeitet für die Zerstörung. Nur der, welcher das Neue an das Alte knüpft, leistet allen seinen Pflichten Genüge, strebt nach einem erreichbaren Zweck, baut auf einem sichern Grunde, und wird mit Ruhm und Ehre vollenden.

Es war eine treffliche Aeußerung des edeln Malouet, als er an einen seiner Freunde schrieb: „Lebte ich in den Staaten des „Großsultans, so würde ich damit anfangen, ihm zu gehorchen.“ So spricht der Bürger, der Weise, der Patriot, der Gesetzgeber! so spricht der wahre Menschenfreund und der wahre Reformator!

Zwey Einwürfe erheben sich gegen diese Theorie. Der Eine ist dieser: Es giebt Staaten, heißt es, die auf einer so niedrigen Stufe politischer Vollkommenheit stehen, in welchen die Menschheit so hoffnungslos un-

terdrückt ist, daß sich nicht die kleinste Annäherung zum Bessern mit der geringsten Wahrscheinlichkeit denken läßt: die Verfassungen solcher Staaten müssen doch wohl mit der Wurzel ausgerissen werden?

Hierauf antworte ich: Nationen, die unter solchen Verfassungen leben, sind gewiß so barbarisch oder so erniedriget, daß die plötzliche Erschaffung einer guten Constitution bey ihnen unter die Unmöglichkeiten gehört. Der rasche Weg wird ihnen noch weniger gedeihen, als solchen, die näher an der Vollkommenheit sind. Sollte diesen Nationen auf dem sanften, langsamen Wege nicht zu helfen seyn, so könnte ihnen gar nicht geholfen werden. Keine bürgerliche Gesellschaft ist aber so roh oder so verloren, daß sich gar nichts zu ihrer Besserung thun ließe. Wenn das Schicksal in den Staaten des Kaisers von Marocco einen fähigen Kopf erweckte, so könnte er daran arbeiten, die Sklaverey seiner Mitbürger zu mildern. Nicht etwa, indem er gegen den Tyrannen Sturm ließe; er würde das Land in Blut ersäufen, und die Hoffnung eines bessern Zustandes vielleicht auf immer davon entfernen: —

wohl aber, indem er still und gelassen Licht um sich her verbreitete, den Funken der Menschlichkeit zu wecken suchte, und das erste leise Bewußtseyn einer innern Würde, wäre es auch nur bey zwey oder drey Individuen, ins Leben rief. Er hätte dem Anschein nach — wenig, in der That viel, unendlich viel gewirkt.

Der zweite Einwurf ist dieser: Kein Staat, dessen Verfassung einen erheblichen Grad von Vollkommenheit erreichte, ist auf diesem sanften und gerechten Wege allein dazu gelangt. Stürme, gewaltthätige Angriffe, und augenblickliche Ungerechtigkeiten haben allenthalben dazu gedient, die Freiheit zu gründen. Die Britische Constitution, die wir bewundern und beneiden, wäre ohne die Kriege unter Carl I, ohne das Blut dieses unglücklichen Monarchen, ohne die Verbrechen des langen Parlements, ohne die unbarmherzige Unterdrückung der Anhänger eines tyrannischen, aber rechtmäßigen Königes, nie zu Stande gekommen.

Sehr wahr! antworte ich: aber hier ist vom Recht die Rede. — In dem wunderbaren Ganzen, von welchem die Staatsgesellschaften Theile sind, führt auch das Böse

zum Guten, das Werk der Finsterniß zum Licht: das Reich der Gerechtigkeit erhebt sich aus den Abgründen der Bosheit; und Cromwell's grausame Bübereyen bereiten die bürgerliche Freiheit einer Nation vor. Aber, fragt denn der redliche Mann, wenn er handeln will, nach dem Ausgange, womit blinder Zufall oder eine Weltregierung, deren Wege er nicht kennt, seine Handlungen, vielleicht in fernen Jahrhunderten krönt, und nicht vielmehr nach dem Zusammenstimmen derselben mit den wohlbekannten Regeln des Rechts und der Pflicht? Wäre auch noch keine einzige Staatsreform durch rechtmäßige Mittel allein bewirkt, so ist es doch immer von äußerster Wichtigkeit zu bestimmen: wie man Staatsreformen und bürgerliche Freiheit durch rechtmäßige Mittel zu suchen hat: und sollte in einer grossen und fürchterlichen Crise der rechtschaffne Mann selbst über die Linie des Erlaubten hinausgerissen werden, so liegt doch unendlich viel daran, daß er diese Linie so frühzeitig als möglich wieder ins Auge fasse.

Frankreich befand sich im Anfange des Jahrs 1789 in der überschwenglich-glückli-

chen Lage, daß es die Ausführung der größten Reform, die noch je, so lange Staaten existiren, realisirt oder auch nurersonnen ward, auf einem durchaus rechtmäßigen Wege hoffen durfte. Eigennutz, Ehrgeitz und tausend andre gehässige Laster traten in den Weg. An dem rechtmäßig-erworbnen genügte ihnen nicht. Es wurden frevelhafte Plane zur Erreichung unerreichbarer Zwecke geschmiedet: Zwietracht, Aufruhr, Blut — sollte eine idealische Freiheit begründen! Und Frankreichs — und Europa's! — schönste Hoffnung verflog wie ein träumerisches Schattenbild in die Lüfte.

Die, welche die Verwirrung des französischen Staats, und die Verlegenheit der Regierung in den letzten Jahren vor der Revolution ohne alle selbstsüchtige Absicht zu einer Hauptreform der Staatsverfassung zu lenken suchten, handelten redlich und weise. Die, welche auf den Entschluß des Königes, die Stände zu versammeln, den Entwurf zu einer festen, der bürgerlichen Freiheit, und dem Wohl des Ganzen günstigen Verfassung gründeten, und diesen Entwurf mit Eifer und Unerschrockenheit auszuführen suchten,

waren aufgeklärte und redliche Patrioten. Die aber welche sich die Schwäche und Verlegenheit des Hofes zu Nutze machten, um die Regierung völlig über den Haufen zu werfen, waren pflichtvergessne Bürger, und wurden die Mörder ihres Vaterlandes.

IV.

Ueber den Anspruch der Parlamenter auf ein
Mandat der Reichsstände.

Da dieser Anspruch der Parlamenter ein an sich zwar unbedeutender, aber doch durch seine Entstehung merkwürdiger Anspruch ist, und da er wirklich bey den Streitigkeiten des Hofes mit den Parlamentern oft eine sehr bedeutende Rolle spielen mußte, so hielt ich es der Mühe werth, seinen Ursprung etwas näher aus einander zu setzen.

Heinrich III. hatte sich im Jahre 1576 entschliessen müssen, das sogenannte Pazifikations-Edikt zum Besten der Hugenotten zu geben, worin ihnen vollkommne und uneingeschränkte Religions-Freiheit, das Recht zu allen Aemtern zu gelangen, die Hälfte der Stellen in allen Parlamentern zugesagt, das Gedächtniß der vornehmsten un-

schuldig-verdamnten rehabilitirt, ihren Erben die Succession eröffnet, und sogar festgesetzt ward, daß die Kinder der verheyratheten protestantischen Priester als rechtmäßig angesehen werden sollten.

Heinrich bereute dieses überausgünstige Edict, als er es kaum publizirt hatte. Es erregte eine allgemeine Wut unter der katholischen Parthey. Es erzeugte jene berühmte Confederation, welche man die heilige Lige nannte, welche Frankreich endloses Unglück bereitete, den König selbst erst an den Rand des Verderbens führte, und zuletzt ins Grab stürzte.

Heinrich berief die Reichsstände nach Blois. Der Einfluß der Königlichen Autorität, und weit mehr als dieser, die Macht der Guisen, die sich als die Häupter der Lige und bald des Königreichs ansahen, wuste alles was sich zum Protestantismus neigte von der Wahlversammlung durchaus zu entfernen: der dritte Theil des Reichs war also auf dem Reichstage zu Blois gar nicht repräsentirt.

Nichts war natürlicher, als daß der König von Navarra, der Prinz von Condé, der

der Marquis von Montmorency, und mit ihnen eine große Menge vornehmer Hugonotten zum voraus gegen die Ständerversammlung protestirten. Selbst viele billigdenkende Katholiken traten dieser Protestation bey. Sie erklärten, „dass sie den Reichstag als null „und nichtig ansähen.“

Da die Abschaffung des Pazifikationsedikts die Hauptabsicht der Versammlung der Stände war, so konnte man nicht genung eilen, diesen meineidigen Schritt einzuleiten. Das erste, was man dazu für nöthig hielt, war eine Gesandtschaft an die protestirenden Prinzen. Das Geschäft war von einer etwas seltsamen Art. Man wollte die Prinzen zur Rückkehr und Einigkeit bewegen, indem man ihnen die Nothwendigkeit zeigte — das in demselbigen Jahre gegebne Pazifikationsedikt — das einzige Unterpfand, und den einzigen Preis des Friedens — aufzuheben.

Indessen entwarfen einige Deputirte, vornehmlich (wie De Thou sagt) Arnault von Pontac, Bischof von Bazas, das Instrument, welches den Gesandten zur Anleitung dienen sollte, und dieses Instrument ist es eigentlich, dessen wir hier bedürfen, weil

auf einige Ausdrücke desselben die Parlamen-
ter in der Folge einen großen Werth gelegt
haben. Es lautet, nach Weglassung einiger
Eingangsformeln in einer wörtlichen Ueber-
setzung folgendergestalt:

„Die Deputirten werden, nachdem sie
die bösen Folgen, die jedem Staat aus der
Verschiedenheit der Religionen erwachsen,
deutlich gemacht haben, insbesondere vorstel-
len: die Uebel, die Unruhen, das Blutver-
gießen, die Verminderung des Ansehens des
Königes, der Prinzen, und Herren, die dieses
Reich, durch die vielfältige Mühe, die
man sich gegeben, um die Ausübung
der neuen Religion zu gestatten, er-
litten hat” — — — — —

„Es giebt einen Unterschied zwischen
den Gesetzen des Königes, und den Gesetzen
des Königreichs, (so wie es einen Unterschied
zwischen den Gesetzen des Kayzers und den
Gesetzen des Reichs giebt:) indem die letz-
tern nicht anders als in allgemeinen Reichs-
versammlungen, und mit gemeinschaftlicher
Uebereinstimmung der drey Stände des Reichs
gemacht, und nicht anders verändert oder
aufgehoben werden können, als mit gemein-

schaftlicher Uebereinstimmung eben dieser Stände."

„Die katholische apostolische Religion ist durch die drey Stände zu Zeiten des Clovis, und nachher durch Carl den Großen feyerlich ins Reich aufgenommen worden, mit Versprechen und Schwur, nie eine andre zu dulden. Die Könige beschwören sie bey ihrer Salbung: und Niemand ist verbunden, ihnen eher als nach ihrer Salbung zu gehorchen."

„Die gedachten Stände haben Sr. Königl. Majestät vorgestellt, daß Dieselben aus Furcht vor Gott und Pflicht Dero erstem Eide treu zu seyn, jene Edikte nicht geben, jene neue Eide *) nicht haben leisten können, da solche dem Gesetze des Staates ganz zuwider sind."

„Denn wenn gleich die Macht der Könige überhaupt sehr groß ist, so haben doch die Könige von Frankreich aus angeborener Güte ihre Macht nie für beschränkt und vermindert gehalten, indem sie sich beschie-

U 2

*) Womit er nemlich das Pazifikations-Edikt bekräftiget hatte.

den, für das Königreich nichts zu beschließen, als was dessen Bestes und Gesetze mit sich brachten. Daher es kömmt, daß alle Edikte in den Parlamentshöfen, vor welchen Gehorsam gegen dieselben gefordert wird, verifizirt, und gleichsam controllirt werden müssen."

„Gedachte Parlamentshöfe, obgleich nichts als eine Form der drey Stände nach verjüngtem Mafsstabe, haben die Macht, die gedachten Edikte zu suspendiren, zu modifiziren, und zu verwerfen, und bey diesem Punkt können sich die Abgesandten über die Macht und Autorität der Stände verbreiten" — — —

Fürs erste ist nun diese ganze Instruktion nichts auf Erden weniger, als ein Mandat für das Parlament, dessen darin nur gleichsam historisch gedacht wird: sie ist eben so wenig ein Edikt, ein Reglement, oder eine feyerliche Erklärung der Stände: sie ist nichts als ein beyläufiges Aktenstück, zur Richtschnur für Gesandte in einer ganz abgesonderten Angelegenheit, und mit bestän-

diger Rücksicht auf einen gewissen Zweck abgefaßt. Der beste Beweis, wie wenig öffentliche Autorität diese Instruktion haben konnte und sollte, ist der, daß sie nicht einmal ins Protokoll des Reichstages eingetragen ward: man findet sie bloß in den Memoiren des Herzoges von Nevers.

Wenn wir dies durch den darauf gegründeten Anspruch des Parlaments sehr berühmt gewordne Stück näher beantlitzen, so zeigt sich, daß es ein Inbegriff der unwahrsten, abgeschmacktesten, und mit der alten französischen Verfassung und den Grundsätzen aller ältern französischen Rechtslehrer streitendsten Maximen ist:

1. Es giebt einen Unterschied zwischen den Gesetzen des Königs und den Gesetzen des Königreichs. — Wo hat dieser Unterschied in Frankreich je existirt? wer hat je davon geredet? was constituirt eigentlich diesen Unterschied? wie stimmt er mit dem allgemein angenommenen geheiligten Grundsatz: *Si veut le Roi, si veut la Loi?* —

2. Die letztern (Reichsgesetze) werden nur in allgemeinen Reichs-

versammlungen gemacht. — Also alle die Gesetze, die Carl V, Carl VII, Ludwig XI, Ludwig XII, Franz I und Heinrich II, und alle ältere Könige, ohne die Stände um Rath zu fragen, gegeben hatten, waren keine Reichsgesetze? Das Majorenitätsgesetz war kein Reichsgesetz? Die pragmatische Sanktion kein Reichsgesetz? — Selbst die Gleichgültigkeit, mit der sich der König diese widersinnigen Behauptungen vortragen ließ, verräth, daß er auf die ganze Instruktion keinen andern Werth setzte, als den sie diesen Augenblick als Werkzeug seiner Plane gegen die protestantische Partey für ihn hatte.

3. Die katholische Religion ist von den drey Ständen zu Zeiten des Clovis feyerlich aufgenommen worden. — Hier weiß man nicht recht, was lächerlicher ist: ob die feyerliche Einführung der christlichen Religion, in das zu den Zeiten der Eroberung schon so christliche Gallien, oder die drey Stände, die mit dem Clovis operiren. — Es hat das Ansehen, als ob der Reichstag mit sich selbst Scherz getrieben hätte.

4. Man ist nicht verbunden den Königen eher zu gehorchen, als bis sie gesalbt sind. — Dies war eine ganz neue, gewifs mit allen damals herrschenden Vorstellungen streitende Lehre, die sich höchstens ein Geistlicher *argumenti gratia* erlauben durfte. Die Könige von Frankreich starben nicht.

5. Sie haben ihre Macht nicht zu vermindern geglaubt, indem sie den Parlamentern das Eintragungsrecht u. s. f. bewilligten. — Dieser Ausdruck wirft gleichsam einen Schleyer auf das folgende, und vernichtet es wirklich ganz. Wenn der König seine Macht durch die Prärogativen, die er selbst den Parlamentern einräumte, nicht vermindert hat, so bleibt alles bey dem Alten, das heilst, die Prärogativen des Parlaments waren im Grunde nichts als Schimären.

6. Die Parlamentshöfe sind eine Form der drey Stände nach verjüngtem Mafsstabe. — Es konnte im Grunde nichts widersinnigeres geben, als diese rednerische Figur. In welcher Bedeutung des Worts konnten wohl die Parlaunter Abrisse de-

drey Stände nach verjüngtem Maßstabe heißen? wo war die geringste Aehnlichkeit zwischen dem dreygespalteten Reichstage und dem immer-einigen Parlament? — Und doch soll dieser sinnreiche Ausdruck wahrscheinlich das eigentliche Mandat enthalten!

7. Bey dieser Gelegenheit sollen die Deputirten sich über die Macht der Stände verbreiten. — Also doch nicht über die Macht des Parlaments, von der nur im Augenblick zuvor die Rede war? — Diese Form der Stände nach verjüngtem Maßstabe ist fast sobald vergessen, als ausgesonnen.

Man sieht aus dieser kurzen Analyse deutlich genug, daß das ganze Produkt der Versuch eines mittelmäßigen Kopfes war, den König von Navarra den Absichten des Königs und der Ständerversammlung, durch die ersten die besten Mittel geneigt zu machen. Man wollte ihm beweisen — und Heinrich III liefs es sich des nahen Zwecks wegen gern gefallen — daß die Könige von Frankreich selbst nicht allmächtig genug wären, um gewisse Eide zu leisten, ge-

wisse Verbindungen einzugehen, und gewisse Gesetze zu geben.

Das ganze vermeinte Mandat des Parlaments bezieht sich also auf ein Dokument, das nicht die geringste innre Autorität und Würde, und nicht die geringste äußere Kraft und Gültigkeit hat, weil es zu einer bestimmten und vorübergehenden Absicht aufgesetzt ward, weil es nie irgend eine Art von öffentlichem Charakter erhielt, und weil dessen — ehe es den Parlamentern einfiel, sich darauf zu berufen — auch bey keiner öffentlichen Gelegenheit je wieder die geringste Erwähnung geschah.

V.

Ueber

die Streitigkeiten zwischen dem Ministerium und den Parlamenten in den Jahren 1787 und 1788.

Dieser große Kampf, das Vorspiel der Revolution, begann, als das Pariser Parlament sich weigerte, die Edikte wegen der neuen Abgaben, welche Calonne bey den Notabeln umsonst vorgeschlagen, und sein Nachfolger, der Prinzipalminister Brienne (Erzbischof von Toulouse und nachher von Sens) ihm abgelernt hatte, einzutragen. Das Parlament schützte Gründe vor, die die ganze Nation gewinnen mußten. Es war von einer Grundsteuer und von einer Stempelsteuer die Rede. Nach einer Angabe, die die Notabeln sich noch kurz vor ihrem Abgange (am 25ten May 1787) verschafft hatten, hätte die letztre allein, deren Ertrag Calonne

auf 20 Millionen schätzte, gegen 90 Millionen eingebracht, und wäre also eine ungeheure Last geworden. Das Parlament erklärte sich förmlich für unbefugt, eine solche Abgabe zu sanctioniren, und legte zum erstenmale das öffentliche Bekenntniß ab, daß es die Grenzen seiner Macht überschritten habe, wenn es bisher seine Einwilligung zu neuen Auflagen gab.

Der Beschluß, welcher diese merkwürdige Aeußerung enthielt, ward am 5ten August 1787 gefaßt. Am folgenden Tage forderte der König das Parlament nach Versailles, und Lamoignon-Basville, der seit Miromenil's Verabschiedung (im April desselben Jahrs) Siegelbewahrer war, eröffnete die Königliche Sitzung mit der Versicherung, „daß dem Könige allein alle „Macht im Reiche zustehe, und daß „er Keinem als Gott Rechenschaft „von seinen Handlungen schuldig „sey.“ Nach diesem Eingange wurden die Edikte mit Gewalt eingetragen. Das Parlament erklärte gleich den Tag darauf, daß alles in dieser Sitzung geschehe null und nichtig sey. Der berühmte Parlamentsrath

Düval D'Espremenil, der das seltsame Schauspiel gab, in dem kurzen Zeitraum von zwey Jahren erst unter den leidenschaftlichen Widersachern, und dann unter den leidenschaftlichen Verfechtern des Throns obenan zu stehen *), war die Seele der Bewegungen des Parlaments.

Am 15ten August erhielten alle Mitglieder den Befehl, sich noch am nehmlichen Tage nach Troyes zu begeben. Der Graf von Provence kündigte diese Verfügung

*) Dieser sonderbare Mann war zu Pondichery gebohren, und durch eine Heyrath mit der ehemaligen Maitresse des Finanzministers Clüigny in Verbindungen gekommen, die ihm den Weg zu einer Parlamentsraths-Stelle bahnten. Er soll einige Jahr vor seiner glänzenden Periode ein Anhänger Mesmer's und Cagliostro's gewesen seyn. Es fehlt noch an hinlanglichen Datis zu bestimmen, worin eigentlich der wahre Grund der merkwürdigen und schnellen Metamorphose lag, die sich mit diesem Mann zutrug, ob ein niedriger und eigennütziger Charakter, ob getäuschter Ehrgeitz, oder ob wahre Ueberzeugung, die sich bey einem sehr leidenschaftlichen Gemüth nicht mit der erforderlichen Klugheit und Mäßigung aufserte, die Triebfeder war.

nach einigen Tagen der Rechenkammer, der Graf von Artois dem Obersteuergericht (*cour des aides*) an. Beide protestirten dagegen. Das letztre führte eine Sprache, die den Hof in Erstaunen setzen mußte. Es erklärte geradehin, daß eine Nation, die jährlich schon sechshundert Millionen bezahlte, unmöglich an die Nothwendigkeit neuer Abgaben glauben könne; daß das Eigenthumsrecht älter als alle Gesetze, und ein Heiligthum jedes noch nicht zur Sklaverey herabgesunkenen Volks sey: daß ein König, der sich Heinrich IV zum Muster genommen, auch nach den Maximen desselben handeln müsse, daß das Parlament, indem es sich einer gewaltsamen Verfügung widersetzt, seiner Pflicht Genüge geleistet habe. — Sogar das Chatelet, ein untergeordnetes Gericht, gab Vorstellungen beym Hofe ein, worin die Zurückberufung des Parlaments verlangt ward. Es herrschte eine allgemeine Unruhe in Paris. Die Unterbedienten des Parlaments und des Obersteuergerichts besuchten täglich die Säle, wo sonst die Sitzungen gehalten wurden, schritten zu Thätlichkeiten gegen jeden, den sie für einen Spion der Polizey ansahen oder

ausgaben, und vermehrten die Gährung von einem Augenblick zum andern. Man mußte die Französischen und die Schweitzergarden in der ganzen Stadt patrolliren lassen, um die Ordnung zu erhalten.

Unterdessen hatte sich das Parlament, sobald nur die Mitglieder in Troyes angekommen waren, versammelt, und seine vorigen Protestationen aufs feyerlichste bekräftiget. Der Streit schien ernsthaft zu werden. Der Waffenstillstand war aber näher als man glaubte. Die Minister wünschten, der Unruhe in Paris ein Ende zu machen. Die Exilirten sehnten sich nach der Hauptstadt. Es wurden geheime Unterhandlungen angesponnen, Benefizien, Würden und Pensionen als der Preis eines gefällign Betragens verheissen. Die Majorität der Mitglieder liefs sich erweichen. Umsonst gingen die schmeichelhaftesten Aufmunterungen von Seiten der andern Parlamenten, zu Troyes ein: umsonst versicherte der unerbittliche D'Espremenil seine Collegen, sie würden mit Schande bedeckt an einen Ort zurückkehren, den sie mit Ruhm bekleidet verlassen hätten. Der Vergleich kam zu Stande. Der Hof liefs die

neue Grundsteuer und die neue Stempeltaxe fahren, und das Parlament verlängerte den zweiten Vingtieme *) bis aufs Jahr 1792. Beide Theile entehrten sich. Wenn das Parlament nicht befugt war, Abgaben zu genehmigen, so durfte es auch, ohne seine Pflicht zu übertreten, keine Abgaben prorogiren. Und wenn das Bedürfnis des Staats im Monat August wirklich einen Zuschuss von hundert Millionen erfordert hatte, so mußten trotz aller Protestationen der Parlamentar diese hundert Millionen auch noch im Monat September unentbehrlich seyn.

Durch eine Deklaration vom 20ten September wurde das Parlament nach Paris zurückgerufen. Am 24ten hielt es seine letzte Session zu Troyes. Die Frauen der Parlamentsräthe hatten kurz zuvor alle Personen, welche Schuldenhalber in den dortigen Gefängnissen schmachteten, losgekauft. Für diese edle That liefs man ihnen — die Ehre der Sitzung angedeihen.

Die Rückkehr des Parlaments beruhigte das Volk, und erweckte eine allgemeine Freude.

*) S. oben S. 76 Note.

Diese Freude war aber von kurzer Dauer. Am 19ten November erschien der König mit seinen Brüdern im Parlament. Der Siegelbewahrer Lamoignon trug zwey neue Edikte vor: durch das eine ward eine Anleihe von vierhundert Millionen Livres creirt; durch das andre wurden den Protestanten die Bürgerrechte verliehen: die Zusammenstellung dieser beiden Gegenstände ist merkwürdig; man mußte darauf rechnen, daß ein Aktus der Toleranz sehr beliebt bey der Nation seyn würde, weil man sich seiner bediente, um einem sehr verhassten Antrage Eingang zu verschaffen.

Die Königliche Sitzung währte neun Stunden. D'Espremenil allein füllte bey nahe zwey davon durch eine Rede voll Kraft und Muth aus. Er protestirte mit größtem Nachdruck gegen die Anleihe: er berief sich auf den Prinzipalminister, der ihm die Berufung der Reichsstände versprochen hatte: er drang in den König, daß er seine eigne, freie, persönliche Meinung eröffnen sollte. Er schien wirklich Eindruck auf den König zu machen, alles war aber schon so eingeleitet, daß dieser Eindruck nicht bleibend seyn konnte.

Mehrere

Mehrere Parlamentsglieder traten gegen das Anleihe-Edikt auf. Sie griffen den Generalcontrolleur Lambert, der sich gegenwärtig befand, und der diesem Edikt, seiner eignen Erfindung, eine Lobrede gehalten hatte, mit der größten Bitterkeit an. Der König hörte auf die Debatten, gewiß die kühnsten, denen er jemals beygewohnt hatte, mit einer Aufmerksamkeit, die nicht zu ermüden schien. Endlich sah er wohl, daß an ein günstiges Resultat nicht zu denken war: er erklärte, daß er nun hinlänglich unterrichtet sey, und befahl, die Edikte unverzüglich einzutragen.

In diesem Augenblick erhob sich, vom Erstaunen und von der Bewunderung aller Anwesenden begleitet, der erste Prinz vom Geblüt, der Herzog von Orleans, und protestirte aufs feyerlichste gegen „das unrechtmäßige Verlangen“ des Monarchen. Der König erwiederte: „alles was er verordnete sey rechtmäßig“, ließ das Edikt wegen der Anleihe protokolliren, das andre wegen der Protestanten verlesen, und entfernte sich mit sichtbarem Mißvergnügen. Die Königin war den ganzen Tag über so unruhig und besorgt gewesen, daß man ihr

von einer halben Stunde zur andern einen Courier nach Versailles geschickt hatte, um sie von dem Gange der Debatten zu benachrichtigen.

Gleich nach dem Abgange des Königs brach alles in lauten Unwillen, in Klagen und in Protestationen aus. Der Siegelbewahrer, der mit beleidigendem Hochmuth versichert hatte, daß es jetzt noch gar nicht Zeit sey, die Reichsstände zu versammeln, war der vornehmste Gegenstand des Hasses und der Erbitterung. Der Herzog von Orleans gab sein misbilligendes Gutachten zum Protokoll. Die sämtlichen gegenwärtigen Parlamentsglieder erklärten, daß sie alles an diesem Tage vorgefallne als null und nichtig, und als nicht geschehen ansehen müßten.

Am folgenden Tage erhielt der Herzog von Orleans den Befehl, sich ohne allen Verzug nach Villers-Cotte-Retz einem von seinen Landgütern zu begeben. Gleich darauf wurden zwey Parlamentsräthe, Sabathier de Cabre und Freteau, der sich nachher in der Revolution einen Namen machte, jener nach Mont-St.-Michel, dieser auf das Schloß Doulens verwiesen. Die

Ankündigung und Ausführung der Verhaftsbefehle geschah mit einer auffallenden Härte. Sabathier hatte den Erzbischof von Sens in beleidigenden Ausdrücken mit Mazarin verglichen. Freteau's Verbrechen bestand eigentlich darin, daß er sich widersetzt hatte, als der Siegelbewahrer in der Qualität eines ehemaligen Parlamentspräsidenten, über das Edikt, das er einen Augenblick vorher in seiner Ministerqualität vortrug, mit stimmen wollte.

Das Parlament that Vorstellungen über Vorstellungen. Es bestürmte den Hof und die Minister mit den bittersten Klagen über die Behandlung der verhafteten Räthe. Es weigerte sich, das Edikt wegen der bürgerlichen Rechte der Protestanten in Deliberation zu nehmen; und als dies endlich geschah, trat D'Espremenil, bey dem sich hier zum erstenmale etwas widersprechendes in den Grundsätzen äußerte, dagegen auf. Die Gährung ward wieder groß. Selbst die Pairs hielten eine besondre Versammlung, und forderten vom Könige die Begnadigung des Herzoges von Orleans.

Das Ministerium überzeugte sich täglich mehr, daß keiner der gewöhnlichen Wege aus dieser Crise führen würde. Der Principalminister und der Siegelbewahrer brühten über einem Hauptstreiche. Sie entwarfen in tiefster Stille einen Plan, der die Parlamenter auf immer zum Schweigen bringen sollte.

Diese alten Nebenbuhler der Königlichen Macht sollten auf zwey Seiten zugleich angegriffen werden. Ihr Einfluß auf die Gesetzgebung sollte gänzlich aufhören, der Wirkungskreis ihrer Gerichtsbarkeit sollte sich beträchtlich verengen. Jenes zu Stande zu bringen war der neue souveraine Rath (*cour plénière*) bestimmt: dieses wollte man durch eine Reform der Justizverfassung erzwingen.

Das Recht, den Gesetzen durch die Förmlichkeiten der Protokollirung gleichsam die letzte Vollendung zu geben, und das Recht, gegen Gesetze, welche mit dem Wohl des Staats unverträglich schienen, Vorstellung zu thun, diese beiden Prärogativen, welche seit Jahrhunderten der Stolz der Parlamenter, die Quelle ihres großen Ansehens, und der Gegenstand so vieler Kämpfe gewesen waren,

gingen, wenn das kühne Projekt der Minister realisirt werden konnte, in ihrer ganzen Fülle auf den neuen souverainen Rath über. Dieser sollte in Zukunft das Organ, der Probststein, und das Archiv aller Gesetze seyn. Die Parlamenter wurden also in das, was sie nach der Meinung mehrerer französischen Publizisten im Grunde immer hätten seyn sollen, in bloße Gerichtshöfe verwandelt, die mit der Gesetzgebung so wenig als die Kings-Bench in England, oder das Reichs-Kammer-Gericht in Deutschland zu thun hatten.

Aber auch dies war noch nicht Einschränkung genug. Der Siegelbewahrer nahm sich vor, die alten Klagen über die allzuausgebreitete Competenz der Parlamenter, und die Unmöglichkeit einer guten Justizverwaltung in einem unübersehlichen Ressort zu benutzen. Er wollte 47 Ober-Amtmannschaften (*grands baillages*) im Reiche errichten, die in Civilsachen, welche nicht über 20,000 Livres gingen, definitiv und ohne weitere Appellation erkennen, auf eben diese Weise in allen Criminalprozessen, in so fern sie nicht privilegirte Personen betrafen, das Urtheil

sprechen, und endlich die Sentenzen aller Untergerichte ihres Distrikts, von welchen an sie appellirt wurde, bestätigen oder reformiren sollten. Den Parlamentern blieb nach dieser neuen Einrichtung nur das Erkenntniß in Rechtsstreiten, die sich über 20,000 Livres beliefen, und in Criminalprozessen, welche die privilegierten Stände angingen, übrig.

Die Errichtung der Oberamtmannschaften hätte ungeachtet der Fehler, die sie nach Mounier's Bemerkungen hatten, von mancher Seite wohlthätig für das Ganze werden können. Die Anordnung des souverainen Rath's war keine schlechterdings verderbliche Neuerung. Ein Collegium wie dieses wäre der Macht des Throns vielleicht furchtbarer geworden, als der Freiheit der Nation. Aber, daß die Minister, bey denen Niemand mehr gute Absichten ahnden konnte, in einem Augenblick, wo jeder französische Bürger die Parlamenten, als die einzigen Stützen, als die schützenden Gottheiten der öffentlichen Wohlfahrt ansah, diese beyden verwegenen Angriffe unternahmen, das war es, was ihre Plane in die Classe der unvernünftigsten, tollkühnsten, verderblichsten, und em-

pörendsten, die je ersonnen worden sind, verwarf *).

Noch lag über diesen gefahrvollen Entwürfen der dickste Schleyer des Geheimnisses, als sich in Paris das Gerücht verbreitete, daß in einer Drückerey zu Versailles Tag und Nacht unter der strengsten Aufsicht auf Ver-

*) Es lag allerdings, wie Mounier sagt, noch eine ganz besondre Abgeschmaktheit darin, daß man den Parlamentern von einer Seite allen Antheil an der Gesetzgebung nehmen, und sie ganz allein auf die Verwaltung der Justitz einschränken, und nun doch auch von der andern dieses ihr einziges Geschäft auf den dritten Theil seines sonstigen Umfanges reduciren wollte. Es scheint indessen, wenn man die damaligen Umstände, und überdies die Aeusserungen des Siegelbewahrers in der berüchtigten Königlichen Sitzung vom 8ten May 1788 erwägt, daß die Erfinder des Projekts dem Theil desselben, der ihnen am wichtigsten war, nemlich dem souverainen Rath, dadurch daß sie ihn mit einer dem Anschein nach bloß auf das allgemeine Beste abzweckenden, und nebenher doch den Parlamentern nachtheiligen Einrichtung verknüpften, die Gunst des Publikums zuwenden wollten. Das Ganze war ein armseliger Kunstgriff, um den Parlamentern zu entgehen, ohne sich den Reichsständen in die Arme zu werfen.

schwiegenheit, an einigen neuen Edikten gearbeitet würde. Das Parlament zittert, und das Publikum mit ihm. Man forscht mit ängstlicher Neugier. Man erschöpft sich in quälenden Muthmaßungen. Endlich gelingt es dem rastlosen D'Espremenil, einen von den Buchdruckern durch Geld auf seine Seite zu bringen. Er erhält einen Abdruck der fürchterlichen Edikte. Er sieht die ganze Macht der Parlamenter mit Einem Schlage danieder gestürzt, und eine neue Gestalt des Despotismus auf ihren Trümmern empor steigen. Mit donnernder Beredsamkeit enthüllt er seinen Collegen das Ungewitter, das sich ihnen nähert, und fordert sie zu einem feyerlichen Eide, als dem Unterpfande einer unerschütterlichen Beharrlichkeit auf.

Der Prinzipalminister und der Siegelbewahrer waren weit davon entfernt, ihre Pläne, weil man sie zur Unzeit ausgespäht hatte, aufzugeben. Der erste Schritt, den sie thaten, war die Ausfertigung eines Verhaftsbefehls gegen den verwegenen D'Espremenil. Es fruchtete ihm nichts, daß er in den Tempel der Gerechtigkeit floh, wo das versammelte Parlament sich während einer sechs-

und dreyßigstündigen Sitzung zur Standhaftigkeit gegen alle Versuche der Unterdrücker bereitete: der Offizier, dem die Ausführung des Verhaftsbefehles oblag, kam in den Versammlungsfaal und versicherte, daß er D'Espremenil und Goulard, einen andern ungehorsamen Parlamentsrath, auf dem Liantenteppich ergreifen würde, wenn sie sich nicht gutwillig überlieferten. Das Parlament schickte eine Deputation nach Versailles: sie kehrte unverrichteter Sache zurück, und Goulard und D'Espremenil wichen der Nothwendigkeit. Jener wurde nach Pierre Encise bey Lyon, dieser nach der Insel Marguerites bey Marseille gebracht. Diese Begebenheiten trugen sich am 5ten und 6ten April 1788 zu.

Am 8ten May versammelte der König das Parlament zu Versailles, und liefs die Edikte, die den souverainen Rath und die Oberamtmannschaften constituirten, vortragen und protokolliren. Der Siegelbewahrer redete und handelte mit seinem gewöhnlichen Uebermuth. Er versicherte, die *cour plénière* sey nichts anders als das alte Lehnparlament, das Tribunal, mit welchem

die ersten französischen Könige zu Rathe gingen, das einzige wahre Bild der souverainen Macht, die erste Quelle aller Gerechtigkeit. Der souveraine Rath war älter als die Parlamenter, und sollte nun in seine alten Rechte, die diese usurpirt hatten, wieder eingesetzt werden!

Neben diesen lächerlichen Phrasen, deren Unverschämtheit zu sehr am Tage lag, um irgend einen Zuhörer zu täuschen, suchte man den Hauptzweck dieser unglücksschwangern Sitzung noch durch die Anzeige einiger neuen Anordnungen von reellem Werth zu bedecken oder zu versüßen, die zu andrer Zeit und an anderm Orte gewiß ihre volle Wirkung gethan hätten. Die Criminalgesetze sollten revidirt und verbessert, die Strafen gemildert, die Todesurtheile nicht mehr auf der Stelle vollzogen, die Gefahr, einen Unschuldigen zu verdammen, gänzlich aus dem Wege geräumt, die letzten Spuren der Tortur aus den Gesetzbüchern getilgt werden.

Alle diese Wohlthaten wurden umsonst verkündigt. Man verabscheute die Hände, welche sie reichten, viel zu sehr. In diesem Augenblick war man gegen alles, was nicht die Hauptsache anging, taub. Man wollte nichts

von Verbesserungen, von guten Gesetzen, von Gnade und Milde hören. Man hatte nur Ohren für den souverainen Rath, und für die Oberamtmannschaften, nur für den Fall der angebeteten Parlamenter, für den Despotismus des Hofes und für die Insolenz seiner Rathgeber.

Die Mitglieder des Parlaments, die der Szene beigewohnt hatten, protestirten noch am nehmlichen Abend zu Versailles gegen alles, was vorgegangen war. Der König versammelte sie am folgenden Tage wieder, erklärte ihnen, daß er von seinem Vorsatz nicht abgehen würde, und ermahnte sie zum Gehorsam. Sie setzten wenige Stunden nachher eine Vorstellung auf, worin sie dem Könige versicherten, daß nichts in der Welt sie bewegen würde, von ihrer Protestation abzugehen, oder gar Stellen in dem neuen Tribunal zu bekleiden.

Die Edikte wurden an eben dem Tage, wo die Minister sie in Versailles eintragen ließen, in allen Parlamentern des Reichs vorgelesen und gewaltsam protokollirt. Der Graf von Provence brachte sie in die Rechenkammer, der Graf von Artois in das Ober-Steuergericht. Allenthalben war dumpfe Bestür-

zung, trotziges Stillschweigen, drohendes Murren und bittre Verwünschung ihr Empfang.

Den Parlamentern war allenthalben angedeutet worden, daß sie sich, bis die neue Verfassung völlig im Gange seyn würde, nicht versammeln sollten. Um diesem Gebot Nachdruck zu verschaffen, wurden zu Paris und in andern Städten die obern Gerichtshöfe verschlossen, und mit Soldaten besetzt. Das Chatelet und mehrere Untergerichte erklärten wiederholt und hartnäckig, daß sie das Betragen der Parlamenter billigten, daß sie die neuen Anordnungen nicht annähmen, daß sie, so lange diese Bestand hätten, keine Geschäfte treiben würden. Es gab also plötzlich keine Justiz in Frankreich; es entstand eine allgemeine Stockung und eine furchtbare Gährung in der Hauptstadt und in allen Provinzen.

Das Parlament der Normandie begnügte sich nicht damit, gegen die Neuerungen zu protestiren: es erklärte die Minister und namentlich den Siegelbewahrer Lamoignon für Verräther: es faßte den Beschluß, alle Verbindung und Correspondenz mit ihm aufzuheben. Die meisten Mitglieder dieses Parlaments wurden aus Rouen verwiesen.

Der Adel von Bretagne schickte durch zwölf Deputirte ein Memoire nach Versailles, welches Ludwig XVI mit der Aeufserung: „er habe es weder ganz durchlesen, noch die „Unterschriften betrachten wollen, um Niemanden strafen zu dürfen“ zurückgab. Diese Deputirten suchten alle ihre Landsleute in Paris zu kühnern Schritten zu verleiten. Ihre Operationen wurden entdeckt und die Bastille war der Lohn.

In Dauphiné fing das Schauspiel damit an, daß alle Parlamentsglieder Befehl erhielten, sich auf ihre Landgüter zu begeben. Ein allgemeiner Aufstand in Grenoble war die Folge dieses Befehls. Das Volk hielt die Wagen der Magistratspersonen, die sich entfernen wollten, zurück: es besetzte die Thore und bemächtigte sich der Schlüssel, um kein Mittel zur Vollstreckung des Königlichen Willens übrig zu lassen: in der ganzen Stadt wurde Sturm geläutet: die Menge drang in den Pallast des Herzoges von Clermont-Tonnere, des General-Lieutenants von Dauphiné, zertrümmerte Thüren, Fenster, und Hausgeräth, und plünderte die Keller. Ein Zimmermann hatte einen Schlag auf den

Kopf des Herzoges gerichtet, den zum Glück einer von seinen Offizieren abhielt. In einer andern Gegend der Stadt wurden die Bürger mit den Soldaten handgemein, und erwiederten eine Salve aus den Gewehren mit einem Regen von Steinen. In mehrern Strafsen floß Blut. Das Volk führte die Parlamentsglieder in den Versammlungsfaal: der Wagen des Präsidenten wurde von Menschen gezogen, er selbst mit Rosen gekränzt. Man sah es als ein Wunderwerk an, daß in diesem blutigen Tumult nur zwey Personen das Leben verloren, obgleich unzählige verwundet waren.

Endlich ward das Ministerium inne, daß der Zustand, in welchem sich das Reich befand, nicht fortdauern konnte. Der Erzbischof von Sens bat selbst um seinen Abschied. Er erhielt ihn am 25ten August. Es war ein Tag des Jubels für die Hauptstadt und alle Provinzen. Mit dem Prinzipalminister mußte das ganze verhaßte System fallen, welches er, oder doch Lamoignon unter ihm, ausgesonnen hatte. Die Morgenröthe einer glücklichen politischen Existenz schien über Frankreich aufzugehen.

Selten war ein Minister so sehr der Gegenstand des Abscheus und der Verachtung gewesen, als der Erzbischof von Sens. Kaum hatte je einer die Königliche Macht ärger compromittirt. Von allen seinen riesenhaften Projekten war nicht ein einziges in Erfüllung gegangen: jedes seiner Edikte war mit Widersprüchen und mit Empörungen beantwortet worden. Ein thörichter Eigendünkel hatte ihn auf einen gefährvollen Posten geschleudert, auf dem er weder stillstehen noch fortschreiten konnte, ohne sich selbst, den König und die Nation zu Grunde zu richten. Dennoch haben die Freunde der großen Revolution, die sich bald nachher zutrug, diesem verhafsten Minister drey wichtige vorbereitende Schritte zu derselben zu danken: Er hatte zuerst in der letzten Sitzung der Notabeln von 1787 geäußert, daß nach dem Willen des Königs bey der Versammlung der Reichsstände der dritte Stand so viel Stimmen als die beiden andern zusammen genommen haben *),

*) Es wird sich weiter unten zeigen, auf welche Weise Necker am Schluss des Jahrs 1788 diese wichtige Idee benutzte.

und nicht nach Ständen, sondern nach Köpfen votirt werden sollte: Er war ferner der Urheber der Verordnung vom 5ten July 1788, durch welche Jedermann im Reiche aufgefordert wurde, seine Meinung über die Form und den Zweck der bevorstehenden Ständerversammlung öffentlich vorzutragen *): ihm war es endlich zuzuschreiben, daß Necker zum zweitenmal ins Ministerium kam: er beschwor den König, als er sein Dimissionsgesuch eingab, sich zu diesem Schritt zu entschließen; und der König willigte ein.

Wenig Tage nach dem Abgange des Principalministers erhielt der Siegelbewahrer Lamignon seine Entlassung. Die Freude der Pariser artete nun in einen förmlichen Tumult aus. Der Pöbel zwang die Eigenthümer der Häuser, sie zu erleuchten, verbrannte das

*) Eine Aufforderung, die so ungeheure Wirkung that, daß man sechs Monat nachher, im Anfange des Jahrs 1789 die Anzahl der herausgekommenen größern und kleinern Schriften schon auf zwey tausend fünf hundert, und die Summe die man gebrauchte, um sie anzuschaffen, auf tausend Livres schätzte.

das Bildniß des Siegelbewahrers mit großer Feyerlichkeit auf dem Greveplatz, widersetzte sich den Garden, die dieses Fest stören sollten, nöthigte auf dem Pontneuf jeden Vorübergehenden, vor der Statue Heinrich des IV niederzuknien *), und bereitete sich zu größern Excessen vor. Die Soldaten schritten endlich zur Gewalt, und eine Menge Menschen wurde das Opfer davon. Der erhitzte Haufen steckte das Wachthaus am Pontneuf in Brand, und wagte einen Angriff auf die Soldaten, die sich durch eine allgemeine Salve aus ihren Gewehren verteidigen mußten. Am folgenden Tage ward das Uebel noch größer. Die Französischen und Schweizergarden waren unter Waffen. Das Volk machte Anstalt, eine Puppe, die den Erzbischof von Sens vorstellte, unter seinen Fenstern, und eine andre, welche den Commandanten Dübois abbildete, in der Straße Mêlée zu verbrennen. Die Wache rückte heran: die Aufrührer glaubten sich stärker

*) Die einige Jahre später der nehmliche Pöbel mit barbarischer Lust abtragen und zerstören half.

und wollten Widerstand leisten: der Tumult endigte mit ansehnlichem Blutvergiessen.

In den ersten Tagen des Septembers trat Necker sein zweites Ministerium an: und gleich darauf wurden alle Parlamenter wieder eingesetzt. Das Parlament von Paris erhielt Befehl, sich am 24ten September zum erstenmale wieder zu versammeln. Die exilirten Mitglieder wurden zurück gerufen. D'Espremenils Reise war ein wahrer Triumph. Zu Aix ward ihm im Schauspielhause ein Kranz überreicht: allenthalben tönte Beyfall und Jubel ihm entgegen. Man hätte ihn in Paris feyerlich eingeholt, wenn er nicht durch eine Krankheit seiner Gemahlin unterwegs zurückgehalten worden wäre.

Das Parlament von Paris liefs es in seinen ersten Sitzungen fühlen, dafs es seine Wiederherstellung nicht als eine Gnade betrachtete. Es behielt sich vor, über die Gültigkeit der Erkenntnisse zu sprechen, welche die neuen Oberamtmannschaften während der kurzen Zeit ihrer Existenz abgefaßt hatten. Es zog die Urheber der gewaltsamen Mafsregeln, die bey dem letzten Tumult gegen das Volk genommen worden waren, zur Ver-

antwortung. Es war nahe daran, den beiden verabschiedeten Ministern den Prozeß zu machen.

So endete der letzte Krieg, den die französischen Parlamenter mit dem Könige und dem Ministerium geführt haben. Der Zeitpunkt rückte heran, wo die streitenden Parteyen in ein gemeinschaftliches Grab sinken sollten. Die Parlamenter gaben den letzten Stoß zur Revolution. Das Beispiel ihrer bewunderten und zuletzt beglückten Widersetzlichkeit, und ihrer ungestraften Kühnheit, der Ton, in welchem sie sich gegen den Hof verteidigten, ihre Provocationen auf die Reichsstände und die Ideen und Untersuchungen, welche diese Provocationen erweckten; der Zuwachs von Verlegenheit, den ihr Protestiren gegen die neuen Edikte in die Finanzverwaltung brachte, endlich die traurige Blöße und Ohnmacht einer kränkelnden Regierung, die sie bald durch verwegne Angriffe, bald noch siegreicher durch einen stummen Widerstand enthüllten — alles dies waren Vorboten und mitwirkende Ursachen des schrecklichen Ungewitters, welches sich von

allen Seiten her über die französische Monarchie zusammen zog.

Die Parlamenter theilten in der Revolution das Schicksal aller derer, welche die Revolution hervorgebracht hatten. Dies Ungeheuer fraß nicht bloß, wie Mallet dü Pan sagt, gleich dem Saturn, seine eigne Kinder, es fraß auch mit unersättlichem Heißhunger seine Eltern, seine Lehrer und seine Erzieher auf. Ein Mitglied der Nationalversammlung redete eine Viertelstunde lang, und — die französischen Parlamenter gingen auf immer zu Grunde.

VI.

Ueber die Prärogativen des französischen Adels
in Bezug auf eine zweckmäßige Organisation der
Staatsverfassung.

Es ist unumgänglich nöthig, das eigentliche Resultat der drey Abschnitte des Mounierschen Werks, welche von dem Ursprunge und den Gerechtsamen des französischen Adels handeln, mit einiger Präcision auseinander zu setzen, und zu bestimmen. Ohne eine solche nähere Bestimmung werden diese Abschnitte aus Gründen, die ich hier zu entwickeln gedenke, sicher eine gewisse Dunkelheit, auch in eines aufmerksamen Lesers Gemüth, zurücklassen.

Um mit möglichster Deutlichkeit zu Werke zu gehen, sondre ich folgende beide Fragen von einander ab:

I. Was war der französische Adel vor der Revolution nach der allgemeinen Idee, die

uns die Geschichte und das ältere Staatsrecht davon beibringen?

II. Was war der französische Adel nach Mounier's Darstellung?

I.

In den letzten Jahren vor der Revolution besaßen die Adelichen in Frankreich folgende Prärogativen:

1. Ein jeder Adelicher war, woher auch sein Adel stammen mochte, Mitglied eines Standes, der in allen Stücken den Vorsitz vor dem Bürgerstande hatte.

2. Die Adelichen konnten allein Lehen besitzen, ohne dazu eine besondere Dispensation erlangt zu haben, und ohne das Lehn-geld (*droit de franc-fief*) zu entrichten.

3. Sie durften allein, wenn sie Lehen besaßen, einen (oft sehr willkührlich) damit verknüpften Titel, eines Grafen, Marquis u. s. f. annehmen.

4. Sie waren von der Taille, und allen an die Taille gebundnen Nebenabgaben frei.

5. Sie durften keine Frohndienste (*corvées*) leisten, waren keiner Zwangspflichtigkeit (*bannalité*) und keiner andern

Servitut unterworfen, es sey dann, daß sie Grundstücke inne hatten, auf welchen dergleichen Dienste, Servituten u. s. f. als Real-lasten hafteten.

6. Sie waren von der militärischen Conscription ausgenommen, weil sie (vermöge einer nichtigen Voraussetzung, welche die Quelle ihrer meisten Vorrechte war) im Heerbann persönlich erscheinen mußten, wenn der Monarch ihn berief (welches aber bekanntlich seit Jahrhunderten nicht mehr Statt fand).

7. Sie blieben von militärischer Einquartirung, wenn nicht der höchste Nothfall sie dazu zog, frei.

8. Sie hatten (seit dem Edikt vom 22ten May 1781) das ausschließende Recht auf alle Offizierstellen in der Armee.

9. Sie waren allein befugt Waffen zu tragen, und ein Wappen zu führen.

10. Sie waren nie an ein Unterge-richt gebunden, sondern konnten ihre Prozesse gleich vor den Gerichtshof des Provinzial-Ober-Richters (Baillif oder Seneschall) bringen.

11. Sie konnten in Criminalprozessen, die vor dem Parlament schwebten, verlangen, daß das versammelte Parlament (*grand chambre*) und nicht die Criminaldeputation (*tournelle*) den Ausspruch thue.

12. Sie waren von allen entehrenden Strafen, wenn sie nicht die allergrößten Verbrechen begangen hatten, eximirt.

Außer diesen allgemeinen und Hauptprärogativen genoß der Adel noch eine große Menge andrer Vorrechte *), die man, ohne sie alle zu spezifiziren, unter folgende Classen bringen kan.

1. Kleine, aber doch allgemeine Vorrechte. — Hieher gehören: die Befugniß auf allen Königlichen Gewässern zu jagen; das Recht des Adlichen, seinen adelichen Gläubiger vor ein besondres Tribunal (das *tribunal du point d'honneur*, in welchem

*) Es versteht sich von selbst, daß bey dieser ganzen Enumeration von solchen Rechten, welche den Adlichen bloß in der Qualität von Güter- oder Lehen-Besitzern zustanden, und an welchen unter gewissen Bedingungen auch Nicht-Adeliche Theil nehmen konnten, gar nicht die Rede ist.

der älteste Marschall von Frankreich präsidirte) zu citiren u. s. f.

2. Privilegien die nur in einzelnen Provinzen galten, und auf Localgesetzen (*coutumes*) beruhten — Diese Classe ist von großem Umfange. Es gab wenig Provinzen, worin den Edelleuten nicht besondre und von den allgemeinen Gesetzen abweichende Erbrechte, Ehecontraktsrechte, Vormundschaftsrechte u. s. f. verliehen waren. In Dauphiné hatten sie die Befugniss, nicht allein auf ihrem eignen Gebiet, sondern auch auf dem Gebiet ihrer Nachbarn zu jagen.

3. Prärogativen, die dem Adel durch die Constitutionen besondrer Stiftungen zu Theil wurden. — Hier stehen nun alle große und kleine, geistliche, weltliche und militärische Orden, bey denen Ahnenprobe für ein unerlässliches Erforderniss galt, oben an. Von welchem Umfang, welcher Wichtigkeit diese Prärogative war, braucht nicht weitläufig erörtert zu werden. Die Adelichen hatten selbst bey der Aufnahme in solche geistliche Stiftungen, die keine Ahnenprobe erheischten, Vorzüge — Auf

den Universitäten erhielten sie die Grade in kürzrer Zeit, und man setzte voraus, daß sie ungefähr in Einem Jahre so viel als ein Bürgerlicher in $1\frac{1}{2}$ Jahr lernten! u. s. f. In diese Classe kan man auch den Vorthail setzen, der ihnen dadurch erwuchs, daß verschiedene Parlamenter neuerlich beschlossen hatten, nur Adelige unter ihre Mitglieder aufzunehmen.

4. Vorzüge, die noch nicht in ausschliessende Befugnisse übergegangen waren. — Es gab freilich Bürgerliche, die zu großen Stellen gelangten, und es gab kein Gesetz, das sie von solchen Stellen ausschloß: auch sah man zuweilen Männer von unadelicher Abkunft, die eine ansehnliche Rolle im Staate spielten. Wie selten aber waren Phänomene dieser Art! Man stelle nur die Probe an, und durchsuche die Listen der Generale, der Minister, der Intendanten, unter Ludwig XV und Ludwig XVI! Im Grunde ist Necker (wenn man den Cardinal Dübois abrechnet) in hundert Jahren der einzige Bürgerliche gewesen, der zu hohem Ansehen, und großem Einfluß gelangte! — Da die Bürgerlichen, sobald sie nur Reich-

thum oder einen gewissen Grad von Macht erworben hatten, nicht genugsam eilen konnten, in den Adelstand überzugehen, so mußte sich schlechterdings auch die Portion von öffentlicher Würde, von welcher Gesetze, oder zur Gesetzeskraft gediehne Gebräuche den Unadelichen nicht ausschlossen, in diesem so vielfach-begünstigten Stande concentriren.

Die meisten von den unter diesen vier Classen begriffnen Vorzügen, und alle unter den obigen zwölf Nummern aufgeführten besaß nun in Frankreich jeder Edelmann ohne Unterschied *), er mochte Herzog

*) Ausgenommen, daß in Ansehung des Zutritts zu Offizierstellen, um die Ungerechtigkeit des Edikts vom 22ten May 1787 noch etwas schreyender zu machen, der bloße Adel nicht hinreichend war, wenn er nicht vier Ahnen aufzuweisen hatte — Wie mußte denen, welche eine solche Vorschrift einführten, zu Muthe gewesen seyn, wenn sie hätten ahnden können, daß es zwölf Jahre später ein Gesetz in Frankreich geben würde, nach welchem es, um in der Armee geduldet zu werden, nicht genung war, selbst dem Adel zu entsagen, wenn man nicht einen Stammbaum der *Rotûre* aufweisen konnte!

oder Landjunker, reich oder arm, er mochte gestern geadelt oder ein Abkömmling des ältesten Hauses im Königreich seyn, er mochte Mathieu von Montmorency, oder Barriere von Vieuzac heißen. Da man nun die Zahl der Adelichen nach einem ungefähren Ueberschlage auf hunderttausend rechnete, so gab es hunderttausend Personen in Frankreich, die an den sämtlichen oben angeführten Privilegien Antheil hatten.

Es gehört nicht in meinen Plan, hier zu untersuchen, oder zu entscheiden, in wie fern die Vorrechte dieser hunderttausend Personen überhaupt mit der Gerechtigkeit, und in wie fern sie mit der Staatsklugheit übereinstimmen? Die Materie ist überdies vielseitig, verwickelt, und schwer zu behandeln, weil sie unter diejenigen gehört, wobey die Ueberzeugung von der Verwerflichkeit eines gegenwärtigen Zustandes, deren sich kein Vernünftiger erwehren kan, mit der Achtung für einen oft auf unläugbare Rechte gegründeten Besitz, die in keinem sittlich-gebildeten Gemüth erlöschen darf, in einen sauren Kampf geräth. Zu meinem Zweck sind folgende Bemerkungen hinreichend.

1. Der französische Adel war zu der Zeit, da die Revolution ausbrach, himmelweit entfernt, eine Vergleichung mit dem brittischen Adel auszuhalten, der, sobald man von der sehr geringen Anzahl des hohen Adels, (welcher einen Theil der gesetzgebenden Macht bildet) abstrahirt, nicht einen einzigen Realvorzug vor dem Nicht-Adelichen genießt.

2. Der französische Adel war zu der Zeit, da die Revolution ausbrach, wegen seiner damaligen Constitution beynahe im höchsten Grade ungeschickt, in einer guten Staatsverfassung einen eignen und abgesonderten Zweig auszumachen. Für den, welcher mit politischen Ideen vertraut ist, liegt der Beweis dieses Satzes in der bloßen Uebersicht des bisher Angeführten. Es wird aber weiter unten bey einer andern Gelegenheit noch umständlicher gezeigt werden, daß es mit unendlichen Schwierigkeiten verknüpft gewesen seyn würde, in einer zweckmäfsig-organisirten Repräsentanten-Versammlung, aus hunderttausend privilegirten Personen eine Adelskammer zu errichten.

Nun einen Schritt weiter. War diese in Rücksicht auf eine gute Staatsverfassung höchst lästige und untaugliche Form des Adelstandes eine Neuerung in der französischen Monarchie? Und gab es irgend eine Periode, wo der französische Adel (wie Mounier am Schlusse des zehnten Kapitels meint) das gewesen wäre, was der brittische niedere Adel in diesem Augenblick ist? — Ich beantworte beide Fragen mit: Nein!

Die Prärogativen des französischen Adels waren größtentheils so alt, daß man ihren Ursprung nicht mehr kannte. Wenn auch im Laufe der Jahrhunderte mancherley Veränderungen damit vorgingen, hier ein altes Privilegium einschlummerte, dort ein neues zum Vorschein kam, so erhielt sich doch im Ganzen vom zehnten oder eilften Jahrhundert bis auf unsre Zeiten eine und dieselbe Masse adelicher Vorrechte; und es läßt sich in diesem langen Zeitraum keine Epoche angeben, wo es nicht einen Adelstand in eben dem Sinne des Wortes gegeben hätte, in welchem er noch beym Anfange der Revolution existirte.

Hätte nicht Mounier durch seine äußerst scharfsinnige Anmerkungen über die

ältere Verfassung des französischen Adels diesen Satz einigermaßen wankend gemacht, so würde mancher glauben, denselben weitläufig dardrehen, heiße Nachteulen nach Athen tragen. Jetzt ist es schlechterdings nöthig, sich diesem Geschäft zu unterziehen, damit nicht aus jenen Anmerkungen mehr als wirklich darin liegt, gefolgert werde.

Man darf nur die verschiedenen Versammlungen der Reichsstände in den vorigen Jahrhunderten mit aufmerksamem Blick verfolgen, um sich zu überzeugen, daß der Adel zu allen Zeiten dieselben, und, wenn ja ein Unterschied Statt findet, ehemals noch größere Vorzüge besaß als in der letzten Periode der Monarchie.

Niemand wird glauben, daß es auf dem Reichstage von 1614 keinen wahren Adel gegeben hätte! Wo ein Edelmann es für die frechste Beleidigung hielt, daß der Civil-Lieutenant von Paris sich seinen jüngern Bruder nannte! Wo man einen adelichen Deputirten des dritten Standes durch die Repräsentation, die er übernommen hatte, erniedriget glaubte! Immerhin mögen die Einladungsschreiben zu dieser Versammlung nur

an die Lehnsherren, und nicht an die sämmtlichen Edelleute gerichtet gewesen seyn: es war der Geist des Adels, nicht der Güterbesitzer, was aus jenen rasenden Annahmen hervorbrausete!

Niemand wird an der Macht und an dem Uebermuth des Adels zweifeln, wenn er in den Verhandlungen des Reichstages (zu Blois) von 1576 die Beschwerden und Bitten des dritten Standes liest: „dass den Herren und Edelleuten (*seigneurs, gentils hommes et autres*) untersagt werde, ihre Diener im Lande auszuschieken und allenthalben ohne Bezahlung zehren zu lassen“ — „Dass ein Adelicher, der mit Gewalt eine Pfründe an sich reis, des Adels verlustig erklärt, und wenn er den Besitzer der Pfründe deshalb öffentlich oder heimlich ermordet hatte, bestraft werden möchte“ — „Dass keinem Edelmann ferner freistehen möge, einen seiner Diener einem Bürgerlichen mit Gewalt zum Schwiegersohn aufzudringen“ — „Dass künftig kein Edelmann, wenn er nicht herrschaftliche Rechte hat, sich herausnehmen soll, eine Windmühle zu bauen, und die umliegenden Einwohner durch Gewaltthätigkeiten

ten

ten zum Mahlen auf dieser Mühle zu zwingen“ u. s. f.

War die Ständeversammlung zu Orleans im Jahr 1560 weniger reich an auffallenden Thatsachen dieser Art? — Wo der Adel verlangte, daß kein Bürgerlicher auf die Jagd gehen, kein Bürgerlicher eine Mühle, eine Weinpresse, ein Kaninchengehege, ein Taubenhaus oder auch nur einen Taubenschlag halten sollte? — Wo er den König, als käme es auf Leib und Leben an, beschwor, nicht länger zu dulden, daß der Bürgerliche seine Tochter Demoiselle nannte? — Wo sogar die Geistlichkeit sich beschwerte, daß man sie mit Abgaben quälte, gleich als ob sie der Bürgerstand wäre?

Oder die berühmte Versammlung zu Tours im Jahre 1483, die damit endigte, daß die beyden ersten Stände dem dritten die gesammten Kosten der Zusammenkunft, mithin auch die Besoldung ihrer eignen Deputirten aufdringen wollten, und ernsthaft, feyerlich behaupteten, die Geistlichkeit sey zum Beten, der Adel zum Fechten, der dritte Stand zur Ernährung der beiden andern vorhanden?

Geht man noch weiter zurück, so nähert man sich den Zeiten, wo es nur Adelige und Sklaven gab, wo von Privilegien, die den Edelmann von dem Gemeinen unterschieden, nicht einmal die Rede seyn konnte, weil dieser — nichts und jener — alles war.

Einzelne Fakta in der Geschichte der französischen Verfassung bestätigen, was uns der allgemeine Gang derselben nur allzu deutlich lehrt. Als die Verordnung von Blois (im Jahr 1579) festsetzte, daß ein Bürgerlicher, der ein Lehn an sich brachte, dadurch nicht geadelt werden sollte, mußte man sich doch zwischen einem Lehnsbesitzer und einem Edelmann (was auch übrigens der letzte Grund jener Vorschrift seyn mochte) einen Unterschied denken: und als Heinrich IV im Jahr 1600 anordnete, daß das militärische Verdienst allein, welches doch Niemand besser zu schätzen wußte als er, den, der von unadelicher Geburt war, zum Adel nicht berechtigen sollte, konnte wohl der Begriff, den er von dieser Würde hatte, kein ganz geringer seyn.

Es giebt besonders vier historische Data, aus denen sich meines Erachtens das hohe Alter eines unabhängig vom Lehnsystem

existirenden Adelstandes in Frankreich über alle Möglichkeit eines Zweifels hinaus erweisen läßt.

1. Die Taille, die von den ältesten Zeiten her eine große (mit dem Lehnsystem wenig oder gar nicht zusammenhängende) Scheidewand zwischen Adelichen und Nicht-Adelichen ausmachte. Schon in den *Etablissements* Ludwig des IX oder Heiligen (im Jahr 1270) ist der Unterschied zwischen Personal- und Real-Taille (S. oben S. 252 Note), und die Regel, daß kein Edelmann die erstre tragen durfte, zu finden. Es wurden öfters Versuche gemacht, dem Adel dies kostbarste und drückendste seiner Vorrechte zu nehmen: sie waren aber alle vergeblich.

2. Das Lehngeld (*droit de Franc-Fief*). Alles dessen ungeachtet, was über den Ursprung dieser Abgabe oben (S. 188 Note und S. 246) gesagt worden ist, wird Mounier so gut als jeder des französischen Staatsrechts Kundige eingestehen, daß sie schon im Anfange des vierzehnten Jahrhunderts (seit der Verordnung Philipp des V im Jahr 1320) von ihrer eigentlichen Bestimmung völlig abwich, und nichts als eine Last wurde, die der nicht-adeliche Lehnbesitzer zu tragen

hatte. In den Augen des Gesetzes konnte man also seit dem vierzehnten Jahrhundert sogar zur Ausübung der Herren-Rechte, und doch nicht zum Genuß der Adels-Privilegien befugt seyn.

3. Die Adelsverwirkung (*derogance*). Bekanntlich ruhte in Frankreich auf einer grossen Anzahl nützlicher Gewerbe, worunter der Handel obenan stand, die Schmach, daß man den Adel verwirkte, wenn man sich mit jenen eine Zeitlang befaßt hatte. Dieser unerhörte Unsinn war in eine Art von System gebracht: und dieses System war so alt, daß der Ursprung desselben sich nicht mehr angeben läßt.

4. Die Standeserhöhungen. — Wenn der Adel in Frankreich etwas ganz willkührliches, wenn der Titel eines Edelmanns zu irgend einer Zeit so leicht zu erlangen gewesen wäre, als der Titel eines *Gentleman* es noch jetzt in England ist — warum gab sich denn zu allen Zeiten der Plebejer so viel Mühe, durch Verdienste, durch Geld, oder durch Cabalen ein Adelsdiplom zu erlangen? Wie konnte es einem Könige einfallen, da zu adeln, wo jeder sich selbst adeln durfte? — Nun haben aber die Könige seit dem dreyzehnten Jahr-

hundert *) Adelsdiplome ausgetheilt. Es muß also von den ältesten Zeiten her der Mühe werth gewesen seyn, ein solches Diplom zu erhalten.

Das Resultat aus diesem allen ist folgendes: der französische Adel war in keiner Periode der Geschichte das, was der brittische heute ist, und er war zu allen Zeiten so constituirt, daß man es fast als eine Unmöglichkeit ansehen konnte, aus ihm, ohne ihm eine ganz neue Gestalt zu geben, einen besondern Bestandtheil einer guten Staatsverfassung zu machen.

II.

Mounier wollte beweisen:

„Daß die Parlamenter, und alle die mit ihnen die Formen von 1614 für die Ständerversammlung von 1789 verlangten, Unrecht hatten, und am Verderben ihres Vaterlandes arbeiteten.“

Ehe er die Fehlerhaftigkeit dieser Formen aus allgemeinen staatswissenschaftlichen

*) Philipp III soll das erste verliehen haben. Vielleicht gab es frühere, von denen die Tradition sich verloren hat.

Grundsätzen und aus der Geschichte zeigte (der Zweck und Inhalt seines vierzehnten Kapitels) hielt er für nöthig, darzuthun, daß diese Formen gewöhnlich nicht einmal recht verstanden worden waren, woraus denn natürlich folgte, daß man dem Adel, wenn man sich über diese Formen hinwegsetzte, nicht so sehr als man es gewöhnlich glaubte, Unrecht that.

Das einzig-wesentliche bey dieser Deduction war nun der Satz: der Adel machte, als solcher, keinen Stand auf dem Reichstage aus; welcher das Thema des eilften Kapitels ist.

Diesen Satz hat Mounier, meines Erachtens trefflich erwiesen. Indem er zeigt, daß in allen Ständerversammlungen, die von 1614 nicht ausgenommen, unter den Deputirten des Adels immer nur die Deputirten der Lehnbesitzer verstanden wurden, und daß ein Adlicher, der kein Lehnbesitzer war, nicht anders Mitglied des Reichstages werden konnte, als wenn er sich zum dritten Stande schlug, setzte er die Ansprüche des gesammten Adels um ein beträchtliches herab.

Ohne sein Raisonement über diesen Punkt im allergeringsten anzugreifen, halte

ich doch folgende Bemerkungen nicht für ungegründet:

1. Seit dem Jahre 1614 war in den Sitten, der Denkungsart und dem Charakter der Nation eine große Revolution vorgegangen. Die Spuren des Lehnsystems waren viel schwächer und unkenntlicher als damals: Ludwig XIV und Richelieu hatten die letzten Ueberreste politischer Macht bey den Großen ausgerottet: der Edelmann übte als Gutsherr seine alte Herrschaft nicht mehr aus; er entschädigte sich als Edelmann durch Glanz und Privilegien: daher war der Unterschied zwischen einem Lehnbesitzenden, und Nicht-Lehnbesitzenden Adelichen, sobald die Größe der Güter nicht in Betrachtung kam, gewiß unendlich geringer als der zwischen einem Adelichen und einem Bürgerlichen: und sollte es einmal drey Stände auf dem Reichstage geben, so sprachen die Notabeln von 1788 dem Geist ihres Zeitalters gemäß, wenn sie den gesammten Adel für den zweiten Stand annahmen.

2. Es wurde, wie M. selbst bemerkt, nicht viel dabey gewonnen, wenn man den Adel, der einen Stand constituirte, auf die Lehns-

besitzer einschränkte. Die Anzahl blieb noch immer so groß, daß die Inconvenienz der abgesonderten Repräsentation (alle andern Inconvenienzen nicht gerechnet) keine gute Verfassung aufkommen liefs.

Für M's. bloß negativen Zweck war indessen sein Satz und sein Beweis vollkommen brauchbar: und wäre dies wirklich in praktischer Rücksicht der Fall nicht gewesen, so verlohnte es sich schon in historischer Rücksicht der Mühe, ein Faktum wie dieses zu berichtigen.

Zur Unterstützung und Aufklärung des Hauptsatzes sucht nun M. noch zwey andre Hülfsätze aufzustellen, denen zwar viel historische Wahrheit zum Grunde liegt, die aber nicht ohne Einschränkung angenommen werden dürfen.

Der erste ist folgender: Der französische Adel war so weit entfernt einen eigentlichen politischen Stand, in der engern Bedeutung des Worts auszumachen, daß er nicht einmal eine durch bestimmte Schranken von der übrigen Volksmasse geschiedne Classe bildete.

Um diesen Satz (dem das zehnte Kapitel gewidmet ist) zu erweisen, wird der Adel vor der Einführung des Lehnsystems von dem Adel nach der Einführung des Lehnsystems unterschieden.

In der ganzen Periode vor der völligen Einführung des Lehnsystems (also bis gegen das Ende des 9ten Jahrhunderts) gab es in Frankreich keinen Adel im heutigen Sinne des Worts — Gegen die Argumente, aus welchen dieses Stück der Thesis hervorgeht, läßt sich keine erhebliche Exception machen. Sie können sämmtlich auf drey Punkte zurückgeführt werden. 1. Bey der Eroberung entstand kein Adel zu Gunsten der Franken. (Es hat sich oben gezeigt, daß die Gründe für diesen Satz, in so fern sie bloß negativ, bloß gegen das Boulainvillerssche System gerichtet waren, nicht leicht zu widerlegen sind). 2. Das Salische Gesetz spricht von keinem Adel. 3. Allenthalben, wo unter den Merovingischen und Karolingischen Königen von Adelichen, von Vornehmen, von Großen die Rede ist, sind die Besitzer der Staatsämter und der Benefizien gemeint, die zu keinem Erbadel

Gelegenheit geben konnten, so lange sie selbst nicht erblich waren.

Nach der Einführung des Lehnsystems und besonders von den Zeiten der Capetinger an gab es zwar Adel und Erbadel in Frankreich: er hatte aber nie bestimmte Gränzen, und es war nie bestimmt festgesetzt, unter welchen Bedingungen man daran Theil nehmen oder davon ausgeschlossen seyn sollte. — Auch gegen das Raisonnement, welches dieser Behauptung zum Grunde liegt, ist bis auf einen gewissen Punkt nichts zu erinnern. Die Unbestimmtheit der Adelsverhältnisse in Frankreich läßt sich nicht in Zweifel ziehen. In einer Verfassung, wo alles schwankte, mußten auch wohl die Gränzen der Stände schwanken. Wollte man aber die Vorstellung von dieser Unbestimmtheit (durch einige Aeufserungen Mounier's verleitet) so weit treiben, daß man sich einbildete, es habe gar keine solche Gränzen gegeben, der Adel sey unvermerkt in den dritten Stand, der dritte Stand in den Adel übergeflossen, und der Titel eines Edelmanns sey in Frankreich zu irgend einer Zeit ein so willkührlicher und vielumfassender Titel gewesen, als es der Titel eines Gentle-

man heut zu Tage in England ist, so liefe man (wie ich im ersten Theile dieser kleinen Abhandlung deutlich bewiesen zu haben glaube) Gefahr, in eine unhistorische Meinung zu verfallen.

Der zweite Hülfsatz ist folgender: Der französische Adel war so wenig ein förmlicher Stand im Reiche, dafs er nicht einmal bestimmte Privilegien hatte.

Aus allem, was Mounier (im zwölften Kapitel) für diesen Satz aufgebracht hat, kan ich kein andres Resultat ziehen, als: dafs die Privilegien des französischen Adels fast durchgehends nicht auf bestimmten Gesetzen, sondern nur auf Observanz (die aber oft so mächtig werden kan, als das Gesetz) beruhten; dafs diese Privilegien, weil es in Frankreich nie eine feste Verfassung gab, beständigen Alterationen unterworfen waren; und dafs die meisten davon ohne grofse Schwierigkeit, und besonders ohne Verletzung ausdrücklicher Gesetze aufgehoben werden konnten.

Dafs aber die sämtlichen oben angeführten Privilegien, sie mochten nun alten oder neuen Ursprunges, gerecht oder unge-

recht, wohl erworben oder erschlichen, oder geraubt seyn, zu der Zeit, da die Revolution ausbrach, wirklich existirten, kan M. so wenig in Zweifel ziehen, daß er sogar in verschiednen Orten selbst äußert, der Adel habe in keinem Zeitraum mehr Vorzüge an seinen Stand geknüpft, als gerade in dem, in welchem man anfang, ihm alle Vorzüge abzudisputiren.

Wenn es also nach Mounier's Darstellung auch noch einigermaßen zweifelhaft bleiben sollte (was sonst wohl hinlängliche Gewissheit hat) daß der französische Adel zu allen Zeiten vermöge seiner Organisation ungeschickt war, in einer auf Gerechtigkeit und Gleichgewicht gebauten Staatsverfassung einen Grundpfeiler abzugeben, so geht doch aus jener Darstellung, so wie aus jeder unbefangnen Betrachtung des ehemaligen Zustandes von Frankreich hervor, daß diese (politische) Unbrauchbarkeit des Adels in der letzten Periode der Monarchie fühlbar werden mußte.

Es wäre kurzsichtig oder treulos, hieraus den unmittelbaren Schluß zu ziehen, daß die Zerstörung des französischen Adels ein nothwendiger Schritt zu einer Constitution für

Frankreich war. Nur so weit als es die Errichtung einer guten Constitution erforderte, mußte umgeschaffen, nur die mußten nicht gehört werden, welche dem Adel auf dem Reichstage von 1789 die nehmliche Stelle anweisen wollten, die er auf dem Reichstage von 1614 bekleidet hatte.

Es ist auffallend und merkwürdig, mit welcher Bereitwilligkeit und mit welchem Edelmuth ein großer Theil des französischen Adels beym Ausbruch der Revolution seinen wesentlichsten Prärogativen entsagte, und wie tief dagegen der Wunsch, nach wie vor einen abgesonderten Stand auf dem Reichstage auszumachen, oft in eben den Individuen wurzelte, welche auf die Exemption von der Taille und andern Abgaben mit Freuden Verzicht gethan, welche die Aufhebung der Frohnen, der Militärconscription, der Jagdbedrückungen, und die Zulässigkeit jedes Bürgers zu jedem Amte ausdrücklich gefordert hatten.

Gleichwohl mußte jeder aufgeklärte Edelmann einsehen, daß die Beybehaltung der alten Form des Reichstages von zwei Uebeln unfehlbar eins herbeyführen würde: die gänzliche Fruchtlosigkeit der Ständeversammlung

in Rücksicht auf die Abschaffung der Mißbräuche und die Errichtung einer wahren Constitution, wenn das Ministerium sich der privilegierten Stände ernsthaft annahm; — den Ruin des Adels, wenn das Ministerium auf die Seite des dritten Standes trat, oder ein müßiger Zuschauer bey dem Streit über die Formen blieb.

Die Revolution hätte wahrscheinlich einen ganz andern Gang genommen, wenn der Adel von der Zeit an, da er nicht mehr daran zweifeln konnte, daß die ganze Nation für eine ungetheilte Versammlung gestimmt, und bis zum höchsten Enthusiasmus gestimmt war, seine Neigung, einen besondern Stand auf dem Reichstage zu formiren, aufgeopfert hätte. Nach allem, was bereits geschehen war, durfte man diese Aufopferung so natürlich erwarten. Nichts überflüssiger als die abgesonderte Repräsentation eines Standes, der allen reellen Privilegien entsagen wollte. Nichts weiser als ein Entschluß, der vieles aufgab, um nicht alles zu verlieren. Ohne die Stürme, welche die Hartnäckigkeit der Adelskammer im May und Juny des ersten

Revolutionsjahrs, (in Vereinigung mit andern unglücklichen Umständen) erzeugte, hätte der Adel höchst wahrscheinlich alle seine ehrenvolle Vorzüge erhalten, und alle seine Territorial-Rechte gerettet, oder doch keins ohne Entschädigung eingebüßt. Ohne diese Stürme wären hunderttausend Familien im Wohlstande, der Monarch auf seinem Throne, und alle Mittel und Materialien zu einer glücklichen Constitution für Frankreich, unangetastet geblieben. Die Eitelkeit mußte nicht weichen wollen, nachdem der Eigennutz schon für das allgemeine Beste gewonnen war.

Eine blinde Anhänglichkeit an die alten Formen der Ständeversammlung verdiente also allerdings ihren Platz unter den Ursachen, die sich gegen Frankreichs Freiheit verschworen hatten. Die ganze Nation sah ein, daß Reichstage mit abgesonderten Ständen nie das geringste Gute hervorbrachten, und eine Hauptquelle ihres Unglücks waren. Der Adel hätte dieser Ueberzeugung huldigen, und jedes Hinderniß einer bessern Ordnung der Dinge freiwillig wegräumen sollen. Vermuthlich hätte er auf diesem Wege seine

politische, wenigstens doch seine bürgerliche Existenz gerettet: und hätte er sie auch auf diesem Wege verloren, so wäre er untadelhaft gefallen, und es konnte über sein unglückliches Schicksal nur eine einzige Stimme in ganz Europa seyn.



5

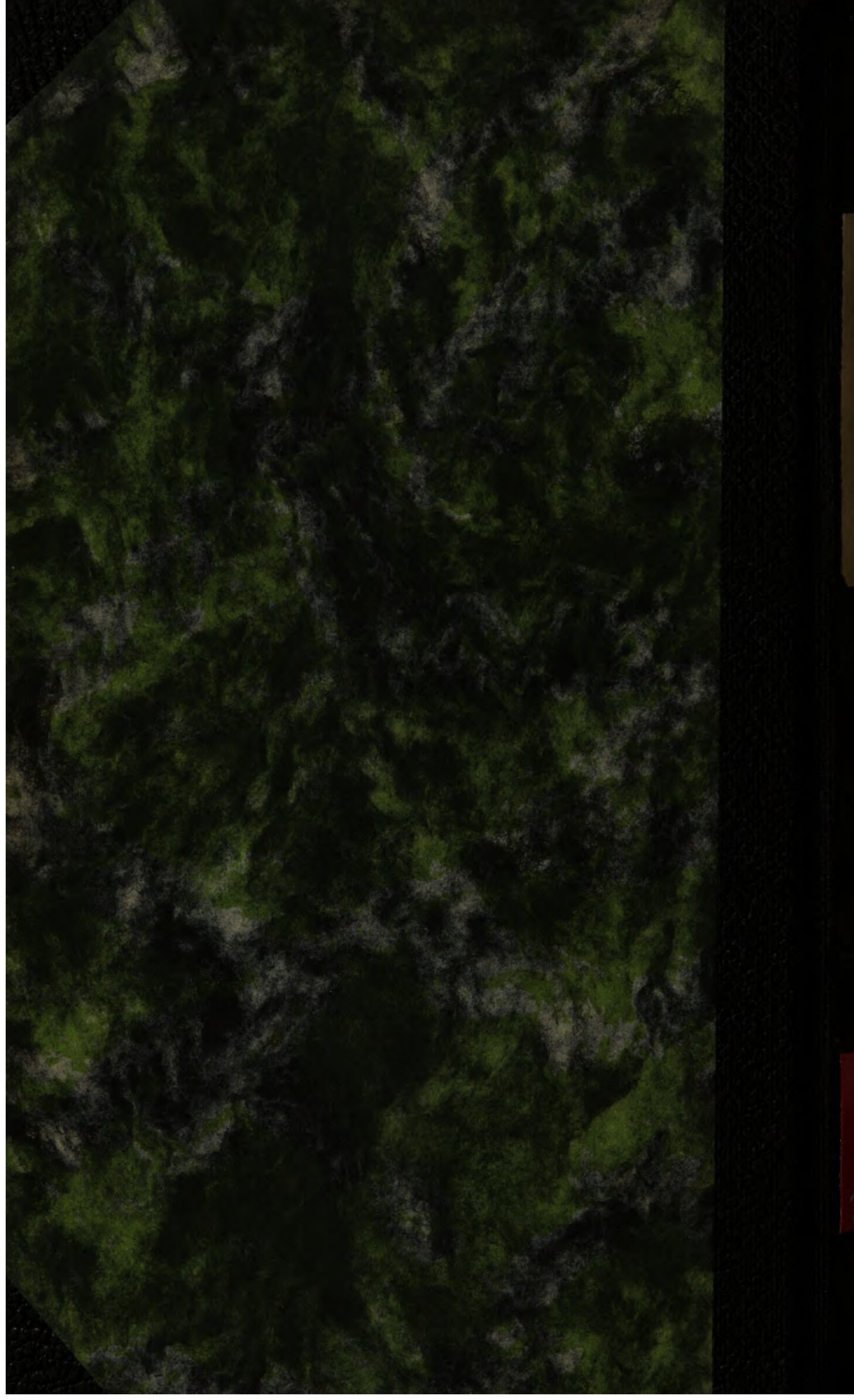
H. V.

Mounier

(12)

✓

0



Mounier, Jean-Joseph, 1758-1806

Mounier's Entwicklung der Ursachen welche Frankreich gehindert haben zur
Freiheit zu gelangen 4 Theile

Bd.: Erster Theil

Berlin 1795

Augsburg, Staats- und Stadtbibliothek -- HV 1286 -1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11254034-5
VD18 90491661